ISSN 0379-3664

Schweizerische Zeitschrift für Soziologie

Vol. 15 N° 3 1989

Revue suisse de sociologie

C. JEANGROS
W. KOWALSKY
O. KUTY
R. LEVY
P. MEYER-FEHR
R. NEF
C. SUTER

Schweiz. Z. Soziologie Vol. 15 N° 3 pp. 453-657 CH-1820 Montreux
Rev. suisse sociol. 1989 Décembre 1989
Erscheint dreimal jährlich
Publié trois fois par an

15 (1989) 3

Schweizerische Zeitschrift für Soziologie

herausgegeben von der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie
mit Unterstützung der Schweizerischen Geisteswissenschaftlichen Gesellschaft
(Schweizerische Akademie der Geisteswissenschaften)

Revue suisse de sociologie

publiée par la Société suisse de sociologie
avec l'aide de la Société suisse des sciences humaines
(Académie suisse des sciences humaines)

Inhaltsverzeichnis / Table des matières

R. LEVY: Weshalb gibt es (k)eine schweizer Soziologie? 453-487

O. KUTY: La sociologie contemporaine des professions: un retour de Durkheim? 489-502

C. JEANGROS: La procréation artificielle: liberté d'engendrer ou mainmise sur l'origine de la vie? 503-524

C. SUTER & P. MEYER-FEHR: Operationalisierung von sozialer Schicht: Individualeinkommen, absolutes oder relatives Haushaltseinkommen? 525-543

R. NEF: Armeeabschaffungs-Initiative: soyons réalistes, demandons l'impossible 545-582

W. KOWALSKY: Machtdelegation innerhalb des Patronat. Zum Stellenwert patronaler Diskursproduktion 583-609

Bibliographie critique / Buchbesprechungen 611-639

Zusammenfassungen / Résumés / Summaries 641-651

Index Vol. 15 653-657

Schweizerische Zeitschrift
für Soziologie
Revue suisse de sociologie

Contents of Volume 15 (1989) Number 3

R. LEVY: Why is there no Swiss sociology? 453-487

O. KUTY: The contemporary sociology of occupations: the return of Durkheim? 489-502

C. JEANGROS: Artificial insemination: freedom to have children or interference with the origin of life? 503-524

C. SUTER & P. MEYER-FEHR: Rendering the social stratum operational: Individual income, absolute or relative domestic income? 525-543

R. NEF: The proposal to disband the army: Let's be realistic, ask for the impossible 545-582

W. KOWALSKY: The delegation of authority by the bosses. On the individual worth of papers produced by management ... 583-609

Bibliography 611-639

Summaries 641-651

Index Vol. 15 653-657

ISSN 0379-3664

Erscheint dreimal jährlich
Publié trois fois par an
Verwaltung / Administration:
Imprimerie Corbaz S.A., CH-1820 Montreux
Printed in Switzerland

WESHALB GIBT ES (K)EINE SCHWEIZER SOZIOLOGIE ?

R. Levy
Université de Lausanne, Faculté des sciences sociales et politiques,
Institut d'anthropologie et de sociologie, BFSH 2 - CH 1015 Lausanne [1]

1. Die schweizerische Gesellschaft als Kontext für Soziologie

Eine der wichtigsten Ausgangslagen für das Verständnis der Entwicklung der Soziologie in jedem nationalen Kontext - wenn ein solcher überhaupt relevant ist - ist dessen sozio-ökonomischer, institutioneller und kultureller Rahmen. Der vorliegende Aufsatz stellt diese wissen(schaft)ssoziologisch-institutionelle Perspektive in den Vordergrund und wäre allenfalls durch eine inhaltliche, paradigmenorientierte zu ergänzen.

Es kann hier selbstverständlich nicht darum gehen, eine Übersicht über die schweizerische Sozialstruktur und die vorherrschende Mentalität zu geben, obwohl eine solche für eine konsequente wissenschafts- und wissenssoziologische Erhellung der Entwicklung der Soziologie in der Schweiz unerlässlich wäre. Ein Aspekt dieses kontextuellen Rahmens muss jedoch vor jeder weiteren Ausführung erwähnt werden, ist er doch zugleich grundlegend und einigermassen spezifisch : *die Schweiz ist als national organisierte Gesellschaft kleinräumig und feingegliedert*. Kulturell und institutionell drückt sich dies namentlich im politisch-administrativen Föderalismus und in den Sprachgrenzen, d.h. in einer strukturellen und kulturellen Heterogenität aus, die scheinbar im Widerspruch zur territorialen und bevölkerungsmässigen Kleinheit der Gesellschaft stehen. Wie kombinieren Kleinheit und Heterogenität ihre Auswirkungen auf die Soziologie, schaffen sie eine kreative Spannung, wirken sie fördernd oder blockierend ? A priori können sie als Gegenspieler gesehen werden : die Kleinheit stellt das Problem der "kritischen Masse", behindert also die Entwicklung der Soziologie ; Heterogenität macht, eher als Homogenität, gesellschaftliche Teilungen augenfällig und fördert damit Soziologie.

---

[1] Dieser Artikel resultiert aus drei intensiven Diskussionen zwischen Walo Hutmacher (früherer Präsident der SGS und Direktor des Services de la recherche sociologique), Karl Weber (Schweizerischer Wissenschaftsrat) und dem Autor, sowie zusätzlichen Recherchen. Für weitere Hinweise bin ich besonders Adalbert Saurma, für kritische Kommentare Andreas Volk dankbar. Systematische Untersuchungen zum Thema sind mir keine bekannt ; der Artikel ist deshalb als - teilweise impressionistischer - Essai zu verstehen. Eine knappe Zusammenfassung wurde an der Veranstaltung "Regionale Kulturen - universelle Soziologie ? Soziologische Stile und Denkrichtungen in Deutschland, Oesterreich und der Schweiz" am gemeinsamen Kongress "Kultur und Gesellschaft" der DGS, OeGS und SGS in Zürich, 4.-7. Oktober 1988 vorgetragen und erscheint in der Oesterreichischen Zeitschrift für Soziologie.

Bei Lichte betrachtet sind die Dinge selbstverständlich weniger einfach. Kleinheit schafft auch Übersichtlichkeit und könnte dadurch den Blick aufs Ganze erleichtern, Heterogenität kann in der gesellschaftlichen Praxis Kleinheit schaffen und so die Ressourcenproblematik verschärfen, Rollendifferenzierung begrenzen, kulturelle Abschottung und Partikularismus begünstigen. Ausserdem sind sie in ihren Auswirkungen eng mit weiteren, vielleicht weniger für die Schweiz spezifischen Aspekten der Sozialstruktur verknüpft. Beide Phänomene sind jedenfalls in der schweizerischen Soziologie sehr präsent. Dazu deshalb einige einleitende Bemerkungen.

1.1. Föderalismus

Der schweizerische Föderalismus geht, im internationalen Vergleich gesehen, sehr weit. Er ist ein fundamentales Element der politischen Organisation, die im wesentlichen die drei Ebene Gemeinde - Kanton - Bund umfasst. Diese drei Ebenen haben im Vergleich zu anderen hochentwickelten und demokratisch verfassten Ländern eine hohe Autonomie, was sich bereits daran ablesen lässt, dass die gesamten Ausgaben der öffentlichen Hand zu ungefähr 40:30:30 Prozent von Organen der genannten drei Ebenen getätigt werden. Die institutionelle Struktur beruht auf weitgehenden Anleihen bei jener der Vereinigten Staaten, wobei in der Praxis das schweizerische System stärker dezentral funktioniert als das amerikanische oder etwa das deutsche (gleichstarke Stellung beider Kammern im Gesetzgebungsprozess, Abwesenheit einer eigentlichen zentralen Verfassungsgerichtsbarkeit, Lokalisierung der Entscheidungskompetenzen im Zweifelsfall auf der tiefsten Organisationsebene, stärker ausgebaute Interventionsmöglichkeiten der Stimmberechtigten in Sachgeschäften - und überdies starke antizentralistische politische Kräfte). Dies wird leichter verständlich, wenn man sich in Erinnerung ruft, dass die Schweiz bis zum Ende des Ancien Régime nicht eine politisch geeinigte Nation war, sondern ein loser Schutzbund souveräner Staaten (= Kantone) zur Verteidigung nach aussen, der als oberstes Organ nicht eine Regierung mit Eigensouveränität und Sanktionsmitteln kannte, sondern eine Versammlung kantonaler Delegierten (Tagsatzung), deren Beschlüsse von den konföderierten Staaten nur freiwillig befolgt wurden. Während die politische Struktur der Schweiz von aussen gesehen als extrem dezentralisiert erscheinen muss, beklagen die internen, geschichtsbewussten Föderalisten die stetig zunehmende Machtkonzentration bei der Zentralregierung, besonders im Zusammenhang mit jüngeren Versuchen, die Kompetenzen zwischen Bund und Kantonen neu zu regeln (vgl. Germann & Weibel 1986).

Für die Soziologie als universitäre Disziplin hat der in der Schweiz praktizierte Föderalismus eine Reihe direkter institutioneller Konsequenzen, auf die noch zurückzukommen ist. Sie sind unter anderem durch die Tatsache bedingt, dass im Bereich der *Bildungs- und Wissenschaftspolitik* neben dem Bund die Kantone (= Länder) die ausschlaggebenden Akteure sind, namentlich die acht Hochschulkantone. Dadurch entsteht eine eigenartige Situa-

tion : Der Bund agiert als einziger unter ihnen auf nationaler Ebene. Er orientiert sich als einziger wissenschaftspolitischer Akteur des Landes zumindest teilweise an internationalen Bezügen. Ausserdem ist er, hinsichtlich der wirksamen Nachfrage nach Forschung beurteilt, von allen politischen Akteuren am stärksten an Soziologie interessiert. Politisch bleiben aber seine Interventionsmöglichkeiten beschränkt, jedenfalls im Bereich der schulischen und universitären Bildung (in Fragen der Berufsbildung hat er wesentlich weiter gehende Kompetenzen).

Eine weitere, für die Soziologie unmittelbar wichtige Konsequenz des schweizerischen Föderalismus besteht darin, dass die meisten politischen Probleme nicht auf nationaler, sondern auf kantonaler - wenn nicht lokaler - Ebene, also dezentral, abgearbeitet werden. Die eingangs angesprochene Dialektik von Kleinheit und Heterogenität wiederaufnehmend kann man also festhalten, dass die Heterogenität im schweizerischen Kontext strukturell derart organisiert ist, dass sie die global gegebene Kleinheit noch verstärkt.

Der Zusammenhang zwischen diesen Strukturparametern, vorherrschenden politischen und gesellschaftlichen Deutungsmustern und der wirksam werdenden Nachfrage nach Soziologie muss später wieder aufgegriffen werden. Schon jetzt liegt jedoch der Schluss nahe, dass *aus der politisch-administrativen Struktur der Schweiz von vornherein ein eher geringer öffentlicher Bedarf an sozialwissenschaftlich erarbeitetem Wissen resultiert*. Von da her könnte man die These wagen, die (politische) Schweiz habe, aufgrund ihrer sozialen Konstitution und nach ihrem eigenen Verständnis, Soziologie eigentlich nicht nötig, sie könne sie sich bloss leisten.

1.2. Sprach- und Kulturgrenzen

Die Schweiz ist ein Berührungs-, teilweise auch ein Überschneidungsgebiet dreier wichtiger Sprachregionen in Europa, die soziologiegeschichtlich sogar als die wichtigsten gelten können : des deutschen, französischen und italienischen. Dies liesse erwarten, dass sich hier interessante und fruchtbare Auseinandersetzungen zwischen den Soziologien dieser drei Sprachgebiete entwickeln, umsomehr als bekannte Exponenten ihrer Soziologien zeitweise in der Schweiz tätig waren (Pareto in Lausanne, Michels in Basel ; in neuerer Zeit Boudon, König, Popitz, Behrendt ; auch Piaget gehört in diese Liste, der offiziell Soziologie lehrte und in amerikanischen Soziologielehrbüchern häufig zitiert wird). Doch alle diese Wissenschafter sind kaum innerhalb, sondern vor allem ausserhalb der Schweiz wirksam geworden, meist in ihren jeweiligen Sprachgebieten ; auch zwischen den Schülern, die sie hinterlassen haben, entwickelten sich kaum intellektuell fruchtbare Auseinandersetzungen. In Sachen Soziologie erweist sich, jedenfalls an diesem Beispiel, die schweizerische Szene nicht als zusammenhängend, sondern eher als gespalten und zentrifugal. Heterogenität scheint hier eher blockiert als befruchtet zu haben - im folgenden ein Erklärungsversuch dazu.

Entgegen wohlmeinender Vorurteile sind tatsächlich die *Sprachgrenzen* in der Schweiz ausserordentlich wirksam. Die *Schweiz* ist mehrsprachig, nicht aber die *Schweizer*. Dies gilt, jedenfalls für die intellektuelle Praxis, sehr weitgehend, und selbstverständlich nicht nur in der Soziologie.

In eidgenössischen Gremien (Parlament, Regierung, Kommissionen) gilt bekanntlich die Regel, dass jede(r) seine/ihre Muttersprache (bzw. deren Schriftversion) spricht und jene der anderen versteht. Man kann darin eine bemerkenswerte kommunikative Errungenschaft in einer plurikulturellen Situation sehen. Wie es scheint, ist jedoch eine solche Praxis in weniger systematisch auftretenden Situationen des zwischensprachlichen Kontakts nicht leicht zu realisieren. Die Frage, wie die Mehrsprachigkeit zu handhaben sei - ob man etwa sprachlich getrennte Diskussionen organisieren müsse -, taucht mit grosser Regelmässigkeit an gesamtschweizerischen wissenschaftlichen Veranstaltungen (nicht nur der Soziologen) auf. De facto ist festzustellen, dass in der Schweizer Soziologie zwei sprachlich getrennte Universen bestehen [2], zwischen denen, trotz der Kleinheit des Kontextes, wenig Austausch existiert. So kommt es beispielsweise höchst selten zu sprachlich gemischten Forschungsprojekten ; eine Inhaltsanalyse der Zitierungen schweizerischer Soziologen hat die Realität der Sprachgrenze - des "Röschtigrabens" - zwischen deutsch und französisch eindrücklich illustriert (vgl. Graphik 1) [3].

Soziologisch gesehen dürften sich dabei zwei verschiedene Problemkomplexe überschneiden : die allgemeine gesellschaftliche Gegenüberstellung zweier Sprachgruppen, an welcher die Soziologie eben teil hat, und wissenschaftskulturelle Unterschiede, welche ihr eigen sind.

Zunächst besteht ein *linguistisches Majoritäts-Minoritäts-Verhältnis*, das wirtschaftliche und politisch-historische Hintergründe und kulturelle Vordergründe hat und charakteristischerweise von der Majorität als weitaus weniger gravierend eingeschätzt wird als von Minorität. Daraus ergibt sich eine Asymmetrie der linguistischen Attitüden : Deutschschweizer haben ambivalente Stereotypen über die Romands, versuchen aber verhältnismässig gerne, wenigstens bei konkreten Kontakten Französisch zusprechen. Romands haben, mit regionalen und anderen Variationen, ein vorwiegend negatives Stereotyp der Deutschschweizer (vgl. dazu Fischer & Trier, 1962, für die Situation nach 10 Jahren Fischer, 1984) und finden sich nur schwer dazu bereit, Deutsch zu sprechen. (Undenkbar beispielsweise, welsche Soziologiestudenten zu deutscher Lektüre zu bewegen, wenn sie nicht ohnehin zweisprachig sind). Es handelt sich hier weitgehend um eine "trained incapacity", die kulturell gepflegt wird und gerade in den letzten Jahren, im Licht einer erneuten

---

[2] Von den beiden anderen nationalen Sprachen kann/muss im folgenden abgesehen werden, weil die italienisch sprechende Schweiz genauso wenig wie die romanische über eine eigene Hochschule oder andere Institutionen verfügt, an denen Soziologie betrieben würde.

[3] Darob dürfen allerdings anders bedingte, ebensfalls wirksame Kommunikationsbarrieren nicht übersehen werden ; in der schweizerischen Soziologie sind interuniversitärer Austausch und Zusammenarbeit allgemein eher selten.

politischen Problematisierung der Sprachenbeziehungen, weiterhin gut zu gedeihen scheint. Im Waadtland ist Deutsch die Sprache der bis zum Ende des 18. Jahrhunderts herrschenden Kolonialmacht Bern. Während die Waadtländer noch heute eine ambivalente Beziehung zum Erbe dieser deutschsprachigen Herrschaft haben (man könnte eine Reihe kultureller und struktureller "Relikte" nennen, welche die "Entkolonialisierung" bis zum heutigen Tag überlebt haben), erscheint in den meisten übrigen französischsprachigen Kantonen, namentlich Neuenburg und Genf, die deutsche Kultur und Sprache schlechthin als fremd. Die wirtschaftliche Domination durch deutschschweizerische Firmen, die sich in den letzten 10-20 Jahren deutlich verstärkte, hat diesem historischen, politkulturell noch immer sehr präsenten Faktor eine aktuelle Problematik nachfolgen lassen (SCRIS, 1982). Das Problem der Sprachbarriere ist weder soziologie- noch allgemeiner wissenschaftsspezifisch ; es kann auch ohne grosse Schwierigkeiten thematisiert werden. In der Praxis erweist es sich aber immer wieder als schwer lösbar.

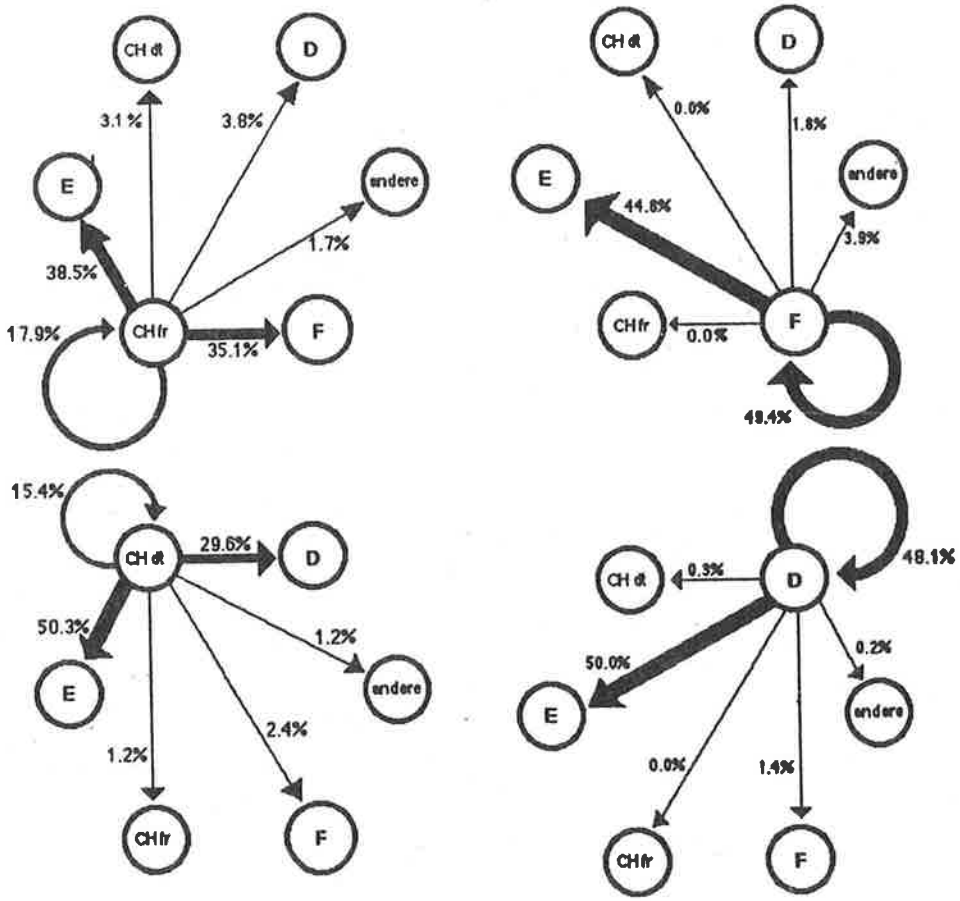
Darüberhinaus scheint ein bisher noch kaum diskutierter zweiter Problemkomplex wichtig, der den *Sozialwissenschaften* eigen ist, nämlich gewisse Unterschiede zwischen den nationalen bzw. sprachspezifischen *Wissenschaftskulturen*, welche allgemeine Selbstverständlichkeiten wissenschaftlicher Stile, Orientierungen und Kommunikation betreffen und eine weitere Dimension der Heterogenität im Sinn der Aufsplitterung und Zentrifugalität ins Spiel bringen. Die Soziologen der beiden grossen Sprachregionen der Schweiz sind, wie Graphik 1 zeigt, in erster Linie auf die Soziologien ihrer eigenen Sprache orientiert [4], in zweiter Linie auf den angelsächsischen Bereich (dies gilt wohl einheitlicher für die Romandie, wogegen in der Deutschschweiz zwischen lokalen Traditionen stärker zu nüancieren wäre). Daraus können gegensätzliche Bewertungen resultieren, die oft den Charakter von Missverständnissen haben, aber meist dadurch entstehen, dass man fälschlich davon ausgeht, einen gemeinsamen wissenschaftlichen Grundcode zu haben, der für ein gegenseitiges Verständnis des halb oder gar nicht Ausgesprochenen ausreicht (was durch die gemeinsamen Fachwörter scheinbar belegt wird) - eine echte und weitgehend unerkannte Situation von Kulturdistanz. Selbst ohne nähere Ausführungen dürfte augenfällig sein, dass die bestehende allgemeine Kultur- und Sprachgrenze durch derartige wenig thematisierte wissenschaftliche Kulturunterschiede massiv verstärkt wird.

---

[4] Genauer : auf deren "kulturelle Leader" BRD und Frankreich ; die Rezeption soziologischer Arbeiten aus Belgien oder Québec in der welschen Schweiz, diejenige österreichischer Arbeiten in der deutschen Schweiz dürfte bei näherer Betrachtung ebenfalls minimal sein. Ich bin übrigens an konkreten Beobachtungen zum Thema der sprachgebunden unterschiedlichen Wissenschaftskulturen interessiert und danke für jegliche Zuschriften zu diesem Thema !

Graphik 1

Sprachregionale Verteilung zitierter Soziologen
in schweizerischen, deutschen und französischen Publikationen,
dargestellt aufgrund der von Geser & Höpflinger (1980, 626)
beigebrachten Zahlen



2. Entwicklung der institutionellen Situation

Merton hat Ende der 50er Jahre eine Reihe von Berichten über die Geschichte nationaler Soziologien dahingehend zusammengefasst, die Entwicklung der Soziologie vollziehe sich in drei Etappen : Legitimation - Institutionalisierung - Öffnung für interdisziplinäre Kontakte (Merton 1970, 509 ff.). Ob die in jener Zeit beliebte Vorstellung des "one way", d.h. eines einheitli-

chen, gewissermassen naturgeschichtlich-immanenten Entwicklungspfades [5] zutrifft, bleibe dahingestellt. Jedenfalls sind damit drei Elemente benannt, deren Bedeutung für die Geschichte der Soziologie im nationalen Kontext kaum zu bezweifeln ist. Ohne im folgenden diese drei Aspekte systematisch zu unterscheiden, betrachten wir zunächst, auf eher deskriptiver Ebene, die institutionelle Eingliederung der Soziologie im Hochschulbereich, in Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung und in der Wissenschaftspolitik, um schliesslich vor diesem Hintergrund die disziplin-interne Entwicklung zu umreissen. Im darauf folgenden Kapitel soll, stärker interpretierend, die historische Entwicklung der gesellschaftlichen Bedingungen diskutiert werden, welche Soziologie in der Schweiz gefördert oder behindert haben.

2.1. Hochschulen

Der schweizerische Föderalismus ist gerade im Bildungsbereich ausserordentlich stark entwickelt. Lediglich die beiden Technischen Hochschulen (ETHZ in Zürich und EPFL in Lausanne) und ihre Annexanstalten sind nationale Institutionen, die mit Bundesgeldern finanziert werden. Die acht Universitäten dagegen sind kantonale Institute, hängen also von den Finanzen und der politischen Willensbildung des jeweiligen Trägerkantons ab, der auch personalrechtlich die Oberhoheit hat. Die interkantonalen Disparitäten sind beträchtlich, was direkte Auswirkungen auf die Universitäten hat. So erbrachte beispielsweise eine Analyse des Institutionalisierungsgrades der soziologischen Lehre und Forschung in den verschiedenen Kantonen im Rahmen eines Versuchs, einen Entwicklungsplan für die Soziologie zu lancieren, deutliche Hinweise für eine Korrelation zwischen der Finanzkraft der Hochschulkantone und der Ausstattung und dem Profil soziologischer Institute (Schweizerische Gesellschaft für Soziologie 1974, 31) [6].

Der Bildungsföderalismus drückt sich auch darin aus, dass die verschiedenen Universitäten keineswegs dieselben Strukturen - etwa Fakultätsaufteilungen - aufweisen. Dies bringt u.a. mit sich, dass die Soziologie an fachlich "fremden" Fakultäten untergebracht und in deren spezifische Interessen eingebunden ist und dass es sich dabei von Universität zu Universität um andere Konstellationen handelt. Nur an der Universität von Lausanne besteht (als Spätwirkung einer Initiative Paretos, der 1902 die Schaffung einer "Ecole des sciences sociales" beantragte) eine sozialwissenschaftliche Fakultät. Sonst ist Soziologie bald mit anderen Sozialwissenschaften der Ökonomie beigesellt

---

[5] Es ist die Zeit der beginnenden Beschäftigung mit Entwicklungsfragen in der Dritten Welt im Rahmen der ükonomischen (Rostow) und soziologischen Modernisierungstheorien (Lerner, Davis).

[6] Die regionalen Disparitäten werden durch die bestehenden gesamtschweizerischen Ausgleichsmechanismen (etwa die Subventionspolitik des Bundes) nicht kompensiert. Sie stellen eine wesentliche Dimension der kontextuellen Differenzierung dar, welche etwa deutlich nachweisbare Auswirkungen im politischen Verhalten der Bevülkerung hat (Nef, 1980 ; Levy, 1990).

(Genf : Faculté des sciences sociales et économiques), bald geradewegs in eine wirtschaftswissenschaftliche Fakultät eingegliedert (St. Gallen), bald bei den Humanwissenschaften (Zürich, Basel) oder bei den Oekonomen + Juristen (Bern, Freiburg [7], Neuenburg) zu finden. An den beiden Eidgenössischen Technischen Hochschulen ist sie kaum vertreten : in Lausanne lediglich an einem der Architekturabteilung angegliederten Forschungsinstitut (IREC, geleitet von einem Soziologen und einem Ökonomen), an der ETH Zürich bisher nur in Form von Lehraufträgen (mit Ausnahme einer fünfjährigen Gastprofessur zu Beginn der 70er Jahre).

Der Bund, wie erwähnt der einzige an internationalen Bezügen orientierte wissenschaftspolitische Akteur, nimmt mittels Subventionen für Betrieb und Investitionen lediglich eine subsidiäre Unterstützungsfunktion für die Universitäten wahr, die auf einen gewissen Ausgleich der unterschiedlichen Finanzkraft der Hochschulkantone angelegt ist ; seit Ende der 70er Jahre ist sein finanzielles Engagement an den Universitäten prozentual gesunken. Gewisse generelle Koordinationsfunktionen liegen bei entsprechenden interkantonalen Organen (in erster Linie Hochschuldirektorenkonferenz = Organ, in dem die Bildungsminister der acht Hochschulkantone zusammentreten) ; gesetzliche Grundlagen für Sanktionen bestehen, werden aber nicht angewandt.

Es erstaunt nicht, dass in einer derart fragmentierten Gesamtsituation die Funktionsbedingungen der soziologischen Institute höchst verschieden sind : jedes Institut muss in seinem spezifischen institutionellen Kontext funktionieren. Es sieht sich in erster Linie mit seinem jeweiligen kantonalen Hochschulträger konfrontiert, in schwächerem Masse auch mit den höhergeordneten universitätspolitischen Gremien. Damit ist die Ausgangslage für interuniversitäre Koordination jeglicher Art (etwa im Sinne einer Harmonisierung der Studiengänge und Abschlüsse in Soziologie, der erleichterten Anerkennung von Studiensemestern zwischen den Universitäten, der Ausbildung komplementärer Forschungsschwerpunkte, koordinierter wissenschaftspolitischer Initiativen o.ä.) äusserst ungünstig ; ein deutlicher Beleg für diese Behauptung ist die kurze und wenig folgenreiche Existenz einer in den 70er Jahren geschaffenen Institutsleiterkonferenz für Soziologie.

Die "Hochschule Schweiz" ist also in Realität ein polyzentrisches, vielfältiges und wenig koordiniertes Aggregat teilsouveräner Einzelhochschulen (Weber, 1988) - was in der gegenwärtigen ökonomischen und politischen Konstellation möglicherweise Vorteile hat, aber für schwach dotierte Disziplinen wie die Soziologie recht problematisch bleibt. Doch wie stellt sich nun ihre Präsenz an den Hochschulen konkret dar ?

An vereinzelten Universitäten wird Soziologie seit langer Zeit gelehrt, blieb aber während Jahrzehnten Spezialgebiet einzelner Gelehrter, die überdies oft von Haus aus nicht Soziologen, sondern Ökonomen, Juristen oder

---

[7] In Freiburg sind gegenwärtig Bestrebungen im Gange, eine sozialwissenschaftliche Fakultät im Sinne der Genfer FPSE zu bilden.

Psychologen waren (Wuarin in Genf seit 1885, Pareto in Lausanne seit 1902, Eleftheropoulos in Zürich seit 1896, Michels in Basel seit 1914 - vgl. Graphik 2). Ausserdem folgte die Entwicklung der Soziologie über lange Zeit dem klassischen geisteswissenschaftlichen Modell der Ordinarienuniversität ohne Mittelbau und Forschungsteams.

Diese personalisierte und vornehmlich auf universitäre Lehrtätigkeit beschränkte Situation dauert bis weit in die Zeit nach dem 2. Weltkrieg an, mit einem temporären Abschwung, bedingt durch den Wegzug einiger profilierter Soziologen nach Deutschland (König von Zürich, 1949 ; Behrendt von Bern, 1964 ; Popitz von Basel ebenfalls, 1964) [8]. Dies weist erneut darauf-hin, dass die Soziologie historisch gesehen kein genuin schweizerisches Erzeugnis ist - andere hatten hier das öffentliche Nachdenken über gesellschaftliche Fragen bereits früh übernommen (Gründerfiguren der Wirtschaft, Juristen, Literaten, Pädagogen, Ökonomen, Historiker [9]). Damit dürfte sich wohl auch erklären, weshalb für wissenschaftliche Innovation in der Schweiz, (besonders für die Sozialwissenschaften und unter ihnen für die Soziologie), Anstösse aus anderen Länder immer wieder ausschlaggebend gewesen sind, auch in neuerer Zeit. Der eben erwähnte Wegzug dreier deutscher Soziologen aus der Schweiz hinterliess teils lange Vakanzen, teils Nachfolgelösungen mit wesentlich geringerer Ausstrahlungskraft. Ende der 60er Jahre setzte eine Professionalisierungsphase ein, die erneut stark durch Erfahrungen im Ausland getragen wurde (Boudon, Lalive d'Epinay in Genf, Silbermann und Willener in Lausanne, Heintz und Hoffmann-Nowotny in Zürich, Trappe in Basel, Lucchini in Freiburg, Mayer und Rüegg in Bern). Die Graphiken 2 und 3 lassen diese Ausbauphase deutlich in Erscheinung treten.

Zwischen den 50er und den 80er Jahren ist die Zahl der amtierenden Soziologieprofessoren in der Schweiz von 7 auf 33 gestiegen, was einer Multiplikation mit einem Faktor von 4.7 entspricht. In derselben Periode ist sie in der Bundesrepublik Deutschland von 12 auf rund 500 angewachsen - der Multiplikationsfaktor beträgt hier rund 42 [10]. Die Beschleunigung der akademischen Präsenz der Soziologie betrug also in der BRD rund das Zehnfache der Schweiz.

---

[8] Ähnliches scheint auch für andere Wissenschaften zu gelten. Eine gewisse Auslandabhängigkeit der schweizerischen Wissenschaftsentwicklung besteht seit langem ; Mitte des 19. Jahrhunderts stammte mehr als die Hälfte der Studierenden und der Lehrkräfte an Schweizer Universitäten aus dem Ausland ; unter den technische Innovationen, die von der schweizerischen Wirtschaft verwendet werden, spielen ebenfalls Entwicklungen aus anderen Ländern eine hervorragende Rolle.

[9] Vgl. hierzu etwa Craig (1988) über die Gründerzeit in Zürich (besonders das dritte Viertel des 19. Jahrhunderts) und ihre gestaltenden Auswirkungen auf das gesamtschweizerische "nation building". Solche pragmatische Sozialdenker und Macher waren etwa Heinrich Pestalozzi, Gottfried Keller, Paul Usteri, Alfred Escher.

[10] Persönliche Mitteilung von B. Lutz.

Man kann, nach ihrer vom Hochschulträger bereitgestellten Grundausstattung, heute drei Situationen der Soziologie an den schweizerischen Hochschulen unterscheiden [11] :

1 "Gute" Dotierung an den Universitäten Zürich (3 Professoren und stark in Forschung und Lehre tätiger Mittelbau), Genf (7 Professoren) und Lausanne (6 Professoren, davon 3 Ordinarien), mit einer gewissen Diversifizierung in Lehre und Forschung und relativ grossen Studentenzahlen (mit der Besonderheit einer eher geringen Forschungsorientierung in Lausanne) ; Soziologie kann hier als Hauptstudium belegt werden.

2. Mittel ausgestattet ist Bern, dessen zwei Soziologielehrstühle gegenwärtig neu besetzt werden ; Soziologie kann zu maximal 3/8 studiert werden, der Ausbau zum Hauptstudium ist im Zusammenhang mit dem Neuaufbau des Instituts in Diskussion. Ähnlich ist die Situation in Basel (1 Ordinarius und 2 Extraordinarien [12]), wo Soziologie als Hauptfach belegt werden kann.

3. Eher randständig und arm ausgestattet ist die Soziologie in Freiburg, Neuenburge und St. Gallen, wo das Fach jeweils durch 1 Ordinarius) vertreten ist. In Neuenburg ist es möglich, Soziologie als Hauptfach zu studieren ; in Freiburg und St. Gallen hat die Soziologie den Status einer Hilfswissenschaft für Ökonomen, in Form von 1-Mann-Betrieben mit wenig institutioneller Unterstützung [13]. Es braucht nicht weiter erläutert zu werden, dass gerade diese geringe Ausstattung die entsprechenden Fachvertreter oft zu überproportionalem persönlichem Einsatz zwingt.

Nur an den Universitäten Genf, Lausanne und Zürich ist die Soziologie in einem solchen Ausmass vertreten, dass die "kritische Masse" für die Entwicklung einer ausreichenden Eigendynamik in Forschung und Lehre, von welcher der bereits erwähnte Entwicklungsplan der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie (1974) spricht, erreicht sein dürfte. Gleichzeitig zeigen aber diese Fälle, dass diese "kritische Masse", so schwierig sie "objektiv" zu definieren sein dürfte, wohl als notwendige, keinesfalls aber hinreichende Bedingung anzusehen ist.

---

11 Nicht berücksichtigt bleiben hier Forschungsgelder, die nicht vom Hochschulträger stammen (namentlich Nationalfondskredite) ; in einzelnen Fällen, aber ohne Sicherheit oder auch nur zeitliche Stabilität, ist es in der Vergangenheit gewissen Instituten gelungen, in einem Ausmass soft money zu finden, das ihre "ex officio"-Ausstattung massiv ergänzte - für die betreffenden Forscher/Innen eine ambivalente Situation, gemischt aus inhaltlich interessanten Arbeitsmöglichkeiten und kurzfristigen Anstellungshorizonten.

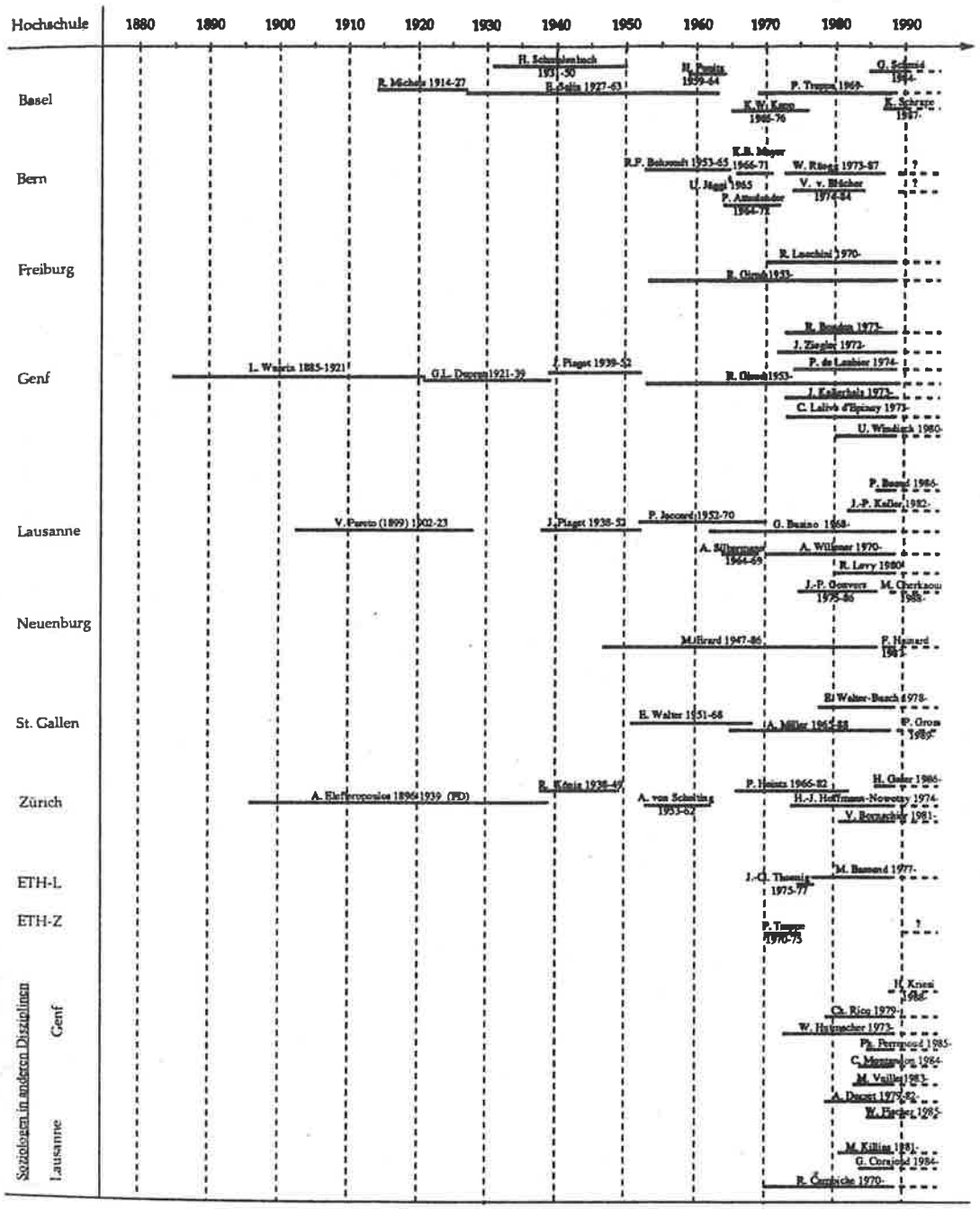
12 Ab 1990 3 Extraordinarien.

13 In Freiburg laufen Bemühungen, die Doktorpromotion in Soziologie zu ermöglichen ; für eine Zusatzvorlesung fungiert ausserdem ein ständiger Gastprofessor.

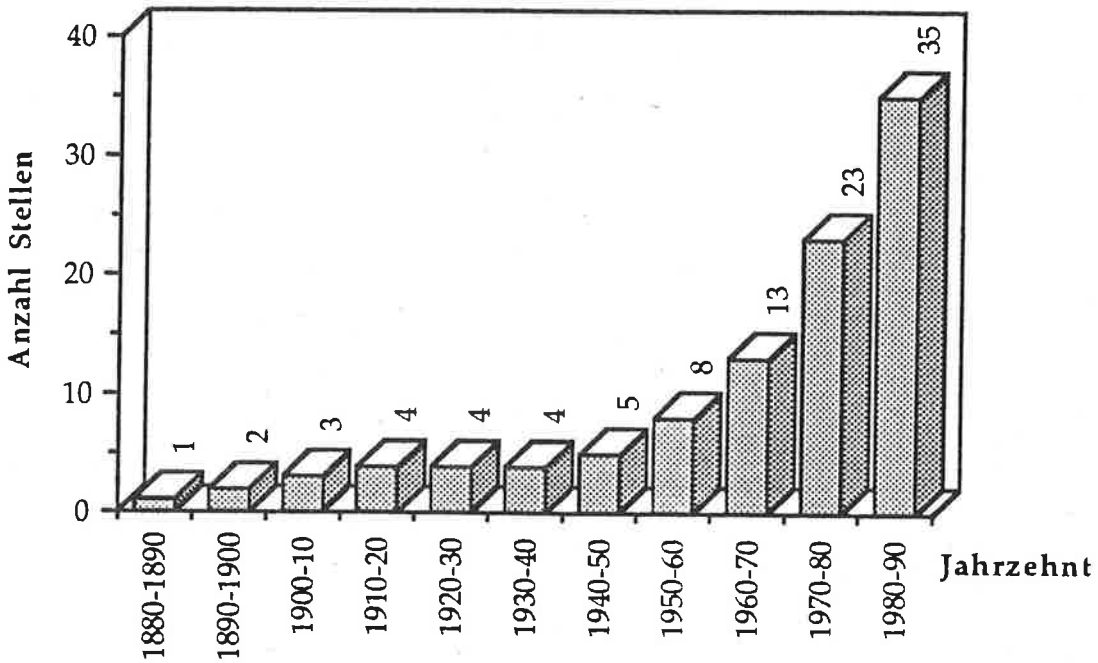
Graphik 2

Übersicht zur universitären Lehre der Soziologie in der Schweiz (Lehrstühle mit Professorenrang, Stand Ende 1988)

Quelle : vgl. Graphik 3



Graphik 3
Soziologielehrstühle an Schweizer Hochschulen 1880-1990
Quantitative Entwicklung der Lehre der Soziologie



Kommentar : Grundsätzlich wurden alle voll- oder teilzeitlichen Professoren berücksichtigt (Stand : Ende 1988). In einzelnen, besonders zeitlich zurückliegenden Fällen wurden jedoch auch Privatdozenten einbezogen, wenn sie für die universitäre Präsenz der Soziologie als bedeutsam erschienen. Die Graphik 3 erfasst nicht Personen, sondern Stellen mit Professorenrang, sofern sie in einem Jahrzehnt während mindestens 4 Jahren besetzt waren. (An der Universität Genf gehören beispielsweise die chargés de cours zum corps professoral und nicht zum Mittelbau, sie wurden deshalb eingeschlossen ; an den anderen Universitäten wurden nur Ordinarien, Extraordinarien und Assistenzprofessoren berücksichtigt.) Durch die Gleichgewichtung voll- und teilzeitlicher Stellen wird die Zunahme in den letzten 15-20 Jahren etwas überschätzt, da es sich verschiedentlich um Teilzeit-Zugänge handelt. Die Vernachlässigung fachfremder Dozenten (z.B. Juristen, die gelegentlich Rechtssoziologie lasen wie etwa K. Baader in Zürich, oder Historiker, die Sozialgeschichte vertreten wie Arnold Hauser an der ETH-Z) dürfte diese leichte Verzerrung aber weitgehend kompensieren, zumindest zu Beginn der Aufschwungphase (1069-70) - in neuester Zeit gibt es vermehrt Teilzeit-, aber kaum mehr fachfremde Soziologiedozenten. Unter sämtlichen Soziologievertreter(inne)n mit Professorenrang finden sich im Beobachtungszeitraum nicht mehr als zwei Frauen...

Quellen : Internationales Soziologenlexikon (Bernsdorf & Knospe, 1980, 1984), Angaben diverser Fakultäten und Institute, persönliche Abklärungen.

Nicht in diese Kategorien passt die Situation an der ETH Lausanne, wo die Soziologie am bereits erwähnten IREC (Institut de recherches sur l'environnement construit) eine relative starke Stellung im Bereich der Forschung geniesst, aber nur am Rand Ausbildungsfunktionen hat ; diese sind sekundär, hauptsächlich an Architekten und Planer gerichtet oder im allgemeinbildenden Freifächerprogramm angesiedelt [14].

2.2. Öffentliche Verwaltung und Privatwirtschaft

Besonders in der welschen Schweiz gibt es einige nichtkommerzielle soziologische Forschungsstellen, deren Konstanz und Forschungspotential - immer im Verhältnis zum Kontext gesehen - beachtlich ist : in Genf der *Service de la recherche sociologique (SRS)*, ins kantonale Erziehungsdepartement integriert, von einem Soziologen aufgebaut und geleitet, mit 8-10 Soziologen als Mitarbeitern ; die *Forschungsstelle der kantonalen Psychiatrie (CPSU)*, ebenfalls von einem Soziologen aufgebaut und geleitet, mit 4 soziologischen (und weiteren) Mitarbeitern ; eine kleine *Forschungs- und Ausbildungsstelle mit 2 Soziologen (CERES)* an der Genfer Schule für Soziale Arbeit [15] ; in Lausanne neben dem der ETH angegliederten *IREC* die *Schweizerische Fachstelle für Alkoholprobleme (SFA/ISPA)* mit einer soziologischen Forschungsabteilung und neuerdings einem Soziologen als Direktor. Weiterhin existiert in verschiedenen Kantonen und beim Bund eine gewisse Anzahl kleinerer Stabsstellen (Sozial- und Präventivmedizin, ORL-Planung, Statistische Aemter der Kantone, mehrere Bundesämter) in deren Forschungsteams gelegentlich 1-2 Soziologen mitwirken. Als interessanter Sonderfall einer informellen und ausserinstitutionellen, forschungs- und interventionsorientierten Soziologengruppe sei auch die Gruppe *GRISOC* in Genf erwähnt, die verschiedene Forschungsarbeiten mit politischen oder gewerkschaftlichen Gruppierungen zusammen realisiert hat.

Die meisten dieser Stellen entstanden in den 60er Jahren, z.T. auch erst in den frühen 70er Jahren [16]. Es war die letzte Phase des wirtschaftlichen Booms, während welcher der wissenschaftliche Nachholbedarf (sozial)-staatlicher Stellen politisch anerkannt und durch einen gewissen Ausbau beant-

---

[14] Nach jahrzehntelangen Diskussionen um die Schaffung eines regulären Soziologielehrstuhls an der ETH Zürich soll auf Herbst 1990 eine erstmalige Nominierung erfolgen.

[15] Auch an anderen Schulen für Soziale Arbeit gibt es Forschungstätigkeiten (Basel) oder Projekte, sich in diese Richtung zu entwickeln (Lausanne, sowie auf der Ebene des gesamtschweizerischen Verbandes SASSA).

[16] Auch das Soziologische Institut der Universität Zürich, von welchem in der Folge entscheidende Impulse auf die schweizerische Soziologie ausgingen, wurde erst 1966 in der Folge einer kantonal-parlamentarischen Intervention gegründet und während Jahren im Alleingang von Peter Heintz aufgebaut.

wortet wurde [17]. Im Zusammenhang mit sich vergrössernden sozialen Problemen (politische Konflikte um die Präsenz der Fremdarbeiter, Folgeprobleme des Wachstums, Jugend- und Studentenbewegung) entstand eine merkliche Nachfrage nach sozialwissenschaftlicher Erhellung der Situation. Dieser situative Sog bot einer Gründergeneration von Soziologen Möglichkeiten zum Aufbau ausseruniversitärer soziologischer Stellen, deren allmähliche Konsolidierung aufgrund verschiedener, teils sehr lokaler Konstellationen und Strategien recht gut gelang, besonders in der Romandie. Dazu haben wohl auch die Persönlichkeiten der Gründer beigetragen, ebenso die Gegenwart institutionneller Entscheidungsträger, die für deren Anliegen offen waren (Cosandey an der EPFL, Chavanne als Genfer Erziehungsdirektor, Jäggi in der Genfer Psychiatrie [18]). Die sozio-politische Situation dieser Periode und die relative Stärke der politischen Linken, in Interaktion mit der sozialpolitisch traditionell grösseren Offenheit der beiden grösseren französischsprachigen Städte Lausanne und Genf, dürfte ebenfalls ein begünstigender Faktor gewesen sein.

In der deutschen Schweiz (interessanterweise nicht in der französischen [19]) bestehen ausserdem diverse privatwirtschaftliche Beratungs-, Forschungs- und Planungsinstitute von oder mindestens mit Soziologen, die ebenfalls mehrheitlich zu Anfang der 70er Jahre entstanden sind (namentlich IPSO in Zürich, daneben Büros wie BRAINS, Büro Z, Güller & Arend, später gefolgt von CORSO, cultur prospectiv u.a.), während das selbstverwaltete Planungsbüro METRON in Brugg seit den frühen 60er Jahren ständig mit einer starken Soziologenvertretung arbeitet ; auch Prognos in Basel beschäftigt regelmässig und seit längerem Soziologen als Fachmitarbeiter. Verschiedenen Einzelpersonen gelang es auch, sich als freelance-Soziologen zu etablieren. Ausserdem beschäftigen die meisten kommerziellen Umfrage- und

---

17 Vgl. dazu etwa Linder (1983) und Rey (1983). 1975, nach der ersten starken Rezession der Nachkriegszeit, wurde auf Bundesebene und in den meisten Kantonen ein Personalstop verhängt, der noch heute relativ konsequent befolgt wird und diese Expansionsphase abrupt beendet hat.

18 Es scheint, dass gerade in Genf (etwa in deutlichem Unterschied zur Nachbarstadt Lausanne) in den 60er Jahren sehr ausgeprägt ein kultureller Generationenwechsel der politisch-administrativen Elite stattfand, die neu das Bedürfnis nach objektiver Faktenkenntnis hat, bevor sie die Realität an ihren politischen Normen misst und entsprechende Massnahmen ergreift. Hierin dürfte eine Erklärungsgrundlage dafür gegeben sein, dass in Genf die "Akademisierung" der öffentlichen Verwaltung sich schneller und stärker zu entwickeln scheint als anderswo in der Schweiz. Dadurch absorbiert in diesem Kanton der Staat einen besonders grossen Anteil der Universitätsabsolventen bestimmter Disziplinen. Auch in anderer Beziehung erscheint Genf - selbst im Vergleich zum Stadtkanton Basel - auch heute noch als postindustriellste Teilgesellschaft im schweizerischen Kontext.

19 Diese Feststellung erlaubt einen Seitenblick in die unterschiedlichen kantonalen Staatskonzeptionen. Offenbar werden diverse Funktionen der sozialen Gestaltung und Verwaltung in der Westschweiz eher beim Staat angesiedelt, in der Ostschweiz - wenigstens in ihrem zürcherischen Zentrum - eher im privaten Bereich. Es gibt einige Versuche, diese Trennungslinie, die nicht mit der Sprachgrenze zusammenfällt, dingfest zu machen und zu interpretieren. Eine gute Zusammenfassung gibt Pichard (1988).

Marktforschungsinstitute Soziologen, aber vorwiegend wegen ihrer methodischen Kompetenzen.

2.3. Wissenschaftspolitische Einbettung

a) Schweizerische Akademie der Geisteswissenschaften

Die Soziologie wird wissenschaftspolitisch bisher den Geisteswissenschaften zugerechnet ; die Schweizerische Gesellschaft für Soziologie ist deshalb der Schweizerischen Akademie der Geisteswissenschaften (SAGW) als Dachverband angeschlossen und wird von ihr mit Bundesgeldern unterstützt. Sie hat sich in diesem Rahmen während der letzten Jahre dank einer gewissen Eigendynamik und beiderseitiger Kooperationsbereitschaft einen guten Platz verschaffen können, was sich unter anderem darin ausdrückt, dass ein seit langer Zeit vorgetragener Wunsch nach der Schaffung einer sozialwissenschaftlichen Dienstleistungsstelle für Datenarchivierung und Dokumentation (SIDOS) nunmehr von der SAGW als Eigenprojekt vorangetrieben wird [20].

b) Schweizerischer Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung

Neben punktuellen und unmittelbar anwendungsorientierten Direktaufträgen aus der öffentlichen Verwaltung ist der Schweizerische Nationalfonds - gespiesen aus Bundesgeldern und deshalb an den nationalen politischen Prozess geknüpft - die einzige nennenswerte Instanz der Forschungsförderung für Sozialwissenschaften in der Schweiz. Da diese an den Universitäten über keine autonomen Forschungsbudgets verfügen, fällt die Praxis des Nationalfonds für ihr Funktionieren ausnehmend stark ins Gewicht. Das Verhältnis zu dieser Instanz ist naturgemäss von Ambivalenz geprägt, da für die Nicht-Auftragsforschung eine starke und einseitige Abhängigkeit besteht. Überdies wurden soziologische Gesuche in der Abteilung für Grundlagenforschung während mehr als zehn Jahren von einem internen Referenten mitbegutachtet, der bereits bei seiner Ernennung (1972) von der Grosszahl der Schweizer Soziologen ausdrücklich abgelehnt worden war. Gleichzeitig wurde allerdings ein zweiter Subventionskanal in Form der stärker problemorientierten Nationalen Forschungsprogramme erÜffnet, mit ähnlichen Bewilligungsverfahren, aber anderen Auswahlkriterien, in deren Rahmen eine gewisse Kompensation möglich war. Insgesamt hat der Nationalfonds in den vergangenen 10 Jahren soziologischen Projekten schätzungsweise 18

---

20 Diesbezügliche Wünsche wurden seitens der Soziologen - damals an die Adresse des Schweizerischen Wissenschaftsrates - erstmals 1974 angemeldet (Schweizerische Gesellschaft für Soziologie, 1974).

Millionen Franken zugesprochen, ein im internationalen Vergleich wohl bescheidener, im nationalen Kontext aber entscheidender Betrag.

Die herausragende Rolle des Nationalfonds in der Forschungsförderung hat konkrete Auswirkungen auf die soziologische Tätigkeit in der Schweiz. Lediglich drei seien hier ohne weiteren Kommentar erwähnt :

1. Durch das erwähnte unterschiedliche Funktionieren der Nationalen Forschungsprogramme und der Abteilung für Grundlagenforschung in den Geisteswissenschaften erfolgte in den vergangenen Jahren ungeplant eine globale Projektselektion zugunsten problemorientierter und zuungunsten grundlagenorientierter Forschung [21] ;
2. Dies hat indirekt zur Folge, dass es schwierig ist, in grösseren Projekten Ausbildungsfunktionen zu integrieren, da in problemorientierter Forschung weniger Raum dafür vorhanden ist als in grundlagenorientierter ;
3. Allgemein erzeugt die Praxis des Nationalfonds einen sehr kurzen Forschungsrythmus (übliche Projektdauer für Sozialwissenschaften, d.h. Abteilung I, und in den Nationalen Forschungsprogrammen : 3 Jahre, übliche Programmdauer für die anwendungsorientierten Themen : rund 5 Jahre [22]), mit den Folgeproblemen, dass Forschungsschwerpunkte und personelle Spezialisierungen nur schwer aufzubauen und längerfristig zu konsolidieren sind, dass die konstitutionelle Mittelbauschwäche der Universitäten auch auf dem Weg über Forschungsstellen kaum kompensiert werden kann, und dass für soziologische Forscher mit Karriereplänen eine höchst unstabile und unsichere Arbeitsmarktsituation mit wenig längerfristigen Spezialisierungsmöglichkeiten besteht.

2.4. Disziplin-interne Dynamik

Die interne Dynamik der schweizerischen Soziologie bricht und reflektiert die geschilderten externen Bedingungen ungleich. Ihre Selbstthematisierung ist bis heute diskursiv wenig entwickelt (vgl. die vermutlich einigermassen vollständige Liste im Anhang), findet aber in der 1955 gegründeten Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie einen pragmatischen Ausdruck [23]. Diese Berufsvereinigung zählt heute rund 500 Mitglieder ; anders

---

[21] Dazu existiert eine Kontroverse im Bulletin der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie, Nr. 32 - hier namentlich die Analyse von Hutmacher et al., 1981 -, 44 und 45.

[22] Im Unterschied dazu liegt die übliche Programmdauer für Sonderforschungsbereiche der deutschen DFG bei rund 10 Jahren und kann verlängert werden ; noch grössere Stabilität besteht im französischen System des CNRS, der eine stabile nichtuniversitäre Forschungsorganisation darstellt, in welcher die Forscher Beamtenstatus haben.

[23] Es ist nicht unerlaubt, diesen Tatbestand in Analogie zur nachfolgenden Diagnose des Verhältnisses der schweizerischen Gesellschaft zu sich selbst zu sehen....

als zur Gründungszeit handelt es sich dabei fast ausschliesslich um professionelle (aber nicht nur promovierte) Soziologen. Die Gesellschaft hat seit 1970 unter ihren Präsidenten Heintz und Hutmacher eine konsequente Politik der Institutionalisierung und Professionalisierung betrieben, namentlich durch die Schaffung verschiedener Kommunikationsstrukturen, um den bereits geschilderten zentrifugalen Tendenzen entgegenzuwirken. Diese Politik fand ihre offizielle Formulierung in einem eigentlichen Entwicklungsplan für die Soziologie zuhanden der wissenschaftspolitischen Instanzen (Schweizerische Gesellschaft für Soziologie, 1974), dem Überlegungen zugrunde lagen, die u.a. der zuvor angeführten These Mertons über die wissenschaftsgeschichtlichen Entwicklungsphasen (und -notwendigkeiten) entsprechen. Man darf dieser Politik wohl einen gewissen, wenn auch prekären Erfolg bescheinigen ; zu den regulären Einrichtungen der SGS gehört seit 1975 die mehrsprachige Schweizerische Zeitschrift für Soziologie, ein Informationsbulletin für die Mitglieder, mehrere thematische, weitgehend autonome Forschungskomitees und regelmässig stattfindende Kongresse.

Ihre wissenschaftspolitischen Initiativen gingen bisher kaum über Anstrengungen zur wirkungsvollen Eigenorganisation hinaus, vermutlich entsprechend dem noch immer eher knappen Legitimitätskissen der Soziologie hierzulande - andere würden vielleicht behaupten mangels professionellen Selbstbewusstseins [24]. Zwei neue, ebenfalls in Richtung institutioneller Konsolidierung und grösserer Autonomie tendierende Projekte der SGS werden testen, inwiefern heute weitergehende Vorstösse realisierbar sind : die 1989 erfolgte Schaffung des eigenen Verlags SEISMO für französisch- und deutschsprachige Publikationen und die vorgesehene Gründung der Informations- und Dokumentationsstelle für die Sozialwissenschaften SIDOS, die unter anderem die Funktion eines schweizerischen Datenarchivs übernehmen soll.

3. Gesellschaftliche Nachfrage nach soziologischem Wissen

Das Bedürfnis nach nichttraditionalen oder nichthabituellen Erklärungsmustern gesellschaftlicher Phänomene kann bei höchst verschiedenen Gruppen entstehen und auf höchst unterschiedliche Weise befriedigt oder kanalisiert werden. Gerade im Falle der Soziologie und später der Sozial- und Kulturanthropologie sind es immer wieder machtferne und ressourcenarme Gruppen, die ein solches Bedürfnis in verschiedenen Formen manifestieren. Im folgenden wird die Betrachtung jedoch auf die Nachfrage seitens mächtiger Entscheidungsträger und Institutionen eingeschränkt, weil wir uns in erster Linie auf die institutionelle Entwicklung der Soziologie konzentrieren.

---

[24] Vgl. Heintz 1972, Meier-Dallach 1984, sowie zur fachlichen Auseinandersetzung um die (Un-) Möglichkeit einer fundierten professionellen Identität den Schlagabtausch im Atelier "Sociologie impossible ?" der Schweizerischen Zeitschrift für Soziologie (1977, Heft 1).

Weiter konzentrieren wir uns auf politische Akteure im engeren Sinne, weil hier am ehesten eine historische Variation zu beobachten ist und weil ihr Interesse, wo es besteht, am ehesten die institutionelle Situation der Soziologie affiziert (während etwa die schweizerischen Gewerkschaften bis heute ein problematisches Verhältnis zur sozialwissenschaftlichen Erhellung der sie beschäftigenden Probleme bewahrt haben). Selbstverständlich führt ein Bedürfnis nach verbessertem Verständnis sozialer Erscheinungen nicht ohne weiteres zu einer ausdrücklichen Nachfrage nach soziologischer Forschung ; die Soziologie steht hier in Konkurrenz zu anderen, wissenschaftlichen und auch nichtwissenschaftlichen Deutungsmusterproduzenten und dürfte ihnen gegenüber aus einer Reihe von Gründen eher benachteiligt sein. Vielleicht muss hier angefügt werden, dass diese Überlegungen nicht voraussetzen, dass eine direktere und massivere, instrumental motivierte Nachfrage nach Soziologie grundsätzlich immer wünschbar sei. Sie ist nur eine der wichtigsten BedingungsgrÜssen ihrer institutionellen Entwicklung.

3.1. Indizien für deren generelle Beschränktheit

Der Verdacht wurde bereits ausgesprochen, die schweizerischen Entscheidungsträger betrachteten Soziologie weniger als praktische Notwendigkeit denn als Teil einer vollständigen Universitätsausstattung, den man sich eben, innerhalb gewisser Grenzen, leistet. In der Tat weisen verschiedene Indizien darauf hin, dass gerade politische Instanzen die Soziologie im Rahmen ihrer Entscheidungsprozesse oder in einem weiteren Sinne im Rahmen der (Selbst-) Verwaltung der schweizerischen Gesellschaft als nur beschränkt nützlich wenn nicht gar als schädlich betrachten. Einige davon, unsystematisch und zweifellos willkürlich ausgewählt, seien hier angeführt :

- Diverse politische Stellungnahmen, besonders Berichte des "Vororts" über den Wissenschafterbedarf der Wirtschaft räumen der Soziologie einen marginalen oder überhaupt keinen Platz ein.
- Zu Beginn der 70er Jahre hatte das Bundesamt für Statistik mit der Herausgabe einer Reihe "Soziale Indikatoren" begonnen und damit einen entscheidenden Schritt in Richtung grösserer sozialer Relevanz der bereitgestellten Informationen getan ; diese Reihe wurde im Rahmen der bereits erwähnten Ausgabenbeschränkungen mit Personalstop sine die sistiert ;
- Für die Volkszählung 1990 ist eine Reduktion des Erhebungsbogens geplant, welche seinen soziologischen Informationsgehalt sowie die Vergleichsmöglichkeiten mit früheren Erhebungen beträchtlich einschränkt.
- Die vor wenigen Jahren versuchsweise eingeführten, sozialwissenschaftlich ausserordentlich wichtigen Mikrozensen sind in Gefahr, wegen der

politischen Priorität wirtschaftsstatistischer Erhebungen, nicht weitergeführt zu werden.

- Wiederholte, oft definitive amtliche Behinderungen soziologischer Untersuchungen auf der Ebene der Stichprobenbildung unter dem Vorwand des Datenschutzes zeigen, dass ein zumindest implizites, ungeschriebenes Recht auf gesellschaftliche Informationen von politischen Instanzen kaum als schützenswertes Gut der Oeffentlichkeit wahrgenommen wird [25] (nicht selten sind es dieselben Instanzen, die regelmässig ihre Adresskarteien kommerziellen Agenturen zur Verfügung stellen).
- Im Unterschied zu anderen Sozialwissenschaften wird Soziologie in Maturitätsmittelschulen praktisch überhaupt nicht, in Berufsschulen sehr ungleich und mit marginaler Dotation unterrichtet [26].

3.2. Entwicklung der Nachfrage

Die gesellschaftlich wirksame Nachfrage nach soziologischem Wissen, vor allem jene, die vom politischen System ausgeht, erscheint somit in der Schweiz generell als gering. Bis zum Beginn der 60er Jahre ist sie kaum zu dokumentieren ; ihr stehen bis dahin auch nur wenige geeignete Adressaten gegenüber. Mitte der 60er bis Mitte der 70er Jahre scheint sie wirksamer zu werden zu sein als vorher und seither ; gegenwärtig scheint es, dass das politische Interesse an Sozialwissenschaften wieder ansteigen könnte [27].

Mitte der 60er Jahre, in einer Periode der "Konjunkturüberhitzung" und des wachsenden materiellen Massenwohlstandes, wurden in der Schweiz soziale Probleme allmählich diskutierbar. Nach wenig erfolgreichen Anfängen anlässlich der Landesausstellung 1964 in Lausanne (etwa durch eine "nonkonforme" Intellektuellengruppe um Max Frisch) beginnt ein zunächst kleiner Teil der Öffentlichkeit, neue soziale Probleme wahrzunehmen, während vorher kritische Aeusserungen im Zeichen des Antikommunismus schnell als unschweizerisch und ideologisch verzerrt abgewehrt worden waren. Zersiedelung der Landschaft und Infrastrukturprobleme in den explodierenden Vorstädten, Halbstarke, miserable Lage der Bergbauern, erste Umweltprobleme (z.B. Fluorschäden im Fricktal und im Wallis) sind einige Beispiele,

---

25 Oder jedenfalls forschende Soziologen nicht als dessen Sachwalter anerkannt werden.

26 Systematisch integriert ist sie nur in der Ausbildung von Sozialarbeitern (inkl. Erziehern und Sozialanimatoren bzw. Sozialpädagogen) und von Krankenschwestern ; randständig vorhanden ist sie in anderen parauniversitären Bildungseinrichtungen wie etwa in gewissen Fachrichtungen an Höheren Technischen Lehranstalten.

27 Vgl. dazu etwa die wichtige Rolle, die der Wissenschaftsrat sozialwissenschaftlichen Fragestellungen in seinen Vorschlägen für die forschungspolitischen Zielsetzungen des Bundes für die Planungsperiode 1992-1995 zuschreibt (Schweizerischer Wissenschaftsrat 1989).

denen sich eine zunehmende xenophobe Strömung zugesellt - Erscheinungen, die nur allmählich und gegen Widerstand als Kehrseite des allseits begrüssten Wohlstandes erkannt wurden, um schliesslich von der unerwarteten Studenten- und Jugendbewegung von "68" an Sichtbarkeit überrundet zu werden (Levy & Duvanel, 1984).

Vielleicht erstmals in der modernen Geschichte der Schweiz werden in dieser Periode pragmatische Selbstverständlichkeiten der Entscheidungsträger erschüttert und entsteht eine politische Nachfrage nach sozialem Fachwissen. Spät findet so, nach einer jahrzehnte dauernden Phase des ideologischen Rückzugs auf eine Position geistiger Landesverteidigung (Jost, 1983), wieder "Entzauberung" im weberschen Sinne statt. Es ist die Zeit der ersten politikrelevanten Prognosen, etwa über die Bevölkerungs- und Arbeitsmarktentwicklung, der Beginn einer Reihe von Anläufen zu politischer Planung aufgrund von "Gesamtkonzeptionen" (etwa über die Verkehrsentwicklung), der Beginn auch der Ressortforschung diverser Bundesämter sowie der Nationalen Forschungsprogramme.

In diese Zeit fallen auch die bereits erwähnten Gründungen ausseruniversitärer Forschungsstellen, in der welschen Schweiz eher im Rahmen öffentlicher Institutionen, in der deutschen eher im privaten Sektor, welche einen wichtigen Teil problemorientierter Forschung absorbieren. Dadurch nimmt der Anwendungsdruck auf die universitäre Soziologie weniger stark zu, als es der ausseruniversitären Entwicklung entspräche (wogegen interne, hauptsächlich von Studentenseite vertretene Wünsche nach "Praxisrelevanz" sich eher verstärken). Sie wird selbständiger, entwickelt eine unabhängig konzipierte, an internationalen Standards orientierte Professionalisierung und erscheint nach aussen, trotz einer Reihe problemorientierter Auftragsstudien (Verkehrslärm, Jugendproteste, Frauendiskrimination, politische Apathie u.ä.) politisch eher "unbrauchbar" [28]. Sie unterscheidet sich in dieser Hinsicht recht deutlich von der Situation in den Niederlanden, wo die Soziologie traditionell ausserordentlich pragmatisch und "praktisch", d.h. auch politisch instrumentalisierbar war und dementsprechend während längerer Zeit stark gefördert wurde. Gemäss Yzermann (1980) dürfte Holland eines der Länder mit der höchsten Soziologendichte sein. Ebenfalls unterscheidet sie sich merklich von der Situation in der Bundesrepublik Deutschland, wo in den 70er Jahren, die bereits festgestellte beträchtliche Ausweitung der universitären Lehre der Soziologie und anderer Sozialwissenschaften begleitend,

---

[28] Es mag erlaubt sein, in diesem Zusammenhang nochmals die Studie über Frauendiskrimination (Held & Levy, 1974) zu erwähnen, deren vielleicht einzigartig kontroverse öffentliche Rezeption illustriert, wie wenig noch zu Beginn der 70er Jahre die veröffentlichte Meinung in der Schweiz bereit war, Analysen gesellschaftlicher Probleme zu verarbeiten, die nicht von vornherein auf Konsens und Normativität angelegt sind (vgl. Borkowsky et al., 1981, für eine vergleichende Analyse der Reaktionen auf diese Studie und auf analoge, aber rund fünf Jahre später von der inzwischen geschaffenen Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen veröffentlichten Berichte).

eine beträchtliche Welle der Verwissenschaftlichung aller Arten institutioneller und sozialer Praxis einsetzte [29].

Die wachsende Nachfrage nach soziologischer Problemerhellung ist bisher in der Schweiz vor allem wirksam geworden, so lange neu verteilt werden konnte [30]. In der anschliessenden Periode der mageren Jahre, nach der Rezession Mitte der 70er Jahre, als es nur noch darum ging, den bestehenden Kuchen öffentlicher Gelder allenfalls umzuverteilen, fiel sie wieder merklich zurück, wie Heintz & Hutmacher bereits 1974 konstatierten. So enthielt beispielsweise die zweite Serie Nationaler Forschungsprogramme mehr Themen, welche die Soziologie direkt ansprechen - ihre sechs Programme betrafen direkt oder indirekt sozialwissenschaftliche Fragestellungen - als die nachher beschlossenen ; erst in jüngster Zeit scheint in diesem Rahmen wieder mehr Raum für Sozialwissenschaften geschaffen zu werden (vgl. die in Ausführung begriffene fünfte und die noch nicht definitiv festgelegte sechste Serie) [31].

Zusammenfassend lässt sich sagen, die institutionell wirksame Nachfrage nach soziologischer Forschung in der Schweiz erscheine allgemein - im Vergleich zu anderen hoch- bis postindustrialisierten Ländern - als gering, setze Ende der 60er Jahre verhältnismässig spät ein, falle nach einem Jahrzehnt wieder auf ein bescheidenes Niveau zurück, zeige aber gegenwärtig wieder eine anziehende Tendenz.

3.3. Hypothesen zur Gesamtsituation

Einige Autoren haben mÜgliche Gründe für die langsame Entwicklung der Soziologie in der Schweiz benannt. Ihre Hypothesen, die sich zum Teil überschneiden, zum Teil ergänzen, seien zunächst unkommentiert aufgeführt :

---

[29] Trotzdem auch der Schweizerische Nationalfonds sich empirisch für die Implementationswirkungen der von ihm finanzierten Forschung zu untersuchen beginnt, muss beachtet werden, dass in der Schwseiz die Verwendung sozialwissenschaftlicher Deutungsmuster auf institutioneller, professioneller und alltäglicher Ebene bisher ein sehr viel bescheideneres Ausmass erreicht hat als das von Beck & Bonss (1989) in der BRD analysierte. Es wird im übrigen interessant sein zu verfolgen, ob es hier möglich sein wird, gewisse von diesen Autoren diangostizierte Missverständnisse und Fehlerwartungen zu vermeiden - die kulturellen Voraussetzungen dafür wären möglicherweise gegeben, aber die Erfahrungen mit anderen Beispielen "nachholender Entwicklung" laden zur Skepsis ein.

[30] Die Expansion der universitären Soziologie erfolgt allerdings im Rahmen des generellen Wachstums der öffentlichen Verwaltungen und Ausgaben. Zahlenmässige Vergleiche liegen nicht vor, es ist aber anzunehmen, dass sie, besonders im Vergleich zu anderen Disziplinen, die dadurch gegebenen Spielräume nicht voll hat ausnützen können.

[31] Zwischen den ersten Entwürfen und dem Ausführungsbeginn einer Programmserie kann eine beträchtliche Frist verstreichen. Die NFP-Themen sind deshalb für unsere Fragestellung nachlaufende Indikatoren (vermutlich um ca. 3-5 Jahre).

Atteslander (1966) :

- an Universitäten und anderswo (namentlich in den politischen Entscheidungsgremien der Hochschulträger) bestehen seit langem Vorurteile gegen Soziologie ;

- praktische Sozialforschung wird durch Wirtschaft und öffentliche Verwaltung in Eigenregie betrieben [32] und stimuliert deshalb die Entwicklung der universitären Soziologie nur wenig ;

- die Auseinandersetzung mit sozialen und politischen Problemen wird von Nicht-Soziologen geführt und tendenziell monopolisiert ;

- nach dem Zweiten Weltkrieg kommt es zur Erneuerung der Vorurteile : Soziologie erscheint als fremdes Importprodukt [33].

Heintz (1968) :

- Die Schweiz wird von den Schweizern vergleichsweise als besonders wenig problematisch gesehen (hoher Konsens über die nationale, politisch-soziale Ideologie) ;

- politische Entscheidungen sind durch das stark institutionalisierte Zusammenspiel der relevanten Machtgruppen weitgehend determiniert, daher wenig (bzw. sogar negativer) Bedarf nach zusätzlichen, wissenschaftlich ermittelten Entscheidungsgrundlagen (solche würden die Komplexität der Kompromissfindung zusätzlich erhöhen) ;

- Soziologie ist Ausdruck urbaner Kultur ; diese ist in der Schweiz bis weit ins 20. Jahrhundert relativ wenig dominant [34];

In jüngerer Zeit werden aber auch Faktoren wirksamer, welche auf die Entwicklung der Soziologie stärken :

- Bedeutungszunahme neuer, mit den bisherigen konsensualen Deutungsmustern nicht befriedigend erfassbarer Probleme (Fremdarbeiter, Suburbanisierung, sich politisierende Jugend u.a.) ;

- neue Relevanz der internationalen Ebene, für deren Verständnis die nationale Ideologie nicht ausreicht ;

---

[32] Dies trifft für den Bund zu, dürfte im Fall der Kantone und Gemeinden jedoch eher die Ausnahme sein, besonders in der Periode, auf die Atteslander (1966) zurückblickt (Anm. RL).

[33] Dazu eine bestätigende Anekdote : noch 1974 sieht ein eidgenössischer Parlamentarier in der vorher erwähnten Studie über die Stellung der Frauen nichts anderes als "eine vom Ausland bezogene Ideologie" (Motion Allgöwer).

[34] Das Fehlen einer stark entwickelten urbanen Kultur dürfte in der deutschen Schweiz durch deren spezifische Sprachsituation noch verstärkt werden, da gesprochene und geschriebene Sprache nicht identisch sind (Anm. RL).

- steigende Soziologisierung des Demokratiebegriffs (er wird zunehmend nicht mehr rein juristisch gefasst - u.a. unter Einfluss der Jugend- und Studentenbewegung).

Heintz (1975) :

- die höhere Bildung ist in der Schweiz generell weniger stark entwickelt als in vergleichbaren Ländern ;

- die politische Kultur ist eher ländlich-kleinstädtisch, d.h. wenig universalistisch oder kosmopolitisch, deshalb wenig aufnahmebereit für Soziologie (greift frühere Urbanitätshypothese wieder auf - RL) ;

- die bestehende Forschungsfinanzierung privilegiert die Naturwissenschaften, welche ausserdem neben öffentlichen stark von privaten Geldern (Ausgaben für Forschung und Entwicklung in der Privatwirtschaft) gestützt werden.

Alle diese Hypothesen dürften einigermassen zutreffen. Die meisten von ihnen gelten aber erst für die jüngere Zeit. Holt man etwas weiter aus, so könnte man, unter Orientierung an den anregenden Arbeiten von Anderson (1981) über das Nichtauftauchen der Soziologie in Grossbritannien und Torrance (1981) über ihren Untergang in Oesterreich in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in etwa die folgende globale Argumentation skizzieren.

Auch die Schweiz ist als Nation ein Produkt des Bürgertums im 19. Jahrhundert. Obwohl sie 1991 offiziell ihr 700jähriges Bestehen feiert, ist sie als national organisierte Gesellschaft im letzten Jahrhundert entstanden, nachdem 1798, in einer Zeit innenpolitischer Wirren und verbreiteter Erhebungen, durch den Einmarsch französischer Revolutionstruppen der Untergang ihres Ancien Régime eingeleitet wurde. Nach der auf den Wiener Kongress folgenden Restaurationsphase entstand der erste stabile Bundesstaat mit einer zunächst eher schwachen Zentralregierung erst 1848, nachdem ein kurzer Sezessionskrieg unblutig zu Ungunsten des katholischkonservativen "Sonderbundes" entschieden wurde. Der neue Bundesstaat war das Werk der Radikalen und der Demokratischen Bewegung, also des protestantischen industriellen Bürgertums, dessen politische Organe denn auch bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts (namentlich dank dem Majorzsystem der Legislativwahlen) die politischen Institutionen fest in der Hand hielten - Bauern und Arbeiter blieben zunächst ausgeschlossen und mussten sich ihre Beteiligung hart erkämpfen, die letzteren 1918 mit dem einzigen Generalstreik der modernen schweizerischen Geschichte [35].

---

[35] Vor diesem Hintergrund erstaunt weniger, dass der Bund eher als Ort bzw. Akteur nötiger Veränderungen betrachtet wird als die Kantone. Der Bundesstaat erscheint als der eigentliche politische Bauplatz des wirtschaftlich-industriellen Gesellschaftskonzepts des siegreichen Bürgertums. Die in der Gründerzeit des 19. Jahrhunderts vorgenommene Aufteilung in die kantonalen, eher geisteswissenschaftlich ausgerichteten Universitäten (mehrheitlich in der

Um es etwas überspitzt zu formulieren : dass sich die Schweizer nicht nur als Zürcher, Urner, Genfer, sondern tatsächlich als Schweizer mit einer wenn auch schwer definierbaren gemeinsamen Identität fühlen, dass sie gemeinsame politische Symbole haben und in einem gewissen Ausmass auch heute noch eine politisch-nationale Ideologie teilen ist ein soziales Konstrukt des ausgehenden 19. Jahrhunderts. Erst in dieser Periode, als die bürgerliche Macht im Bundesstaat von den neuen Bauern- und Arbeiterorganisationen angegriffen zu werden begann, unternahm sie Anstrengungen zur Schaffung eines schweizerischen Patriotismus mit den üblichen kulturellen und zeremoniellen Attributen (Nationalhymne, Nationalfeier, Nationalmuseum, weibliche Identifikationsfigur der Helvetia, Telldenkmal, Landesausstellungen mit mythischer Darstellung der Schweiz als Dorfidylle) und organisatorischen Strukturen (politische und parapolitische Vereinigungen aller Art, deren wichtigster Vorläufer die seit 1761 als gewissermassen informelle politische Akademie wirkende "Helvetische Gesellschaft" war). Dieser Prozess der Schaffung einer nationalen Identität erfolgte recht bewusst und explizit [36].

In der Folge wurde der Helvetismus erneut aktiviert, besonders im Zweiten Weltkrieg im Sinn der Gegenpropaganda ("Geistige Landesverteidigung" auf der Grundlage einer 1938 erlassenen Botschaft des Bundesrates). Vermutlich ist die nationale Ideologie der Schweiz intakter als jene aller anderen kontinentaleuropäischen Länder aus dem Zweiten Weltkrieg hervorgegangen ; sie wurde sogleich für weitere 15 Jahre in einen oft militanten, generalisierten Antikommunismus übergeführt. Inbezug auf den ideologischen Konsens dieser insgesamt beinahe 50 Jahre dauernden Periode, der für Viele seinen in Beton gegossenen Ausdruck im igelförmigen Armeepavillon der Landesausstellung von 1964 fand, formuliert Saurma (1974, 367) die Hypothese, die Soziologie in der Schweiz bleibe "solange nicht folgenreich, als sie mit ihren universalmenschlich gedachten Konzepten ein Volk zu beschreiben versucht, das von der Einteilung der Welt in schweizerische und ausländische Menschen ausgehen muss".

Die Schweiz als moderner, auf einem nationalen Territorium konstituierter Staat ist vielleicht in noch stärkerem Masse ein Produkt des Bürgertums als etwa Italien oder Deutschland [37]. Dieses Bürgertum war bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts mit einem morschen, aber von den autochthonen Kräften nicht zu stürzenden Ancien Régime konfrontiert, dem in den deutsch-

zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstanden, teils durch "Anbau" an schon länger bestehende theologische Fakultäten) und die eidgenössischen Technischen Hochschulen mit ihren wirtschaftlich wichtigen Annexanstalten (etwa zur Ausarbeitung und Vereinheitlichung von Massen und Gewichten oder zur Materialprüfung) ist bis heute folgenreich geblieben.

36 Um die Jahrhundertwende wurde das "Schweizerdorf" zu einem gern verwendeten und tatsächlich effektvollen Pendant der anlässlich nationaler und internationaler Ausstellungen gezeigten Leistungen der siegreichen Industrie, am sichtbarsten wohl an der Pariser Weltausstellung (noch heute gibt es in Paris ein Quartier namens Village suisse) - vgl. Crettaz, 1987.

37 Mir ist keine vergleichende historische Analyse zu diesem Thema bekannt. Die folgenden Ausführungen sind als empirisch noch zu überprüfende Thesen aufzufassen.

schweizerischen Städten auch ein rigides Zunftsystem zuzurechnen ist, das die "Industrialisten" zum Ausweichen aufs Land zwang. Auf diese Weise, wohl auch begünstigt durch eine relativ weit gediehen Protoindustrialisierung, kam es zu einem relativ raschen Verlauf einer vorwiegend technischen "industriellen Revolution", die aber nicht mit tiefgreifenden, ebensoschnell verlaufenden sozialen Umstrukturierungen verbunden war. Eine verstärkte Urbanisierung setzte erst gegen das Ende des 19. Jahrhunderts ein, die Schweiz blieb lange, obwohl ökonomisch längst industrialisiert, eine ländlich und kleinstädtisch geprägte Gesellschaft (man erinnere sich an Heintz' Hypothese über den Zusammenhang zwischen langsamer Entwicklung der Soziologie und geringer Urbanität). Es könnte sein, dass das kreative und auch rentable Ausweichen der Industrie (tiefere Löhne und direkter Zugang zur Wasserkraft, besonders im Fall der nord-ostschweizerische Textilindustrie) und die nicht mehr nötige Revolution (ausser im Tessin), an deren Stelle ein politischer Machtkampf um die Staatsform trat, im schweizerischen Bürgertum ein wenig theoretisches, nicht an Antagonismen oder an deren Kontrolle orientiertes, voluntaristisches (der willensbedingten Machbarkeit verpflichtetes) Gesellschaftskonzept entstehen liess [38]. Ausserdem hatte es seit dem 18. Jahrhundert in der Form verschiedener "Gesellschaften" Organe entwickelt, die der pragmatischen Analyse der sozialen Probleme und dem Ausdenken neuer Organisationsformen dienten (u.a. die 1761 gegründete Helvetische Gesellschaft und seit 1914 ihre Nachfolgerin, die Neue Helvetische Gesellschaft - vgl. Im Hof, 1982) [39]. Dies könnte erklären, dass bei wirtschaftlichen und politischen Entscheidungsträgern bis in die zweite Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts die Überzeugung vorherrschte, über ein hinreichendes Verständnis der eigenen, "selbstgemachten" Gesellschaft zu verfügen und für deren Steuerung nicht auf wissenschaftliche Entscheidungsgrundlagen angewiesen zu sein. Jost (1979, 18) stellt in seiner Analyse der politisch-kulturellen Widerstände gegen eine nicht dem dominanten Diskurs verpflichteten Sozialgeschichte in der Schweiz fest : "Erst als die Widersprüche der industriellen Gesellschaft die von den Liberalen gehegten Utopien von Fortschritt, Freiheit und Harmonie in Frage zu stellen begannen, geriet die Harmonie zwischen Politik und Geschichte ins Wanken". Ähnlich argumentiert auch Klöti (1987, 4), um die langsame und in der deutschen Schweiz auch heute noch erstaunlich geringe Entwicklung der politischen Wissenschaft als Universitätsfach zu erklären.

---

[38] Es sei in diesem Zusammenhang auch an die noch heute andauernde Beliebtheit der Bezeichnung der Schweiz als "Willensnation" erinnert. "Im Gegensatz zu den europäischen Nationalstaaten, deren Identität auf einem aus Sprache, Kulturraum und Rasse gebildeten Konzept beruht, musste der (schweizerische - RL) Bundesstaat des 19. Jahrhunderts, mangels eines einheitlichen Kulturraumes, seine identitätsbildenden Ideen dem politischen Diskurs entnehmen" (Jost 1987, 9). Gemäss der nationalen Rhetorik existiert also die Schweiz, anders als andere Nationen, nicht, weil sie eine historisch gewordene Einheit wäre, sondern weil sie trotz ihrer inneren Diversität von ihren Bürgern als Einheit gewollt ist.

[39] Geringe Förderung von Wissenschaft scheint allerdings nach Körner (1983, 61) noch weiter zurückzugehen ; er bringt dies mit dem Fehlen einer Aristokratie, aber auch schon mit der politischen und sozialen Struktur zusammen.

In bestätigendem Sinne und gegen Vorstellungen eines seither erfolgten grundlegenden Wandels skeptisch stimmend lässt sich in eine solche Argumentationslinie auch einbringen, dass noch für den Beginn der 70er Jahre (Legislaturperiode 1971-75) die bisher einzige breit angelegte Machtstudie auf nationaler Ebene das Resultat erbrachte, die schweizerische Machtstruktur entspreche einem hyperintegrierten Modell, bestehend aus einem zentralen Machtkern, dem die wichtigsten gesellschaftlich-politischen Interessenblöcke angehören, und an den die sektorielleren Interessengruppen, die eine beschränkte Zahl weiterer Blöcke bilden, kooperativ angebunden sind (Kriesi, 1980). Auf der obersten Ebene der nationalen Entscheidbildung besteht also, im Kontrast zum sonst vorherrschenden institutionellen Föderalismus, ein derart stark integriertes System, dass man sich fragen kann, ob es beispielsweise noch dem Phänomen des Neokorporatismus entspricht oder ob dieses dafür nicht bereits zu pluralistisch ist [40]. Um die zu Beginn dieses Aufsatzes herangezogenen drei Dimensionen wiederaufzunehmen : auf oberster Stufe der institutionellen Machthierarchie verschwindet gleichsam die strukturelle und kulturelle Heterogenität als Binnenstruktur (sie bleibt als politische Gegebenheit ausserhalb der Machtelite, mit der nach Massgabe ihres Störpotentials zu rechnen, selbstredend bestehen) und überlässt das Feld der Kleinheit, jedenfalls was die Praxis und die daraus resultierenden Informationsbedürfnisse der Entscheidungsträger betrifft. Die Hypothese liegt nahe, dass eine auf solcher Grundlage ausgeübte politische Praxis besonders wenig dazu prädestiniert, Sozialwissenschaften als "brauchbare" Wissensproduzenten einzustufen. Touraine (1974, 45 und 89) denkt entlang analoger Linien, wenn er als gesamtgesellschaftliche Entstehungsbedingungen der Soziologie das Auseinandertreten von wirtschaftlicher, politischer und kultureller Herrschaft bezeichnet, welches die zuvor herausgebildete Triftigkeit der Kategorien herkömmlichen, anders als wissenschaftlich validierten sozialen Denkens erschüttert.

Wie bereits ausgeführt wurde, haben sich erst seit Mitte der 60er Jahre erste Brüche im nationalen Selbstverständnis bemerkbar gemacht. Dies ist auch die Periode, in welcher die hochindustrialisierte, aber wenig zentralisierte Schweiz beginnt, sich stärker als Konsum- und Dienstleistungsgesellschaft zu entwickeln, und in der gleichzeitig die urbanen Konzentrationen zunehmen. Eine der Bedingungen, die Heintz für die langsame Entwicklung der Soziologie verantwortlich macht, verändert sich somit tatsächlich erst in neuerer Zeit in einem für sie günstigen Sinn. Man kann hier die Überlegung anschliessen, dass zwischen Soziologie und Intelligentsia im allgemeinen ein wichtiger Zusammenhang besteht. In der Schweizer Tradition fehlt weitgehend eine sozial anerkannte Rolle des Intellektuellen, vermutlich, weil sie

---

40 Es muss hier unterstrichen werden, dass sich diese Ergebnisse auf die obersten Entscheidungsniveaus der Bundesebene beziehen ; auf tieferen Ebenen besteht in vielfacher Hinsicht eine stärkere Dezentralisierung der Macht - nicht nur auf der Seite der institutionellen politischen Strukturen, sondern beispielsweise auch im Verbandswesen.

eben ein ausgesprochen urbanes Phänomen ist [41]. Was, wie schon erwähnt, mit der Tatsache nicht im Widerspruch steht, dass in der Schweiz eine längere Tradition öffentlichen Nachdenkens über die Gesellschaft und ihre Gestaltung besteht. Nur wird dieses Nachdenken, jedenfalls bis nach der Mitte dieses Jahrhunderts, nicht von kritischen Intellektuellen getragen, sondern von patriotischen Gelehrten oder Praktikern, also von Persönlichkeiten mit praktischem Sozialwissen, für die der Gedanke, mittels systematisch, allenfalls gar wissenschaftlich erworbenen Wissens lasse sich die Gesellschaft verwalten, verbessern oder verändern, gegenüber dem pragmatischen Aushandeln und der intuitiv zupackenden Gestaltung im Hintergrund steht. Aus solcher Sicht erscheint Soziologie insofern unerwünscht, als vermutet wird, sie könnte dazu beitragen, dass weitere soziale Probleme als solche definiert und legitimiert werden und damit die Komplexität ("Unregierbarkeit") des Handlungssystems der entsprechenden Akteure erhöhen (Weber, 1980, 302) [42].

Erst in neuester Zeit haben sich also die für die Entwicklung der Soziologie günstigen Bedingungen stärker entwickelt, was ihre universitäre wie auch ihre ausseruniversitäre Institutionalisierung betrifft. Diese konnte in der Tat seit dem Beginn der 70er Jahre in einem gewissen Masse ausgebaut werden, wobei allerdings dieser Prozess gegenüber der allgemeinen Bildungsexpansion relativ spät in Gang kam, sodass die Soziologie im Vergleich zu anderen Disziplinen von der Phase der fetten Kühe nur beschränkt profitierte. Die gegenwärtige Situation ist, was die Universitäten betrifft, dadurch gekennzeichnet, dass die vorhandene Ausstattung meist nur gerade aufrechterhalten werden kann (bei generell ungenügendem Umfang des Mittelbaus). Eine gewisse Bewegung ist für die nächsten Jahre nur insofern voraussagbar, als in den 90er Jahren an verschiedenen Orten Umbesetzungen aus Altersgründen anstehen.

4. Soziologische Thematisierung der schweizerischen Gesellschaft

Es ist auffallend und mag mit dem soeben Gesagten zusammenhängen, dass bisher, anders als in einer grossen Zahl westlicher Staaten, kein autori-

---

41 Die Kleinheit des Kontextes kann dies insofern verstärken, als sie allgemein die Differenzierung von Rollen begrenzt - falls davon ausgegangen werden kann, dass die moderne Figur des Intellektuellen von einer starken gesellschaftlichen Rollendifferenzierung abhängt. Auch die schon eingangs erwähnte Tatsache dürfte eine wichtige Rolle spielen, dass aufgrund der Dezentralisierung der politischen Prozesse ein Grossteil der manifesten Probleme nicht auf nationaler Ebene aggregieren, sondern im kommunalen und kantonalen Rahmen bearbeitet werden. Das hat gelegentlich auch direkte forschungspraktische Konsequenzen : gegenwärtige laufen in mehreren Kantonen voneinander unabhängige Erhebungen zur Neuen Armut oder sind bereits abgeschlossen ; im Rahmen des NFP 29 wird jetzt erst ein Anlauf zu einer Synthese genommen.

42 So mag sich etwa die überraschende Tatsache erklären, dass praktisch keine sozialwissenschaftlichen Studien über die Probleme der Sprachgrenzen innerhalb der Schweiz existieren.

tativer Versuch unternommen wurde, die schweizerische Gesellschaft gesamthaft soziologisch darzustellen, auch kaum hinsichtlich eines zentralen Aspektes wie etwa der sozialen Ungleichheiten.

Als Kandidaten für eine solche Kategorie soziologischer Schriften kommen lediglich wenige Versuche jüngeren Datums in Betracht (z.B. Levy, 1982) ; die Anstösse dazu kamen, charakteristischerweise, ausnahmslos aus der im Kulturmarkt tätigen Wirtschaft sowie der sozialen oder politischen Praxis, aber nicht aus der universitären Soziologie [43]. Ziel dieser Werke ist meist eher eine pluralistische Präsentation von Facetten der Gesellschaft, z.T. in Form kommentierter Faktensammlungen, als eine soziologische Gesamtsicht (Hilowitz, in Vorbereitung ; Oetterli & Zeugin, 1985 ; Blancpain et al., 1978 ; Autorenkollektiv, 1978).

Umgekehrt gesehen - und unsere These einer grossen Zurückhaltung der Schweizer Soziologen bestätigend - scheinen die existierenden Versuche von Gesamtdarstellungen umso soziologiehaltiger zu sein, je weniger universitär und "offiziell" sie entstehen. So sind beispielsweise mit weniger als 10 Jahren Abstand zwei an ein sehr breites, nicht universitäres Publikum gerichtete Lexika der Schweiz entstanden, von denen das erste, von der Kulturabteilung des Grossverteilers Migros (Ex Libris) herausgegeben einen ansehnlichen Anteil soziologischer und sozialhistorischer Ausführungungen enthält (Flüeler, 1975), das andere (Das Gelbe Heft 1979-81, nur als regelmässige Heftbeilage und nicht als Buch publiziert) gar von einem Soziologen konzipiert wurde. An offizielleren, "gelehrteren" Werken dagegen haben Soziologen nicht oder nur marginal mitgearbeitet - marginal etwa am bald vierbändigen "Handbuch Politisches System der Schweiz" (div. Herausgeber, 1983, 1984, 1986) oder am "Handbuch Sozialwesen Schweiz" (Fehlmann et al., 1987), gar nicht an der "Geschichte der Schweiz und der Schweizer", möglicherweise etwas angemessener in den in Vorbereitung befindlichen Werken "Handbuch der schweizerischen Volkskultur" und "Schweizer Lexikon 91" [44].

Im übrigen betrifft die soziologische Produktion Einzelaspekte der schweizerischen Gesellschaft oder konkrete soziale Probleme, die z.T. recht intensiv und vertieft bearbeitet werden (etwa Themen wie Struktur der politischen Macht, Politische Aktivität und Partizipation, Regionale Disparitäten, raumbezogenes Verhalten, Einkommensverteilung, Probleme mit der Präsenz von Fremdarbeitern, medizinsoziologische Fragestellungen).

Obwohl also die Schweizer Soziologen ohne Zweifel Vieles und auch gut Belegtes zu ihrer Gesellschaft zu sagen haben, wurde von ihnen noch kaum je der Versuch unternommen, daraus ein Gesamtbild zu konstruieren.

---

[43] Mit Ausnahme des Kompendiums von Blancpain et al. (1978), das insofern keinen Anspruch auf diese Kategorie erhebt, als es nur Interpretationsgrundlagen liefert.

[44] Eine Mittelposition kann man in dieser Hinsicht auch Wehling (1988) einräumen.

5. Quintessenz ?

Ist es möglich und sinnvoll, aus dem hier Gesagten Schlussfolgerungen zu ziehen ? Zunächst ist an die Ungesichertheit der vorliegenden Ausführungen zu erinnern. Ihre Erarbeitung hat gezeigt, dass die schweizerische Soziologie noch kaum Ansätze zu einer Selbstthematisierung entwickelt hat. Nach wie vor gilt der erstaunte Vorwurf von Röthlin (1976, 7) : "Man gewinnt den Eindruck, dass die Soziologen alles soziologisch untersuchen, sich selbst aber zuletzt". Weber (1988) stellt hinsichtlich der generell geringen Selbstthematisierung der Hochschulen in der Schweiz fest, sie resultiere einmal aus dem eng gewobenen, auch informellen Beziehungsnetz zwischen den Akteuren aus Politik und Verwaltung und jenen der Hochschulen und weiter daraus, dass auch die hochschulinterne Verwaltung, welche an solcher Selbstthematisierung interessiert wäre, nur schwach ausgebildet ist. Für eine derartige Selbstthematisierung käme den Sozialwissenschaften eine wichtige Funktion zu, welche sie aber angesichts ihres geringen Ausbaus - aus den skizzierten Gründen - kaum erfüllen können. In diesem Zirkel bleibt der Soziologie offenbar für ihre eigene Selbstthematisierung umso weniger Raum, als ihre gesellschaftlichpolitische Legitimität, wie erwähnt, keineswegs als gesichert anzusehen ist.

Gibt es überhaupt eine schweizerische Soziologie ? Wie wirken sich Heterogenität und Kleinheit als sozietale Randbedingungen auf ihre Entwicklung aus ? Man kann wohl ohne jemanden zu beleidigen feststellen, dass es eine schweizerische Soziologie im Sinne eines kohärenten, durch einen identifizierbaren wissenschaftlichen Stil gekennzeichneten Ganzen gibt und bisher auch nie gegeben hat. Auch ein in Ansätzen über die ganze Nation sich erstreckende wissenschaftliche Interaktions- und Diskussionszusammenhangs ist äusserst prekär und bedarf ständiger Reproduktionsbemühungen im Rahmen der SGS. Kleinheit und Heterogenität des schweizerischen Kontextes haben sich, jedenfalls bisher, vorwiegend im Sinn des Ausbleibens fördernder Faktoren gegenseitig verstärkend ausgewirkt - insofern scheint für die Soziologie zu gelten, was eine ganze Reihe schweizerischer Schriftsteller immer wieder beklagt hat : kein Platz für "unpassendes" Denken in der helvetischen Enge (Schmid, 1963).

Können aus dieser Diagnose weitergehende Schlussfolgerungen gezogen werden, etwa auf die Möglichkeiten und Bedingungen des Fruchtbarwerdens gesellschaftlicher Heterogenität in grösseren, beispielsweise europäischen Zusammenhängen ? Welche Chancen gibt Heterogenität für das Bedürfnis nach gesellschaftlichem Wissen und für dessen institutionelle Wirksamkeit ? Unter welchen strukturellen Bedingungen, bei Vorhandensein welcher Ressourcen und aufgrund welcher Strategien kommen diese Chancen zum Tragen ? Ist ihnen Dezentralisierung grundsätzlich abträglich, sind verschiedene Formen von Vernetzung zu unterscheiden, spielt die Grösse des relevanten sozietalen Rahmens eine ausschlaggebende Rolle ?

Die schweizerische Erfahrung in dieser Hinsicht aufzuarbeiten hat noch kaum ein Sozialwissenschafter unternommen - hier wäre zweifellos ein interessanter Beitrag zugleich zum Verständnis unserer eigenen Gesellschaft und zu jenem der Konstruktion Europas zu leisten.

BIBLIOGRAPHIE

ANDERSON Perry (1981), "Grossbritannien : Soziologische Gründe für das Ausbleiben der Soziologie", In LEPENIES W., Geschichte der Soziologie. Suhrkamp, Frankfurt, New York, Bd. III, 413-442.

ATTESLANDER Peter (1966), "Zur Lage der Soziologie in der Schweiz", Einleitung in ATTESLANDER P. & GIROD R., Soziologische Arbeiten I, Huber, Bern, 9-28.

AUTORENKOLLEKTIV (1978), Wohlstand und Ordnung ? Zur Soziologie der Schweiz heute, edition etcetera, Basel.

BERNSDORF Wilhelm & KNOSPE Horst (1980 und 1984), Internationales Soziologenlexikon, 2 Bde. Enke Verlag, Frankfurt.

BORKOWSKI Anna et al. (1981), "Soziologie in der öffentlichen Auseinandersetzung, dargestellt am Beispiel von Untersuchungen zur Stellung der Frau in der Schweiz", Bulletin Soziologie/Politische Wissenschaft, 32, 35-49.

CRAIG Gordon A. (1988), Geld und Geist. Zürich im Zeitalter des Liberalismus 1830-69, Beck, München.

CRETTAZ Bernard (1987), Un si joli village - Essai sur un mythe helvétique. Histoire et société contemporaines, 6, 5-18.

DAS GELBE HEFT (1979-1981), Lexikon der Schweiz, Ringier, Zürich (nicht als Buch publizierte wöchentliche Heftbeilage).

FEHLMANN Maja et al. (1987), Handbuch Sozialwesen Schweiz, Pro Juventute, Zürich.

FISCHER Hardi (1984), "Das neue Verhältnis zwischen Deutschschweizern und Westschweizern", Schweizerische Zeitschrift für Psychologie und ihre Anwendung, 43 (3), 177-193.

FISCHER Hardi & TRIER Uri P. (1962), Das Verhältnis zwischen Deutschweizer und Westschweizer, Huber, Bern.

FLÜELER Niklaus et al. (1975), Die Schweiz - vom Bau der Alpen bis zur Frage nach der Zukunft, Ex Libris, Zürich.

GERMANN Raimund & WEIBEL Ernest (1986), "Handbuch Politisches System der Schweiz", Band 3 : Föderalismus, Haupt, Bern.

Handbuch Politisches System der Schweiz (1983, 1984, 1986), Bisher 3 Bände (I Grundlagen, II Strukturen und Prozesse, III Föderalismus) mit wechselnden Herausgebern, Haupt, Bern.

HEINTZ Peter (1968), "Probleme der Entwicklung der Soziologie in der Schweiz", unpublizierter Vortrag, Schweizerische Gesellschaft für Soziologie, Zürich.

HEINTZ Peter (1972), "Stand und Einschätzung der Soziologie in der Schweiz", Revue européenne des sciences sociales / Cahiers Vilfredo Pareto, 10 (27), 5-11.

HEINTZ Peter (1975), "Les problèmes de la sociologie en Suisse", Revue internationale des Sciences sociales, 27 (4), 831-835.

HEINTZ Peter & HUTMACHER Walo (1974), "Die Förderung der Sozialwissenschaften in der Schweiz", Neue Zürcher Zeitung, 7.2.1974, 17.

HILOWITZ Janet & WALLIMANN Isidor (1990), Switzerland in Perspective, Greenwood Press, Westport/London (in Vorbereitung).

HUTMACHER Walo et al. (1981), "Mémoire concernant la politique de la science et le développement de la sociologie en Suisse depuis 1970", Bulletin Soziologie/Politische Wissenschaft, 32, 1-30.

IM HOF Ulrich (1982), Das gesellige Jahrhundert. Gesellschaft und Gesellschaften im Zeitalter der Aufklärung, Beck, München.

JOST Hans-Ulrich (1987), "Identität und nationale Geschichte", Widerspruch, 13, 7-20.

JOST Hans-Ulrich (1983), "Bedrohung und Enge (1914-1945)", Kapitel 8, in ANDREY A. et. al., Geschichte der Schweiz - und der Schweizer, Band III, Helbing & Lichtenhahn, Basel, 731-819.

KLÖTI Ulrich (1987), "Politische Wissenschaft in der Schweiz", Kleine Studien zur Politischen Wissenschaft, Nr. 245.

KÖRNER Martin (1983), "Réformes, Ruptures, Croissances (1515-1648)", In ANDREY G. et al., Nouvelle Histoire des Suisses et de la Suisse, vol. II, Payot, Lausanne, 7-96.

KRIESI Hanspeter (1980), Entscheidungsstrukturen und Entscheidungsprozesse in der Schweizer Politik, Campus, Frankfurt, New York.

LEPENIES Wolf (1981), "Studien zur kognitiven, sozialen und historischen Identität der Soziologie", Einleitung zu LEPENIES W., Geschichte der Soziologie, Suhrkamp, Frankfurt, Bd. I, I-XXXV.

LEVY René (1990), "Votes populaires et disparités contextuelles en Suisse", Revue française de sociologie, (zur Publikation vorgesehen).

LEVY René (1988), Die schweizerische Sozialstruktur, Pro Helvetia, Zürich (1982).

LEVY René & DUVANEL Laurent (1984), Politik von unten. Bürgerprotest in der Nachkriegsschweiz, Lenos, Basel.

LINDER Wolf (1983), "Entwicklung, Strukturen und Funktionen des Wirtschafts- und Sozialstaats in der Schweiz", Kap. IV, in RICKLIN A. (Hrsg.), Handbuch Politisches System der Schweiz, Haupt, Bern, 255-379.

MEIER-DALLACH Hans-Peter (1984), "Soziologie : vom Klagen zur Forderung", Bulletin Soziologie/Politische Wissenschaft, 45, 51-55.

MERTON Robert K. (1970), "Social Conflict over Styles of Sociological Work", in CURTIS J.E. & PETRAS J.W., The Sociology of Knowledge : A Reader, Praeger, New York, Washington, 507-30.

NEF Rolf (1980), "Struktur, Kultur und Abstimmungsverhalten", Schweizerische Zeitschrift für Soziologie, 6 (2), 155-190.

ÖTTERLI Jörg & ZEUGIN Peter (Hrsg.) (1985), Einführung in die Gesellschaftskunde, IPSO, Zürich.

PICHARD Alain (1988), "La cinquième frontière - deux manières d'être citoyens", DISP (Dokumente und Informationen zur Schweizerischen Orts-, Regional- und Landesplanung), 92, 24-28.

REY Jean-Noël (1983), Trop d'état ? Essai sur la mise en cause de l'Etat-Protecteur en Suisse, Réalités sociales, Lausanne.

RÖTHLIN Bruno (1976), "Zur Soziologieausbildung an den schweizerischen Hochschulen. Bestandesaufnahme - Entwicklungsperspektiven - Probleme", Kommission für Studienreform & Schweizerische Gesellschaft für Soziologie, Zürich.

SAURMA Adalbert (1974), "Zum Wandel ideologischer Gehalte in der Schweiz", Schweizerische Gesellschaft für Soziologie, Beiträge zur soziologischen Analyse der Schweiz, Genf, 365-373.

SCHMID Karl (1963), Unbehagen im Kleinstaat, Artemis, Zürich, Stuttgart.

SCHWEIZERISCHE GESELLSCHAFT FÜR SOZIOLOGIE (1974), (Planungskommission), "Vorschläge für einen Entwicklungsplan der Soziologie in der Schweiz. Prinzipien und Vorschläge für die Infrastruktur", Wissenschaftspolitik, Beiheft 3.

SCHWEIZERISCHE ZEITSCHRIFT FÜR SOZIOLOGIE (1977), (verschiedene Autoren), Atelier : Sociologie impossible ?, 3 (1), 139-196.

SCHWEIZERISCHER WISSENSCHAFTSRAT (1989), "Forschungsplatz Schweiz, Horizont 1995", Ziele für die schweizerische Forschungspolitik, Bern.

SCRIS (Service cantonal de recherche et d'information statistique) (1982), Aspects de la dépendance économique intercantonale, Lausanne.

SOZIOLOGISCHES INSTITUT DER UNIVERSITÄT ZÜRICH (1978), Almanach der Schweiz. Daten und Kommentare zu Bevölkerung, Gesellschaft und Politik, Lang, Bern, Frankfurt, Las Vegas.

TORRANCE John (1981), "Die Entstehung der Soziologie in Oesterreich 1885-1935", in LEPENIES W., Geschichte der Soziologie, Suhrkamp, Frankfurt, Bd. III, 443-495.

TOURAINE Alain (1974), Pour la sociologie, Seuil, Paris.

WEBER Karl (1980), "Produktion, Kontrolle, Verteilung und Verwendung soziologischen Wissens - Einige Vermutungen", Schweizerische Zeitschrift für Soziologie, 6 (3), 299-307.

WEBER Karl (1988), "Zur Lage der Hochschulforschung in der Schweiz", in ÖHLER Chr. & WEBER W.-D. (Hrsg.), Forschungspotentiale sozialwissenschaftlicher Hochschulforschung, 51-62.

WEHLING Hans Georg (Red.) (1988), Die Schweiz, Kohlhammer, Stuttgart, Köln, Mainz.

YZERMAN Thomas J. (1980), "Sociologists on the Labor Market in the Netherlands", Schweizerische Zeitschrift für Soziologie, 6 (3), 361-375.

ANHANG : TEXTE ZUR SOZIOLOGIE IN DER SCHWEIZ

ATTESLANDER Peter (1966), "Zur Lage der Soziologie in der Schweiz", Einleitung in ATTESLANDER P. & GIROD R., Soziologische Arbeiten I, Huber, Bern, 9-28.

ATTESLANDER Peter (1969), "Unbehagen an der Soziologie", Der Bund 1969, 177/1.8.69 und 178/3.8.69.

ATTESLANDER Peter & ÖTTERLI Jörg (1966), "Bibliographie des soziologischen Schrifttums der Schweiz 1945-1966", in ATTESLANDER P. & GIROD R., Soziologische Arbeiten, I. Huber, Bern, 307-349.

BASSAND Michel (1965), "La sociologie en Suisse, état et orientation de l'enseignement et de la recherche", Social Sciences Information, IV (2), 86 ff.

BEHRENDT Richard F. (1955), "Zur Gründung der Schweizerische Gesellschaft für Soziologie ?", Schweiz. Hochschulzeitung, 123-131.

BORKOWSKI Anna et al. (1981), "Soziologie in der öffentlichen Auseinandersetzung, dargestellt am Beispiel von Untersuchungen zur Stellung der Frau in der Schweiz", Bulletin Soziologie/Politische Wissenschaft, 32, 35-49.

BÜRGISSER Margret & FRITZ Andrea (1983), "Soziologen in der Schweiz. Eine Studie über die Ausbildung und die berufliche Situation der Schweizer Soziologen", Bulletin Soziologie/Politische Wissenschaft, Spezialnummer, März 1983.

FRAGNIERE Jean-Pierre (1975), "Sur la Société suisse de sociologie", Schweizerische Zeitschrift für Soziologie, 1 (1), 211-215.

FRAGNIERE Jean-Pierre (1981), "25 ans Société suisse de sociologie", Manuscrit, Lausanne.

GESER Hans (1979), "Berufliche Probleme und Chancen schweizerischer Soziologieabsolventen", Schweizerische Zeitschrift für Soziologie, 5, 415-436.

GESER Hans (1983), "In Memoriam Professor Peter Heintz", Schweizerische Zeitschrift für Soziologie", 9 (1), 1-6.

GESER Hans & HÖPFLINGER François (1974), "Soziologische Anmerkungen zu einer Diffusionspolitik der Soziologie", Manuskript, Zürich.

GESER Hans & HÖPFLINGER François (1980), "Professionelle Orientierungen in der schweizerischen Soziologie", in HISCHIER G. et al., Weltgesellschaft und Sozialstruktur, Rüegger, Diessenhofen, 609-630.

GIROD Roger (1954), "Les activités du Centre de Recherches Sociologiques de Genève et la méthode active et spontanée", Transactions of the Second World Congress of Sociology, Bd. I, London, 53 ff.

GIROD Roger (1959), "La Faculté des Sciences économiques et sociales de 1914-1956", L'Histoire de l'Université de Genève, Tome IV, Annexes, Genève, 125-126.

HEINTZ Peter (1968), "Probleme der Entwicklung der Soziologie in der Schweiz", Vortrag 15.11.1968.

HEINTZ Peter (1972), "Stand und Einschätzung der Soziologie in der Schweiz", Revue européenne des sciences sociales, Cahiers Vilfredo Pareto, 10 (27), 5-11.

HEINTZ Peter (1975), "Les problèmes de la sociologie en Suisse", Revue internationale des sciences sociales, 27 (4), 831-835.

HEINTZ Peter (1975), "Problems of Developing Sociology in Switzerland", International Social Science Journal, 27 (4), 777-780.

HEINTZ Peter (1979), "Cross-pressures on Sociology : Scientific Identity versus Student Expectations", International Social Science Journal, Revue Internationale des Sciences Sociales, 31 (1), 28-39.

HEINTZ Peter & HUTMACHER Walo (1974), "Die Förderung der Sozialwissenschaften in der Schweiz", Neue Zürcher Zeitung, 7.2.1974, 17.

HÖPFLINGER François (1979), "Schweizer Soziologen und ihre aktuelle Tätigkeit", Schweizerische Zeitschrift für Soziologie, 4 (2), 195-202.

HUTMACHER Walo (1983), "Peter Heintz et l'institutionnalisation de la recherche sociologique en Suisse", Schweizerische Zeitschrift für Soziologie, 9 (1), 13-14.

HUTMACHER Walo et al. (1981), "Mémoire concernant la politique de la science et le développement de la sociologie en Suisse depuis 1970", Bulletin Soziologie, Politische Wissenschaft, 32, 1-30.

KÖNIG René (1949), "La situation actuelle de la sociologie en Suisse", Manuskript zuhanden der UNESCO.

KÖNIG René (1954), "Report on some experiences in social research techniques in Switzerland and Germany", Transactions of the second World Congress of Sociology, Bd. I, London, 58 ff.

KÖNIG René (1966), "Das Lehren der Soziologie und seine Wandlungen", in ATTESLANDER P. & GIROD R., Soziologische Arbeiten I. Huber, Bern, 33-51.

KÖNIG René (1987), Soziologie in Deutschland : Begründer, Verfechter, Verächter, Hanser, München.

KRIESI Hanspeter (1980), "Methoden zur Legitimation soziologischer Praxis", Schweizerische Zeitschrift für Soziologie, 6 (3), 383-388.

LEVY René & RITSCHARD Rolf (1979), "Hauptresultate der Absolventenbefragung am Soziologischen Institut der Universität Zürich", Schweizerische Zeitschrift für Soziologie, 5 (3), 422-436.

MEIER-DALLACH Hans-Peter (1984), "Soziologie : vom Klagen zur Forderung", Bulletin Soziologie, Politische Wissenschaft, 45, 51-55.

MEYER Ruth & RENAUD Martial (1975), "Soziologische Forschung in der Schweiz", Schweizerische Zeitschrift für Soziologie, 1 (1), 201-209.

MEYER-FEHR Peter (1980), "Internationale Rezeption der Arbeiten von Peter Heintz und anderen Schweizer Soziologen", in HISCHIER G. et al., Weltgesellschaft und Sozialstruktur, Rüegger, Diessenhofen, 631-648.

RÖTHLIN Bruno (1976), "Zur Soziologieausbildung an den schweizerischen Hochschulen. Bestandesaufnahme - Entwicklungsperspektiven - Probleme", Kommission für Studienreform & Schweizerische Gesellschaft für Soziologie, Zürich.

SCHWEIZERISCHE GESELLSCHAFT FÜR SOZIOLOGIE (1974), "Vorschläge für einen Entwicklungsplan der Soziologie in der Schweiz, Wissenschaftspolitik, Beiheft 3 / Société Suisse de sociologie, Propositions pour un plan de développement de la recherche sociologique en Suisse, Politique de la science, supplément 3.

SCHWEIZERISCHE ZEITSCHRIFT FÜR SOZIOLOGIE (1977), (verschiedene Autoren), Atelier : Sociologie impossible ?, 3 (1), 139-196.

WALTER Emil (1959), "Von der Sozialphilosophie zur empirischen Sozialforschung", Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 95.

WALTER-BUSCH Emil (1984), "Die Förderung soziologischer Forschung durch den Schweizerischen Nationalfonds, 1970-1980", Bulletin Soziologie, Politische Wissenschaft, 44, 20-37.

WEBER Karl (1980), "Produktion, Kontrolle, Verteilung und Verwendung soziologischen Wissens - Einige Vermutungen", Schweizerische Zeitschrift für Soziologie, 6 (3), 299-309.

WEBER Karl (1988), "Zur Lage der Hochschulforschung in der Schweiz", in ÖHLER Chr. & WEBER W.-D. (Hrsg.), Forschungspotentiale sozialwissenschaftlicher Hochschulforschung, Beltz, Weinheim, 51-62.

ZEUGIN Peter (1979), "Soziologie - ein Studium mit schlechten Berufschancen ?", Schweizerische Zeitschrift für Soziologie, 5 (3), 416-422.

Schweiz.Z.Soziol./Rev.suisse sociol., 3 (1989) 489-502

LA SOCIOLOGIE CONTEMPORAINE DES PROFESSIONS : UN RETOUR DE DURKHEIM ? [1]

Olgierd KUTY
Faculté d'économie, de gestion et de sciences sociales,
Département de Sciences Sociales, Boulevard du Rectorat 7 B 31
B - 4000 Liège

Peut-on suggérer un retour de Durkheim alors qu'aujourd'hui et partout on ne parle que de Weber ? C'est ainsi que d'un côté les thèmes de l'individualisme méthodologique revendiquent explicitement une filiation webérienne [2], que la sociologie de l'intérêt que Caillé a repérée à l'oeuvre dans des travaux aussi différents que ceux de Boudon, Bourdieu et Crozier (Caillé, 1981 ; Hirschhorn, 1988) aurait un fondement webérien, et que d'un autre côté on célèbre le retour de l'acteur et de son engagement par rapport à des valeurs. Bref l'héritage de Weber est suffisamment large pour que beaucoup, venant d'horizons assez opposés, puissent se déclarer ses héritiers.

Parallèlement et encore plus explicitement, en sociologie des professions, certains sont convaincus que les grands travaux des années 70 s'inscrivent résolument dans la problématique wébérienne (Halliday, 1983 ; Saks, 1983). Ils montrent que les concepts de clôture et de monopole sont centraux dans la conceptualisation du professionnel : la profession est un groupe qui veille à s'octroyer une part du marché, à se constituer des privilèges et à en exclure les rivaux. L'idée de monopole est au coeur du concept de groupe de statut, concept assez central aujourd'hui dans les nouvelles élaborations théoriques du système de classes de notre société [3].

Et pourtant la référence systématique à Durkheim, depuis la fin des années 70, surtout dans la sociologie anglo-saxonne, ne peut manquer d'éveiller l'attention (Collins, 1985 ; Giddens, 1976 ; Seidman, 1987).

Il est donc nécessaire de procéder à un premier bilan de l'influence du paradigme durkheimien. Au-delà de la personnalité scientifique de Durkheim, ce qui nous intéresse, c'est la persistance d'un schéma de pensée, c'est-

---

[1] Une première ébauche de ce texte a été présentée au Congrès International de l'AISLF à Genève (Août 1988). Emmanuèle Reynaud, Renaud Sainsaulieu, Denis Ségrestin et Didier Vrancken ont bien voulu nous donner leurs commentaires sur de précédentes versions de cet article. Qu'ils en soient remerciés, même si nous n'avons pas toujours suivi leurs suggestions.

[2] Voir parmi d'autres, Boudon & Bourricaud (1982) qui, comme par hasard, ouvrent leur dictionnaire sur une définition webérienne de l'action sociale et le ferment sur la présentation des travaux de Wéber.

[3] Collins (1985) et d'autres comme Giddens, Parkin ont approfondi la définition du groupe de statut. Bourdieu et Touraine ont également introduit une forte composante des éléments culturels dans leur définition des classes sociales, voir Bidou (1986).

à-dire d'un système de questions orientant la réflexion et d'un système de réponses attendues. Il nous faut donc au préalable définir le contenu de ce questionnement durkheimien et préciser quelque point sur notre démarche.

1. Les paradigmes sociologiques

En tout premier lieu, nous pensons que la sociologie n'est pas une, mais que plusieurs rationalités sont à l'oeuvre, et que les paradigmes qui l'animent sont irréconciliables. La tâche du sociologue est de questionner la réalité avec des grilles qui appellent des interprétations différentes. Pour faire bref, nous pensons avec d'autres que l'on peut isoler à titre heuristique trois paradigmes en sociologie : un paradigme du calcul, de la stratégie et de la négociation que nous appellerons avec une part de simplification arbitraire, paradigme webérien ; un paradigme de la contrainte et de la domination que nous appellerons marxiste et un paradigme de l'intégration normative, du consensus de valeurs, que nous appellerons durkheimien [4].

En second lieu, il est clair que tout auteur, les trois pères fondateurs comme les autres, accommode des sources d'inspiration venant des trois horizons [5]. Mais il faut formuler trois observations : tout d'abord, on peut penser que tout sociologue est marqué par un paradigme dominant, ce qui justifie de le mettre préférentiellement dans un courant. Mais d'autre part, on doit se garder de le figer : un auteur évolue, combine différemment ses sources d'inspiration. Il serait alors plus juste de dire que c'est une oeuvre ou un ensemble d'oeuvres d'un auteur qui relève d'une catégorisation.

En troisième lieu, le champ des travaux sociologiques est ponctué par des thématiques dominantes, par la dominance successive de certains paradigmes. On pourrait appeler ceci une "conjoncture" paradigmatique et ce serait la tâche d'une sociologie de la connaissance d'en expliquer l'émergence en fonction tant du champ intellectuel que de la structure de la société. Ainsi les années 50 ont probablement été caractérisées par la problématique durkheimienne de Parsons et du fonctionnalisme alors que les années 70 sont marquées par la sociologie critique de la problématique de la domination et de la coercition [6] et les années 80 seraient caractérisées, nous dit-on, par le retour de la problématique webérienne. Clôturons ceci par une ultime remarque : un auteur n'est pas classable objectivement dans un champ de paradigmes. Ce sont les sociologues qui créent leurs pères adoptifs et luttent pour impo-

---

[4] Ceci a surtout une valeur pédagogique et ne peut être accepté qu'en première approximation. Vont dans le sens d'un schéma tripartite, Nisbet (1966/1984), Etzioni (1961), Sainsaulieu (1983), Tripier (1984) et Padioleau (1986).

[5] Tripier (1984) l'a clairement établi pour certains sociologues contemporains.

[6] Pour un même effort de périodisation dans la sociologie de la déviance, voir Dubet (1987).

ser leurs interprétations des oeuvres. Donc tout classement comme le nôtre n'a qu'une valeur indicative.

2. Le paradigme durkheimien

Dans le cadre de cet article, qu'entendons-nous par approche durkheimienne ? Pour de nombreux auteurs, c'est le caractère central attribué à l'intégration normative dans l'explication des pratiques humaines. Pour expliciter cette position, on peut, à titre pédagogique et donc inévitablement provisoire, proposer le tableau suivant qui s'articule sur deux distinctions heuristiques en sociologie : l'opposition des intérêts et des valeurs [7] et l'axe méthodologique individualisme-holisme.

	Individualisme méthodologique	Holisme méthodologique
Intérêt	Crozier et Friedberg (1977)	Bourdieu (1979)
Valeur	Weber (1964)	Durkheim (1912)

En conséquence, le paradigme durkheimien de l'intégration normative, c'est d'abord la combinaison de deux éléments centraux : l'élément valoriel et le holisme. C'est aussi, troisièmement, le choix d'une approche rationaliste en ce qui concerne ces valeurs.

a) En tout premier lieu, c'est la leçon bien connue de la Division du Travail Social. La société n'est pas une somme de contrats particuliers que nouent les individus, comme nous le dit Spencer. Il y a une conscience collective qui précède ces contrats et les rend possibles. Les intérêts individuels ne peuvent jouer que parce que préexiste une valeur commune à tous les individus, à savoir la reconnaissance du rôle central de l'individu, le développement de ses virtualités à travers la solidarité organique. Aujourd'hui, c'est une tradition théorique qui est en pleine réévaluation. Classiquement, on s'attachait ici à noter son origine dans l'école française des représentations que l'on faisait remonter à Montesquieu. Mais des analyses récentes ont montré la dette allemande de Durk-

[7] Sur cette distinction voir Hirschman (1980), Boudon & Bourricaud (1982), Rosanvallon (1989). Mais plus généralement il importe de remonter aux Moralistes français du 17ème et 18ème siècles sur lesquels nous préparons une note de synthèse.

heim : ses étudiants ne l'appelaient-ils pas familièrement, de son vivant, "Shopen" ? Cette piste sur l'influence de Shopenhauer ouvre des voies nouvelles dans la recherche sur la manière dont Durkheim a combiné la raison et la volonté [8].

Dernière précision sur l'influence des valeurs : à quel moment exercent-elles leur influence ? Il y a deux analyses chez Durkheim. Tout d'abord celle que nous venons de rappeler qui montre la conscience collective à l'origine des pratiques et précédant la conclusion des contrats particuliers. Ce sont les valeurs agissant ex ante. Mais par ailleurs, les valeurs sont également produites dans le travail normatif des groupes professionnels, des corporations. C'est la thèse de la Deuxième préface (1902), avec les valeurs vers lesquelles on tend, les valeurs ad quem.

b) Le second élément constitutif du paradigme, c'est la perspective holiste. Cette idée du tout collectif, Durkheim l'aurait retenue de sa fréquentation de Hegel, que ce soit lors de son séjour en Allemagne ou au contact des poètes parnassiens [9].

c) Troisième point : les valeurs, sont-elles rationnelles ou irrationnelles ? A la différence de Weber qui a opté pour une analyse irrationaliste de la société contemporaine en terme de valeurs charismatiques irrationnelles, Durkheim s'inscrit dans une perspective que nous appellerons, suivant le langage des commentateurs webériens, de rationalité substantielle. Ce qui veut dire que les valeurs font progresser la raison dans l'histoire, à travers l'avancée démocratique, à travers l'égalité (Lukes, 1977 ; Prager, 1981 ; Raynaud, 1987 ; Kuty, 1990).

d) Terminons par une remarque : Durkheim était-il durkheimien ? Que le lecteur ne veuille voir dans cette interrogation aucun jeu de mot gratuit, aucune plaisanterie. Nous voulons faire ici état d'un débat épistémologique qui est en liaison avec deux de nos propositions émises plus haut, à savoir l'évolution des auteurs et la revendication de filiation des commentateurs et analystes [10]. Le problème est le suivant : Durkheim, le défenseur de l'idée de la centralité des valeurs contre les intérêts, ne soutient-il pas, paradoxalement, une position qui consacre au contraire

---

8 Rappelons-nous ce texte de Montesquieu où l'importance des valeurs est clairement affirmée : "Il y a cette différence entre la nature du gouvernement et son principe, que sa nature est ce qui le fait être tel, et son principe ce qui le fait agir. L'une est sa structure particulière, et l'autre les passions humaines qui le font mouvoir" (livre III, chapitre I). Voir aussi Seidman (1987, 51-53). Sur Durkheim et Shopenhauer, voir Mestrovic (1988).

9 Communication orale de Daniel Giovannangeli. Voir aussi Knapp (1985).

10 C'est une des controverses de la sociologie : y a-t-il deux Durkheim ? Un premier Durkheim matérialiste, celui de la Division du travail social et du Suicide et un second, celui de la Seconde préface et des Formes élémentaires ? Parsons (1937) a lancé cette thèse, approfondie par Lukes (1977) et le débat reste ouvert. Douglas (1967) a rompu une lance en faveur de l'unité de pensée idéaliste dans toute l'oeuvre de Durkheim alors que Pope (1973) a soutenu la même unité de pensée, mais "réaliste".

le rôle clé des intérêts ? Nous savons que la conscience collective précède les contrats particuliers, mais cette conscience collective est en relation avec la densité physique et morale, qui un facteur "externe" à la conscience. Durkheim veut expliquer le social par le social et c'est dans la morphologie qu'il voit un fait essentiel. Cette analyse morphologique pose un problème : contre tout ce que nous venons de dire jusqu'ici, ne renvoie-t-elle pas à une explication ultime du social en termes d'intérêts ? En effet, une explication par les intérêts, c'est une explication qui, tendanciellement, met l'accent sur les stratégies d'adaptation à un environnement (l'idée essentielle est que l'acteur est mû par un intérêt de conservation), c'est-à-dire des stratégies induites par une source d'influence qui échappe à la conscience sociale alors qu'une explication en termes de valeurs montre la conscience sociale modelant cet environnement.

Cette approche durkheimienne par la densité semble avoir été reprise tant par Bourdieu que par Foucault. La dévaluation des titres scolaires ne trouve-t-elle pas son origine dans un facteur morphologique : la massification de l'enseignement, la croissance du nombre des diplômés ? Et d'une certaine manière, ne peut-on penser que Surveiller et Punir peut également être rapproché de cette analyse morphologique ? Le regard panoptique, n'est-ce pas une densification du réseau social, un fait de structure qui est source de contrainte extérieure sur le sujet ? Michel Foucault (1975, 195) lui-même semble retrouver l'inspiration du raisonnement de la Division du travail social lorsqu'il donne à penser qu'il accorde une place secondaire aux formes juridiques du contrat et de l'échange par rapport aux techniques de pouvoir.

3. Le retour à une rationalité substantielle

Traditionnellement, on a opposé l'irrationalisme de Weber au rationalisme de Durkheim. Cette opposition est particulièrement repérable dans leurs analyses politiques de la démocratie (Prager, 1981). Weber développe une sociologie politique dite formaliste, mettant entre autre l'accent sur la monopolisation par l'Etat du retour à la violence légitime et sur les arrangements institutionnels servant à protéger l'égalité formelle des citoyens, quels que soient les objectifs et réalisations du système politique. Durkheim au contraire est très attentif aux valeurs individualistes, à l'émancipation individuelle que peut soutenir l'Etat démocratique. Cette place accordée aux valeurs dénote chez Durkheim une théorie anti-formaliste puisqu'il prend en compte le contenu de la règle politique. Rappelons-nous en effet que le leader charismatique affirme des valeurs qui ne sont pas nécessairement en phase avec le progrès de la raison dans l'histoire.

Ces deux analyses se répercutent dans leur sociologie des professions puisque le professionnel contemporain n'est, aux yeux de Weber, qu'un technicien corporatiste, centré sur la rationalité formelle des moyens alors que les valeurs sont l'apanage de l'homme politique charismatique. Pour Durkheim, par contre, le professionnel crée dans le cadre des corporations des normes qui s'inscrivent dans le processus politique qui sera dit démocratique s'il conduit à la promotion de l'individu (Kuty, 1990).

Aujourd'hui, la nouveauté, c'est c'est le travail théorique de certains auteurs qui prennent leur distance avec une lecture irrationaliste de Weber. Il y a d'abord ceux qui montrent les limites et les dangers d'une approche indifférente au contenu des valeurs, approche qui peut légitimiter n'importe quelle pratique politique, et donc, dictatoriale, dès que les critères formels de la démocratie sont réunis (Mommsen, 1986, 515 ; Prager, 1981, le soulignent).

Il y a ensuite un autre courant dans nos années 80, qui a réinterprété la pensée de Weber dans le sens d'une sociologie plus rationaliste. Comme d'autres, Alexander (1982) s'est heurté aux conclusions contradictoires de Weber et a proposé une mise en perspective qui selon lui, introduit une plus grande cohérence. La conclusion fort claire de cette relecture est d'ouvrir une porte vers le rapatriement de Weber dans le champ de la rationalité substantielle. De même Seidman (1987) inscrit Weber dans le courant libéral de la fin du 19ème siècle qui entend sauver l'héritage rationaliste de la philosophie des Lumières. Il montre que Weber n'a pas fait que soutenir l'idée du social construit par la contrainte (rappelons-nous le thème de la cage d'acier) ou par les valeurs irrationnelles, mais qu'il a insisté sur les conditions institutionnelles favorables à la liberté des individus. Ainsi le développement "d'associations volontaires peut compenser en partie les tendances réifiantes de la bureaucratisation et du capitalisme (1987, 327). Raynaud enfin a également montré que certains éléments dits formalistes de la sociologie politique de Weber ont un contenu valoriel. Il en est ainsi du rôle du parlement ou des contraintes juridique pesant sur le chef plébiscitaire (1987, 213-214).

L'enjeu de tels travaux n'est pas qu'historique, c'est-à-dire motivé par la reconstitution scrupuleuse d'une pensée située et datée. Il est central dans une conception postmoderniste de la société. Une approche de la société en terme de disparition des garants métasociaux, de plurirationalité et de conflits généralisés, élimine-t-elle toute idée de rationalité substantielle ? Si notre société se définit comme rencontre et choc de multiples valeurs contradictoires, y a-t-il un sens rationnel à l'oeuvre dans l'histoire ? Ou plutôt y a-t-il une possibilité de redéfinir cette rationalité en fonction de notre nouveau contexte postmoderniste ? C'est tout l'intérêt des travaux comme ceux de Chauvenet (1988) qui, s'inspirant notamment de l'approche philosophique d'Arendt et de Habermas, propose des interprétations de la coordination des professionnels du social en des termes rompant avec les analyses intéressantes, mais trop unilatérales, du contrôle social et de l'inculcation (Kuty, 1990). Que font les professionnels qu'observe Chauvenet ? Ils s'interpellent sur les raisons de leur intervention auprès des clients et ce faisant ils autoli-

mitent leur arbitraire professionnel en cherchant des fondements légitimes à leur action. On retrouve ici à la fois le mécanisme de l'association professionnelle de Weber cité plus haut, le travail normatif des corporations de Durkheim et des éléments pour une redéfinition de la rationalité en des termes plus locaux et moins universels, dans le sens d'Arendt et de Habermas.

4. Un néoholisme de valeurs bien tempéré

L'autre axe durkheimien que nous pensons relever, c'est la reconnaissance du rôle central de la conscience collective dans les pratiques des acteurs. Les auteurs contemporains qui se rallient à l'idée de l'influence du système des valeurs ont abandonné l'idée durkheimienne d'une totalité sociétale. Ils écartent la notion d'une régulation sociale intégrée au niveau du tout collectif.

Cette conclusion s'inscrit ici aussi dans la sensibilité postmoderniste qui, avec sa problématique des enjeux et du conflit généralisé, est apparemment un des grands défis posés à la conceptualisation durkheimienne. Avec beaucoup de prudence on pourrait synthétiser de la manière suivante les deux grandes pistes suivies, l'une au niveau institutionnel et l'autre au niveau organisationnel.

La première voie insiste sur la différenciation institutionnelle au sein d'une société. La société n'intègre pas de manière homogène toute les institutions : il y disjonction, il y a une "autonomie institutionnelle". Reynaud (1983, 185) et certains auteurs ont retrouvé chez Durkheim lui-même une attention à ce pluralisme sociétal [11].

La seconde voie se situe au niveau organisationnel qui, pour faire bref, doit relever le défi anti-durkheimien du Phénomène Bureaucratique [12]. Deux idées maîtresses peuvent être retenues de cet ouvrage de Crozier, à savoir l'existence de plusieurs rationalités au sein de l'organisation et une nouvelle approche des valeurs. Celles-ci sont issues des relations de pouvoir et ne les précèdent pas : c'est le problème technique concret à résoudre qui est un des facteurs essentiel de la structuration des règles du jeu et non les valeurs sociales prégnantes (Kuty, 1990).

---

11 Mais peu avant le courant de la sociologie critique avait présenté une vision très homogène de la société. Bourricaud (1975) voyait d'ailleurs un "hyperfonctionnalisme retourné" dans les travaux d'Althusser (1976), Bourdieu (1979) et Marcuse (1968).

12 Il y a toutefois une ambiguïté dans le Phénomène Bureaucratique car on pourrait être tenté d'y retrouver la structure du raisonnement de la Division du travail social. Tout comme il y a en deçà des contrats (spencériens) la conscience collective qui les rend possibles, les stratégies crozériennes des strates s'articulent sur les valeurs françaises communes de l'évitement des relations face à face. Bref le jeu prend place à l'intérieur du système de valeurs. Mais Crozier pourrait facilement rétorquer que l'idée même de jeu exclut un tel système de valeurs communes.

Ce défi a été relevé par la théorie des identités collectives et par la théorie de l'organisation institutionnelle, qui repère l'action des valeurs collectives à un niveau moins macrosociologique.

La théorie des identités collectives a été développée à propos d'OS ou OP dans une entreprise (Sainsaulieu), de militants qui se rassemblent pour une action collective (E. Reynaud) ou d'une profession (Ségrestin). L'analyse peut donc concerner différents types d'acteurs collectifs. Toutefois le thème central durkheimien [13] reste toujours le même : c'est dans une identité commune, une culture collective, que s'originent les pratiques des acteurs.

4.1. L'identité collective de Sainsaulieu (1977)

Dans les organisations qu'il a étudiées, Sainsaulieu a dégagé quatre types d'identités au travail fondant quatre manières d'être un acteur collectif : la fusion, le retrait, la négociation et les affinités. C'est dans ces quatre identités que s'inscrivent les pratiques différenciées qu'adopteront les différents individus. Trois observations sont à faire ici. Tout d'abord, cette conceptualisation permet de replacer les conclusions de l'école stratégique de Crozier dans une autre perspective. L'acteur stratégique crozérien développe des pratiques de contrôle des zones d'incertitude qui sont inscrites dans une des identités, celle de la négociation : l'individualisme méthodologique crozérien plonge ses racines dans une culture, est porté par des valeurs. En second lieu, il ne s'agit pas d'une conscience collective à la taille d'une entreprise (ce qui serait l'esprit maison, conceptualisable comme une culture durkheimienne au niveau d'une organisation), mais d'une pluralité de cultures au sein d'une même organisation et produites par l'expérience de travail. Enfin, l'inspiration de Sainsaulieu reste bien organisationnelle en ce sens qu'il n'identifie pas les cultures à une culture de classe, extérieure et préalable à l'organisation : les OP ou les cadres, qui appartiennent à des classes différentes, peuvent être portés par une même culture de la négociation. Notons encore que l'inventaire des cultures n'est pas clos : d'autres recherches menées ailleurs, peuvent repérer d'autres configurations.

4.2. Les cultures collectives d'Emmanuèle Reynaud (1982).

Il s'agit ici d'expliquer comment des militants amènent le changement, qu'il se situent sur des terrains aussi variés que le planning familial, la libération féminine, la promotion de la santé, les terrains d'aventure, les groupes de quartier, les boutiques de droit, etc. (Reynaud, 1980).

---

13 La confrontation avec Durkheim est explicite chez les trois auteurs : Sainsaulieu (1977, 342-343) s'interroge sur la parenté de ses concepts avec la personnalité de base de Kardiner et Dufrenne, E. Reynaud définit la conscience collective comme le ferait Durkheim (Reynaud, 1982, 176), mais s'écarte de son "totalisme" (1982, 175 ; 1983) et Ségrestin (1987, 560) se reconnaît durkheimien.

Les identités collectives nouvelles qui s'affirment sont celles de "mères célibataires, homosexuels, consultants d'un service hospitalier, parents de jeunes enfants... (1980, 275). La définition de cette culture collective reste très classique, avec une inflection anti-sociétale : il s'agit d'un système intégré de normes, de valeurs et de comportements, ensemble constitué à propos d'une situation particulière et par l'ensemble de ses acteurs" (1982, 176).

Quel est le principe d'émergence de ces microcultures ? L'existence d'intérêt communs ne peut garantir la réalisation d'une action collective, dit l'auteur en s'appuyant sur les résultats de l'analyse d'Olson (1982, 163). Il faut chercher ailleurs : dans ces communautés d'identités qui se fondent prioritairement, semble-t-il dans les conflits : "c'est dans l'action que le groupe se structurera, adoptera des formes institutionnelles, et qu'apparaîtront des possibilités d'alliances et des antagonismes. C'est en définitive le conflit qui donne à l'identité collective une visibilité sociale en même temps qu'une position par rapport aux groupes déjà constitués... C'est le conflit qui donne un poids considérable à deux de ces composantes : les facteurs passionnels et les circonstances historiques" (Reynaud, 1982, 171). En dehors des conflits, "il n'y a pas de constitution de cultures collectives nouvelles et les clivages anciens (métier, origine sociale...) occupent une place extrêmement importante et qui croît avec le temps" (Reynaud, 1982, 173). En d'autres termes, J.-D. Reynaud (1980, 114) ne dit pas autre chose : (il faut souligner) "l'importance de facteurs "irrationnels" de constitution d'une collectivité : de la solidarité affective, de la communauté de situation, ou de langage, des normes de relations... (Il y a) le rôle des particularismes ou des accidents qui créent les identités : de l'unité du métier, du souvenir de la grève ou de tel grand conflit (...). En donnant plus de pertinence et d'effet durable à l'accident, au hasard, à l'événement, cette analyse redonne aussi toute sa place à l'histoire.

Enfin, point important, cette conception de l'identité collective permet de la concevoir en relation avec d'autres identités : "les identités collectives peuvent coexister, elles ne sont pas exclusives les unes des autres et une même personne peut participer à plusieurs identités collectives (Reynaud, 1982, 175 ; 1980, 280-281).

4.3. L'identité corporative de Ségrestin (1985)

Le livre de Ségrestin témoigne d'un approfondissement possible pour la sociologie des professions de santé, qui pourrait venir du renouvellement de la sociologie du travail française qui a découvert la pluralité des marchés de travail et l'existence de marchés primaires, c'est-à-dire protégés, se situant en dehors de la concurrence totale des offreurs de travail. La théorie des marchés coalisés (Tripier, 1984) ou celle des systèmes professionnels fermés (Ségrestin, 1985) vient ainsi féconder la sociologie des professions.

Ségrestin réduit la portée explicative de l'intérêt et restaure le poids des valeurs. Dès 1980, il pense que "les objectifs déclarés d'une action n'ont pas à

être considérés comme les moteurs de la mobilisation (...) les pratiques collectives renvoient toujours plus directement à l'acteur lui-même qu'à des projets ou des enjeux collectifs. Le point de départ de la conscience et de l'action collectives se trouve dans un dynamique de l'être plutôt que dans une dynamique de l'idée" (Ségrestin, 1980, 173). Le message est clair : l'objet de la négociation, ce n'est pas d'abord l'intérêt économique, le Toujours plus de Closets, mais "le toujours là" (1985, 210). "L'acteur social (est) appelé à se défendre en tant qu'acteur plus encore que comme porteur d'intérêts économiques" (Ségrestin, 1985, 211). "La négociation, c'est affirmer une attitude collective à sacrifier les intérêts directs du groupe chaque fois que le rapport avec le système est en cause" (1985, 210). Bref, en situation de crise, c'est "lorsque le système est menacé, que la consolidation de l'identité corporative devient véritablement un enjeu" (1985, 134). "L'identité est une fin en soi" (1985, 91).

Quelle est la portée de cette analyse ? C'est reconnaître le poids des valeurs, du passé, de l'histoire, dans l'action collective. Ségrestin est ainsi plus attentif à la permanence de l'acteur, à la continuité (1985, 62-96). Ce qui n'exclut pas le changement : l'identité change, s'adapte à un nouveau contexte, mais puise dans son passé pour le faire. Il serait intéressant de porter ces hypothèses sur le terrain de la profession médicale d'aujourd'hui et de voir comment se rédéfinit une profession libérale fondée sur le colloque singulier, alors que le contexte change. Un groupe intègre le changement en procédant à un travail de redéfinition de lui-même en continuité avec son identité passée. Ce qui n'exclut pas que l'identité puisse être "floue" (1985, 71). Ainsi, dans la culture ouvrière, l'image de l'ouvrier de métier peut être centrale, même si elle n'existe presque plus, si elle n'a concerné qu'un noyau de travailleurs.

Ces trois travaux appartiennent plutôt, mais on pourrait nuancer le propos, à l'approche durkheimienne du système de valeurs agissant ex ante alors que l'analyse de la culture du projet, qui suit, relève plutôt de la construction valorielle ad quem.

4.4. La culture du projet et l'entreprise institutionnelle (Sainsaulieu & Ségrestin, 1986)

C'est un autre raisonnement que construisent Sainsaulieu et Ségrestin pour situer les identités et les valeurs au centre d'une réflexion sur la "culture du projet qui devient ainsi clairement une valeur de l'économie et non plus nécessairement un frein, ou un gadget, un pur accessoire d'une nécessité économique entièrement définie par ailleurs" (Sainsaulieu, 1987, 198).

Quelle est cette nouvelle culture de l'entreprise associant les différents partenaires sur un projet intégrant la dimension économique, la préoccupation du résultat ? Les auteurs sont toujours en recherche et on peut, fort prudemment, avancer les éléments suivants :

a) C'est une culture qui permettra l'expression des différences, l'autonomie croissante, sans provoquer d'exclusion (Sainsaulieu, 1987, 208). Mais ce ne sera pas non plus "une communauté consensuelle et fusionnelle. C'est même plutôt l'inverse qui est le plus probable" (Sainsaulieu, 1988, 165). L'entreprise a déjà produit différents modèles de communautés (Sainsaulieu -1988- en repère cinq), mais il s'agit ici d'une communauté différente.

b) "Le participatif de l'organisation productive n'est pas spontanément en harmonie avec la promotion de la culture d'entreprise" (Ségrestin, 1987, 473). Ici Ségrestin s'écarte de toute idée de coïncidence d'un management participatif patronal avec la culture d'entreprise. Parallèlement, il est conduit à affirmer l'absence de contradiction interne, essentielle, entre la logique d'intérêt et la logique communautaire : les intérêts des subordonnés et des dirigeants peuvent suivre à la fois des chemins séparés et des routes communes ou, comme le dit Reynaud (1988, 18) "La différenciation des intérêts et l'autonomie croissante des groupes ne sont pas contradictoires avec un résultat commun". Ce faisant, il écarte le paradigme de classe pour rendre compte de la culture d'entreprise [14].

c) Pour le moment, Sainsaulieu donne surtout un contenu procédural à la culture du projet : c'est une culture de l'écoute, du débat démocratique, de la tolérance, chargée de produire les identités nouvelles attendues.

d) Ce sont ces identités, qui, affirmées, constituent la culture d'entreprise. Sainsaulieu pense que l'analyse stratégique favorise la reproduction du système (1987, 218) et qu'il faut introduire les représentations, les identités, pour créer le changement (1981). "Pour qu'il y ait changement, il faut que des acteurs sociaux trouvent la force d'agir au-delà des stratégies et des règles établies" (Sainsaulieu & Ségrestin, 1986, 347-348).

e) C'est par cela que l'entreprise est institutionnelle, c'est-à-dire qu'elle produit de la société. D'une part, parce qu'elle peut susciter la culture procédurale d'un débat démocratique, ensuite parce qu'elle pourrait faire apparaître une culture d'entreprise associant les identités différentes des différents groupes.

4.5. Le rituel de célébration

De ces travaux sur la construction institutionnelle, il faut rapprocher certains textes, surtout américains, qui insistent sur la dimension de rituel de célébration de l'unité sociale. La thématique paraît fort voisine par certains côtés, mais a son originalité propre. Il y a déjà Asiles où Goffman nous montre le staff et les reclus concourrir à la réaffirmation de l'unité institution-

[14] Tout le monde n'en est pas convaincu. Voir Desmarez & Stroobants, 1987.

nelle [15]. Dans le même ordre d'idée, Light analyse la "Grand messe" qu'est la conférence psychiatrique célébrée par le chef de service hospitalier et destinée à réinterpréter le suicide d'un patient pris en traitement dans une ligne permettant de continuité à croire dans l'efficacité de la psychothérapie (Light, 1972). De même, la conférence chirurgicale hebdomadaire analysée par Bosk nous montre des chirurgiens édifiant une communauté normative à partir de l'aveu de leurs erreurs professionnelles (Bosk, 1979).

5. Conclusion

Comme on a pu le voir, c'est chacun des trois axes du paradigme durkheimien que nous avons vu redéfini aujourd'hui en fonction d'un nouveau contexte de société : la conception holiste des groupes sociaux, le caractère central des valeurs ainsi que l'approche de ces mêmes valeurs en terme de rationalité substantielle.

BIBLIOGRAPHIE

ALEXANDER (1982), Max Weber, la théorie de la rationalisation et le marxisme, 14, 33-43.

ALTHUSSER L. (1976), "Idéologie et Appareils idéologiques d'Etat (1970)", Positions, Editions Sociales, Paris.

BIDOU C. (1986), "Classes sociales et sociologie", in GUILLAUME M., L'état des sciences sociales en France, La Découverte, Paris, 161-167.

BOSK C. (1979), Forgive and remember, University of Chicago Press, Chicago.

BOUDON R. & BOURRICAUD F. (1982), Dictionnaire critique de sociologie, P.U.F, Paris.

BOURDIEU P. (1979), La distinction, Minuit, Paris.

BOURRICAUD F. (1975), "Contre le sociologisme : une critique et des propositions", Revue Française de Sociologie, 16, 583-603.

CAILLE A. (1981), "La sociologie de l'intérêt est-elle intéressante", Sociologie du Travail, 23, 257-274.

CHAUVENET A. (1988), Les Professionnels de la santé publique, producteurs de normes et de droits, Centre d'Etude des Mouvements Sociaux (CNRS), Paris.

COLLINS R. (1985), Three sociological traditions, Oxford University Press, New-York.

CROZIER M. & FRIEDBERG E. (1977), L'acteur et le système, Le Seuil, Paris.

DESMAREZ P. & STROOBANTS M. (1987), "Au lieu de l'entreprise", in DUBAR C. et al., Deuxièmes journées de sociologie du travail de la Société française de sociologie (Lille).

DOUGLAS J. (1967), The social meanings of suicide, Princeton University Press, Princeton.

DUBET F. (1987), La galère : jeunes en survie, Fayard, Paris.

---

[15] Voir Goffman (1968, 143 ss.). Les influences durkheimiennes sur Goffman paraissent bien établies : voir Collins (1985) et Winkin (1988).

ETZIONI A. (1961), A comparative analysis of complex organizations, The free press of Glencoe, New-York.

FOUCAULT M. (1975), Surveiller et punir, Gallimard, Paris.

GIDDENS A. (1976), "Classical social theory and the origins of modern sociology", American Journal of Sociology, 81, 703-729.

GOFFMAN E. (1968), Asiles, Minuit, Paris.

HALLIDAY T. (1983), "Professions, class and capitalism", European Journal of sociology, 24, 321-346.

HIRSCHHORN M. (1988), Max Weber et la sociologie française, L'Harmattan, Paris.

HIRSCHMAN A. (1980), Les passions et les intérêts, PUF, Paris.

KNAPP P. (1985), "The question of hegelian influence upon Durkheim's sociology", Sociological inquiry, 55, 1-15.

KUTY O. (1990), "Le professionnel de terrain créateur de valeurs", à paraître dans Sciences Sociales et Santé.

LIGHT D. (1972), "Psychiatry and suicide : the management of a mistake", American Journal of sociology, 77, 821-838.

LUKES S. (1977), Emile Durkheim, Penguin Books, Londres (Allan Lane, 1973).

MARCUSE H. (1968), L'homme unidimensionnel, Minuit, Paris.

MESTROVIC D. (1988), "Durkheim, Schopenhauer, and the relationship between goals and means : reversing the assumptions in the parsonian theory of rational action", Sociological inquiry, 58, 163-181.

MOMMSEN W. (1986), Max Weber et la politique allemande, PUF, Paris.

NISBET T. (1984), La tradition sociologique, PUF, Paris, (1ère édition : 1966).

OLSON M. (1982), Logique de l'action collective, PUF, Paris.

PADIOLEAU J. (1986), L'ordre social, L'Harmattan, Paris.

PARSONS T. (1937), The structure of social action, The Free Press of Glencoe, New-York.

POPE E. (1973), "Classic on classic : Parsons' interpretation of Durkheim", American Sociology Review, 38, 399-415.

PRAGER J. (1981), "Moral integration and political inclusion : a comparison of Durkheim's and Weber's theories of democracy", Social Forces, 59, 918-950.

RAYNAUD Ph. (1987), Weber et les dilemnes de la raison moderne, PUF, Paris.

REYNAUD E. (1980), "Le militantisme moral", in MENDRAS H., La sagesse et le désordre, Gallimard, Paris, 271-286.

REYNAUD E. (1982), "Identités collectives et changement social", Sociologie du Travail, 24, 159-176.

REYNAUD E. (1983), "Groupes secondaires et solidarités organiques : qui exerce le contrôle social ?", Année Sociologique, 33, 181-194.

REYNAUD J.-D. (1973), "Tout le pouvoir au peuple : de la polyarchie à la pléistocratie", in MELANGES FRIEDMANN, Gallimard, Paris, 76-92.

REYNAUD J.-D. (1980), "Conflits du travail, classes sociales et contrôle social", Sociologie du Travail, 22, 97-115.

REYNAUD J.-D. (1988), "Les régulations dans les organisations : régulation de contrôle et régulation autonome", Revue Française de Sociologie, 29, 5-18.

ROSANVALLON P. (1989), Le libéralisme économique, Le Seuil, Paris.

SAINSAULIEU R. (1977), L'identité au travail, Fondation Nationale des Sciences Politiques (éd. Poche : 1985), Paris.

SAINSAULIEU R. (1981), "Du Système à l'acteur", Année Sociologique, 31, 447-458.

SAINSAULIEU R. (1983), "La régulation culturelle des ensembles organisés", Année Sociologique, 33, 195-217.

SAINSAULIEU R. (1987), Sociologie de l'organisation et de l'entreprise, Fondation Nationale des Sciences Politiques, Dalloz, Paris.

SAINSAULIEU R. (1988), "Stratégies l'entreprise et communautés sociales de production", Revue Economique, 155-174.

SAINSAULIEU R. et SEGRESTIN D. (1986), "Vers une théorie sociologique de l'entreprise", Sociologie du Travail, 28, 335-352.

SAKS M. (1983), "Removing the blinker. A critique of recent contributions to the sociology of professions", Sociological Review, 31, 1-21.

SEGRESTIN D. (1980), "Les communautés pertinentes de l'action collective", Revue Française de Sociologie, 21, 171-203.

SEGRESTIN D. (1985), Le phénomène corporatiste, Fayard, Paris.

SEGRESTIN D. (1987), "Réponse à l'analyse critique de Paradeise", Revue Française de Sociologie, 28, 3, 559-560.

SEGRESTIN D. (1987), "L'entrée de l'entreprise en société", Revue Française de Sciences Politiques, 37, 465-479.

SEIDMAN S. (1987), Le libéralisme et la théorie sociale en Europe, PUF, Paris.

TRIPIER R. (1984), "Approches sociologiques du marché du travail. Essai de sociologie de la sociologie", Thèse d'état, Université de Paris VII.

WEBER M. (1964), L'éthique protestante et l'esprit du capitalisme, Plon, Paris.

WINKIN Y. (1988), Les moments et leurs hommes, Le Seuil, Paris.

Schweiz.Z.Soziol./Rev.suisse sociol., 3 (1989) 503-524

LA PROCREATION ARTIFICIELLE : LIBERTE D'ENGENDRER OU MAIN-MISE SUR L'ORIGINE DE LA VIE ?

Claudine JEANGROS
Institut universitaire de médecine sociale et préventive, 17, rue Bugnon, CH - 1005 Lausanne

1. Introduction

La famille constitue un élément essentiel du fonctionnement global de la société dans la mesure où elle assure la reproduction - à la fois biologique (procréation) et sociale (éducation, socialisation) - de l'ensemble du groupe. C'est pourquoi, dans le but d'assurer sa survie, chaque collectivité instaure une régulation du fonctionnement familial. Ce contrôle social comprend un ensemble de règles s'exerçant à la fois sur le comportement sexuel, la structure familiale et les liens de parenté.

Aujourd'hui, en Occident, la famille et la parenté semblent être issues de données naturelles : un homme, une femme et les enfants nés de cette union vivent ensemble. Les liens parentaux sont logiquement déterminés par la naissance : la mère de l'enfant est la femme qui accouche, le père est son mari ou l'homme avec qui elle entretient une relation stable.

Or, ces principes de parenté sont potentiellement mis en cause par les techniques de procréation artificielle. En effet, un enfant peut naître sans que l'homme et la femme dont il est issu ne se soient jamais rencontrés, ceux qui l'élèvent ne sont pas forcément ses géniteurs, ou encore la femme qui porte l'enfant n'est pas nécessairement la même que celle qui a rendu la conception possible.

Face à cette rupture, quelles sont les stratégies adoptées ? L'autonomie de la famille est-elle favorisée, lui donne-t-on la liberté d'effectuer ses choix de procréation ? Ou, au contraire, la collectivité instaure-t-elle de nouvelles formes de contrôle sur le groupe familial ?

Dans le cadre de ces nouveaux moyens de reproduction, on peut s'attendre à ce que les médecins jouent un rôle central. Concrètement, ils sont un passage obligé pour recourir à ces techniques. Par ailleurs, la médecine représente une importante instance de régulation dans les sociétés modernes. Depuis la révolution industrielle, le corps médical a acquis un pouvoir certain au sein de la famille, notamment par son emprise croissante sur la sexualité et la fécondité (Foucault, 1976). La diffusion des moyens contraceptifs, l'avortement médicalisé instaurent un contrôle sur la production de la vie. La

procréation artificielle constitue une étape supplémentaire dans ce processus : ici, il s'agit de provoquer une naissance lorsque, par nature, elle est impossible.

On peut également supposer que pour les médecins, la dimension biologique de la filiation (c'est-à-dire le lien génétique existant entre un enfant et ses géniteurs) est considérée comme essentielle. Ce lien est une donnée tangible, s'inscrivant dans le modèle scientifique sur lequel repose la médecine.

Le processus de formation de normes (lois, recommandations) en matière de procréation artificielle est analysé ici [1]. Il s'agit de s'intéresser aux caractéristiques du phénomène de réglementation et, au niveau de liens de parenté, aux déterminants considérés comme primordiaux dans la définition du groupe familial.

Avant de procéder à cette analyse, il est toutefois nécessaire de réfléchir aux implications des techniques de procréation artificielle : représentent-elles une mise en cause de la définition de la famille et de la parenté ? Une approche anthropologique de ces notions met en évidence la diversité des systèmes en cours dans les sociétés humaines ; la rupture que représenteraient les nouvelles formes de reproduction doit donc être relativisée. Un point de vue historique permet de décrire l'évolution du modèle familial occidental et le rôle successif de différents organes régulateurs au niveau de son fonctionnement ; ceci situe le contexte dans lequel apparaissent les moyens artificiels de reproduction.

2. La famille et la parenté

2.1. Perspective anthropologique

Dans la société occidentale moderne, les parents - au sens restreint du père et de la mère - sont les géniteurs, c'est-à-dire l'homme et la femme qui ont conçu l'enfant. Ce groupe composé par les parents et leur(s) enfant(s) constitue une famille, c'est-à-dire un ensemble de personnes vivant sous le même toit. Cette conception tend à être considérée comme universelle ; elle est renforcée par le fait que la parenté semble simplement déterminée par les faits biologiques : la naissance découle de la rencontre sexuelle d'un homme et d'une femme et définit une famille.

La famille est un groupe universel caractérisé par un certain nombre d'invariants. La réunion de plusieurs individus - parmi lesquels il y a au moins un

---

[1] Cette analyse a été réalisée dans le cadre d'un mémoire de licence, "Les liens de parenté dans une société où les enfant naissent de la technique", Université de Genève, Département de sociologie, 1988.

homme et une femme - permet de gérer des activités essentielles à la continuité de la collectivité, telles que la sexualité, la reproduction, l'économie et l'éducation (Murdock, 1972 ; Lévi-Strauss, 1979).

Mais ses formes sont variables. Elle peut être *nucléaire*, il s'agit alors d'un couple et de ses enfants ; *étendue*, il y a plusieurs générations ; *polygamique*, deux familles nucléaires ou plus ont un conjoint en commun (Augé, 1975).

La parenté définit l'ensemble des individus avec lesquels des liens de consanguinité ou d'alliance existent (Héritier, 1981). *La parenté par affinité* fait référence à l'alliance d'un homme et d'une femme, le plus souvent sanctionnée par le mariage. Celui-ci est généralement considéré comme une condition de légitimation des naissances issues de ce couple. *La parenté consanguine* au sens large comprend l'ensemble des personnes avec lesquelles un individu a des liens de sang (généalogiques). Dans les faits, la consanguinité est le plus souvent définie socialement : le nombre de consanguins est très élevé, or comme les parents sont appelés à remplir des fonctions particulières (telles que l'assistance, la défense), il nécessaire que leur nombre ne soit pas trop important (Murdock, 1972).

L'acte biologique de la naissance ne détermine pas à lui seul la légitimité et la parenté du nouveau-né. Diverses coutumes entourant la naissance - telles que la couvade (le père reste couché après l'accouchement tandis que la mère reprend son activité normale - Menget, 1979), le baptême - montrent le "marquage social" auquel sont soumises les données biologiques.

> "Le rite de marge, la déposition et le rite d'intégration, l'"élevage" symbolisent aussi une nouvelle gestation et une nouvelle naissance qui ne concernent pas le seul enfant. Elles affectent également les père et mère qui, de parents biologiques, deviennent des parents sociaux prêts à nourrir l'enfant, à l'éduquer, à le prendre en charge jusqu'à ce qu'il devienne adulte" (Belmont, 1980, 8).

Le système de parenté est constitué d'un ensemble de règles dont le but est de définir des relations privilégiées entre l'enfant et d'autres individus du groupe. Il existe plusieurs types de filiation (Héritier, 1985) :

- la filiation matrilinéaire : les membres du groupe sont apparentés entre eux uniquement par les femmes ;
- la filiation patrilinéaire : les membres du groupe sont apparentés entre eux uniquement par les hommes ;
- la filiation bilinéaire : l'individu est rattaché aux deux lignées mais ses droits sont distincts dans chacune d'entre elles ;
- la filiation cognatique ou indifférenciée : l'individu appartient aux deux lignées et ses droits et devoirs sont identiques entre les deux lignées. Il s'agit du système en cours dans les sociétés occidentales ;

- la filiation alternée : les droits et statuts se transmettent d'un père à sa fille et d'une mère à son fils [2] ;
- filiation parallèle : le père transmet droits et statuts à ses fils et la mère à ses filles [2] ;

La diversité des systèmes met en évidence le fait que les données biologiques ne suffisent pas à déterminer les liens de filiation ; d'autres dimensions, relevant du domaine culturel, interviennent. Les choix effectués sont révélateurs d'une réglementation dont l'objectif est de promouvoir un fonctionnement social adapté à des conditions particulières (économiques, géographiques, etc.).

La stérilité met en cause la survie du groupe en n'assurant plus le renouvellement des générations ; elle implique nécessairement la mise en place de stratégies de substitution. Diverses formes de "circulation des enfants" visent à répartir les enfants à l'intérieur de la collectivité ; les descriptions qui en sont faites dans les études anthropologiques illustrent l'"adaptabilité" des règles de filiation.

Au Burkina-Faso, la jeune fille pubère, qui est promise dès sa naissance, entretient pendant trois ans au maximum des relations avec un amant de façon tout à fait officielle. Dès qu'un enfant naît, la jeune fille rejoint son mari et l'enfant est considéré comme le premier-né de l'union. Ainsi, même un homme stérile est certain d'avoir une descendance, il a en effet le droit de revendiquer tous les enfants mis au monde par ses épouses même si celles-ci l'ont quitté (Héritier, 1985).

Chez les Nuer, une femme stérile acquiert le statut d'un homme et une descendance lui est attribuée en tant que père. Elle accumule un capital lui permettant de conclure un mariage légitime en versant une compensation matrimoniale, toutefois cette relation conjugale exclut tout rapport homosexuel. L'épouse engendre des enfants grâce aux relations sexuelles qu'elle entretient avec un serviteur étranger. Le géniteur n'a aucun droit sur ses enfants (Héritier, 1985).

Différents types d'adoption visent également à répartir les enfants parmi l'ensemble des familles. Chez les Baoulé, le don en adoption est fréquent. On donne en premier lieu un enfant à sa propre soeur ou à une soeur de sa mère. Une femme qui a beaucoup d'enfants est considérée comme égoïste si elle n'en donne pas un à une proche qui n'en a pas (Etienne, 1979).

Chez les Mossi, les femmes en âge de procréer confient leur progéniture à celles ayant dépassé l'âge de la ménopause. Ce déplacement assure aux enfants une meilleure intégration sociale dans la mesure où le groupe des nouvelles épouses est relativement instable et en restant avec elles ils risqueraient d'être emmenés loin du village ou d'être abandonnés. Si la tutrice est

[2] Ces deux types de filiation ne sont quasiment pas attestés dans les sociétés humaines.

stérile, elle reçoit un enfant avant d'avoir atteint la ménopause (Lallemand, 1976).

Ces stratégies mettent l'accent sur l'aspect social de la filiation : ce qui compte c'est que chacun ait une descendance et, de ce point de vue les déterminants biologiques de la naissance sont considérés comme secondaires. Certaines de ces formules d'adoption concrétisent une "parenté additionnelle" : l'enfant sait distinguer ses parents sociaux de ses géniteurs et il entretient des relations spécifiques avec chacun d'entre eux.

Cette approche anthropologique des relations parents-enfants met en évidence la diversité des solutions adoptées et permet de dégager quatre dimensions de la filiation.

- *la filiation biologique* : elle est déterminée par le fruit de la rencontre charnelle d'un homme et d'une femme, ceux-ci sont les géniteurs de l'enfant. Ils lui transmettent une hérédité biologique.
- *la filiation sociale* : il s'agit du rapport privilégié existant entre l'enfant et les parents qui l'élèvent (parents sociaux). Ce lien se caractérise par la socialisation et l'affectivité. Il peut y avoir identité entre ces deux premières dimensions de la filiation ou non. S'il y a coïncidence, comme c'est le cas dans nos sociétés, il s'agit d'un système de filiation indifférencié qui laisse supposer que la parenté est fondée sur les faits biologiques. S'il y a non-identité, il faut distinguer deux cas : celui où cette dissociation est connue, on peut alors supposer l'existence d'une "parenté additionnelle" dans la mesure où différents parents sont identifiés (plusieurs pères et mères). Si cette différence est occultée, il s'agit de l'adoption telle qu'elle est le plus souvent vécue dans notre contexte (l'enfant croit être l'enfant génétique de ceux qui l'élèvent).
- *la filiation juridique* : c'est le lien légitime établi par l'organisation sociale entre un enfant et ses parents. Dans nos sociétés il est déterminé par le droit. Le code civil suisse établit que la maternité est déterminée par la naissance et la paternité est attribuée au mari de la mère (on se base sur l'"évidence" des faits biologiques sans pour autant en apporter les preuves).
- *la filiation mythique* : un rapport abstrait peut être établi entre un individu et une entité supérieure. Dans la tradition chrétienne, la filiation avec Dieu est officialisée par le baptême.

Ces quatre dimensions sont présentes de façon plus ou moins évidente dans toute société. L'importance relative accordée à chacune d'entre elles révèle plusieurs "philosophies" de la parenté. Et l'on peut considérer que la façon d'envisager les liens parentaux dans une collectivité est liée au type de contrôle social s'exerçant sur la famille. Le pouvoir détenu par divers groupes - tels que les ecclésiastiques ou les médecins par exemple - est à même de jouer un rôle à cet égard.

2.2. Perspective historique

La famille moderne est nucléaire et le système de filiation indifférencié. Ce modèle a évolué historiquement ; les changements les plus importants sont intervenus au niveau des attitudes à l'intérieur du groupe familial.

La filiation est déjà indifférenciée au Moyen Age. Toutefois, en matière d'héritage, les systèmes de succession ne sont pas égalitaires, car la nécessité de protéger le patrimoine est très forte : celui-ci se transmet généralement de mâle en mâle et le droit d'aînesse prévaut (Pillorget, 1975).

Durant cette période, l'Eglise acquiert, par différents moyens, un important droit de regard sur la famille. Le mariage - autrefois acte privé mettant en présence les époux et le père de la mariée - devient un sacrement religieux. Diverses règles vont dans le sens de contrôler la sexualité : exaltation de la chasteté, extension très large de l'interdit de l'inceste (qui, à une certaine époque, concerne les consanguins jusqu'au 7e degré de parenté) (Duby, 1981). Le sacrement du baptême valorise la dimension mythique de la filiation ; l'enfant est inscrit dans une descendance spirituelle avant d'être membre d'une lignée biologique. Si un nouveau-né vient à mourir, le malheur est moindre s'il a été baptisé car les liens établis avec Dieu lui assure une vie dans un autre monde.

Dans la société européenne traditionnelle, les formes familiales sont diverses. Toutefois, la taille des ménages n'est pas supérieure à celle d'aujourd'hui (ce qui est notamment lié au taux de mortalité élevé). Les principales fonctions de la famille sont instrumentales : les enfants sont perçus comme une main-d'oeuvre et une assurance pour la vieillesse. Entre le 16e siècle et la fin du 18e siècle, une importante mutation a lieu : l'affectivité (le sentiment) devient centrale. Le groupe père-mère-enfant se détache des autres parents et domestiques (Flandrin, 1976) ; la famille se privatise. La baisse du taux de fécondité est notamment liée au fait qu'un petit nombre d'enfants suffit désormais à satisfaire les besoins affectifs des parents.

Parallèlement à l'industrialisation, l'Etat établit un système d'intervention dans la famille. Par le biais de l'appareil juridique, diverses règles déterminent le fonctionnement familial. Les lois interdisant le travail des enfants, la scolarité obligatoire sont des moyens de prendre en main la socialisation des futures forces productives du système. Les mesures prises visent en premier lieu les familles pauvres - issues du processus massif de prolétarisation - de nouvelles lois régissent l'assistance publique, la mise sous tutelle. L'objectif de cette régulation est de construire un modèle de la "bonne famille" (Liscia, 1978 ; Meyer, 1977).

Dès le 18e siècle, les médecins s'introduisent également dans la gestion du groupe familial. D'une part, ils promeuvent des mesures d'hygiène visant à améliorer l'état de santé de la population. D'autre part, le système judiciaire fait appel à eux pour réaliser des enquêtes et des expertises (notamment psychiatriques) (Donzelot, 1977). Plus récemment, la diffusion de

méthodes contraceptives, l'avortement médicalisé constituent des moyens de réguler la gestion de la vie. Et aujourd'hui, la procréation implique presque nécessairement l'intervention des médecins à un moment ou à un autre.

La famille occidentale moderne est considérée comme étant en crise depuis les années 60 (Roussel, 1989 ; Clignet, 1988). L'augmentation des divorces, de la cohabitation hors mariage, des naissances illégitimes sont mis en évidence comme autant d'indicateurs - démographiques - de cette crise. Celle-ci reflète peut-être une désinstitutionalisation généralisée (Roussel, 1989). Elle pourrait également indiquer une adaptation de la famille à une évolution plus générale de la société et du système de valeurs (hédonisme, individualisme).

Dans une perspective anthropologique des notions de famille et parenté, la procréation artificielle n'apparaît donc pas comme une rupture dans la mesure où les liens de filiation se révèlent variables et adaptables. En revanche, ces moyens de reproduction impliquent une mise en cause de la norme familiale occidentale. Car le principe de la filiation indifférenciée établit une continuité entre les dimensions biologique et sociale de la filiation, or elle peut être rompue par l'intervention éventuelle d'un tiers lors du recours à l'insémination artificielle ou à la fécondation in vitro.

Il faut relever que toute société encourage divers moyens de contrôler la production de la vie que ce soit la contraception, l'avortement, voire même l'infanticide. Les moyens ainsi adoptés ont des répercussions au niveau de la définition de la famille. Aujourd'hui, le diagnostic prénatal, les techniques de procréation artificielle font dériver ce contrôle de plus en plus vers l'origine même de la vie. A qui profite cette "maîtrise" - ou plutôt cette illusion de maîtrise - de la procréation ? Participe-t-elle au mouvement de privatisation de la famille ou implique-t-elle un contrôle accru de la société sur la reproduction ?

3. Qu'est-ce que la procréation artificielle ?

Trois éléments biologiques sont nécessaires à la procréation : un ovule, un spermatozoïde et un utérus. Le plus souvent, la réunion de deux corps - l'un féminin, l'autre masculin - suffit. La médecine propose désormais des moyens de concevoir un enfant lorsque l'un de ces deux corps présente une déficience en termes de capacité reproductive ou même lorsque l'un des deux est absent.

L'*insémination artificielle (IA)* est un geste technique visant à placer du sperme dans les voies génitales de la femme afin d'obtenir une fécondation. Le sperme peut provenir du conjoint de la femme (insémination homologue, IAH) ou d'un donneur (insémination avec sperme de donneur, IAD). C'est un geste simple au niveau technique. Les premières inséminations datent de

la fin du 18e siècle. Depuis 1950, le sperme peut être congelé, sa conservation est gérée par des banques de sperme. Le taux de réussite de cette méthode est évalué à 10 %. Cette technique ne représente que 0.5 % du taux annuel de naissances en Suisse (Campana, in Procréation artificielle, génétique et droit, 1986).

La *fécondation in vitro (FIV)* est la fusion d'un ovule et d'un spermatozoïde dans un tube de laboratoire. Après une stimulation hormonale qui permet de recueillir un maximum d'ovules, ceux-ci sont prélevés chez la femme par intervention médicale. Le transfert d'embryons consiste à replacer les embryons dans le corps de la femme. Plusieurs embryons sont réimplantés afin d'augmenter les chances de succès (évaluées à 5 %), ce qui accroît le risque de grossesse multiple. L'intervention médicale est lourde. La première naissance résultant de cette technique date de 1978. La congélation résout - provisoirement - le problème des embryons surnuméraires. Par la suite ceux-ci peuvent être réimplantés en cas d'échec ou pour une grossesse ultérieure. De même manière que pour l'insémination artificielle, il peut être fait appel à une donneuse pour les ovules (néanmoins dans ce cas l'intervention médicale est lourde pour leur recueil).

Les *mères porteuses* sont un mode particulier d'application de ces techniques de procréation artificielle. Deux situations peuvent être distinguées :

- un couple dont la femme est stérile (pas d'ovules, ni d'utérus) recourt aux services d'une mère porteuse : celle-ci va donc fournir l'ovule et porter l'enfant ; elle sera le plus vraisemblablement inséminée avec le sperme de l'homme du couple ("mère de substitution") ;
- un couple dont la femme ne peut pas porter d'enfant (absence d'utérus) fait appel à une femme qui portera l'embryon du couple obtenu par fécondation in vitro ("prêt d'utérus").

La filiation d'un enfant fait habituellement référence à deux individus : un père et une mère. Lors du recours aux techniques de procréation artificielle, elle peut concerner jusqu'à cinq personnes. En effet, du côté masculin, on peut distinguer le père social (celui qui élève l'enfant) et le père biologique (celui qui fournit les gamètes). Parallèlement, du côté féminin, on peut distinguer la mère sociale, la mère ovulaire (qui fournit l'ovule) et la mère utérine (qui porte l'enfant). Anthropologiquement, la dissociation entre paternité sociale et paternité biologique, de même que celle entre maternité sociale et la maternité biologique ne sont pas nouvelles. L'adoption et le transfert d'enfants opèrent cette rupture entre géniteurs et parents sociaux. En revanche, la discontinuité entre les deux dimensions de la maternité biologique, c'est-à-dire le fait de concevoir l'enfant et de le porter est totalement nouvelle.

D'autres types encore de filiation sont à envisager si l'on considère que l'insémination artificielle et la fécondation in vitro peuvent être mises en oeuvre dans le cadre de couples homosexuels ou chez des personnes seules (sans

partenaire ou dont le partenaire serait décédé). Néanmoins, ces situations sont rares, et l'insémination artificielle avec donneur dans le cadre d'une relation stable reste la technique la plus courante (car la plus simple et la plus tolérée).

Par rapport aux quatre dimensions de la filiation évoquées, la procréation artificielle intervient tout particulièrement au niveau de la place respective de la filiation biologique et de la filiation sociale. En cas de recours à un tiers (pour l'une des gamètes sexuelles nécessaires à la conception ou pour porter l'enfant), la continuité entre ces deux aspects est rompue. A un autre niveau, on peut se demander si, en ce qui concerne la filiation mythique, le médecin n'est pas en train de devenir une sorte de "père transcendant" de ces enfants ? A ce sujet, les termes sont révélateurs : on utilise fréquemment l'expression de "procréation médicalement assistée".

4. Les attitudes adoptées par rapport à la procréation artificielle

Les techniques de procréation artificielle émergent dans les sociétés occidentales modernes. Les stratégies adoptées face à cette rupture peuvent être considérées comme révélatrices d'un environnement socio-culturel, des rapports de pouvoir existant entre différents niveaux de l'organisation sociale.

Deux directions d'analyse ont été choisies : d'une part le processus de formation de normes est brièvement décrit, d'autre part en termes de contenu de cette réglementation, on s'intéresse au modèle familial prôné.

1. *La formation de normes* : comment sont instaurées des règles en ce qui concerne la famille ? Dans une société définie comme pluraliste (se référant à différents systèmes de valeurs), y a-t-il un consensus face à ce que doit être la famille ? Y a-t-il unicité ou diversité du contrôle social exercé sur la structure familiale ?

   Une brève approche historique de la famille a montré que diverses instances se sont succédées dans le contrôle de la norme familiale. Actuellement, les médecins occupent un rôle de premier plan. Quelle est leur place en ce qui concerne la réglementation des techniques de procréation artificielle ? Et quelle est la place réservée à d'autres instances régulatrices ?

2. *Le(s) modèle(s) de famille* : est-il possible de déterminer différentes "philosophies" de la parenté, notamment en fonction de l'accent porté sur l'une des quatre dimensions de la filiation telles qu'elles ont été définies précédemment ?

   Les différentes instances appelées à se prononcer face à la procréation artificielle s'inscrivent-elles dans des "philosophies" de la parenté spécifiques ?

4.1. Méthode

Des textes de directives et recommandations émises par rapport à la procréation artificielle ont été étudiés (26 textes). Les réglementations ayant une valeur "officielle" (il s'agit de lois ou de directives issues d'instances nationales) sont relativement exhaustivement représentées en ce qui concerne les pays occidentaux. De plus, on s'est intéressé aux prises de position de groupes plus "restreints" tels que les églises (catholique et protestante), les associations de femmes. Dans cette deuxième catégorie, il est beaucoup plus difficile d'avoir connaissance des textes existant et d'y accéder (voir liste de l'ensemble des textes retenus en annexe).

Les textes ont été découpés en catégories, déterminées par différentes questions relatives aux deux directions d'analyse retenues : quelle est la composition des organes appelés à élaborer des directives ? Quelles sont les valeurs évoquées pour justifier les positions adoptées ? Quelle est la finalité reconnue aux techniques de procréation artificielle ? Qui peut y avoir recours ? Quelles sont les techniques interdites ?

4.2. Analyse des textes

Formation de normes

Les directives définies comme "officielles" sont des lois ou des recommandations issues de groupes de travail pluridisciplinaires (textes 1 à 14, voir annexe).

Dans le deuxième cas, il s'agit de comités d'éthique : par exemple "la Commission centrale d'éthique de l'Académie suisse des sciences médicales", "le Comité consultatif national d'éthique pour les sciences de la vie et de la santé". Dans ces instances, la médecine est fortement représentée, suivent la philosophie et le droit (Tableau ci-dessous). Les femmes y sont peu nombreuses ; elles ne comptent que pour moins d'un quart des membres. Ce type de commissions s'inspirent de la "bioéthique", science née aux Etats-Unis dans les années 70 dans le but de réguler l'activité biomédicale (Isambert, 1981).

Actuellement, il existe encore peu de textes législatifs dans le domaine de la procréation artificielle (textes 4, 6, 13, 14). Le débat est vif entre les partisans d'une législation en la matière et les opposants. Selon les premiers, seule la loi est à même de fournir des règles qui seront respectées ; pour les autres, il est prématuré de se prononcer étant donné la rapidité de l'évolution des techniques en cause (voir notamment ce débat dans Génétique, procréation et droit, 1985 ; Mandofia et Bürgisser, 1989).

Disciplines représentées dans les commissions ayant élaboré des recommandations "officielles"

Nombre de membres	ASSM (IA) (1) (13)	ASSM (FIV) (13)	CNE (9) (36)	Warnock (11) (16)	Benda (12) (19)
Médecine, Santé, Recherche	12	9	22	7	13
Droit	1	1	4	3	3
Philosophie, Théologie	-	3	3	2	3
Sciences Sociales	-	-	4	-	-
Autres	-	-	3	4	-

Toutes les recommandations sont récentes : elles datent des années 1980, sauf le texte de l'Eglise catholique sur l'insémination artificielle de 1949 qui a quand même été retenu dans la mesure où la position de l'Eglise n'a pas évolué.

Les positions adoptées ne sont systématiquement pas légitimées par rapport à un ensemble de valeurs. Le respect dû à la vie et à la dignité humaine sont les plus fréquemment évoqués, par ailleurs il est tenu compte de l'intérêt du futur enfant et parfois du droit des parents à avoir un enfant. Devant la difficulté de formuler des directives (qui est explicitement relevée dans plusieurs des documents), il semblerait que les valeurs traditionnellement soutenues par la morale chrétienne soient les seules qui parviennent à susciter un certain consensus.

Contenu des réglementations

La finalité explicitement reconnue aux techniques de procréation artificielle est de remédier à la stérilité. Dans nos sociétés, l'infertilité est perçue comme un problème médical, de ce fait elle est considérée comme une condition pour laquelle il est légitime de mettre en oeuvre un traitement.

> "Avoir une progéniture lorsqu'une fécondation naturelle est impossible" (Académie suisse des sciences médicales, FIV [2] [3]).
>
> "Destinée à fournir la possibilité de procréer lorsque les moyens naturels ne le permettent pas" (Médecin cantonal, Neuchâtel [5]).

[3] Ces numéros renvoient à la liste complète des textes en annexe.

> "(...) as a treatment for infertility (...) Infertility is a condition meriting treatment" (Commission Warnock, Grande-Bretagne [11]).

Il est intéressant de relever que seules les églises - catholique et protestante - envisagent des alternatives sociales (l'adoption) à ces techniques de procréation.

Celles-ci sont destinées à des couples ; un seul texte utilise uniquement la notion de "femmes" pour désigner les patientes potentielles de la fécondation in vitro. La majorité des recommandations ne considèrent pas le mariage comme une condition nécessaire. La valeur accordée au mariage devient donc relative dans les sociétés modernes puisqu'il n'est plus une condition de légitimation de la naissance d'un enfant ; toutefois l'Eglise catholique maintient strictement ce principe.

> "Le mariage possède des biens spécifiques et des valeurs d'union et de procréation sans commune mesure avec celles qui existent dans les formes inférieures de la vie (...). L'enfant a le droit d'être conçu, porté, mis au monde et éduqué dans le mariage (...). La vitalité et l'équilibre de la société demandent que les enfants viennent au monde au sein d'une famille et que celle-ci soit fondée sur le mariage d'une manière stable" (Congrégation pour la Doctrine de la Foi [26]).

La question du recours par des personnes seules est peu évoquée ; la commission Warnock s'oppose à cette possibilité.

> "We have considered these arguments, but, nevertheless, we believe that as general rule it is better for children to be born into a two-parent family, with both father and mother, althoug we recognize that it is impossible to predict with any certainty how lasting such a relationship will be" (Commission Warnock, Grande-Bretagne [11]).

Peu de directives se prononcent spécifiquement sur la détermination des liens de filiation. Ceci même si l'intervention d'un (ou plusieurs) tiers au niveau de la conception implique une rupture par rapport au système de filiation indifférencié : l'enfant n'est plus génétiquement issu de l'homme et de la femme qui l'élèvent. Quelques textes précisent que la mère est la femme qui accouche, son mari ou compagnon étant considéré comme le père. Aucune parenté ne lie le donneur et l'enfant.

> "Aucun lien de filiation entre les donneurs de gamètes et l'enfant conçu par procréation artificielle ne peut être établi. Aucune action à fin alimentaire ne peut être intentée contre le donneur ou par celui-ci contre l'enfant" (Conseil de l'Europe, Projet de recommandation sur l'insémination artificielle [7]).

> "(...) a change into the law so that the semen donor will have no parental rights or duties in relation to the child" (Commission Warnock, Grande-Bretagne [11]).

Les directives sont plus ou moins permissives selon les différentes modalités de procréation artificielle. La procédure de fécondation in vitro appelle plus de réserves que celle de l'insémination artificielle. Notamment, certains pensent que la FIV avec donneur(s) doit être proscrite alors que l'insémination avec donneur est un principe largement admis (seule l'Eglise catholique s'y oppose).

> "En ce qui concerne la simple insémination artificielle, le recours à un donneur de sperme n'est pas mis en question. En revanche lorsqu'il s'agit de fécondation in vitro ou d'une autre méthode impliquant des ovules in vitro ou des embryons in vitro, nos Principes déclarent que, en principe, elle devra être effectuée avec les gamètes du couple qui se soumet au traitement" (Conseil de l'Europe, Principes provisoires sur les techniques de procréation artificielle [8]).

Tous les textes se prononçant spécifiquement sur les mères porteuses se déclarent opposés à ce processus, des craintes s'expriment tout particulièrement face au risque de commercialisation.

> "Legislation should be introduced to render criminal the creation or operation in United Kingdom of agencies whose purposes include the recruitment of women for surrogate pregnancy or making arrangements for individuals or couples who wish to utilise the services of a carrying mother" (Commission Warnock, Grande-Bretagne [11]).

Le tiers qui peut être appelé à intervenir joue un rôle - biologique, symbolique - important. Mais les conditions entourant son intervention tendent en fait à occulter son apport. Le recours à l'une de ces techniques doit être tenu secret. Le donneur n'est pas rétribué. Dans une perspective anthropologique du don, ceci peut être considéré comme une aberration, car le don implique toujours un contre-don (Mauss, 1960). Le tiers est choisi de manière à ce que l'enfant né puisse avoir l'apparence du couple concerné.

> "Le médecin choisira dans la mesure du possible un donneur dont l'enfant puisse avoir l'apparence d'un enfant du couple concerné" (Académie suisse des sciences médicales, recommandations sur l'insémination [1]).

Le maintien de l'anonymat était à la base une condition non discutée ; or actuellement ce principe est mis en cause. Depuis 1984, la loi suédoise sur l'insémination autorise l'enfant à retrouver le donneur. Pour certains, le droit d'un enfant à connaître ses origines est inaliénable et l'on ne peut l'empêcher d'avoir des connaissances sur son géniteur (d'où le principe de fournir des in-

formations sur le donneur, mais non nécessairement de divulguer son identité). Pour d'autres en revanche, le principe du maintien de l'anonymat est évident ; le fait de connaître le tiers pourrait impliquer des relations nouvelles non souhaitées par rapport à notre modèle familial.

> "That anonymity protects all parties not only from legal complications but also from emotional difficulties" (Commission Warnock, Grande-Bretagne [11]).
>
> "Einem auf dem Wege der heterologen In-Vitro-Fertilisation erzeugten Kind darf die Möglichkeit, seine Herkunft zu erfahren, nicht abgeschnitten werden" (Commission Benda, Allemagne [12]).
>
> "Les possibilités de respecter l'anonymat devraient être mieux explorées (car) un don non anonyme implique l'acceptation d'une filiation et d'une parenté additionnelle par tous les partenaires. Si ce mode relationnel existe dans certaines sociétés, il semble que son introduction volontaire et consciente dans la nôtre, implique des mutations culturelles qui ne sont pas réalisées actuellement" (Groupe de réflexion éthique et biologie de Bicêtre, France [19]).

4.3. Discussion

Il apparaît donc que si quelques principes suscitent l'unanimité (notamment en ce qui concerne les techniques à interdire), la majorité des décisions sont beaucoup plus discutées. A l'heure actuelle, il n'existe pas de réel consensus dans le domaine de la procréation artificielle ; la diversité des voies de réglementation en témoigne.

Tout d'abord, en fonction de l'importance relative accordée aux dimensions de la filiation dégagées dans la partie consacrée à l'anthropologie, il est possible de distinguer trois modèles de parenté sous-jacents aux différents textes étudiés.

- les liens sociaux existant entre les individus vivant au sein d'une même famille sont plus importants que toutes les autres dimensions de la parenté. Dans cette perspective, l'unité, la cohésion du groupe familial sont primordiaux. Le recours à la procréation artificielle doit donc juste être un moyen de parvenir au but désiré, celui de constituer une famille avec des enfants. Ceci peut être perçu comme une valorisation de la famille. Mais on pourrait également y voir le poids de la pression sociale qui discrimine les couples sans enfants.
- les liens biologiques de l'engendrement sont prévalents : ils ne peuvent être niés. La dimension biologique est donc plus importante que les liens affectifs. Cette optique semble relativement cohérente dans un contexte de développement scientifique et technique : la vérité tangible de la biologie semble primer sur des référents d'ordre social. Le fait de

prôner le non-anonymat du donneur va dans le sens de cette conception : l'enfant doit pouvoir connaître ses origines génétiques.

"On se raccroche beaucoup plus aux concepts de continuité biologique comme dans une recherche de sécurité, depuis que la notion traditionnelle de famille a éclaté, depuis qu'il y a toutes sortes de famille qui ne sont plus la famille légitime d'autrefois : les familles monoparentales, les enfants reconnus par mariage, les enfants de lits différents, l'adoption aussi, qui, en assimilant l'enfant adopté à l'enfant légitime, a porté un grand coup à la définition de la famille traditionnelle" (Noël in d'Adler et Teulade, 1986, 112-113).

- les dimensions biologique et sociale de la filiation sont indissociables : la procréation n'est légitime qu'à condition qu'elle soit issue de l'union d'un homme et d'une femme. L'esprit (le désir d'enfant exprimé au sein d'un couple) et le corps (acte de chair) son nécessairement liés.

La définition de ce que doit être la famille est donc l'objet de controverses, notamment en fonction de divers systèmes de valeurs. Historiquement, trois instances ont joué un rôle régulateur au niveau du groupe familial : les ecclésiastiques, les juristes et les médecins. Chacun de ces groupes semble actuellement se positionner dans l'une de ces trois "philosophies" de la parenté.

Cependant il est concrètement difficile de présenter systématiquement des positions déterminées ; ce qui peut notamment être lié au fait que la plupart des directives rendent compte d'une conciliation entre diverses positions (lié à la pluridisciplinarité). Pour appuyer certaines des tendances perçues, il est utile de se référer aux débats rapportés suite aux colloques, congrès consacrés à ce sujet (Génétique, procréation et droit, 1985 ; Procréation artificielle, génétique et droit, 1986). En effet, les prises de position "individuelles" de représentants de la médecine, du droit ou de la religion permettent alors de confirmer certaines attitudes apparues dans les textes et de les relier plus spécifiquement à une vision médicale, juridique ou religieuse du problème.

L'instance médicale vise plutôt à favoriser une conception sociale de la parenté. Les médecins souhaitent vivement l'intervention de régulations extérieures dans l'élaboration de normes en matière de procréation artificielle. L'appel lancé aux juristes est sans équivoque. Ils ne veulent pas mettre en cause le schéma familial classique et n'acceptent de mettre en oeuvre ces moyens de reproduction qu'à la condition que les liens de parenté ne soient pas modifiés. Ils adoptent donc une position relativement conservatrice visant à préserver le modèle familial traditionnel.

L'instance juridique tendrait à favoriser une conception plus "biologisante" de la parenté. Les lois définissent la parenté et la maternité par rapport aux données biologiques de la procréation (la mère est la femme qui accouche et le père est son mari, donc l'homme avec qui elle entretient des rapports sexuels). Ceci explique pourquoi les juristes conçoivent avant tout la

parenté comme une donnée biologique. Et le système de parenté en vigueur dans nos sociétés laisse effectivement croire que c'est le cas. Les juristes mettent en évidence l'intérêt de l'enfant, lequel implique selon eux la reconnaissance d'un droit à connaître ses origines.

L'instance religieuse soutient le principe de la nécessaire conjonction du social et du biologique au niveau de la procréation et de liens sociaux qui en découlent. Ce principe justifie des attitudes relativement restrictives face aux mutations de la famille en général et face au développement de la procréation artificielle en particulier.

En résumé, plusieurs intervenants sont appelés à formuler une réglementation de la structure familiale et le contrôle social s'exerce de diverses manières. Dans le cas présent, les incertitudes face aux décisions à prendre sont telles qu'aucune instance régulatrice ne semble vouloir assumer à elle seule la responsabilité des choix.

De manière plus générale, les attitudes adoptées dans les règlements sont à même de révéler un certain nombre de représentations face à la procréation, la distribution des rôles masculins et féminins dans nos sociétés.

Le développement de la procréation artificielle dans le but de remédier à la stérilité est un bon exemple du processus de médicalisation dans la société occidentale moderne. Face au fait de ne pas pouvoir avoir d'enfant, des solutions sociales sont envisageables (telles qu'elles existent ailleurs) ; mais dans notre société le problème est confié à la sphère médicale. Le paradoxe dans le cas présent est que la médecine ne soigne pas l'infertilité avec ces techniques, elle ne fait que contourner l'obstacle.

D'autre part, la stérilité est d'abord attribuée à la femme, et il a pu être mis en évidence qu'il s'agit d'une constante universelle (Héritier, 1984). Cette tendance peut être liée au fait que l'apport de la femme au niveau de reproduction est plus important, et surtout plus visible que celui de l'homme puisque c'est elle qui porte l'enfant. Néanmoins même si dans nos sociétés la science a démontré que les hommes peuvent également être infertiles, les femmes continuent d'être reconnues responsables en premier lieu. Parmi des couples ayant recours à l'IAD, il est fréquent que la femme prétende que c'est elle qui est stérile (Snowden, 1983). Cette attitude peut notamment s'expliquer par le rapport entre les sexes existant dans notre contexte culturel : l'homme doit être puissant, viril, sa stérilité va à l'encontre de cette image et elle ne peut donc être socialement tolérée. En revanche, cette condition - qui est souvent assimilée à un échec - est plus compatible avec l'image féminine.

Les réserves émises par rapport à certaines modalités de procréation artificielle peuvent également être envisagées en termes de relations entre les sexes. L'insémination artificielle appelle peu de réticences, elle est effectivement une technique plus ancienne, moins lourde médicalement. Toutefois, on peut imaginer que les limites posées par rapport à la FIV sont liées aux conceptions de la maternité et de la paternité. L'insémination artificielle

manipule du sperme, la fécondation in vitro du sperme et des ovules. Il est évident que, anthropologiquement, la paternité est moins "visible" que la maternité. Elle est variable puisqu'elle n'est pas déterminée par la naissance (plusieurs hommes peuvent revendiquer le statut de père). En revanche, la maternité apparaît comme une donnée incontournable : la femme qui accouche est forcément la mère. Si ce principe était mis en cause par le recours à la procréation artificielle, cela risquerait d'impliquer une remise en question globale du statut de mère et par là même du rôle de la femme dans la société.

Il a été postulé que les techniques de procréation artificielle peuvent aller dans le sens d'une ressemblance des sexes :

> "plus les 'impératifs de la nature' reculeront et plus le concept de maternité se rapprochera de celui de paternité" (Badinter, 1986, 300).

Les techniques de procréation artificielle peuvent effectivement être un moyen de modifier les notions de paternité et maternité. Mais les choix effectués actuellement semblent plus aller dans le sens d'un maintien du rôle traditionnel des femmes que dans celui d'une diminution de la différence entre les sexes.

5. Conclusion

Différentes limites caractérisent cette analyse du processus de formation de normes dans le domaine de la procréation artificielle. Il s'agit d'un phénomène récent, non "figé" : les techniques continuent d'évoluer et de ce fait de nouvelles situations apparaissent. L'analyse est basée sur des textes antérieurs à 1988 ; depuis lors de nouvelles directives ont été émises, notamment en Suisse, mais sans véritablement changer la situation. Le canton de Saint-Gall a adopté en 1987 une loi restrictive, interdisant aussi bien l'insémination artificielle avec donneur que la fécondation in vitro. Suite à un recours au Tribunal Fédéral, cette loi a été considérée comme anticonstitutionnelle, et elle a été annulée en 1989. La commission fédérale a rendu son rapport en 1989 (rapport Amstad). Tout récemment, l'Académie suisse des sciences médicales a reformulé un ensemble de directives concernant l'ensemble des techniques de procréation artificielle qui sont une synthèse des recommandations relatives à l'insémination artificielle (texte 1) et de celles relatives à la fécondation in vitro (texte 3). En termes de contenu, elles reprennent les positions adoptées dans les textes antérieurs ; et elles les remplacent [4].

---

[4] Académie suisse des sciences médicales, Directives médico-éthiques pour la procréation médicalement assistée, parues dans le Bulletin des médecins suisses (Schweiz Aerztezeit 1990, 71, 300-302).

Il faut par ailleurs relever les difficultés rencontrées pour analyser de manière systématique ce type de matériel. En raison du manque d'homogénéité des textes, de la diversité des processus de réglementation, il n'a pas été possible d'appliquer des techniques standards des sciences sociales.

Néanmoins, cette étude permet d'aboutir à un certain nombre de conclusions intéressantes en ce qui concerne d'une part les conceptions entourant la famille dans les sociétés modernes et d'autre part, le rôle de la médecine dans la définition de la famille.

On peut considérer que la procréation artificielle fait partie intégrante du processus de médicalisation de la reproduction humaine. Face à la stérilité, des solutions médicales sont adoptées. Toutefois, au-delà de cette implication directe des médecins, il apparaît que ceux-ci ne souhaitent, ne peuvent pas gérer à eux seuls les conséquences de ce qu'ils considèrent comme une rupture par rapport à la définition traditionnelle de la famille.

D'autre part, il avait été postulé que la médecine reposant sur un modèle biologique de l'être humain, les médecins auraient tendance à favoriser cette dimension de la parenté. En fait, il semblerait plutôt que, pour eux, il est plus important que l'enfant soit reconnu comme étant celui du couple ayant demandé une insémination artificielle ou une fécondation in vitro. La dimension biologique de la filiation passe au deuxième plan par rapport au désir d'enfant d'un couple et de son engagement à l'élever.

Cependant, d'une manière plus globale, cette mise en retrait de la dimension biologique de la filiation doit être relativisée. Différents arguments montrent l'importance de la relation génétique avec les parents :

- le principe de filiation indifférenciée fait penser que la famille, la parenté sont de simples dérivés de données naturelles ;
- la procréation artificielle repose sur le principe qu'il est préférable que l'enfant soit au moins en partie génétiquement issu de ceux qui l'élèvent (tandis que l'adoption rompt tout lien biologique entre les parents et l'enfant) ;
- le donneur subit des examens prouvant qu'il ne risque pas de transmettre de maladie héréditaire à l'enfant. Et on insiste sur le fait que le tiers doit avoir une apparence proche de celle du couple afin que l'enfant semble être le leur.

En conclusion, la procréation artificielle révèle une sorte de paradoxe : de nombreux éléments poussent à considérer que seul le lien génétique est important au niveau de la détermination de la parenté ; mais par ailleurs, il faut relativiser ce lien dans le cas où un donneur intervient afin de ne pas provoquer de rupture par rapport au modèle familial traditionnel.

La famille est une institution socialement définie, qui peut s'adapter à de multiples conditions. Dans ce sens, les techniques de procréation artificielle

ne la mettent pas fondamentalement en cause. Mais, face aux difficultés réelles de leur mise en oeuvre (lourdeur technique, taux de réussite faibles, etc.), face à l'emprise croissante de la médecine sur la production de la vie, face aux difficultés du débat éthique autour de l'origine de la vie, il semblerait préférable de ne pas favoriser le développement de telles stratégies de "circulation des enfants".

BIBLIOGRAPHIE

AUGE Marc (Dir.) (1975), Les domaines de la parenté : filiation, alliance, résidence, Maspéro, Paris.

BADINTER Elisabeth (1986), L'un est l'autre. Des relations entre hommes et femmes, Editions O. Jacob, Paris.

BELMONT Nicole (1980), "L'enfant exposé", Anthropologies et Sociétés, 4/2, 1-17.

CLIGNET Rémi (1988), "Discontinuités de la vie familiale", Cahiers Internationaux de Sociologie, LXXXV, 257-275.

D'ADLER Marie-Ange & TEULADE Marcel (1986), Les sorciers de la vie, Gallimard, Paris.

DONZELOT Jacques (1977), La police des familles, Minuit, Paris.

DUBY Georges (1981), Le chevalier, la femme et le prêtre. Le mariage dans la France féodale, Hachette, Paris.

ETIENNE Mona (1979), "Maternité sociale, rapports d'adoption et pouvoir des femmes chez les Baoulé (Côte-d'Ivoire)", L'Homme, XIX/3-4, 63-106.

FLANDRIN Jean-Louis (1976), Familles : parenté, maison, sexualité dans l'ancienne société, Hachette, Paris.

FOUCAULT Michel (1976), Histoire de la sexualité. 1. La volonté de savoir, Gallimard, Paris.

GENETIQUE, PROCREATION ET DROIT (1985), Actes Sud, H. Nyssen éd., Arles.

HERITIER Françoise (1981), L'exercice de la parenté, Gallimard/Seuil, Paris.

HERITIER Françoise (1984), "Stérilité, aridité, sécheresse : quelques invariants de la pensée symbolique", in HERZLICH Claudine, Ed., Le sens du mal, Archives contemporaines, Paris.

HERITIER Françoise (1985), "Don et utilisation de sperme et d'ovocytes, mères de substitution. Un point de vue fondé sur l'anthropologie sociale", in GENETIQUE, PROCREATION ET DROIT, Actes Sud, H. Nyssen éd., Arles.

ISAMBERT François-A. (1981), "Ethique et nouvelles techniques biologiques", Ethique et Génétique, Centre Thomas More, L'Arbresle (Lyon).

LALLEMAND Suzanne (1976), "Génitrices et éducatrices mossi", L'Homme, XXI/I, 109-124.

LEVI-STRAUSS Claude (1971), "La famille", Annales de l'Université d'Abidjan, série F., tome III, 5-29.

LISCIA Claude (1978), Familles hors-la-loi, Maspéro, Paris.

MANDOFIA Marina & BÜRGISSER Michel (1989), "Les difficultés de réglementer la procréation assistée", Déviance et Société, 13/3, 257-268.

MAUSS Marcel (1960), "Essai sur le don", in MAUSS Marcel, Sociologie et anthropologie, PUF, Paris.

MENGET Patrick (1979), "Temps de naître, temps d'être : la couvade", in IZARD Michel & SMITH Pierre, Dir., La fonction symbolique, Gallimard, Paris, 245-264.

MEYER Philippe (1977), L'enfant et la raison d'Etat, Seuil, Paris.

MURDOCK George Peter (1972), De la structure sociale, Payot, Paris.

PILLORGET René (1979), La tige et le rameau. Familles anglaises et françaises XVIe-XVIIIe siècle, Calmann-Lévy, Paris.

PROCREATION ARTIFICIELLE, GENETIQUE ET DROIT, Colloque de Lausanne (1986), Schulthess, Zürich.

ROUSSEL Louis (1989), La famille incertaine, Editions O. Jacob, Paris.

SNOWDEN Robert et al. (1983), Artificial reproduction : a social investigation, G. Allen & Uwin Ltd, London.

ANNEXE
TEXTES DE DIRECTIVES ETUDIES

1. Académie Suisse des Sciences Médicales (ASSM) : "Recommandations d'éthique médicale sur l'insémination artificielle", 1981.
2. Académie Suisse des Sciences Médicales (ASSM) : "Fécondation in vitro et transfert d'embryons : normes d'éthique médicale", version 1984.
3. Académie Suisse des Sciences Médicales (ASSM) : "Directives médico-éthiques pour le traitement de la stérilité par fécondation in vitro et transfert d'embryons", version 1985.
4. Canton de Genève : "Règlement concernant les conditions relatives à la pratique des fertilisations in vitro et des transferts d'embryons dans les établissements médicaux privés", 1986.
5. Canton de Neuchâtel : "Directives du médecin cantonal relatives à l'insémination artificielle hétérologue et la fécondation in vitro à l'intention des médecins, hôpitaux et cliniques du canton de Neuchâtel", 1986.
6. Canton de Vaud : "Directives du Conseil de Santé sur la procréation humaine assistée", 1986.
7. Conseil de l'Europe : "Projet de recommandations sur l'insémination artificielle des êtres humains", 1979 (ce texte n'a jamais été adopté pour divergences au sein du Conseil).
8. Conseil de l'Europe : "Principes provisoires sur les techniques de procréation artificielle humaine et sur certains procédés appliqués aux embryons en liaison avec ces techniques", 1986.
9. Comité consultatif national d'éthique pour les sciences de la vie et de la santé (CNE), France : "Avis sur les problèmes éthiques nés des techniques de reproduction artificielle", 1984.
10. CNE ; France : "Avis relatif aux recherches sur les embryons humains in vitro et à leur utilisation à des fins médicales et scientifiques", 1986.
11. Commission Warnock, Grande-Bretagne : "Report of the Committee of Inquiry into Human Fertilisation and Embryoloy", 1984.
12. Commission Benda, République Fédérale d'Allemagne : "In-vitro-Fertilisation, Genomanalyse und Gentherapie. Bericht der gemeinsamen Arbeitsgruppe des Bundesminister fuer Forschung und Technologie und des Bundesminister der Justiz", 1985.
13. Suède : "Law on insemination", 1984.
14. Australie, état de Victoria : "Infertility (Medical Procedures)", 1984.
15. ASSM : "Directives pratiques pour le traitement de la stérilité humaine par fécondation in vitro et transfert ultérieur d'embryons", version 1985.
16. Ordre National des Médecins, France : "Règles déontologiques applicables aux techniques de procréation médicalement assistée", 1986.
17. Ordre National de Médecins, France : "Fécondation artificielle, utilisation de tissus foetaux humains", 1983.
18. Centre d'étude et de conservation du sperme (CECOS), France : règles de fonctionnement.
19. Groupe de réflexion éthique et biologie de Bicêtre (Grebb), France : avis.
20. Initiative populaire, Suisse : "Contre l'application abusive des techniques de reproduction et de manipulation génétique à l'espèce humaine", 1985.
21. Parti socialiste suisse : "Observation sur la fécondation artificielle et la manipulation génétique", 1986.

22. Prise de position de l'Association suisse des femmes médecins : "Fécondation in vitro et transplantation d'embryons", 1986.

23. Prise de position de l'Association suisse pour les droits de la femme concernant les techniques de reproduction et les manipulations génétiques ainsi que l'initiative du Beobachter.

24. Eglise protestante suisse, Institut d'éthique sociale (IES) : "Fécondation in vitro. Possibilités techniques et perspectives éthiques", 1987.

25. Eglise catholique, Pie XII : "La fécondation artificielle en face de la morale et du droit", 1949.

26. Eglise catholique, Congrégation pour la Doctrine de la Foi : "Le don de la vie. Instruction sur le respect de la vie humaine naissante et la dignité de la procréation", 1987.

OPERATIONALISIERUNG VON SOZIALER SCHICHT: INDIVIDUALEINKOMMEN, ABSOLUTES ODER RELATIVES HAUSHALTSEINKOMMEN ? [1]

Christian Suter & Peter Meyer-Fehr
Abteilung für Psychosoziale Medizin, Psychiatrische Poliklinik,
Universitätsspital Zürich, Culmannstrasse 8 - CH 8001 Zürich

1. Problemstellung

In der soziologischen Forschung nimmt das Einkommen als Schichtindikator einen zentralen Platz ein. Die Frage nach dem Einkommen fehlt denn auch in keinem Survey. Dabei wird gewöhnlich nach dem *Individualeinkommen* gefragt. Als Schicht- und Wohlstandsindikator weist das Individualeinkommen jedoch schwerwiegende Nachteile auf, da es das soziale Umfeld, und im besonderen die Haushaltsstrukturen ausser Acht lässt. Zahlreiche Erwerbstätige müssen nämlich mit ihrem Einkommen nicht nur für sich selbst, sondern auch für ihre Familienangehörigen aufkommen. Alleinstehende Erwerbstätige können hingegen über ihr Einkommen alleine verfügen. Umgekehrt partizipieren z.B. Hausfrauen ohne persönliches Einkommen am Einkommen ihres erwerbtätigen Partners. Derselbe Einkommensbetrag impliziert so nicht notwendigerweise ein identisches persönliches Konsumniveau, bzw. nicht diesselben Möglichkeiten für den Erwerb von Konsum- und Statusgütern. Dies bedeutet, dass das Individualeinkommen den Lebensstandard eines doppelverdienden, kinderlosen Paares unterschätzt und umgekehrt denjenigen von Erwerbstätigen mit Kindern beträchtlich überschätzt.

Während diese Problematik jedem finanzgeplagten Familienvater unmittelbar bewusst ist, hat sich die soziologische Forschung damit noch nicht ernsthaft auseinandergesetzt. Ein Blick auf die sozialwissenschaftlichen Nachbardisziplinen zeigt, dass beispielsweise ökonomische Studien generell mit dem *Haushaltseinkommen* arbeiten. Dies ist einerseits darauf zurückzuführen, dass der Haushalt für Einkommenserwerb und Einkommensverwendung die relevante Einheit darstellt. Andererseits fallen auch die Einkommensdaten, wenn sie nicht im Rahmen von Befragungen erhoben werden, meist auf der Ebene von Haushalten an (z.B. Steuerstatistik).

---

[1] Diese Studie wurde im Rahmen der beiden Projekte "Soziale Unterstützung und Mobilisierbarkeit für Selbst- und Nachbarschaftshilfe in einem Stadtquartier" und "Längsschnittstudie über den Zusammenhang von sozialer Unterstützung und Gesundheit" erarbeitet, die vom Schweizerischen Nationalfonds (Gesuchnr. 3.972-0.85 und 3.912-0.88) finanziell unterstützt wurden.

Der Haushalt konstituiert jedoch nicht nur für wirtschaftliche Prozesse, sondern auch für die sozialen Verhältnisse eine wichtige Einheit. So wird beispielsweise der sozioökonomische Status nichterwerbstätiger Familienmitglieder (z.B. Hausfrauen, Kinder) durch das Einkommen der Erwerbsperson (z.B. Familienvater) bestimmt. Auch die wichtigen Statusgüter werden vorwiegend im Rahmen des Haushalts und nicht individuell erworben (z.B. Wohnbesitz, Wohnungseinrichtungen, Autos, etc.). Deshalb macht es auch einen erheblichen Unterschied, ob in einem Haushalt zwei Personen erwerbstätig sind oder nur eine. Für viele soziologische Fragestellungen ist es deshalb sinnvoller, das Haushaltseinkommen und nicht das Individualeinkommen zu verwenden [2].

Allerdings ist die Gleichsetzung des Haushalts mit der Steuereinheit bzw. der Kleinfamilie (ohne Berücksichtigung erwachsener Kinder), wie dies in ökonomischen Arbeiten im allgemeinen der Fall ist, für soziologische Fragestellungen unbefriedigend. Ein Konkubinatspaar, aber auch das Zusammenwohnen eines Erwachsenen mit Elternteilen, würde nämlich nicht als eine einzige Haushaltseinheit, sondern fälschlicherweise als deren zwei betrachtet. Auch ist zu berücksichtigen, dass unter Umständen ein Einkommensempfänger nicht nur einen, sondern zwei Haushalte finanzieren muss. Dieser Fall kann bei geschiedenen oder getrennt lebenden Ehepaaren mit gemeinsamen Kindern auftreten (wenn der betreffende Einkommensempfänger gegenüber dem ehemaligen Partner und/oder den gemeinsamen Kindern unterstützungspflichtig ist).

Diese Beispiele zeigen deutlich, dass der Haushalt eine vielschichtige soziale Einheit bildet, die präzise definiert werden muss. In Anlehnung an die stark historisch und ethnologisch geführte Diskussion von Hammel und Laslett (1974) lässt sich der Begriff des Haushalts durch drei Dimensionen genauer bestimmen :

- Die *erste* und zugleich wichtigste Dimension kann als Raumkriterium bezeichnet werden : Mitglieder eines Haushalts teilen sich in gemeinsame Räumlichkeiten. Diese Bedingung ist am klarsten erfüllt, wenn die Mitglieder eines Haushalts gemeinsam eine Wohnung oder ein Haus bewohnen.

- Die *zweite* Dimension beinhaltet das Teilen bestimmter Aktivitäten (funktionales Kriterium), wobei dies sowohl in Form von arbeitsteiliger als auch von nicht arbeitsteiliger Kooperation erfolgen kann. Hierbei sind Aktivitäten ausserhalb der Arbeitswelt gemeint, in erster Linie Haushaltspflege, Essen (inkl. seine Zubereitung), Einkaufen (gemeinsame Haushaltskasse), Freizeitbeschäftigungen, Erholung, Erziehung von Kindern u.ä.

---

[2] Für bestimmte Problemstellungen, wie etwa der Frage der intergenerationellen Statuszuweisung, ist hingegen das Individualeinkommen das angemessenere Einkommensmass.

- Die *dritte* Dimension bezieht sich auf das Vorhandensein und den Institutionalisierungsgrad von Sozialbeziehungen zwischen den Mitgliedern eines Haushalts (Beziehungskriterium). Den höchsten Institutionalisierungsgrad weisen hierbei eheliche und partnerschaftliche Beziehungen auf (Ehe/Heirat, Verlobung, Konkubinat). Demgegenüber liegt der Institutionalisierungsgrad der Sozialbeziehung Freundschaft/Bekanntschaft vergleichsweise tief. Zu erwähnen sind auch Sozialbeziehungen, die auf gemeinsamer Abstammung beruhen. Solche verwandtschaftlichen Beziehungen, die in modernen Gesellschaften viel von ihrer früheren Bedeutung verloren haben, weisen einen mittleren Institutionalisierungsgrad auf.

Aus einer Kombination von Raumkriterium, funktionalem Kriterium und Beziehungskriterium ergibt sich als Idealtypus der sozialen Einheit Haushalt die Kleinfamilie (Ehepaar mit gemeinsamem Kind) : Sie teilen gemeinsam die Wohnung sowie zahlreiche Aktivitäten und sind durch enge, hochinstitutionalisierte Beziehungen miteinander verbunden. Um diesen idealtypischen Kern gruppieren sich verschiedene weniger klar ausdifferenzierte Haushaltsformen, wie Konkubinatspaare, Erwachsene mit Elternteilen, Erwachsene ohne partnerschaftliche Beziehungen etc. Die Grenzen des hier skizzierten Haushaltsbegriffs bleiben zwar fliessend, doch lassen sie sich mit Hilfe der drei Kriteriun genauer spezifizieren. So kann das blosse Zusammenwohnen mehrerer Personen (erfülltes Raumkriterium), die jedoch keinerlei Aktivitäten teilen und über keine näheren Sozialbeziehungen zueinander verfügen (nicht erfülltes funktionales Kriterium und nicht erfülltes Beziehungskriterium) nicht als einen einzigen Haushalt codiert werden.

Das Problem von betragsmässig identischen, aber ungleichwertigen Einkommen ist allerdings noch nicht gelöst, wenn man anstelle des Individualeinkommens das absolute Haushaltseinkommen setzt. Zwar können so doppelverdienende Paare erfasst werden, doch variieren die einzelnen Haushalte erheblich in ihren demographischen Merkmalen, da sie unterschiedliche Grössen und Altersstrukturen aufweisen. Der direkte Vergleich der absoluten Haushaltseinkommen ist problematisch, weil verschieden grosse Haushalte einander gleichgesetzt werden (so beispielsweise eine vierköpfige Familie mit einem Einpersonenhaushalt). Es ist unmittelbar einsichtig, dass sich ein Alleinstehender, der dasselbe Haushaltseinkommen wie eine vierköpfige Familie bezieht, einen viel höheren Lebensstandard leisten kann. Umgekehrt benötigt die vierköpfige Familie nicht das vierfache Haushaltseinkommen eines Alleinstehenden, um denselben Lebensstandard zu erreichen, da bei zunehmender Haushaltsgrösse die zusätzlichen Konsumausgaben nicht proportional steigen (z.B. kostengünstigere Ernährung und Wohnung bei Mehrpersonenhaushalten im Vergleich zum Einpersonenhaushalt). Eine blosse Gewichtung des Einkommes mit der Zahl der Haushaltsmitglieder (Pro-Kopf-Einkommen des Haushaltes) ist aus diesen Gründen nicht sinnvoll.

Um den demographischen Haushaltsmerkmalen Rechnung zu tragen, wurden in der sozialpolitischen Praxis und der wirtschaftswissenschaftlichen

Literatur, die sich mit der Frage der Festlegung von Armutsgrenzen befasst, sogenannte Äquivalenzskalen entwickelt, mit denen eine Rückrechnung der Haushaltseinkommen auf Einzelpersonen ermöglicht werden soll. Dabei stellt sich die Frage, um ein Wievielfaches das Einkommen eines Mehrpersonenhaushaltes (inklusive Kinder) grösser sein muss als dasjenige einer Einzelperson, um denselben Lebensstandard zu erreichen. Äquivalenzskalen ordnen daher jedem zusätzlichen Haushaltsmitglied ein bestimmtes zusätzliches Gewicht zu, wobei dieses Gewicht entsprechend den abnehmenden zusätzlichen Konsumausgaben tendenziell abnimmt. Solche mit Hilfe von Äquivalenzskalen gewichtete Einkommensmasse wollen wir im folgenden, im Unterschied zum Individualeinkommen und zum absoluten Haushaltseinkommen, als *relatives Haushaltseinkommen* bezeichnen.

Die vorliegende Arbeit diskutiert zwei mit verschiedenen Äquivalenzskalen gebildeten Indikatoren für das relative Haushaltseinkommen und wendet sie auf empirisches Material an. Zunächst wird in Abschnitt 2 kurz auf den theoretischen Hintergrund und die Konstruktion von Äquivalenzskalen in der Schweiz eingegangen. Auf dieser Grundlage werden in Abschnitt 3 die zwei eigenen, mit verschiedenen Äquivalenzskalen gebildeten, Indikatoren für das relative Haushaltseinkommen entwickelt. In Abschnitt 4 werden sodann die Unterschiede in den Verteilungseigenschaften zwischen der absoluten Haushaltseinkommensvariablen und den Indikatoren für das relative Haushaltseinkommen diskutiert. Abschnitt 5 prüft empirisch anhand des Datenmaterials aus einer Befragung zum Thema soziale Unterstützung, Nachbarschaftshilfe und Gesundheit der Stadt Zürich Unterschiede zwischen absolutem und relativem Haushaltseinkommen bezüglich ihrer Korrelationsbeziehungen zu verschiedenen Drittvariablen.

2. Berechnung des relativen Haushaltseinkommens auf der Grundlage von Äquivalenzskalen

Die Frage der Berechnung von Äquivalenzskalen, mit denen bei der Einkommensberechnung die variierenden Haushaltsgrössen und -strukturen berücksichtigt werden können, wird insbesondere in der sozialpolitischen Diskussion zur Armutsproblematik und der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur zur personellen Einkommensverteilung eingehend erörtert (vgl. Abdel-Smith & Bagley, 1970; Nicholson, 1975; Atkinson, 1976; Lüthi, 1983). Dabei werden zahlreiche unterschiedliche Äquivalenzskalen beschrieben. In der Regel beschränken sich die Skalen auf die Einschätzung der Haushalts*grösse*, wobei gewöhnlich Alleinstehende, Paare und Familien mit Kindern berücksichtigt werden. Die Frage, welche der verschiedenen Äquivalenzskalen die angemessene sei, kann allerdings nicht entschieden werden. Wie Lüthi (1983) betont, bleibt bei der Wahl einer Äquivalenzskala immer eine gewisse Willkür. Wichtig ist in einer solchen Situation, dass der Nach-

weis erbracht werden kann, dass die Ergebnisse nicht von einer speziellen Äquivalenzskala abhängig sind.

Tabelle 1

Äquivalenzskala von Ernst (1983), Marazzi (1986) und Wagner (1987)

Einpersonenhaushalt	1
Zweipersonenhaushalt	1.67
Dreipersonenhaushalt	2.28
Vierpersonenhaushalt	2.78
Fünfpersonenhaushalt	3.22
Sechspersonenhaushalt	3.66

Für jedes weitereHaushaltsmitglied erhöht sich die Skala gleichmässig um 0.44 Punkte.

Auch in der Literatur zur Einkommensverteilung in der Schweiz finden sich verschiedene Äquivalenzskalen. Grundsätzlich wird dabei dem Haushaltsvorstand (bzw. dem ersten Haushaltsmitglied) ein Gewicht von 1 und den weiteren Haushaltsmitgliedern ein abnehmendes Gewicht zugeordnet. Die Studien von Ernst (1983), Marazzi (1986) und Wagner (1987) verwenden eine vom "Bureau of Labor Statistics" für die Vereinigten Staaten entwickelte, aus den beobachteten Konsumausgaben berechnete Skala, die allerdings lediglich nach der Haushaltsgrösse und nicht nach dem Alter der Haushaltsmitglieder differenziert (dies bedeutet, dass Kinder und Erwachsene gleich behandelt werden). Der Vorteil dieser Skala ist sicher ihre einfache Handhabung, da die Erhebung von Haushaltsgrössedaten relativ unproblematisch ist. Die Werte der Skala entsprechend der Haushaltsstruktur sind in der obenstehenden Tabelle 1 aufgeführt.

Neben dem bereits oben angesprochenen Problem, dass diese Skala die Altersstruktur nicht berücksichtigt, argumentieren Leu et al. (1986, 118-122), dass sich eine speziell für Nordamerika entwickelte Skala wegen den grossen Unterschieden im Konsumverhalten sowie in den relativen Preisen nicht einfach auf die Schweiz übertragen lasse. Sie bieten deshalb eine Skala an, die auf den Richtlinien der Schweizerischen Fürsorgekommission für die Ausrichtung von Unterstützungsbeiträgen basiert. Die Skala berücksichtigt die Grösse des Haushalts und unterscheidet zwischen Kindern und Erwachsenen. Das Alter der Kinder wird bei der Berechnung jedoch nicht miteinbezogen.

Eine ähnliche Skala verwenden auch Lüthi (1983, 60) und Enderle (1987, 64), die sich auf die Äquivalenzskala von Rowntree aus dem Jahre 1950 stützen. Bei einem Gewicht von 1 für Alleinstehende weist der Zweipersonenhaushalt bei ihnen einen Wert von 1.49 und eine Familie mit zwei Erwachsenen und einem Kind den Wert von 1.88 auf (Leu et al. : 1.5 bzw. 1.89). Bei grösseren Familien werden die Differenzen zwischen den Studien von Lüthi/Enderle und Leu et al. allerdings etwas grösser : Einer Familie mit

zwei Kindern wird von Lüthi/Enderle ein Gewicht von 2.27 (Leu et al. : 2.19) und einer Familie mit vier Kinder ein Gewicht von 3.01 (Leu et al. : 2.69) zugewiesen. Die einzelnen Werte der beiden Skalen entsprechend der Haushaltsstruktur sind in Tabelle 2 aufgeführt.

Tabelle 2

Äquivalenzskalen von Leu, Buhmann & Frey (1986), Lüthi (1983) und Enderle (1987)

	Leu et al.	Lüthi und Enderle
Einpersonenhaushalt	1	1
Zweipersonenhaushalt	1.5	1.49
+ 1 Kind	1.89	1.88
+ 2 Kinder	2.19	2.27
+ 3 Kinder	2.44	**
+ 4 Kinder	2.69*	3.01

* Für jedes weitere Kind erhöht sich die Skala gleichmässig um 0.25 Punkte
** Lüthi und Enderle machen hier keine Angaben.

3. Stichprobenbeschreibung und Konstruktion der Einkommensvariablen für die empirische Untersuchung

Die empirische Untersuchung benutzt das Datenmaterial aus einer Befragung, die 1986 bei 783 zufällig ausgewählten, erwachsenen Bewohnern im Alter von 20-91 Jahren in Zürich-Altstetten sowie einer Vergleichsgruppe von 157 Senioren in Zürich-Schwamendingen zum Thema soziale Unterstützung, Nachbarschaftshilfe und Gesundheit durchgeführt wurde. Neben einer repräsentativen Stichprobe (N = 500) wurden zusätzlich Mitglieder verschiedener Zielgruppen (Senioren, Ausländer, Eltern) befragt. In der Befragung wurde das monatliche Bruttohaushaltseinkommen erhoben, wobei eine elfstufigen Skala mit zehn Intervallen à 1000 Franken und einer offenen letzten Kategorie (Einkommen von über Fr. 10'000.-) zur Anwendung gelangte. Insgesamt liegen Angaben zum Haushaltseinkommen und zur Haushaltsstruktur für die repräsentative Stichprobe, mit der im folgenden ausschliesslich gearbeitet wird, für N =426 vor (für eine Beschreibung des Datensatzes vgl. Bösch, 1988 ; Meyer-Fehr & Bösch, 1988).

Für die Konstruktion des relativen Haushaltseinkommens wurden die im voranstehenden Abschnitt dargestellten drei Äquivalenzskalen, die in Schweizer Untersuchungen verwendet wurden, herangezogen. Die beiden Skalen von Leu et al. und Lüthi/Enderle sind allerdings praktisch identisch. Es wurde deshalb auf die Skala von Lüthi/Enderle, die zwischen den Skalen von Leu et al. und Ernst/Marazzi/Wagner liegt, verzichtet. Die Äquivalenz-

skalen von Ernst/Marazzi/Wagner, die ja lediglich die Grösse des Haushaltes miteinschliesst kann tel quel übernommen werden. Demgegenüber muss die differenziertere Skala von Leu et al. (1986) entsprechend der Haushaltsstrukturen, die in der hier benutzten Befragung vorliegen, verfeinert werden. Leu et al. berücksichtigen bei ihrer Aufstellung lediglich Alleinstehende, Zweierwachsenenhaushalte und Kleinfamilien mit Kindern. Obgleich dies die vorherrschenden Haushaltsformen sind, lässt sich damit nicht das ganze Spektrum der in der Realität vorliegenden Strukturen einfangen. So sind die Befragten unserer Untersuchung auf Haushalte mit den folgenden demographischen Merkmalen verteilt : Einerwachsenenhaushalte 30 %, Zweierwachsenenhaushalte 38 %, Zweierwachsenenhaushalte mit Kindern 18 %. Die restlichen 14 % verteilen sich auf Einerwachsenenhaushalte mit Kindern sowie Mehrerwachsenenhaushalte (inkl. Kinder). Die für diese selteneren Haushaltsformen ermittelten Werte auf der Äquivalenzskala sind in Detail in Tabelle 3 aufgelistet. Die Berechnungen, die wie bereits erwähnt nur einen relativ geringen Anteil der Stichprobe betreffen, basieren grundsätzlich auf einer linearen Interpolation zwischen den Wertangaben von Leut et al. Einer alleinstehenden Mutter mit einem Kind wird bespielsweise einen Wert von 1.39 auf der Äquivalenzskala zugewiesen (vgl. Tabelle 3). In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass mit Hilfe dieser differenzierten Äquivalenzskala die in der Einleitung aufgegriffene Problematik der alimentenpflichtigen Einkommensempfänger gelöst werden kann. Muss beispielsweise ein geschiedener Erwerbstätiger finanziell für sein Kind und seine nicht erwerbstätige, getrennt von ihm lebende, ehemalige Partnerin aufkommen, würde er auf der in Tabelle 3 aufgeführten Äquivalenzskala einen Wert von 2.39 erhalten (ein Einerwachsenenhaushalt plus ein Einerwachsenenhaushalt mit einem Kind).

Mit den an unser Datenmaterial angepassten Äquivalenzskalen lassen sich die zwei Indikatoren für das relative Haushaltseinkommen berechnen. Dabei wird das absolute Haushaltseinkommen durch den Skalenwert dividiert. Beim ersten Indikator (relatives Haushaltseinkommen "A") basiert die Gewichtung auf der oben in Tabelle 3 dargestellten differenzierten Äquivalenzskala (Berücksichtigung von Haushaltsgrösse und Altersstruktur) und beim zweiten Indikator (relatives Haushaltseinkommen "B") auf der in Tabelle 1 aufgeführten einfacheren Äquivalenzskala von Ernst/Marazzi/-Wagner (nur Berücksichtigung der Haushaltsgrösse). Ein Vergleich der beiden Äquivalenzskalen zeigt, dass das absolute Haushaltseinkommen beim zweiten Indikator für das relative Haushaltseinkommen (relatives Haushaltseinkommen "B") stärker gewichtet wird als beim ersten (z.B. Zweierwachsenenhaushalt mit 4 Kindern mit 3.66 gegenüber 2.69).

Bevor die empirische Analyse in Angriff genommen werden kann, müssen diejenigen methodischen Probleme diskutiert werden, die daraus resultieren, dass die in der vorliegenden Studie benutzten Einkommensdaten lediglich in Form einer Ordinalskala verfügbar sind. Die Beschränkung auf eine mehrstufige Ordinalskala ist auf erhebungstechnische Gründe zurückzuführen (Fragen nach dem Einkommen werden häufig als indiskret empfun-

den und provozieren dementsprechend Antwortverweigerungen bzw. Falschangaben) und ist bei Befragungen generell üblich. Die höchste Einkommenskategorie (im vorliegenden Fall Einkommen über Fr. 10'000.-) wird dabei jeweils nach oben offen gelassen. Als statistischer Kennwert, der die Messwerte innerhalb der einzelnen Einkommenskategorien am besten zu repräsentieren vermag, wird im allgemeinen der Kategorienmittelwert berechnet (z.B. Fr. 2'500.- für die Einkommensklasse Fr. 2'000.- bis Fr. 3'000.-). Für die in den folgenden Abschnitten präsentierte empirische Untersuchung werden deshalb grundsätzlich die Kategorienmittelwerte des Haushalteinkommens verwendet.

Tabelle 3

Äquivalenzskala für die Variable "relatives Haushaltseinkommen (A)" (basierend auf Leu et al., 1986)

Einerwachsenenhaushalt	1
+ 1 Kind	1.39
+ 2 Kinder	1.69 *
Zweierwachsenenhaushalt	1.5
+ 1 Kind	1.89
+ 2 Kinder	2.19
+ 3 Kinder	2.44
+ 4 Kinder	2.69 *
Dreierwachsenenhaushalt	1.95
+ 1 Kind	2.25 *
Viererwachsenenhaushalt	2.35
Fünferwachsenenhaushalt	2.7
Sechserwachsenenhaushalt	3.0 **

* Für jedes weitere Kind erhöht sich die Skala gleichmässig um 0.25 Punkte
** Für jede weitere erwachsene Person erhöht sich die Skala gleichmässig um 0.3

Für die höchste, offene Einkommenskategorie lässt sich jedoch kein Kategorienmittelwert ermitteln. Zur Berechnung des Durchschnittseinkommens dieser Einkommenskategorie wurde deshalb die Wehrsteuerstatistik von 1985/86 herangezogen, die gerade für die oberen Einkommensbereiche sehr zuverlässige Angaben macht. Insbesondere enthält die Wehrsteuerstatistik die Einkommensmasse sowie die Zahl der Steurpflichtigen auch für die obersten Einkommenskategorien (vgl. Eidgenössische Steuerverwaltung, 1989) [3]. Da das in der vorliegenden Studie benutzte Datenmaterial in einem

[3] In der Wehrsteuerstatistik wird das sogenannte reine Einkommen ausgewiesen. Dieses entspricht dem Roheinkommen abzüglich AHV-, Arbeitslosenversicherungs- und Pensionskassenbeiträge sowie Berufsauslagen und Alimentenzahlungen. Andere Abzüge (Sozialabzüge) sind hingegen nicht berücksichtigt. Das reine Einkommen der Wehrsteuerstatistik entspricht somit nicht exakt dem in der Befragung erhobenen Einkommen (es wurde nach dem Einkom-

Zürcher Stadtquartier erhoben wurde, in dem die höchsten Einkommensschichten untervertreten sind, wurde als obere Grenze der höchsten Einkommenskategorie ein Jahreseinkommen gemäss Wehrsteuerstatistik von Fr. 500'000.- (bzw. ein Monatseinkommen von ca. Fr. 40'000.-) festgelegt. Für die oberste Einkommenskategorie unserer Befragungsdaten (monatlich über Fr. 10'000.-) ergibt sich so ein Durchschnittseinkommen von ungefähr Fr. 14'000.- [4].

Um den Einfluss dieser nicht unproblematischen Bestimmung des Durchschnittseinkommens der obersten Einkommensklasse auf die weiter unten dargestellten Korrelationsanalysen zu prüfen, wurden alle Korrelationen auch unter Ausschluss der obersten Einkommenskategorie berechnet. Dabei erwiesen sich die Zusammenhänge äusserst stabil. So blieb die Richtung der Effekte, aber auch das jeweilige Signifikanzniveau unverändert, und nur in zwei Fällen (Korrelationen zwischen absolutem Haushaltseinkommen und den zwei Indikatoren für das relative Haushaltseinkommen), auf die im einzelnen noch weiter unten hingewiesen werden wird, waren substantiellere Abweichungen in der Enge des Zusammenhangs zu verzeichnen. Dies bedeutet, dass die weiter unten diskutierten Korrelationsbeziehungen nicht von der oberen Einkommenskategorie, die ja umfangmässig nur sehr schmal ist, abhängig sind [5].

Die Ermittlung der Kategorienmittelwerte als Indikator für das Durchschnittseinkommen innerhalb einer Einkommensklasse ist allerdings nicht unproblematisch. So liesse sich beispielsweise argumentieren, dass in den unteren Einkommenskategorien (bis Fr. 1'000, Fr. 1'000 bis Fr. 2'000) das durchschnittliche Haushaltseinkommen eher über dem Kategorienmittelwert liegt, da die Häufigkeitsverteilung innerhalb dieser Kategorien tendenziell rechtssteil sein dürfte [6]. Für die im Rahmen dieser Studie berechneten Gesamtzusammenhänge der Einkommensindikatoren mit anderen Variablen

men ohne irgendwelche Abzüge gefragt). Die Differenz ist allerdings für die Analyse von Gesamtzusammenhängen, wie es hier beabsichtigt ist, unproblematisch.

[4] Im einzelnen wurden die folgenden Stufen des reinen Einkommens (pro Jahr) der Wehrsteurstatistik (für die gesamte Schweiz) berücksichtigt : Fr. 120'000 bis Fr. 150'000, Fr. 150'000 bis Fr. 200'000, Fr. 200'000 bis Fr. 300'000, Fr. 300'000 bis Fr. 400'000 und Fr. 400'000 bis Fr. 500'000.

[5] Eine alternative Berechnungsvariante für die Bestimmung des Durchschnittseinkommens über einem bestimmten Einkommensbereich (z.B. über Fr. 10'000.-) bestünde in der Anwendung des Pareto-Gesetzes (vgl. Kakwani, 1980, 14-16). Das Durchschnittseinkommen der Einkommenskategorie über Fr. 10'000.- würde dann Fr. 30'000.- betragen, was jedoch für den sozialen Kontext in dem die Befragung realisiert wurde (obere Einkommensklassen sind unterrepräsentiert) eine beträchtliche Überschätzung darstellt. Auch aus methodischer Sicht ist die Anwendung des Pareto-Gesetzes sehr fragwürdig (vgl. u.a. die Diskussion in Atkinson, 1976, 78).

[6] Dieser Einwand gilt nur für das Haushaltseinkommen im Sinnen der hier verwendeten Haushaltsdefinition. Für das Individualeinkommen und das auf der Steuereinheit basierende Haushaltseinkommen müsste zumindest für die unterste Einkommenskategorie aufgrund der Nichterwerbstätigen, die kein Einkommen aufweisen (z.B. Studenten), gerade gegenteilig argumentiert werden.

spielen allerdings geringfügige Verschiebungen des Durchschnitteinkommens innerhalb der Einkommenskategorien praktisch keine Rolle [7].

Ein letzter methodischer Problempunkt betrifft die Skalenvoraussetzung der statistischen Verfahren, die in der vorliegenden Arbeit zur Anwendung gelangen sollen. Korrelationsanalysen, die im folgenden hauptsächlich benutzt werden, setzen streng genommen intervall- und nicht ordinalskalierte Variablen voraus. Für differenzierte Ordinalskalen, wie dies bei der hier verwendeten 11-stufigen Einkommenskala der Fall ist, können jedoch die statistischen Verfahren für Intervalskalen problemlos benützt werden (vgl. O'Brien, 1979).

4. Verteilungseigenschaften der Einkommensvariablen

Wir beginnen unsere empirische Analyse mit einem Vergleich der Verteilungseigenschaften und der statistischen Kennwerte zwischen der absoluten und den relativen Haushaltseinkommensvariablen. Tabelle 4 zeigt die Häufigkeits- und Prozentwertverteilung (nicht kumuliert und kumuliert) der Einkommensvariablen. Durch die Gewichtung des absoluten Haushaltseinkommens mit den Äquivalenzskalen erfolgt bei den beiden Indikatoren des relativen Haushaltseinkommens erwartungsgemäss eine Verlagerung von den oberen in die unteren Einkommenskategorien. Die grössten Veränderungen zeigen sich dabei im zweiten und dritten Einkommensintervall (1'000-1'999, bzw. 2'000-2'999 Franken): Beim absoluten Haushaltseinkommen fallen 27 % der Befragten in diesen Bereich, bei den beiden Indikatoren des relativen Haushaltseinkommens jedoch 51 % und 57 %. Umgekehrt liegt der Anteil der Befragten mit Einkommen von über 4'000 Franken beim relativen Haushaltseinkommen beträchtlich niedriger als dies beim absoluten der Fall ist (21 %, bzw. 18 % gegenüber 50 %).

Erwähnenswert sind auch die Unterschiede zwischen den beiden Indikatoren des relativen Haushaltseinkommens. So gewichtet derjenige Indikator, der mit der undifferenzierteren und extremeren Äquivalenzskala (Skala von Ernst/Marazzi/Wagner) berechnet wurde (relatives Haushaltseinkommen "B"), die tieferen Einkommensbereiche (unter 3'000.- Franken) stärker. Demgegenüber weist der mit der differenzierteren Äquivalenzskala gebildete Indikator (relatives Haushaltseinkommen "A") höhere Häufigkeiten in der Kategorie 3'000.- bis 3'999.- Franken auf.

---

[7] So ergab eine zu Stabilitätszwecken berechnete Analyse der weiter unten diskutierten Korrelationszusammenhänge mit veränderten Durchschnittseinkommen für die untersten beiden Einkommensklassen (Fr. 700.- statt Fr. 500.- bzw. Fr. 1'600.- statt Fr. 1'500.-) keine substantiellen Abweichungen. Dieser Befund zeigt, dass die Bestimmung des Durchschnittseinkommens innerhalb der Einkommenskategorien relativ unproblematisch ist, zumindest wenn der Einkommensindikator als Gesamtmass und nicht zur Analyse einzelner Einkommensklassen verwendet wird.

Tabelle 4

Häufigkeitsverteilung der Einkommensindikatoren (N = 426)

Einkommensintervall (monatl. Bruttoeinkommen in Franken) (in Klammern Mittelwerte)	Abs. Haushaltseinkom. F	%	% kum	Rel. Haushaltseink. (A) F	%	% kum	Rel. Haushaltseink. (B) F	%	% kum
Unter 1'000 (500)	9	2	2	17	4	4	32	8	8
1'000-1'999 (1'500)	50	12	14	97	23	27	119	27	35
2'000-2'999 (2'500)	65	15	29	121	28	55	126	30	65
3'000-3'999 (3'500)	88	21	50	100	24	79	72	17	82
4'000-4'999 (4'500)	87	20	70	39	9	88	39	9	91
5'000-5'999 (5'500)	47	11	81	27	6	94	17	4	95
6'000-6'999 (6'500)	26	6	87	10	2	96	9	2	97
7'000-7'999 (7'500)	21	5	92	4	1	97	1	0	97
8'000-8'999 (8'500)	9	2	94	1	0	97	8	2	99
9'000-9'999 (9'500)	7	2	96	8	0	99	1	0	99
10'000 und + (14'000)	17	4	100	2	0	100	2	0	100

Die Unterschiede in der Häufigkeitsverteilung zwischen absolutem und relativem Haushaltseinkommen schlagen sich auch in den wichtigsten statistischen Kennwerten nieder. Wie Tabelle 5 zu entnehmen ist, liegt das arithmetische Mittel beim absoluten, monatlichen Haushaltseinkommen bei 4500 Franken, beim relativen, monatlichen Haushaltseinkommen jedoch lediglich bei 3100, bzw. 2800 Franken. Ähnliches gilt auch für den Median und den Modalwert. Die Angaben für die Schiefe der Häufigkeitsverteilungen zeigt, dass das Einkommen grundsätzlich linkssteil verteilt ist, wobei das Ausmass dieser Asymmetrie bei den beiden Indikatoren für das relative Haushaltseinkommen ausgeprägter ist, als beim absoluten Haushaltseinkommen.

Tabelle 5

Statistische Kennwerte der Einkommensindikatoren
(Angaben in 1'000.- Franken ; N = 426)

	Abs. Haushaltseinkommen	Rel. Haushaltseinkommen (A)	Rel. Haushaltseinkommen (B)
Mittelwert	4.5	3.1	2.8
Standardbweichung	2.7	1.8	1.7
Modalwert	3.5	2.3	2.1
Median	4.5	2.5	2.5
Schiefe	1.7	2.0	2.2

5. Absolutes und relatives Haushaltseinkommen in verschiedenen Korrelationszusammenhängen

In den folgenden Abschnitten soll geprüft werden, ob sich in zentralen statistischen Zusammenhängen mit Drittvariablen Unterschiede zwischen absolutem und relativem Haushaltseinkommen feststellen lassen. Weiter interessieren auch die Unterschiede zwischen den beiden Indikatoren des relativen Haushaltseinkommens. Die empirische Analyse soll sich auf eine Diskussion einfacher Korrelationszusammenhänge beschränken, da ja keine eigentlichen Hypothesen formuliert werden. In einem ersten Schritt werden die gewichteten und ungewichteten Einkommensvariablen mit anderen Indikatoren der sozialen Schicht in Beziehung gesetzt. Danach sollen Zusammenhänge zu den zentralen soziodemographischen Variablen geprüft werden. Hierauf werden Zusammenhänge in zwei Themenbereichen, die im Zentrum der hier benutzten Befragung standen, reanalysiert. Dies sind einerseits Beziehungen des Einkommens zum sozialen Netz, zur sozialen Unterstützung und Belastung und andererseits zur Bereitschaft zu und zum Bedarf von Hilfeleistungen.

1. Zusammenhänge zwischen Einkommensindikatoren und verschiedenen Schichtvariablen (vgl. Tabelle 6)

Die drei Einkommensindikatoren weisen erwartungsgemäss sehr hohe Interkorrelationen auf. So sind die beiden Indikatoren des relativen Haushaltseinkommens praktisch identisch (r = .99). Auch die Korrelationszusammenhänge zwischen absolutem und relativem Haushaltseinkommen sind relativ eng. Dabei fällt allerdings auf, dass die beiden praktisch identischen Indikatoren des relativen Haushaltseinkommen doch recht unterschiedlich mit dem absoluten Haushaltseinkommen korrelieren (r = .85 bzw. .77) [8]. Erwartungsgemäss ist der Zusammenhang bei demjenigen Indikator, der mit der undifferenzierteren und extremeren Äquivalenzskala (Skala von Ernst/-Marazzi/Wagner) gewichtet wurde, tiefer.

Gibt es Unterschiede zwischen absolutem und relativem Haushaltseinkommen hinsichtlich ihrer Beziehung zu anderen zentralen Schichtindikatoren ? Um diese Frage zu prüfen, wurden die Korrelationen zwischen den Einkommensindikatoren und den drei Variablen Schulbildung (höchstes erreichtes Schulniveau), Stellung im Beruf (Position und Qualifikation im ausgeübten Beruf) und Berufsprestige (codiert mit der ISSB-Skala von Treiman,

---

[8] Diese Korrelationen liegen etwas tiefer, wenn die oberste Einkommensklasse (monatliches Einkommen über Fr. 10'000.-) bei den Berechnungen ausgeschlossen wird (r = .77 bzw. .66). Diese Unterschiede sind damit zu erklären, dass die Einkommensempfänger der höchsten Einkommensklasse sowohl beim absoluten als auch beim relativen Haushaltseinkommen am oberen Ende der Verteilung rangieren, was sich verstärkend auf die Korrelationszusammmenhänge auswirkt.

1979) ermittelt. Die in Tabelle 6 aufgeführte Korrelationsmatrix zeigt erwartungsgemäss durchwegs signifikante positive Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Indikatoren der sozialen Schicht. Erstaunlicherweise lassen sich jedoch praktisch keine Unterschiede in den Korrelationszusammenhängen des absoluten und relativen Haushaltseinkommens feststellen. Auch die Korrelationskoeffizienten der beiden Indikatoren des relativen Haushaltseinkommens sind praktisch identisch. Der Zusammenhang der drei Einkommensvariablen mit den anderen Schichtindikatoren (Schulbildung, Stellung im Beruf, Berufsprestige) ist vergleichsweise schwach. Dies deutet jedoch nicht notwendigerweise auf das Vorhandensein hoher Statusinkonsistenz hin. Die schwache Beziehung ist vielmehr damit zu erklären, dass Haushaltsmerkmale (Einkommensvariablen) mit persönlichen Merkmalen korreliert werden. Bei Nichterwerbstätigen (Hausfrauen, Rentner) ist die Korrelation denn auch besonders niedrig, während sie bei den voll Erwerbstätigen höher liegt.

Tabelle 6

Korrelationsmatrix der Schichtindikatoren
(Pearson Korrelationen, $p < .001$; in Klammern N)

	2	3	4	5	6
1 Abs.Haushaltseinkommen	.85 (426)	.77 (426)	.27 (423)	.24 (407)	.28 (406)
2 Rel. Haushaltseinkommen (A)		.99 (426)	.28 (423)	.26 (407)	.31 (406)
3 Rel. Haushaltseinkommen (B)			.28 (423)	.25 (407)	.30 (406)
4 Schulbildung				.51 (405)	.61 (404)
5 Stellung im Beruf					.61 (402)
6 Berufsprestige					

2. *Zusammenhänge zwischen Einkommensindikatoren und soziodemographischen Variablen*

Betrachtet man die Beziehung zwischen der Einkommenshöhe und dem Geschlecht der Befragten finden sich bei Frauen erwartungsgemäss signifikant tiefere Einkommen als bei Männern. Dieser Unterschied, der auf den Effekt der Einerwachsenenhaushalte zurückzuführen ist, findet sich sowohl beim absoluten als auch beim relativen Haushaltseinkommen (vgl. Tabelle 7). Allerdings ist auch hier, die Problematik des Vergleichs von Kontextmermalen (Haushaltseinkommen) und individuellen Merkmalen (Geschlecht) zu berücksichtigen.

Während sich absolutes und relatives Haushaltseinkommen in den bislang diskutierten Zusammenhängen praktisch identisch verhielten, zeigen sich beträchtliche Unterschiede bei den Beziehungen zum Alter. So beträgt die Korrelation beim absoluten Haushaltseinkommen r = -.24, bei den Indikatoren des relativen Haushaltseinkommens jedoch lediglich -.18, bzw. -.16 (vgl. Tabelle 7). Dieser Unterschied ist wohl auf die kleinere Haushaltsgrösse bei Senioren zurückzuführen. Der Befund zeigt, dass bei Senioren das absolute Haushaltseinkommen zwar massiv tiefer liegt, das relative Haushaltseinkommen aber nicht im selben Ausmass geringer ausfällt, da das Einkommen unter weniger Haushaltsmitgliedern aufgeteilt werden muss.

Tabelle 7

Zusammenhang zwischen Einkommensindikatoren und soziodemographischen Variablen
(Pearson Korrelationen, $p < .01$, $N = 426$)

	Alter	Geschlecht (Frau=2)
Absolutes Haushaltseinkommen	-.24	-.16
Relatives Haushaltseinkommen (A)	-.18	-.15
Relatives Haushaltseinkommen (B)	-.16	-.14

3. *Zusammenhänge zwischen Einkommensindikatoren und Indikatoren des sozialen Netzes, der sozialen Unterstützung und der sozialen Belastung*

Verschiedene Studien haben auf einen Zusammenhang zwischen sozialer Schicht und sozialem Netz hingewiesen. Dabei zeigen sich positive Beziehungen zwischen dem sozialen Status und der Grösse des sozialen Netzes, der sozialen Unterstützung und den sozialen Belastungen (Waltz, 1981 ; Fischer, 1982 ; Marsden, 1987). Allerdings ist der Zusammenhang zwischen dem sozialen Staus und der sozialen Unterstützung im allgemeinen gering und stark von der gewählten Operationalisierung abhängig (Lin et al., 1986, 256). Korrelationen mit dem Einkommen können z.T. auf das Alter und das Geschlecht zurückgeführt werden (ältere Leute haben ein tieferes Einkommen und weisen zugleich ein kleineres soziales Netz auf; vgl. auch Tabelle 7).

Diese Befunde werden durch die in Tabelle 8 aufgeführten signifikant positiven Korrelationen zwischen absolutem Haushaltseinkommen und den Variablen "externe Kontakte" (r = .23), "soziales Netz" (r = .36), "soziale Unterstützung" (r = .23) und "soziale Belastung" bestätigt (r = .14). Die Grösse des sozialen Netztes wird mit zwei verschiedenen Indikatoren gemessen. Die Variable "externe Kontakte" ist die Summe aller Kontakte in Beziehungsnetzen ausserhalb der eigenen Familie und ausserhalb des eigenen

Haushalts (Verwandtschaft, Freundeskreis, Nachbarschaft, Arbeitskollegen, Vereine etc.). Die Variable "soziales Netz" wird in Anlehnung an Berkman und Syme (1979) durch einen Index operationalisiert, der einerseits das familienexterne Kontaktnetz (Variable "externe Kontakte") und andererseits, mit einem gleich grossen Gewicht, die Partnerschaft und das Zusammenwohnen (Grösse des eigenen Haushalts) umfasst. Die Variable soziale Unterstützung beinhaltet die potentielle praktische und emotionale Unterstützung, die der Partner, Verwandte, erwachsene Kindern, Nachbarn, Freunde und Arbeitskollegen leisten können. Sie basiert auf einem Summenindex, der durch 12 Fragen mit fünfstufigen Antwortvorgaben erhoben wurde. Desgleichen wurde auch die Variable "soziale Belastung" operationalisiert, die die Belastungen aus den gleichen sechs sozialen Beziehungsnetzen erfasst.

Tabelle 8

Zusammenhang zwischen Einkommensindikatoren und Variablen des sozialen Netzes, der sozialen Unterstützung und Belastung (Pearson Korrelationen, ** = p<.01, N = 426)

	Externe Kontakte	Soziales Netz	Soziale Unterstützung	Soziale Belastung
Absolutes Haushaltseinkommen	.23 **	.36 **	.23 **	.14 **
Rel. Haushaltseinkommen (A)	.24 **	.15 **	.16 **	.06
Rel. Haushaltseinkommen (B)	.23 **	.08	.13 **	.04

Betrachtet man die Korrelationen der zwei Indikatoren des relativen Haushaltseinkommens mit den Variablen "soziales Netz", "soziale Unterstützung" und "soziale Belastung" zeigen sich beträchtliche Unterschiede zum absoluten Haushaltseinkommen. Die Zusammenhänge werden durchwegs schwächer und sind z.T. nicht mehr statistisch signifikant. So schwächt sich die Beziehung zum sozialen Netz von r = .36 auf .15 (bzw. .08) ab, diejenige zur sozialen Unterstützung von r = .23 auf .16 (bzw. .13) und diejenige zur sozialen Belastung von r = .14 auf .06 (bzw. .04). Bei der Variablen "soziales Netz" ist der starke Rückgang der Korrelation darauf zurückzuführen, dass diese Variable eng mit der Haushaltsgrösse zusammenhängt. Wie bereits oben erwähnt, wurde dem Aspekt des Zusammenwohnens eine hohes Gewicht bei der Konstruktion dieses Indexes zugemessen.

Einen interessanter Befund stellen die praktisch identischen Korrelationskoeffizienten der drei Einkommensindikatoren mit der Variablen "externe Kontakte" dar, insbesondere wenn man die oben diskutierten beträchtlichen Unterschiede bei der konzeptionell doch sehr ähnlichen Variablen "soziales Netz" bedenkt. Wie oben erwähnt, beinhaltet die Variable "externe Kontakte" im Gegensatz zur Variablen "soziales Netz" nur das haushaltsex-

terne Sozialnetz. Es ist deshalb auch nicht überraschend, dass ein solches "haushaltsneutrales" Mass nicht zwischen absolutem und relativem Haushaltseinkommen differenziert.

Die Unterschiede in den Korrelationszusammenhängen zwischen den zwei verschiedenen Indikatoren des relativen Haushaltseinkommens sind bei den Variablen "externe Kontakte", "soziale Unterstützung" und "soziale Belastung" gering, bei der Variablen "soziales Netz" jedoch relativ gross, wobei die Differenzen der zwei Indikatoren zum absoluten Haushaltseinkommen aber bedeutend stärker ausfallen. Es zeigt sich wiederum, dass derjenige Einkommensindikator, der mit der undifferenzierteren und extremeren Äquivalenzskala gewichtet wurde (Skala von Ernst/Marazzi/Wagner, die lediglich die Haushaltsgrösse berücksichtigt), schwächere Korrelationen aufweist.

4. *Zusammenhänge zwischen Einkommensindikatoren und Variablen der Hilfebereitschaft und des Hilfebedarfs*

In einigen Arbeiten, die sich mit der Thematik der Gewährung und der Inanspruchnahme persönlicher Hilfe in der Nachbarschaft befasst haben, wurden folgende Zusammenhänge gefunden: Die Bereitschaft, anderen Personen Hilfe zu gewähren, ist in den oberen sozialen Schichten grösser, während der Hilfebedarf (bzw. die Bereitschaft, Hilfe von anderen anzunehmen) in den unteren Schichten stärker artikuliert wird (Bösch & Meyer-Fehr, 1985 ; Bösch, 1988).

Tabelle 9

Zusammenhang zwischen Einkommensindikatoren und Variablen der Hilfebereitschaft und des Hilfebedarfs
(Pearson Korrelationen, * = $p<.05$, ** = $p<.01$, N = 426)

	Hilfebereitschaft	Hilfebedarf
Absolutes Haushaltseinkommen	.12 *	-.04
Rel. Haushaltseinkommen (A)	.11 *	-.13 **
Rel. Haushaltseinkommen (B)	.10	-.14 **

Versucht man, diese Beziehungen mit unserem Datensatz zu reproduzieren, erhält man die in Tabelle 9 aufgeführten Resultate. Im Interview wurden die Probanden gefragt, ob sie einem Nachbarn oder Quartierbewohner bei neun verschiedenen alltäglichen Arbeiten, wie Einkaufen, Haushalt, Kinderhüten etc., helfen würden (Hilfebereitschaft). Anschliessend wurden sie gefragt, ob sie froh wären, wenn ihnen ein Nachbar oder Quartierbewohner bei den gleichen neun Tätigkeiten helfen könnte (Hilfebedarf). Die Variab-

len "Hilfebereitschaft" und "Hilfebedarf" sind Summenindices der Arbeiten für die Hilfe geleistet bzw. gewünscht würde. Wird als Schichtvariable das absolute Haushaltseinkommen verwendet, lässt sich tatsächlich die höhere Bereitschaft der oberen Einkommensempfänger, Hilfe zu leisten, nachweisen ($r = .12$). Hingegen scheint der Hilfebedarf unterer Einkommensschichten nicht grösser zu sein ($r = -.04$). Betrachtet man nun das relative Haushaltseinkommen, zeigt sich einerseits eine graduelle Abschwächung der Beziehung zur Hilfebereitschaft ($r = .11$ bzw. $.10$). Andererseits findet sich beim relativen Haushaltseinkommen die erwartete, negative Beziehung zum Hilfebedarf, die beim absoluten Haushaltseinkommen nicht nachgewiesen werden konnte ($r = -.13$ bzw. $-.14$).

Bei der Interpretation dieses Ergebnisses muss daran erinnert werden, dass es um den Bedarf an unentgeldlicher Nachbarschaftshilfe geht. Auf unentgeldliche Hilfe sind vor allem einkommensschwache Personen angewiesen. Das relative Haushaltseinkommen misst die verfügbaren finanziellen Ressourcen besser als das absolute und korreliert deshalb auch wie erwartet signifikant negativ mit dem Bedarf nach unentgeldlicher Hilfe.

6. Schlussbetrachtung

Der Vergleich zwischen absolutem und relativem Haushaltseinkommen hat gezeigt, dass diese beiden Einkommensindikatoren inhaltlich unterschiedliche Masse darstellen, die bei der Anwendung statistischer Verfahren auch entsprechend unterschiedliche Resulte zur Folge haben. Welches Mass das angemessenere ist, hängt dabei von der jeweiligen Fragestellung ab und kann nur aufgrund theoretischer Überlegungen entschieden werden. Da das Einkommen soziologisch als Indikator für die persönlich verfügbaren finanziellen Ressourcen verwendet wird und nicht als Mass für die absoluten finanziellen Ressourcen eines Haushalts, ist das relative Haushaltseinkommen dem absoluten in der Regel vorzuziehen.

Unsere empirische Analyse hat gezeigt, dass absolutes und relatives Haushaltseinkommen sehr hoch miteinander korrellieren. Trotzdem ergab die Prüfung der Korrelationszusammenhängen zwischen den beiden Einkommensmassen und Drittvariablen teilweise beträchtliche Unterschiede. So reagiert das absolute Haushaltseinkommen sehr sensibel auf Variablen, die mit der Haushaltsstruktur zusammenhängen oder deren Konstruktion direkt mit Haushaltsmerkmalen verknüpft ist (wie bei den Variablen "soziales Netz", "soziale Unterstützung", "soziale Belastung", "Alter" etc.). Demgegenüber zeigten sich bei anderen, eher haushaltsneutralen Variablen (wie z.B. andere Schichtindikatoren, haushaltsexterne soziale Kontakte) praktisch keine Unterschiede in den Korrelationszusammenhängen zwischen absolutem und relativem Haushaltseinkommen.

Eine weitere wichtige Schlussfolgerung kann in Bezug auf den Vergleich zwischen den zwei Indikatoren für das relative Haushaltseinkommen gezogen werden. Da die beiden Indikatoren sehr stabile Beziehungsmuster zeigen, können die Unterschiede zwischen absolutem und relativem Haushaltseinkommen nicht auf die "Willkür" verschiedener Äquivalenzskalen zurückgeführt werden. Dieser Befund weist auch darauf hin, dass es nicht so wichtig ist, welche der verschiedenen, in der Literatur diskutierten, Äquivalenzskalen schlussendlich gewählt wird.

Ähnliches lässt sich schliesslich zur Frage der Bestimmung der Durchschnittseinkommen bei mehrstufigen, ordinalskalierten, nach oben offenen Einkommensvariablen sagen. So zeigen sich in den Korrelationszusammenhängen keine Unterschiede, ob bei den unteren Einkommensklassen die Kategorienmittelwerte oder etwas höhere Werte verwendet werden. Ebenso spielt es für die Analyse statistischer Gesamtzusammenhänge keine Rolle, ob die höchste, nach oben offene Einkommensklasse miteingeschlossen wird oder nicht.

Insgesamt deuten diese Befunde darauf hin, dass die konstruierten Indikatoren für das relative Haushaltseinkommen relativ robust sind. Dies gilt sowohl hinsichtlich der Einflüsse verschiedener Äquivalenzskalen als auch bezüglich der Festsetzung des Durchschnittseinkommens.

Vor dem Hintergrund unserer Resultate lassen sich abschliessend auch einige konkrete Empfehlungen für die Erfassung des Einkommens im Rahmen von Umfragen machen. Zunächst ist darauf hinzuweisen, dass das Einkommen grundsätzlich als Haushaltseinkommen erhoben werden sollte. Gleichzeitig muss dabei auch die Haushaltsstruktur der Befragten im Sinne des hier verwendeten Haushaltsbegriffs ermittelt werden. Aufgrund der methodischen Probleme bei der Bestimmung der Kategorienmittelwerte insbesondere der obersten Einkommensklassen, sollte die ordinalskalierte Einkommensvariable möglichst viele Stufen umfassen. Damit die Übersichtlichkeit bei der Gestaltung des Fragebogens trotzdem gewahrt bleibt, müssen die Intervalle der oberen Einkommensbereiche allerdings weiter gefasst werden als diejenigen der unteren Bereiche. Je nach Fragestellung ist zu empfehlen, zusätzlich zum Haushaltseinkommen auch das Individualeinkommen zu erfassen.

LITERATURVERZEICHNIS

ABEL-SMITH B. & BAGLEY C. (1970), "The Problem of Establishing Equivalent Standards of Living for Families of Different Composition", in TOWNSEND P. (Hrsg.), The Concept of Poverty, Heinemann, London, 86-99.

ATKINSON A. B. (1976), The Economics of Inequality, Clarendon, Oxford.

BERKMAN L.F. & SYME L. (1979), "Social Networks, Host Resistance, and Mortality: A Nine-Year Follow-up Study of Alameda County Residents", American Journal of Epidemiology, 109, 186-204.

BÖSCH Jakob (1988), Nachbarschaftshilfe für Gesunde und Kranke, Habilitationsschrift, Universität Zürich.

BÖSCH Jakob & MEYER-FEHR Peter (1985), "Stress, soziale Unterstützung und Gesundheit", Drogalkohol, 9, 194-208.

ENDERLE Georges (1987), Sicherung des Existenzminimums im nationalen und internationalen Kontext, Paul Haupt, Bern.

ERNST U. (1983), Die Wohlstandsverteilung in der Schweiz : Stand und Entwicklung der personellen Einkommens- und Vermögensverteilung (= Basler Sozialökomomische Studien Band 18), Rüegger, Diessenhofen.

EIDGENÖSSISCHE STEUERVERWALTUNG (1989), Direkte Bundessteuer, Veranlagungsperiode 1985/86, Natürliche Personen, Kantone, Eidgenössische Steuerverwaltung, Bern.

FISCHER Claude S. (1982), To Dwell Among Friends: Personal Networks in Town and City, University of Chicago Press, Chicago.

HAMMEL E. A. & LASLETT Peter (1974), "Comparing Household Structure Over Time and Between Cultures", Comparative Studies in Society and History, 16, 73-109.

KAKWANI Nanak C. (1980), Income, Inequality and Poverty: Methods of Estimation and Policy Applications, Oxford University Press, New York.

LEU Robert E., BUHMANN Brigitte & FREY René L. (1986), "Die personelle Einkommens- und Vermögensverteilung der Schweiz 1982", Schweizereische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 2/1986, 111-141.

LIN Nan, DEAN Alfred & ENSEL Walter (1986) (Hrsg.), Social Support, Life Events, and Depression, Academic Press, Orlando.

LÜTHI Ambros (1983), Die wirtschaftliche Ungleichheit im Rentenalter in der Schweiz, Universitätsverlag Freiburg Schweiz, Freibug.

MARAZZI Christian (1986), La Povertà in Ticino, Dipartimento delle Opere Sociali del Ticino, Bellinzona.

MARSDEN Peter V. (1987), "Core Discussion Networks of Americans", American Sociological Review, 52, 122-131.

MEYER-FEHR Peter & BÖSCH, Jakob (1988), "Gesundheitseffekte sozialer Unterstützung und sozialer Belastung bei der einheimischen Bevölkerung und bei Immigranten", Medizinsoziologie, 2, 151-167.

NICHOLSON J. L. (1975), "Appraisal of Different Methods of Estimating Equivalence Scales and Their Results", The Review of Income and Wealth, Series 22 (1), 1-11.

O'BRIEN R. M. (1979), "The Use of Pearson's r with Ordinal Data", American Sociological Review, 44, 851-857.

TREIMAN Donald J. (1979), "Probleme der Begriffsbildung und Operationalisierung in der international vergleichenden Mobilitätsforschung", in PAPPI Franz U. (Hrsg.), Sozialstrukturanalysen mit Umfragedaten : Probleme der standardisierten Erfassung von Hintergrundsmerkmalen in allgemeinen Bevölkerungsumfragen, Athenäum, Königstein, 124-167.

WAGNER Antonin (1987), "Einkommensverteilung - Armut", in FEHLMANN Maja, HÄFELI Christoph & WAGNER Antonin (Hrsg.), Handbuch Sozialwesen Schweiz, Verlag Pro Juventute, Zürich, 158-169.

WALTZ Edwin M. (1981), "Soziale Faktoren bei der Entstehung und Bewältigung von Krankheit - ein Überblick über die empirische Literatur", in BADURA Bernhard (Hrsg.), Soziale Unterstützung und chronische Krankheit : Zum Stand sozialepidemiologischer Forschung, Suhrkamp, Frankfurt, 40-119.

Schweiz.Z.Soziol./Rev.suisse sociol., 1 (1989) 545-582

ARMEEABSCHAFFUNGS-INITIATIVE : SOYONS REALISTES, DEMANDONS L'IMPOSSIBLE ?

Konzeptionelle Überlegungen und empirische Analysen zum politischen Gehalt einer *"Wegmarke"*

Rolf Nef
Cultur prospectiv, Gasometerstrasse 28, CH - 8005 Zürich

1. Erste Hypothesen, erste Ergebnisse

Sieg oder Niederlage ? Wenn Sieg, inwiefern auch Niederlage ? Falls Niederlage, inwiefern auch Sieg ? - Zumindest in den letzten 20 Jahren wird sich kaum jemand nach einem Abstimmungswochenende, an dem eine Volksinitiative mit 35.6 % Ja-Stimmen gescheitert war, über derartige Fragen weiter den Kopf zerbrochen haben. Nach dem 26.11.1989 aber liegen die Dinge etwas anders. Verständlicherweise ; denn welche Position man in der Sache auch immer vertritt, die Abschaffung der Armee kratzt nicht simpel an der Oberfläche, sie tangiert "Substanzen" : Die Gegner der Armeeabschaffungs-Initiative haben zwar formal einen Sieg errungen, aber einen knapperen als erhofft und erwartet, einen Angst-Sieg jenseits der (im Vorfeld der Abstimmung im übrigen immer wieder angehobenen), inzwischen fast zu einem neuen terminus politicus gewordenen "Schmerzgrenze". Der formale Sieg trägt so auch Spuren einer inhaltlichen Niederlage - was denn auch das überaus grosse Interesse an allen irgendwie denkbaren Möglichkeiten erklärt, die Ja-Stimmenden in "radikale Armeeabschaffer" und "gemässigte Denkzettler" auseinanderzudividieren. Die Befürworter der Armeeabschaffungs-Initiative hingegen haben formal zwar eine Niederlage eingefangen ; aber wer bei der Einreichung der Initiative Mitte der 80er Jahre für die Volksabstimmung einen Ja-Stimmenanteil von 35.6 % prognostiziert hätte, wäre von vielen wohl (und aufgrund einschlägiger Erfahrungen nicht einmal zu Unrecht) als zwar netter, aber ungemein realitätsfremder Illusionist und Spinner bespöttelt worden. Die formale Niederlage trägt so klar auch Spuren eines inhaltlichen Sieges. Dass die Armeeabschaffungs-Initiative einen deutlich höheren Ja-Stimmenanteil realisiert hat als z.B. noch vor einigen Jahren die vom Bundesrat in corpore propagierte Vorlage über den UNO-Beitritt, ist in diesem Zusammenhang zumindest erwähnenswert. Und bei hinsichtlich inhaltlicher Radikalität wie politisch-ideologischer Herkunft zumindest partiell vergleichbaren Volksinitiativen hat man sich eigentlich an realistischerweise zu erwartende - um den eher dürftigen Wert von 20 % Ja-Stimmen kreisende - Ergebnisse schon fast gewöhnt (Beispiele : Kultur-, Mutterschaftsschutz- und Lehrwerkstätten-Initiative).

Welchem politischen Standpunkt man sich auch verpflichtet fühlt: Der hohe Ja-Stimmenanteil bei der Armeeabschaffungs-Initiative markiert sicher eine "*Wegmarke in der politischen Entwicklung*" (NZZ). Welche Faktoren aber beeinflussen in welcher Art und Weise die Zustimmung zur Armeeabschaffungs-Initiative? Welchen politischen Gehalt kann diese "*Wegmarke*" somit legitimerweise für sich beanspruchen? Versuchen wir im folgenden schrittweise und aus einander ergänzenden Perspektiven den politischen Gehalt zu entschlüsseln. Vorab einige erste Überlegungen zu den durch die Armeeabschaffungs-Initiative [1] aufs Tapet gebrachten Problematiken:

Durch die Armeeabschaffungs-Initiative angesprochen ist zum ersten das Verhältnis zwischen *Armee und Nation*. Eine Nation ist (mit)definiert durch die Existenz von identitiv in unterschiedlicher Art und Weise "aufladbaren" Grenzen zwischen "Innen" und "Aussen". Diese Grenzen können für ein Individuum emotional nur relativ schwach besetzt sein. Die voneinander durch politisch definierte Grenzen getrennten Territorien unterscheiden sich dann in erster Linie nach "universalistischen" - also nach im Prizip überall gültigen und zudem weiter keiner grossen Erklärungen bedürftigen - rationalen Kriterien, z.B. nach den gerade aktuellen Möglichkeiten, einen Arbeitsplatz zu finden oder einen Betrieb zu eröffnen, nach den vorhandenen politischen Mitspracherechten, nach dem sozialen Sicherungsniveau etc. In diesem Fall besteht zwischen "Innen" und "Aussen" emotional nur eine schwach besetzte Differenz, es liegt eine *relationistische Identität oder Identifikation* vor. Das heisst nicht, dass derjenige, dessen Sicht der Dinge durch eine relationistische Identität gekennzeichnet ist, die Koffer zur "Abreise" permanent gepackt in Bereitschaft hält. Aber die "Abreise" ist zumindest nicht völlig undenkbar, und man nimmt von "Innen" am "Aussen" über die reine passive Informationsaufnahme hinaus teil, man vergleicht aktiv und evaluiert. Grenzen können für ein Individuum aber auch von weit gewichtiger, ja geradezu von existenzieller Bedeutung sein. Dies ist einmal dann der Fall, wenn die durch die nationale Grenze gesetzte Differenz zwischen "Innen" und "Aus-

---

[1] Die Volksinitiative "für eine Schweiz ohne Armee und für eine umfassende Friedenspolitik" weist ein zweiwertiges Forderungsprofil auf: Zum einen wird die Abschaffung der Armee ("Die Schweiz hat keine Armee"), zum anderen der Übergang von der bisherigen armeegestützten Sicherheitspolitik zu einer Sicherheitspolitik "neuen Typs" ("Die Schweiz entwickelt eine umfassende Friedenspolitik, welche die Selbstbestimmung des Volkes stärkt und die Solidarität unter den Völkern fördert") verlangt. Gegen eine der Selbstbestimmung des Volkes und der Solidarität unter den Völkern verpflichteten Politik wird wohl im Prinzip niemand etwas einzuwenden haben; dieser Aspekt ist für sich allein betrachtet hochgradig konsensual. Zum Konflikt kommt es erst dann, wenn die Frage gestellt ist: Armee ja oder nein? Armeegestützte Sicherheitspolitik oder Sicherheitspolitik "neuen Typs"? Dies ist die zentrale Frage, weshalb wir in dieser Studie konsequenterweise durchgehend den Begriff "Armeeabschaffungs-Initiative" verwenden. Die nach der Abstimmung aufgekommene Idee, "die Koppelung (zweier) höchst unterschiedlicher Massnahmen zur Friedenssicherung in einem einzigen Abstimmungsgegenstand werfe die Frage auf, inwieweit ein Ja beziehungsweise ein Nein der Abschaffung der Armee oder der Friedenspolitik galt. In eine unbequeme Lage kamen somit Stimmbürger(innen), die sowohl für die Armee wie für eine umfassende Friedenspolitik eintreten wollten und sich für das eine oder das andere entscheiden mussten" (NZZ - Zusammenfassung einer GfS-Verlautbarung) ist so konzeptionell sehr,sehr fragwürdig wenn nicht gar politisch völlig falsch und irreführend.

sen" eine wesentliche Voraussetzung für das ökonomische "Überleben" ist - was z.B. in hohem Ausmass für die Landwirtschaft, aber auch für Teile des Gewerbes zutrifft. Dies ist im weiteren auch dann der Fall, wenn aufgrund einer weitverzweigten materiellen wie symbolischen Einbettung eine "Abreise" nur unter Zurücklassung eines Grossteils dessen, was wesentlich ist, also unter Zurücklassung der "Substan"' möglich wäre. Hier sind Zugehörigkeitsdefinitionen emotional stark aufgeladen, man kann von *substanzialistischen Identitäten oder Identifikationen* sprechen. Nun gilt die Armee als "letztes Mittel" zur Verteidigung der die Nation mitdefinierenden Grenzen - was auch heisst : "letztes Mittel" zur Bewahrung der mit der Nation in Verbindung gebrachten "Substanz". Je relationistischer die Identität oder Identifikation, desto grösser vermutlich die Bereitschaft zur Unterstützung der Armeeabschaffungs-Initiative, je substanzialistischer hingegen die Identität oder Identifikation, desto geringer die Neigung zur Zustimmung [2].

Durch die Armeeabschaffungs-Initative angesprochen ist zum zweiten das Verhältnis zwischen *Armee und Gesellschaft*. Eine Gesellschaft ist (mit)definiert durch eine Menge von als relevant erachteten, in unterschiedlichem Ausmass "knappen" Güter einerseits, durch differenzielle ungleiche Verteilungsmuster dieser Güter andererseits. Was in welchem Ausmass Relevanz beanspruchen soll sowie welcher Zustand jeweils legitimerweise als eine Situation der "Knappheit" interpretiert werden kann, ist in den wenigsten Fällen rein "objektivistisch" zu bestimmen, sondern in erster Linie das Resultat von mehr oder weniger offen geführten "Definitionskämpfen" zwischen sowohl hinsichtlich Interessenprofil wie Einfluss unterschiedlich gearteten gesellschaftlichen Gruppen. Dieser Sachverhalt hat logischerweise starke Auswirkungen in den Bereich des Politischen, da dem Staat immer nur ein beschränkter- also "knapper" - Teil der gesellschaftlichen Ressourcen für die Entfaltung seiner Aktivitäten zur Verfügung steht und damit der Konflikt um unterschiedliche Prioritäten per definitionem nicht zu umgehen ist. Im Speziellen : Einen wie grossen Teil der staatlich verfügbaren Ressourcen will man im Wissen, dass für andere Zwecke dann Ressourcen fehlen, in die Landesverteidigung investieren ? Produzieren die getätigten Investionen auch tatsächlich das erhoffte resp. mögliche Ausmass an Sicherheit ; stimmt das Verhältnis zwischen Aufwand und Ertrag ? Für denjenigen, der die Überzeugung vertritt, der Staat investiere zu Lasten anderer Bereiche zuviel in die Landesverteidigung und/oder der getätigte Aufwand führe zu keinem vernünftigen Ertrag, sind die Prioritäten falsch gesetzt - und somit grundsätzlichere Veränderungen angezeigt ; dies markiert eine *umverteilungs-orientierte Sicht* der Verhältnisse. Entspricht hingegen das staatliche Aufwandprofil den eigenen Prioritäten und/oder wird das Verhältnis zwischen Aufwand und Ertrag als überwiegend positiv beurteilt, so stimmen die bis anhin gültigen Prioritäten - grundsätzlichere Veränderungen sind nicht notwendig ; dies mar-

---

[2] Zum Identitäts-Konzept vgl. auch H.-P. Meier-Dallach & R. Nef & R. Ritschard (1990), "Nationale Identität - ein Fass ohne empirischen Boden ?", Beiträge zu einem Seminar des NFP-21, Eigenverlag cultur prospectiv.

kiert eine *stabilitäts-orientierte Sicht* der Verhältnisse. Je umverteilungsorientierter die Sichtweise, desto grösser vermutlich die Bereitschaft zur Unterstützung der Armeeabschaffungs-Initiative, je stabilitäts-orientierter hingegen die Vision der Dinge, desto geringer die Neigung zur Zustimmung.

Wieviel mit diesem Bezugsrahmen, der einerseits von zwei unterschiedlichen Identitätstypen, andererseits von zwei unterschiedlichen Typen der Orientierung gegenüber politisch-gesellschaftlichen Prioritäten ausgeht, interpretativ auszurichten ist, wird sich weisen. Werfen wir jetzt einen ersten Blick auf im Gemeindevergleich zu beobachtenden Regularitäten (vgl. dazu Anhang 1) :

1. Je grösser in einer Gemeinde der Anteil der Angestellten an der Gesamtheit der Erwerbstätigen, desto grösser im Mittel der Ja-Stimmenanteil. In Angestellten-Gemeinden wird die Armeeabschaffungs-Initiative im Mittel von 40 % (+ 4.4 %) der Stimmenden unterstützt, in Selbständigen-Gemeinden hingegen im Durchschnitt nur von 23.8 % (- 11.8 %). Armeekritik wird so durch beschäftigungsstrukturelle Modernität verstärkt, durch beschäftigungstrukturelle Traditionalität hingegen abgeschwächt. Eine wichtige Ausnahme von diesem generellen Zusammenhang ist allerdings zu beachten : In den Angestellten-Gemeinden mit einem hohen Anteil von Angestellten in leitender Position findet sich im Mittel nur ein Ja-Stimmenanteil von 36.4 % - also ein Wert, der nur sehr geringfügig den gesamtschweizerischen übersteigt. Armeekritik wird durch beschäftigungsstrukturelle Modernität somit nur insofern verstärkt, als damit keine überdurchschnittliche Chance für den Zugang zur modernen "Führungsklasse" verbunden ist.

2. Je grösser in einer Gemeinde der Anteil der in einem Gross- oder Mittelzentrum Erwerbstätigen an der Gesamtheit der Erwerbstätigen, desto grösser im Mittel der Ja-Stimmenanteil. In den stark auf Gross- und Mittelzentren ausgerichteten Gemeinden (sowie logischerweise in diesen Zentren selbst) wird die Armeeabschaffungs-Initiative im Mittel von 41.1 % (+ 5.5 %) der Stimmenden unterstützt, in Gemeinden ausserhalb des Einflussbereich der Gross- und Mittelzentren hingegen im Durchschnitt nur von 31.9 % (- 3.7 %). Armeekritik wird so durch "Urbanität" verstärkt, durch deren Fehlen hingegen abgeschwächt.

3. Je grösser in einer Gemeinde der Anteil der Stimmberechtigten mit hoher Bildung [3] an der Gesamtheit der Stimmberechtigten, desto grösser im Mittel der Ja-Stimmenanteil. In den Gemeinden mit einem sehr hohen Anteil von Stimmberechtigten mit hoher Bildung (> 30 %) wird die Armeeabschaffungs-Initiative im Mittel von 39.6 % (+ 4 %) der Stimmenden unterstützt, in den Gemeinden mit einem sehr tiefen Gewicht dieser Stimmbürgergruppe (< 10 %) hingegen im Durchschnitt nur von

[3] Bildung tief : obligatorische Schule ; Bildung mittel : Berufslehre ; Bildung hoch : alle weiterführenden resp. höheren Schulen.

28.9 % (- 6.7 %). Armeekritik wird so durch hohe Bildung verstärkt, durch tiefe Bildung hingegen abgeschwächt. Anzumerken ist, dass sich der genannte Zusammenhang in den Gemeinden mit einem überdurchschnittlichen Anteil von Stimmbürgern mit hoher Bildung tendenziell abschwächt - was auf den Effekt von später zu analysierenden "intervenierenden" Faktoren zurückzuführen ist.

4. Je grösser in einer Gemeinde das pro-Kopf-Einkommen, desto grösser im Mittel der Ja-Stimmenanteil. In den Gemeinden mit einem hohen pro-Kopf-Einkommen (125 % - 175 % des gesamtschweizerischen Wertes) wird die Armeeabschaffungs-Initiative im Mittel von 42.1 % (+ 6.5 %) der Stimmenden unterstützt, in den Gemeinden mit einem sehr tiefen pro-Kopf-Einkommen (< 25 % des gesamtschweizerischen Wertes) hingegen im Durchschnitt nur von 27 % (- 8.6 %). Armeekritik wird so durch hohes Einkommen - durch ökonomische Privilegierung - verstärkt, durch tiefes Einkommen - durch ökonomische Unterprivilegierung - hingegen abgeschwächt. Eine wichtige Ausmahme von diesem generellen Zusammenhang ist allerdings zu beachten : In den Gemeinden mit einem sehr hohen pro-Kopf-Einkommen (> 175 % des gesamtschweizerischen Wertes), in den ökonomisch privilegiertesten Umgebungen, findet sich im Mittel nur ein Ja-Stimmenanteil von 35.5 % - also ein Wert, der sich vom gesamtschweizerischen nicht mehr unterscheidet. Armeekritik wird durch ökonomische Privilegierung somit nur insofern verstärkt, als diese Privilegierung nicht ein maximales Niveau erreicht.

5. Je grösser in einer Gemeinde der Anteil der Linkswähler [4], desto grösser im Mittel der Ja-Stimmenanteil. In den Gemeinden mit einem sehr hohen Linkswähler-Anteil (> 40 %) wird die Armeeabschaffungs-Initiative im Mittel von 42.7 % (+ 7.1 %) der Stimmenden unterstützt, in den Gemeinden mit einem sehr tiefen Linkswähler-Anteil (< 10 %) hingegen im Durchschnitt nur von 27.4 % (- 8.2 %). Armeekritik wird so durch die starke Verankerung der Linken verstärkt, durch ein starkes Gewicht der Bürgerlichen hingegen abgeschwächt.

6. Der Ja-Stimmenanteil unterscheidet sich schlussendlich auch zwischen den sprachkulturell definierten Landesteilen. In den Gemeinden der französischen resp. der italienischen Schweiz wird die Armeeabschaffungs-Inititiative im Mittel von 39.7 % (+ 4.1 %) resp. von 39.1 % (+ 3.5 %) der Stimmenden unterstützt, in den Gemeinden des deutschsprachigen Landesteil hingegen im Durchschnitt nur von 34.4 % (- 1.2 %).

---

[4] Summe der Parteistimmen der SPS, der PdA, der POCH sowie der GBS bei den Nationalratswahlen 1987.

Tabelle 1

% Ja Armeeabschaffungs-Initiative nach Gemeindemerkmals-kombinationen - gewichtete Varianzanalyse - 2920 Gemeinden

	Bildung tief/ Einkommen tief			Bildung mittel/ Einkommen tief		Bildung mittel/ Einkommen mittel		Bildung hoch/ Einkommen mittel		Bildung Einkom. hoch
	Linke			Linke		Linke		Linke		Linke
	tief	mit.	hoch	mit.	hoch	mit.	hoch	mit.	hoch	mittel
STADTFERN										
- Selbständige	22.1	24.3								
- Arbeiter-Selbständige	27.8	29.4	32.1							
- Arbeiter	30.9	33.0	38.2							
- Arbeiter-Angestellte	33.0	33.5	35.1	32.8	36.6					
- Angestellte-Arbeiter				33.2	36.3	34.9	36.7			
STADTNAH										
- Angestellte						39.6	42.1	37.4	42.6	
- Angestellte - leitende								37.1		34.4

WERT CH 35.6

Gemäss den statistischen Parametern lässt sich mit jedem der vier genannten strukturellen Merkmale sowie mit der politisch-ideologischen Prägung im Gemeindevergleich jeweils rund 25 % der Unterschiede im Abstimmungsverhalten bei der Armeeabschaffungs-Initiative erklären, mit dem Merkmal "sprachregionale Zugehörigkeit" hingegen nicht einmal 10 %. In Sachen Armee und Landesverteidigung ist die Schweiz so in erster Linie zwischen unterschiedlichen strukturellen und ideologischen "Zonen" polarisiert, nur in relativ geringem Ausmass hingegen entlang des "Röstigrabens". Durch welche Merkmalskonfigurationen diese "Zonen" charakterisiert sind, zeigt die synthetisierende Auswertung [5] (Tabelle 1).

[5] Es ist klar, dass sich die für das Abstimmungsverhalten bei der Armeeabschaffungs-Initiative in erster Linie relevanten Merkmale in ihren Wirkungen zum Teil "kreuzen", also teilweise Identisches messen: Angestellten-Gemeinden z.B. sind nicht nur durch einen überdurchschnittlichen Anteil von Stimmberechtigten mit hoher Bildung gekennzeichnet, sie sind auch überdurchschnittlich "urbanisiert" und "links"-orientiert. Diesem Sachverhalt ist in komplexeren Auswertungen mittels geeigneter statistischer Verfahren Rechnung zu tragen. Allerdings sind die Resultate derartiger Auswertungen der Überprüfbarkeit durch den "Laien" bald ein-

Den höchsten Ja-Stimmenanteil realisiert die Armeeabschaffungs-Initiative im Mittel in den hochurbanen Angestellten-Gemeinden mit hohem Bildungsniveau, hohem Linkswähleranteil und mitterem pro-Kopf-Einkommen (42.6 %, + 7 %), den tiefsten Ja-Stimmenanteil im Durchschnitt hingegen in den stadtfernen Selbständigen-Gemeinden mit tiefem Bildungsniveau, tiefem pro-Kopf-Einkommen und tiefem Linkswähler-Anteil (22.1 %, - 13.5 %). Deutlich von der erstgenannten Gruppe in ihrem mittleren Zustimmungswert nach unten weichen diejenigen hochurbanen Angestellten-Gemeinden mit hohem Bildungsniveau ab, die nicht nur durch einen hohen Anteil von leitenden Angestellten sondern auch durch ein hohes pro-Kopf-Einkommen charakterisiert sind (34.4 %). Im weiteren variiert die Zustimmung zur Armeeabschaffungs-Inititiative auch unter Kontrolle aller übrigen Faktoren noch in den allermeisten Fällen deutlich nach dem Linkswähler-Anteil - ausgesprochen stark innerhalb der stadtfernen Arbeiter-Gemeinden mit tiefer Bildung und tiefem pro-Kopf-Einkommen: Tiefer Linkswähler-Anteil 30.9 % Ja, hoher Linkswähler-Anteil 38.2 % Ja.

Wenn man davon ausgeht, dass relationistische Identitäten resp. Identifikationen ein umso grösseres Gewicht haben, je grösser die beschäftigungsstrukturelle Modernität, der Urbanisierungsgrad, das Bildungsniveau sowie das pro-Kopf-Einkommen, so sind die zu beobachtenden Regularitäten partiell recht gut unter Rekurs auf unterschiedliche Identitätstypen deutbar: Relationistische Identitäten oder Identifikationen sind vor allem im strukturellen Zentrum anzutreffen, die Armeeabschaffungs-Initiative realisiert hier folgerichtig einen überdurchschnittlichen Ja-Stimmenanteil; in der strukturellen Peripherie hingegen sind substanzialistische Identitäten oder Identifikationen in überdurchschnittlichem Ausmass verbreitet, die Armeeabschaffungs-Initiative wird demzufolge deutlich stärker abgelehnt als auf gesamtschweizerischer Ebene. Nicht mit der Identitätstypen-Hypothese in Übereinstimmung zu bringen aber ist der Sachverhalt, dass bei sehr hoher ökonomischer Privilegierung die Zustimmung zur Armeeabschaffungs-Initiative im Mittel unter dem gesamtschweizerischen Wert liegt - er müsste deutlich höher liegen, wären nur Identitäten tangiert. In die gleiche Richtung weist der zwar deutliche, aber trotz allem nicht überwältigende Effekt des Merkmals "Bildung" (in aller Regel im Zusammehang mit politischen Identitäten *der* zentrale Faktor) - er müsste höher sein, wären nur Identitäten tangiert. Zumindest für die erstgenannte "Nichtübereinstimmung" liefert die Orientierungstypen-Hypothese eine plausible Erklärung: Bei sehr hoher ökonomischer Privilegierung dürften in Sachen Armeeabschaffung stabilitäts-orientierte Interessen mit relationistischen Identitäten oder Identifika-

mal entzogen. Wir wählen hier deshalb einen anderen Weg: Zum einen wird in einigen Fällen die Zahl der pro Merkmal unterschiedenen Gruppen unter Berücksichtigung der Verknüpfungen zwischen den Merkmalen auf jeweils drei reduziert, zum anderen werden nach der Kombination aller Merkmale nur diejenigen Gemeindegruppen berücksichtigt, die eine relevante Besetzung aufweisen. Daraus resultiert ein Raster, der zwar gewisse nicht sehr häufig vorkommende Kombinationen vernachlässigt, aber einen sehr guten Überblick über das Zusammenspielen der einzelnen Merkmale - speziell über sich wechselseitig verstärkende resp. aufhebende Effekte - in der grossen Mehrheit der Gemeinden gibt.

tionen miteinander in Konflikt geraten. Die zusätzliche Berücksichtigung der zweiten Achse löst *ein* Interpretationsproblem, schafft aber neue : Dass in erster Linie die Linke eine umverteilungs-orientierte Sicht der Dinge vertritt, liegt auf der Hand. Konsistent damit lässt sich denn auch ein deutlicher, die Zustimmung zur Armeeabschaffungs-Initiative verstärkender Effekt nachweisen. Allerdings ist dieser Effekt "strukturell" nicht homogen - ein gleich hoher Linkswähler-Anteil führt je nach struktureller Lage im Zentrum-/Peripherie-Gefälle zu unterschiedlichen Zustimmungsquoten. Beide Hypothesen liefern so zwar jeweils für sich allein partiell durchaus plausible Erklärungen, sind aber offensichtlich notwendigerweise in einen stärkeren Zusammenhang zu bringen - was wir später unter Beizug von zusätzlichem Material auch an die Hand nehmen werden. Vorgängig aber noch zu einer offenen Frage : Berücksichtigen die eben mit der Armeeabschaffungs-Initiative in Zusammenhang gebrachten Faktoren überhaupt die wesentlichen systematischen Bestimmungsgründe, die für die Erklärung des Entscheidverhaltens heranzuziehen sind ?

2. Die "Jungen" und die "Alten"

Im bisher benutzten Set von Bestimmungsfaktoren sind keine "Alters"-Variablen enthalten. Die Altersachse aber ist im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um Armee und Friedenspolitik potentiell in zweifacher Hinsicht bedeutsam :

Zum *ersten* sind die einzelnen Altersgruppen in der (biographischen) Zeit, in der ihre grundlegenden individuellen gesellschaftlichen und politischen Haltungen geformt - abstrakter : sozialisiert - wurden, mit unterschiedlichen Rahmenbedingungen auf der Makroebene konfrontiert gewesen. Die Altersgruppe der heute mindestens 65Jährigen hatte sich mit den ökonomischen Mangellagen und Krisen der Zwischenkriegszeit auseinanderzusetzen. Zudem hat sie politisch die Bedrohung durch den in Europa sich ausbreitenden Faschismus und Militarismus, dann den Aktivdienst und das jahrelange Eingeschlossensein erlebt. Die Altersgruppe der heute 20-39Jährigen hingegen ist ökonomisch entscheidend durch den epochalen Nachkriegs-Boom, während dem Konsumansprüche in einem vorher unvorstellbaren Ausmass realisierbar wurden, geprägt worden. Politisch hat diese Altersgruppe zwar teilweise noch die Endphase des "Kalten Krieges" erlebt, dann aber den 68er resp. den 80er Aufbruch und die sich daran jeweils anschliessenden Mobilisierungsbewegungen, die Brisanz "neuer" Probleme, die zunehmende Bedeutung des Nord-/Süd-Konfliktes, die Entspannung in Europa und die Aufweichung "alter" Fronten. In dem Ausmass, in dem die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen für die Ausgestaltung von übergreifenden Werthaltungen in der Sozialisationsphase wichtig sind (und zusätzlich entlang der Altersachse signifikant variieren), lässt sich so das Vorhandensein von "politischen Generationen" mit unterschiedlichen Werthaltungen postu-

lieren. Die Annahme, dass die Altersgruppe der mindestens 65Jährigen ("Krise-/Diamant-Generation") die Armeeabschaffungs-Inititive deutlich weniger unterstützt als die Altersgruppe der 20-39Jährigen ("Boom-/Bewegungs-Generation"), ist naheliegend [6].

Zum *zweiten* unterscheiden sich die einzelnen Altersgruppen aber auch hinsichtlich der entlang der Altersachse variierenden gesellschaftlichen und sozialen Entfaltungsmöglichkeiten resp. sozialen und politischen Belastungen sowie Pflichten. In der Regel erreicht z.B. das Einkommen eines Individuums in der Alterspanne 40-64 Jahre das Maximum - vorher liegt die Zeit der Ausbildung resp. die Zeit des zum individuellen Einkommensmaximum führenden beruflichen Aufstiegs, nachher folgt das Rentenalter, in dem sich das Einkommen meistens wieder deutlich verringert. Ebenfalls stark durch die Position auf der Altersachse bestimmt wird bekannterweise z.B. die Belastung durch mit der Familiengründung verknüpften sozialen Pflichten - wenn auch anders als im erstgenannten Beispiel. In dem Ausmass, in dem die individuellen Entfaltungsmöglichkeiten und Belastungen klar einen lebenszyklischen Bezug haben, lassen sich so entlang der Altersachse "Lebenszyklusgruppen" mit zum Teil sehr unterschiedlichem Betroffenheits- resp. Bedürfnisprofil voneinander abgrenzen. Entscheidend ist dabei im hier relevanten Zusammenhang, dass die Belastung durch militärische Dienstleistungen lebenszyklisch in ihrem Maximum klar lokalisiert ist : Ein kommuner Soldat hat nach Norm zwischen zwischen dem 20. und dem 39. Lebensjahr (incl. RS) 47 Wochen Militärdienst (RS 17, WK 24, EK 6) - also mehr als 95 % des geforderten Gesamtengagements - zu leisten. Davon sind bekanntlich viele nicht gerade begeistert, und wer je die "Chance" hatte, auf einem Kompagniebüro so ganz nebenbei Einblick in einen Ordner mit Dispensationsgesuchen zu nehmen, kommt um die Feststellung nicht herum : Es gibt eine nicht uninteressante "politische Kultur des Dispensationsgesuchs". Die Annahme, dass zumindest die lebenszyklisch stark durch militärische Dienstleistungen belasteten Männer im Alter von 20-39 Jahren die Armeeabschaffungs-Initiative deutlich stärker unterstützen als die übrigen Altersgruppen - speziell als die längst aus Militär- und Zivilschutzpflicht entlassenen mindestens 65Jährigen - ist naheliegend.

Nun ist zu erwarten, dass sich die beiden mit der Altersachse verknüpften - theoretisch auf alle Fälle, empirisch wenn immer möglich zu trennenden - Aspekte in ihren Auswirkungen auf die Haltung gegenüber der Armeeabschaffungs-Initiative wechselseitig verstärken und so "Junge" die Initiative massiv stärker unterstützen als "Alte" : Die 20-39 Jährigen sind als "Boom-/Bewegungs-Generation" nicht nur weit entfernt von der "heroischen" Zeit des Aktivdienstes, sondern (sofern es sich um Männer handelt) auch aus

---

[6] Da sich im Konflikt um die Armeeabschaffungs-Initiative in erster Linie die beiden genannten Altergruppen "polarisiert" gegenüberstehen, wird hier wie im folgenden die "Problematik" der 40-64Jährigen nicht speziell diskutiert. In den statistischen Auswertungen jedoch ist deren Anteil an den Stimmberechtigten immer mitberücksichtigt worden.

lebenszyklischen Gründen sehr stark durch vielfach "lästige" Plichten in einer nicht mehr gerade unumstrittenen Institution belastet. Für die mindestens 65Jährigen, die "Krise-/Diamant-Generation", hingegen ist die Dienstzeit lebenszyklisch längst Geschichte - Geschichte erfahren in Zeiten verbreiteter ökonomischer Knappheiten und kollektiver politischer Existenzbedrohungen. Eine unmittelbar vor der Abstimmung durchgeführte Umfrage der Isopublic diagnostizierte denn auch sehr starke - die formulierte Erwartung bestätigende - Zustimmungsdifferenzen entlang der Altersachse. Die Zustimmungswerte nach Altersgruppen : 20-29Jährige 55 %, 30-39Jährige 52 %, 40-64Jährige 27 %, 65Jahre und älter 13 %. In den beiden jüngsten Altersgruppen findet die Armeeabschaffungs-Initiative also (relativ betrachtet) eine rund vier mal grössere Anhängerschaft als in der ältesten; in absoluten Werten besteht eine Zustimmungsdifferenz von rund 40 %. - Setzt man allerdings den Ja-Stimmenanteil bei der Armeeabschaffungs-Initiative im Gemeindevergleich in Beziehung zur Verteilung der Stimmberechtigten auf die einzelnen Altersklassen, so ist von dieser massiven Differenz beinahe nichts mehr festzustellen - und es zeigt sich in Sachen "Alterseffekt" ein sehr ernüchterndes Bild (Tabelle 2a) :

Tabelle 2a

% Ja-Armeeabschaffungs-Initiative nach Altergruppenanteilen
- gewichtete einfache Varianzanalysen - 2920 Gemeinden

	Stimmberechtigte Alter 65+					
Stimmberechigte Alter 20 - 39	-10 %	10-15 %	15-20 %	20-25 %	25 %+	
- 35 %				36.0	37.2	36.8
35-40 %			35.5	33.0	38.6	35.3
40-45 %		35.9	35.0	31.2		34.0
45-50 %		37.6	35.3			36.4
50 % +	41.6	36.7				38.2
	41.6	36.8	35.2	33.0	37.8	
				Wert CH		35.6

	eta
Alter 65 +	.26
Alter 20-39	.16
Kombination	.29

- Überdurchschnittliche Ja-Stimmenanteile finden sich im Mittel sowohl in den Gemeinden mit einem sehr hohen (> 50 %) wie mit einem sehr tiefen (< 35 %) Anteil von Stimmberechtigten im Alter von 20-39 Jahren (38.2 % resp. 36.8 %), unterdurchschnittliche Zustimmungsquoten (34 %) hingegen im Mittel in den Gemeinden mit einem durchschnittlichen Gewicht der jüngsten Stimmbürgergruppe (40 % - 45 %).

- Überdurchschnittliche Ja-Stimmenanteile finden sich im Mittel sowohl in den Gemeinden mit einem sehr hohen (> 25 %) wie mit einem sehr tiefen (< 10 %) Anteil der mindestens 65jährigen Stimmberechtigten (41.6 % resp. 37.8 %), unterdurchschnittliche Zustimmungsquoten (33 %) hingegen im Mittel in den Gemeinden mit einer nur schwach über dem Durchschnitt liegenden Gewicht der ältesten Stimmbürgergruppe (20 % - 25 %).

Dass derart unterschiedliche Zustimmungsbereitschaften zwischen "Jungen" und "Alten", wie sie in der genannten Umfrage vor der Abstimmung ermittelt worden sind, nicht in relevanten und konzeptionell konsistenten realen Zustimmungsdifferenzen im Gemeindevergleich Ausdruck finden, ist eigenartig und erklärungsbedürftig.

Eine mögliche Interpretation dieses Sachverhalts ist wohl schnell zur Hand und lautet simpel : Auf individueller Ebene bestehen wie prognostiziert starke Alterseffekte, aber sie schlagen sich nicht in Zustimmungsdifferenzen zwischen sozioökologischen Einheiten nieder ; dementsprechend sind Alterseffekte mit den Mitteln des Gemeindevergleichs nicht analysierbar. Dazu vorerst ein kleiner "Ausflug" in das Feld der Stimmbeteiligung : Die Stimmbeteiligung hat am 26.11. mit einem gesamtschweizerischen Wert von rund 70 % bekanntlich beinahe Nachkriegsrekordhöhe erreicht. Zum Vergleich die mittlere Stimmbeteiligung bei den 23 vorauslaufenden eidg. Urnengängen (also allen seit Frühjahr 1981) : 38.7 %. Nun gehört der Sachverhalt, dass die Stimmbeteiligung meistens deutlich mit der Altersachse verknüpft ist, zu den unbestritteneren Ergebnissen der politischen Umfrageforschung. In aller Regel liegt die Beteiligungsquote der 20-39Jährigen einige Prozentpunkte unter, die Beteiligungsquote der 40-64Jährigen sowie der ältesten Stimmbürgergruppe hingegen einige Prozentpunkte über dem jeweiligen gesamtschweizerischen Wert. Die Differenz ist natürlich nicht immer die gleiche, sie variiert zum Teil je nach Abstimmungsgegenstand und/oder Konfliktintensität - im Mittel beträgt die (absolute) Beteilungsdifferenz zwischen der jüngsten und der ältesten Stimmbürgergruppe rund 10 %.

Nun ist zu vermuten, dass die Abstimmung über die Armeeabschaffungs-Initiative aus verschiedenen Gründen die Stimmberechtigten der jüngsten Altersgruppe besonders stark mobilisiert hat und sich demzufolge die "normalen" altersabhängigien Beteiligungsdifferenzen eingeebnet (wenn vielleicht nicht sogar tendenziell umgekehrt) haben. Wenn diese Vermutung zutrifft, dann muss im Gemeindevergleich die Zunahme der Beteiligung vom durchschnittlichen Wert auf das Niveau vom 26.11. zumindest teilweise mit der Altersverteilung der Stimmberechtigten in Verbindung zu bringen sein. Konkreter : In Gemeinden mit einem hohen Anteil von 20-39jährigen Stimmberechtigten sollte die Stimmbeteiligung überdurchschnittlich, in Gemeinden mit einem tiefen Anteil von Stimmberechtigten aus dieser Altersgruppe hingegen unterdurchschnittlich ansteigen. Das Umgekehrte gilt logischerweise im Zusammenhang mit dem kommunalen Anteil der ältesten Stimmbürgergruppe : In Gemeinden mit einem hohen Gewicht dieser Gruppe sollte die

Stimmbeteiligung unterdurchschnittlich, in Gemeinden mit einem tiefen Gewicht hingegen überdurchschnittlich ansteigen. Zur Überprüfung dieser Hypothese setzten wir die am 26.11. realisierte Stimmbeteiligung in Beziehung zur mittleren Stimmbeteiligung bei den 23 vorauslaufenden eidg. Urnengängen (also allen seit 1981) und berechnen den Beteiligungswert, der - auf dem Hintergrund einer durchgängig massiv über dem Mittel der 80er Jahre liegenden Mobilisierung - als "normal" zu erwarten wäre. Liegen Werte über dem als "normal" errechneten Wert (auf höherem absoluten Niveau), dann ist überdurchschnittlich stark, bei Werten unter dem "normalen" Wert unterdurchschnittlich stark mobilisiert worden. Und die vermutete Altersabhängigkeit wird bestätigt (Tabelle 2b) : In den Gemeinden mit einem sehr hohen Anteil der jüngsten Stimmbürgergruppe liegt die Stimmbeteiligung um 3.1 % *über* dem unter "normalen" Bedingungen zu erwartenden Wert, in Gemeinden mit einem sehr tiefen Anteil dieser Gruppe hingegen um 3.3 % *unter* diesem. Die entsprechenden Abweichungen für den Anteil der ältesten Stimmbürgergruppe : Sehr tiefer Anteil + 2.3 %, sehr hoher Anteil - 2.3 %.

Tabelle 2b

Altergruppenanteile und Stimmbeteiligungsresiduen
- gewichtete einfache Varianzanalysen - 2920 Gemeinden

	Stimmberechtigte Alter 65+					
Stimmberechtigte Alter 20 - 39	-10 %	10-15 %	15-20 %	20-25 %	25 %+	
- 35 %				- .2	- 3.1	- 2.3
35-40 %			- .8	- .8	- 3.5	- .8
40-45 %		1.6	- .8	2.3		1.2
45-50 %		1.4	1.2			1.3
50 % +	3.1	2.0				2.3
	3.1	1.6	.9	.9	- 3.3	
					Wert CH	0

	eta
Alter 65 +	.34
Alter 20-39	.25
Kombination	.36

Die genannten Abweichungen mögen gemessen an ihrem absoluten Wert gering erscheinen - in einem differenzierteren Bestimmungsmodell erweisen sich denn auch noch weitere Faktoren als relevant. Trotzdem : Die (zu erwartende) "Erosion" der im Mittel absolut gut 10 % betragenden Beteiligungsdifferenz zwischen der jüngsten und der ältesten Stimmbürgergruppe lässt sich empirisch plausibler und stringenter nachweisen als die viermal grössere (prognostizierte) Zustimmungsdifferenz zwischen den gleichen

Altersgruppen. Anzumerken ist hier noch, dass aufgrund des erstgenannten Ergebnisses eine weitere Erklärungsmöglichkeit aus Abschied und Traktanden fällt : Da sich "Junge" nicht wie üblich unterdurchschnittlich beteiligen, ist der schwache Alterseffekt beim Zustimmungsverhalten nicht eine "versteckte" Folge der "Abwesenheit" von überdurchschnittlich armeekritischen, aber stimmfaulen Bürgern. Wenn in den letzten Jahren in Konfrontation mit einer systemkritischen Vorlage überhaupt jemals "repräsentativ" mobilisiert wurde, dann aller Wahrscheinlichkeit nach am ehesten am 26. 11. 89 [7].

Damit fehlt für den oben genannten Sachverhalt nach wie vor eine befriedigende Erklärung. Eine weitere Interpretationsmöglichkeit lässt sich wie folgt formulieren : Die Altersachse ist für das Entscheidverhalten bei der Armeeabschaffungs-Inititiave zwar relevant, aber in erster Linie in Kombination mit anderen Faktoren und weniger für sich selbst. Das heisst, dass dann, wenn entlang der Altersachse hinsichtlich politischer Meinungen resp. Entscheidungsbereitschaften auf den ersten Blick deutliche Unterschiede bestehen, "Alter" - weil zum Teil stark mit anderen sozialen Merkmalen verknüpft - u.U. gar nicht das wesentliche Merkmal ist : Die einzelnen Altersgruppen unterscheiden sich einmal im Bildungsniveau - "Junge" haben ceteris paribus im Mittel ein höheres Bildungsniveau als "Alte". Damit verknüpft sind unterschiedliche Berufsfelder und soziale Positionen - "Junge" sind in strukturmodernen Berufsfeldern sowie im Angestelltenstatus überrepräsentiert, "Alte" hingegen (in ihrer Geschichte) im strukturtraditionalen Bereich. "Junge" und "Alte" im urbanen Feld sind nicht dasselbe wie "Junge" und "Alte" im ländlichen Raum. Homologes gilt für die Lokalisation in der deutschen oder in der lateinischen Schweiz, für die Lokalisation in politisch-ideologisch unterschiedlich geprägten Umfeldern etc. Die Liste könne verlängert werden. Konsequenz : Von einem relevanten "Alterseffekt" kann legitimerweise erst dann gesprochen werden, wenn einerseits sowohl zentrale, bekannterweise zumindest in gewissem Ausmass mit der Altersachse verknüpften sozialen und politischen Merkmale sowie andererseits weitere wichtige das zu analysierende Verhalten mitbeeinflussende Faktoren (statistisch) kontrolliert sind. Dies ist einsichtigerweise umso eher möglich, je grösser die Zahl der in einer Umfrage berücksichtigten Personen und je repräsentativer diese Umfrage ist. Aus Kostengründen sind Umfragen notwendigerweise meistens enge Grenzen gesetzt - dies ist verständlich. Die Frage ist nur : Welche validen Aussagen sind innerhalb der jeweils gesetzten Grenzen möglich ?. Dazu in aller Kürze ein kleiner explorativer Exkurs :

Im Mikrozensus 1988 wurden im Rahmen eines per definitionem kantonal, teilweise sogar bis auf subkantonale Raumebenen hinab repräsentativen settings u.a. die soziodemographischen Daten von rund 45'000 Personen

---

[7] Präzis in diese Richtung laufen auch die Ergebnisse einer von A.Riklin & R. Kley für die Stadt St.Gallen durchgeführten Stimmbürgeruntersuchung: "Zum erstenmal in neuerer Zeit entsprach das Beteiligungsverhältnis der einzelnen Altersgruppen einigermassen der Altersstruktur der Einwohnerschaft" (NZZ 18.12.89).

erhoben. Diese Daten - reduziert um die nicht stimmberechtigten Ausländer und "korrigiert" nach den am 26.11. noch bestehenden (minimen) Stimmbeteiligungsdifferenzen zwischen den Kantonen sowie nach den Kantonsanteilen an der gesamtschweizerischen Stimmkraft - geben uns ein sehr differenziertes soziodemographisches Profil der Population, die sich am Urnengang über die Armeeabschaffungs-Initiative beteiligt hat. Auf diese, soziodemographische Imformationen über rund 37'000 stimmberechtigte Schweizer enthaltenden Daten "legen" wir nun die von der Isopublic-Umfrage ermittelten altersabhängigen Zustimmungsneigungen. Konkret : Zufallsverteilt wird 55 % der Individuen im Alter von 20-29 Jahren ein Ja zur Armeeabschaffungs-Initiative zugeordnet, hingegen nur 13 % der Individuen aus der ältesten Stimmbürgergruppe etc. Dass die Altersachse in diesen Design für die statistische Erklärung der Haltung gegenüber der Armeeabschaffungs-Initiative das zentrale Merkmal ist, erstaunt - da definitorisch gesetzt - nicht weiter. Allerdings zeigt sich in einer mehrere Merkmale berücksichtigenden Analyse - aufgrund der bekannten Verknüpfung von Alter und Bildungsniveau an sich nicht überraschend - schon auf dieser Ebene ein nicht zu vernachlässigender "Bildungseffekt" : Individuen mit hoher Bildung neigen in relevantem Ausmass deutlicher zu einem Ja als solche mit tiefer Bildung. Berücksichtigt man daran anschliessend in einer weiteren zufallsgesteuerten Zuordnung auch das Bildungsniveau im Sinne der naheliegenden Hypothese, dass der "Bildungseffekt" in Abhängigkeit vom Alter variiert, so reduziert sich der Alterseffekt weiter. Mit wenigen nach der gleichen Logik umgesetzten ergänzenden Komplexierungen (Einbau der realen sozioökologisch zu beobachtenden, konzeptionell mit dem Konzept des "Kontexteffektes" sehr gut in Verbindung zu bringenden Differenzen deutsche/lateinische Schweiz, stadtnahe/stadtferne Gebiete) vermindert sich die statistisch zu erwartende, rein altersabhängige Zustimmungsdifferenz zwischen den "Jungen" (20-39 Jahre) und den "Alten" (65 Jahre und älter) bald einmal auf einen Drittel des Ausgangsniveau.

Blosser realitätsferner "Konstruktivismus" ? Kaum : Für *eine* detailliertere Realanalyse eignet sich wohl speziell die Verknüpfung von Alter und Bildungsnivau. Zum einen dürfte unbestritten sein, dass "Junge" im Mittel aus "politisch-generationellen" Gründen über ein höheres Bildungsniveau verfügen als "Alte". Zum anderen ist zu erwarten, dass Individuen mit hoher Bildung - speziell solche, die (noch) nicht oder nur diffus in eine institutionalisierte Karriere (und die damit verbundenen Aspirationen und Instrumentalisierungen) eingebunden sind - gegenüber der Armee überdurchschnittlich kritisch eingestellt sind. Begründunggen für diesen Zusammenhang gibt es viele. Eine vermutlich zentrale : Dem Individuum, das nur die obligatorischen Schulen durchläuft, bleibt die Möglichkeit zum Denken über das "Utopische" in vielen Fällen verwehrt ; dem Individuum mit höherer Bildung ist dergleichen zwar nicht garantiert, zumindest aber besteht eine grössere strukturelle Chance zur Realisierung dieser Möglichkeit.

Demzufolge ist zu erwarten, dass sich die Altersachse im Zusammenhang mit der Armeeabschaffungs-Initiative z.B. dann als relevant erweist, wenn Alter und Bildung kombiniert werden ; speziell dann, wenn man die "Jungen" mit hoher den "Alten" mit tiefer Bildung gegenüberstellt. Diese Vermutung wird empirisch bestätigt (Tabelle 2c) : In den Gemeinden mit einem hohen Anteil von "bildungshohen" Stimmberechtigten im Alter zwischen 20-39 Jahren (> 15 %) findet sich im Mittel ein Ja.-Stimmenanteil von 40.3 % (+ 4.7 %), in den Gemeinden mit einem tiefen Anteil (< 5 %) hingegen im Durchschnitt nur ein Ja-Stimmenanteil von 28.6 % (- 7 %). Konsistent zu diesem Muster variieren die mittleren Ja-Stimmenanteile nach dem relativen Gewicht der Stimmbürger im Alter von 65 und mehr Jahren sowie mit tiefer Bildung : Sehr hoher Anteil (> 20 %) 28.6 % Ja (- 6.6 %), sehr tiefer Anteil (> 10 %) 38.4 % Ja (+ 2.8 %). Anzumerken ist hier noch, dass diese Kombination von Alter und Bildung - wenn zusätzlich zu den in Abschnitt 1 diskutierten Merkmalen berücksichtigt - logischerweise den Effekt der gesamten Bildungsvariable reduziert, diesen aber nicht völlig zum Verschwinden bringt. Das heisst, dass hohe Bildung auch in der Altersgruppe der 40Jährigen und Älteren die Wahrscheinlichkeit für ein Ja zur Initiative vergrössert.

Tabelle 2c

% Ja Armeeabschaffungs-Initiative nach bildungs-extremalisierten Altergruppenanteilen
- gewichtete einfache Varianzanalysen - 2920 Gemeinden

	Stimmberechtigte Alter 65+ und Bildung tief				
Stimmberechitgte Alter 20-39 und Bildung hoch	-10 %	10-15 %	15-20 %	20 +	
- 5 %			28.2	27.9	28.6
5-10 %		34.5	33.5	29.1	33.5
10-15 %	38.0	35.8	39.9		37.8
15 % +	39.0	45.5			40.3
	38.4	35.9	35.2	28.8	
			Wert CH		35.6

	eta
Alter 65 + und Bildung tief	.27
Alter 20-39 und Bildung hoch	.35
Kombination	.43

In Sachen Armee und Friedenspolitik ist die schweizerische Gesellschaft damit offensichtlich in bedeutend geringerem Ausmass entlang der Altersachse polarisiert oder gespalten, als dies im Vorfeld der Abstimmung immer wieder angenommen worden ist. Zwar bestehen zwischen "Jungen" und "Alten", zwischen unterschiedlichen "politischen" Generationen" und/oder

"Lebenszyklusgruppen" (auch) in Sachen Armee und Friedenspolitik gewisse Einstellungs- und Verhaltensdifferenzen, das Merkmal "Alter" aber konstituiert für sich allein ganz sicher nicht die "neue", zentrale gesellschaftliche und politische Bruchlinie [8]. Die Konzepte "politische Generationen" und "Lebenszyklusgruppen" sind dadurch aber nicht als obsolet zu betrachten, ganz im Gegenteil : Sie bedürfen einer empirisch anspruchsvollen Analyse, speziell auch darum, weil die Trennung von "politisch generationellen" und "lebenszyklischen" Alterseffekten empirisch ein sehr komplexes Untersuchungsdesign.voraussetzt. Sehr interessant auf alle Fälle wäre eine Überprüfung des folgenden Modells (in einem Sample von problemadäquater Grösse und Struktur) auf individuellem Niveau : Welchen Effekt hat die Altersachse auf das Zustimmungsverhalten bei der Armeeabschaffungs-Initiative, wenn z.B. das Bildungsniveau, die politisch-ideologische Orientierung, die Lokalisation im Stadt-/Land Gefälle, die Zugehörigkeit zur deutschen resp. lateinischen Schweiz und (bei Männern) die "Verarbeitung" der Belastung durch militärische Dienstleistungen kontrolliert sind ?

3. Wertwandel im Materialismus-/Postmaterialismus-Modell

Wieso denn aber wurde im Vorfeld der Abstimmung dem Merkmal "Alter" argumentativ eine so grosse Bedeutung zugeschoben ? Vermutlich darum, weil sich die Altersachse wie kaum eine andere als populäres "Skelett" für die polare Montage von "neuartigen", über die Auseinandersetzungen um Armee und Friedenspolitik hinaus relevanten Einstellungs- und Verhaltensmuster eignet. Diese polarisierten Einstellungs- und Verhaltensmuster sind

---

[8] Zu den nach der ersten Veröffentlichung dieser Resultate von Journalisten ("beraten" durch nahestehende Demoskopen ?) verbreiteten "methodischen Zweifeln" noch eine kleine methodologische Anmerkung : Voraussetzung für eine sozioökologische Aggregatdatenanalyse vom hier verwendeten Typ ist u.a. eine minimale Variabilität (allgemeiner gesprochen : eine minimale Streuung) der für das Entscheidverhalten potentiell relevanten sozialen Merkmale zwischen den Untersuchungseinheiten (in unserem Fall : zwischen den Gemeinden). Die Variabilität der Altersstruktur der Stimmberechtigten erreicht zwar im Vergleich zu anderen Merkmalen nur einen mittleren Wert, ist aber für die Durchführung einer sozioökologischen Aggregatdatenanalyse ohne Zweifel gross genug : Wenn interkategoriale Differenzen von mindestens 15 % hinsichtlich des Anteils der "jüngsten" und/oder der "ältesten" Stimmberechtigtengruppe (bei zudem stark abgeschwächten altersbezogenen Partizipationsunterschieden) nicht deutliche und klar in die postulierte Richtung laufende Zustimmungsunterschiede "produzieren", dann sind "Fehler" wohl eher auf der Ebene der postulierten Regularitäten als auf dem Niveau des empirischen Materials zu suchen. Bemerkenswert zumindest ist der Sachverhalt, dass sich in anderen Zusammenhängen selbst soziale Gemeindemerkmale geringerer Mächtigkeit und zudem eher tiefer Variabilität in der zu erwartenden Richtung empirisch als sehr "potent" erweisen - z.B. das Merkmal "Anteil der leitenden Angestellten" im Zusammenhang mit der Reichtumssteuer-Initiative. "Methodische Zweifel" sind also durchaus angebracht, allerdings in einem anderen Sinne als vermutet : Welcher (empirischen) Methode man sich auch immer bedient, die "Wahrheit" ist nicht ein für alle mal in den Griff zu bekommen, die Entschlüsselung der "Realität" ist und bleibt methodenaffin - und damit mehrdeutig. Wer stur den Resultaten von Individuenbefragungen einen höheren Realitätsgehalt zuerkennt als den über andere Zugriffe gewonnenen Deutungsangeboten dürfte so mitunter bös in die Irre laufen - der "Königsweg" kann sich bei näherem Zusehen auch als "Holzweg" erweisen.

jenseits des schwachen "Skeletts" von Bedeutung und deshalb notwendigerweise im weiteren etwas genauer unter die Lupe zu nehmen : Der Individualismus der "Jungen" stehe gegen den Gemeinsinn der "Alten" ; schrankenloser Egoismus stehe gegen Solidarität, überbordende Selbstverwirklichung gegen Rücksichtsnahme und Beschränkung, ausufernder Hedonismus gegen Pflichtgefühl und Mässigung, utopischer Illusionismus gegen Realismus, intransigenter Fundamentalismus gegen Kompromisskultur. Damit sind wir argumentativ im Zentrum dessen, was in letzter Zeit unter der Etikette "*Wertwandel*" Hochkonjunktur hat. Was aber heisst - jenseits der ungemein verführerischen Leere der Leerformel - "*Wertwandel*" ? :

Die sozialwissenschaftlichen und die (sich mehr oder weniger offen auf diese stützenden) politischen Debatten um den sog. "Wertwandel" sowie um die mit diesem verknüpften gesellschaftlichen und politischen Veränderungen wurden in den letzten Jahren stark von *einem* "Modell" beherrscht : Von der von Inglehart in der zweiten Hälfte der 70er Jahren popularisierten und auch in schweizerischen Umfragen schon benutzten Gegenüberstellung von "*materialistischen*" und "*postmaterialistischen*" Werten resp. Bedürfnissen [9]. Als "*materialistisch*" gelten nach dieser Notation physiologische Bedürfnisse, das heisst Bedürfnisse nach wirtschaftlicher sowie nach physischer Sicherheit. Für die Befriedigung der erstgenannten Bedürfnisse werden dabei z.B. eine stabile Wirtschaft sowie die Erhaltung hoher wirtschaftlicher Wachstumsraten als notwendige und erstrebenswerte Voraussetzungen betrachtet ; für die Realisierung der zweitgenannten z.B. die Erhaltung starker nationaler Verteidigungskräfte sowie die Gewährleistung von Ruhe und Ordnung. Als "*postmaterialistisch*" hingegen gelten Sozial- und Selbstverwirklichungsbedürfnisse, das heisst Bedürfnisse, für deren Befriedigung z.B. die Erweiterung der Mitsprache- und Mitbestimmungsrechte in Gesellschaft und Politik, die Gewährleistung des Rechts auf freie Meinungsäusserung sowie die Schaffung eines "Klimas", in dem "Ideen mehr zählen als Geld" zugleich elementare Voraussetzungen wie anvisierte Ziele sind.

Wer (in Umfragen "künstlich", in politisch-gesellschaftlichen Auseinandersetzungen "real" zur Entscheidung gezwungen) den physiologischen Bedürfnissen - also der Gewährleistung von wirtschaftlicher und physischer Sicherheit - eine deutlich höhere Priorität zuerkennt als den Sozial- und Selbstverwirklichungsbedürfnissen - also der Realisierung von Zielen jenseits der "Macht des Geldes" - ist so durch eine "materialistische" Wertauffassung gekennzeichnet, gilt als "Materialist". Umgekehrt impliziert eine klare Priorisierung von Sozial- und Selbstverwirklichungsbedürfnissen gegenüber den physiologischen eine "postmaterialistische" Wertauffassung ; wer seine Be-

---

[9] Die Literatur zum Thema ist einsichtigerweise gewaltig, um nicht gar zu sagen abundant. Einen guten Überblick über die Thematik aus der Sicht ihres massgeblichen Promotors gibt folgende Publikation : R. Inglehart (1989), "Kultureller Umbruch - Wertwandel in der westlichen Gesellschaft", Frankfurt/Main, Campus.

dürfnisse so ordnet, gilt als "Postmaterialist" [10]. Konzeptionelle Basis dieses "Modells" ist somit eine eindimensionale, bipolare Wertstruktur - deren "Realität" sich mittels dieser Logik verpflichteten Befragungen in vielen hochentwickelten (westlichen) Gesellschaften auch empirisch stringent nachweisen lässt.

Hochentwickelte (westliche) Gesellschaften erscheinen so grundsätzlich durch die gleiche Wertpolarität gekennzeichnet. Unterschiede bestehen nur in der relativen Besetzung der beiden einander polar gegenüberstehenden Wertpositionen : Der Anteil der "Postmaterialisten" in der Bevölkerung variiert deutlich nach Massgabe des (materiellen) Entwicklungsniveaus eines Landes. In den eher "reichen" westlichen Ländern (so logischerweise auch in der Schweiz) verfügt die "postmaterialistische" Wertauffassung über eine breitere Anhängerschaft als in den eher "armen" (als z.B. in Irland). "Postmaterialismus" kovariiert also positiv mit dem ökonomischen Entwicklungsniveau, mit Affluenz - ein Sachverhalt, der in diesem "Modell" implizit kausal gedeutet wird : Je höher das ökonomische Entwicklungsniveau, desto grösser die materielle Sicherheit - und desto grösser die Sättigung "materialistischer" Werte. Je grösser die Sättigung "materialistischer" Werte, desto grösser der Freiheitsgrad für "Neues" - desto ausgrägter der "drive" zu "postmaterialistischen" Wertauffassungen.

Die Zunahme des Gewichts der "postmaterialistischen" auf Kosten der "materialistischen" Werthaltung ist demzufolge nach diesem "Modell" der zentrale Gehalt der unter dem Begriff des "Wertwandels" zusammenzufassenden Veränderungen - Veränderungen, die mitunter "kulturkritisch" auch als eine Art "unbeabsichtigte Folge" (wenn nicht gar : "selbstdestruktive" Konsequenz) des epochalen, für die Realisierung eines vorher unvorstellbaren Niveaus materieller Affluenz ursächlichen Nachkriegs-Booms gedeutet werden. Demtsprechend bilden in diesem "Modell" speziell die durch die Boom-Jahre nach dem 2. Weltkrieg politisch-gesellschaftlich sozialisierten Altersgruppen, denen die biographische Erinnerung an die Zeiten ausgeprägter materieller Knappheiten, an die Situationen alltäglicher Nichtrealisierung von "materialistischen" Werten, fehlt, die Speerspitzen des "Wertwandels". Der "Wertwandel" führt so nicht nur zu einer klaren Veränderung der politisch-gesellschaftlichen Konfliktstruktur - die "alten" Konflikte um die Befriedigung der physiologischen Bedürfnisse, die "alten" Kämpfe um materielle und physische Sicherheit, treten in den Hintergrund resp. werden durch die "neuen" Konflikte zwischen "Materialisten" und "Postmaterialisten" überlagert (und vermutlich bald einmal abgelöst), sondern auch zu einer zunehmenden Polarisierung resp. Spaltung der Gesellschaft entlang der Altersachse, zu einer Art "Generationenkonflikt neuen Typs".

---

[10] Personen, die sich nicht eindeutig für den einen oder anderen Pol entscheiden, sind durch "gemischte" Wertauffassungungen gekennzeichnet. "Gemischte" Wertauffassungen werden dabei nach Massgabe des relativen Gewichts der beiden Pole manchmal auch noch unterteilt in "materialistisch-gemischte" und "postmaterialistisch-gemischte".

Dass auf individueller Ebene zwischen der Positionierung auf der eben kurz skizzierten "Materialismus-/Postmaterialismus-Dichotomie" einerseits, dem Abstimmungsverhalten bei der Armeeabschaffungs-Initiative andererseits ein deutlicher Zusammenhang besteht, ist sehr, sehr wahrscheinlich. Ja, für die (theoretische wie emprische) Auseinandersetzung mit dem Inglehartschen "Modell" (und den sich explizit wie implizit darauf stützenden "gesellschaftskritischen" Instrumentalisierungen) ist die Armeeabschaffungs-Initiative geradezu ein paradigmatisches Schlüsselereignis, da der (armeebezogene) Konflikt zwischen "materialistischen" Sicherheits- und "postmaterialistischen" Selbstverwirklichungsbedürfnissen in der "Argumentenbatterie" gar zweimal - und zwar polar verstärkend - zum tragen kommt : Zum einen auf der Seite des "Materialismus" - wer der Aufrechterhaltung starker nationaler Verteidigungskräfte (oder m.a.W. : einer starken Armee) eine hohe Priorität zuerkennt, optiert per definitionem "materialistisch" ; "Armeeabschaffer" werden in dieser Gruppe kaum zu finden sein, denn für die "Armeeabschaffer" produziert eine starke Armee keine physische Sicherheit, sondern das pure Gegenteil - Bedrohung und Unsicherheit. Zum anderen auf der Seite des "Postmaterialismus" - wer der Erweiterung der Mitsprache- und Mitbestimmungsmöglichkeiten in Gesellschaft und Politik eine hohe Priorität zuerkennt, optiert per definitionem "postmaterialistisch" ; Armeebefürworter werden in dieser Gruppe wohl nur sehr wenige zu finden sein, gilt doch (auch) die schweizerische (Miliz)Armee nicht gerade als privilegiertes Übungsfeld für Selbstbestimmung. "Postmaterialisten" dürften so die Initiative in stark überdurchschnittlichem Ausmass unterstützt, "Materialisten" hingegen stark überdurchschnittlich abgelehnt haben. Daraus folgt - empirisch quasi von der "Abhängigen" aufgezogen - für den Gemeindevergleich : Je grösser der Ja-Stimmenanteil bei der Armeeabschaffungs-Initiative, desto grösser die Relevanz von "postmaterialistischen", je grösser hingegen der Nein-Stimmenanteil, desto grösser die Relevanz von "materialistischen" Werten. Und auf dem Hintergrund der oben im Zusammenhang mit dem Ja-Stimmenanteil bei der Armeeabschaffungs-Initiative diskutierten Regularitäten liessen sich dementsprechend "Materialismus" resp, "Postmaterialismus" strukturell, kulturell sowie politisch-ideologisch auch klar verordnen.

Gehen wir einmal davon aus, dass unsere Vermutung - auf individueller Ebene ein deutlicher Zusammenhang zwischen der Positionierung auf der "Materialismus-/Postmaterialismus-Dichotomie" und dem Abstimmungsverhalten bei der Armeeabschaffungs-Initiative - zutrifft, und stellen wir uns daran anschliessend die Frage : Was wissen wir aufgrund dieses Sachverhalts eigentlich theoretisch, empirisch und politisch Präzises über die Struktur des im Zusammenhang mit der Armeeabschaffungs-Initiative zum Ausdruck kommenden Konflikt zwischen "Materialisten" und "Postmaterialisten" ? Oder anders formuliert : Vermag das "Materialismus-/Postmaterialismus-Modell" die sich in den letzten Jahren verstärkt auch politisch auswirkenden Veränderungen überhaupt problemadäquat zu erfassen ? Unsere Antwort(en) : Wir wissen in vieler Hinsicht (zu)wenig Präzises und das "Materialismus-/Postmaterialismus-Modell" vermag die Struktur und den Gehalt des-

sen, was seit etlichen Jahren verstärkt zur Oberfläche (und somit zur Realisierung) drängt, konzeptionell nicht auf den Begriff zu bringen :

Problematisch ist zum *ersten* die - sich an die Maslowsche Bedürfnistaxonomie anlehnende - Gegenüberstellung resp. Hierarchisierung von "materialistischen" Sicherheits- und "postmaterialistischen" Selbstverwirklichungsbedürfnissen. Erstere gelten als primär, als vorauslaufend, als "Basis" ; letztere hingegen als sekundär, als nachlaufend, als "Überbau". Dass auf der Grundlage eines hohen materiellen Entwicklungsniveaus sowie der Abwesenheit von physischer Bedrohung für die Selbstentfaltung, für "gehobenere" Aktivitäten strukturell ein grösseres Potential besteht als in einer "Mangel- und/oder Kriegsgesellschaft", liegt auf der Hand, ja ist gar trivial. "*Zuerst kommt das Fressen, dann kommt die Moral*" textete spitz schon Brecht in der Dreigroschenoper. Aber : Lassen sich die Bedingungen für Sicherheit und Selbstverwirklichung jenseits einer Situtation des absoluten Mangels oder des offenen Kriegszustandes (Situationen, die heute in Westeuropa ganz sicher nirgends vorzufinden sind) tatsächlich so klar voneinander trennen ? Sind in Konflikten um die Regelung des Bereichs der materiellen und physischen Sicherheit nicht immer auch Konflikte um den strukturellen Spielraum zur Selbstentfaltung resp. -verwirklichung mitenthalten (und umgekehrt) ? Zwei schweizerische Beispiele mit historischem wie aktuellem Bezug : Im Kampf der Linksparteien und der Gewerkschaften um die Einführung (und dann um die Aufrechterhaltung) des 8-Stunden-Tages in den frühen 20er Jahren ging es nicht nur um eine "gerechte" Begrenzung der "Ausbeutung" im Sinne von "gleicher Lohn für weniger Arbeitsstunden", sondern auch um die Garantie eines Minimums an freier Zeit für die Selbstorganisation und -verwirklichung ; die Auseinandersetzungen der letzten Jahre um die 40-Stunden-Woche liegen zwar in einer anderen Zeit, sind aber konzeptionell von den früheren so verschieden auch wieder nicht. Die kritische Haltung linker und religiössozialistischer Kreise gegenüber der schweizerischen Armee in den 20er und 30erJahren wäre fehlinterpretiert, wenn man behaupten würde, die physische Sicherheit hätte für diese Kritiker keine Rolle gespielt ; ganz im Gegenteil : Ob physische Sicherheit ohne überbordende Einschränkung von Selbstverwirklichungsmöglichkeiten sinnvollerweise noch im Rahmen des Nationalstaates mit einer Armee, die konkret auch als "Disziplinierungsinstrument der Bourgoisie" erfahren wurde, zu realisieren sei, das waren zentrale Gesichtspunkte. Dass analoge Fragen auch im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um die Armeeabschaffungs-Initiative von Bedeutung sind, liegt auf der Hand. Selbstverwirklichung setzt so zwar ein Minimum an Sicherheit voraus, aber jenseits einer Situation des weitverbreiteten absoluten Mangels und/oder der totalen physischen Bedrohung gibt es keine Sicherheit ohne Selbstverwirklichung. Sicherheits- und Selbstverwirklichungsbedürfnisse sind so sinnvollerweise nicht als einander gegenüberliegende Pole auf einer Achse - als "Materialismus-/Postmaterialismus-Dichotomie" - zu konzeptionalisieren, sondern als zwei voneinander zunächst einmal unabhängige (Bedüfnis)Achsen mit je eigener Realität. In einem derartigen - immer noch relativ simplen design - wird dann vermutlich bald einmal

zu zeigen sein, dass die der Realisierung von Selbstverwirklichungsbedürfnissen ein hohes Gewicht zuordnenden "Postmaterialisten" materielle und physische Sicherheit gar nicht so geringschätzen, wie dies immer wieder vermutet wird - sie interpretieren sie vielleicht bloss anders als "Materialisten".

Problematisch ist zum *zweiten* die konzeptionelle Unklarheit dessen, was für den Bereich des "Materialistischen" - des dem "Neuen", dem "Postmaterialistischen" vorauslaufenden "Alten" - als konstitutiv betrachtet wird. Ein zentrales Element des "Alten" - speziell im Bereich der materiellen Sicherheit - sind Verteilungsproblematiken (und daran anknüpfende Verteilungskonflikte). Im Bereich des Materiellen steht nicht nur das gesamhaft zur Verfügung stehende absolute Güterniveau zur Debatte, sondern zentral auch die Frage der Verteilung, das Problem Gleichheit/Ungleichheit resp. Gerechtigkeit/Ungerechtigkeit. Weniger klar ist dies schon im Bereich der physischen Sicherheit - Verteilungsprobleme sind hier zwar mitenthalten, da physische Sicherheit (speziell die Aufrechterhaltung starker nationaler Verteidigungskräfte) gratis nicht zu haben ist und die Berappung der anfallenden Kosten mit sozialen Inzidenzen verknüpft ist. Aber es kommt noch etwas Weiteres hinzu : Wem die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung (jenseits aktueller Gefährdungen) sehr wichtig ist, trifft unter Rückgriff auf konservative Werthaltungen einen Wertentscheid : Kontrolle und Disziplin sind wichtiger als Offenheit und Kreativität. Damit kommen unterschiedliche Werthaltungen, unterschiedliche Überzeugungssysteme zum Tragen - Werthaltungen und Überzeugungssysteme, deren interne Konfliktivität kaum mehr bruchlos mit der Logik von Verteilungsproblemen in Beziehung zu bringen ist. In einem weiteren Schritt wird schnell ersichtlich, dass auch in Auseinandersetzungen, die sich an der Oberfläche als simple "materialistisch" orientierte Verteilungskonflikte präsentieren, vielfach derartige unterschiedliche Werthaltungen mit eine Rolle spielen. Denn : Was heisst denn eigentlich Gleichheit/Ungleichheit ? Was heisst Verteilungsgerechtigkeit ? Verteilungsgerechtigkeit für wen ? Ein Beispiel : "Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit" - ein Aspekt der ökonomischen Gleichberechtigung von Frauen und Männern - ist heute ein an der Oberfläche mehrheitlich akzeptiertes Postulat. Von der Realisierung dieses Postulats sind wir aber noch weit entfernt, zentral auch darum, weil immer wieder "alte" Wertvorstellungen über eine fundamentale "Differenz" zwischen Frauen und Männern, ja gar Wertvorstellungen, die die Gleichberechtigung der Geschlechter als überhaupt nicht realisierbar und sogar für "widernatürlich" halten, zum Vorschein kommen. Hier sind also ein Wert- und ein Verteilungskonflikt in einer nicht immer leicht durchschaubaren Art und Weise miteinander verknüpft - und der angesprochene Wertkonflikt ist bekanntlich alt, sehr alt ; z.B. anhand der Auseinandersetzungen um die politische Gleichberechtigung von Frau und Mann, das heisst um die Einführung des Frauenstimmrechts politisch-öffentlich bis ins Ende des 19. Jh. zurückzuverfolgen. Die reale Komplexität des "Alten" würde so gewaltig unterschätzt, konzipierte man das "Alte" bloss als eine simple Abfolge von Verteilungskämpfen um den mal wachsenden, mal schrumpfenden "Kuchen". Verteilungskonflikte sind das

eine, machmal mit diesen verschränkten, manchmal aber sich auch sehr autonom gebärdende Wertkonflikte sind das andere. Und man kann gar behaupten : Die relative Autonomie von Wertkonflikten einerseits, Verteilungskonflikten andererseits ist ein zentrales Strukturmerkmal der "Moderne". Die "Materialismus-/Postmaterialismus-Dichotomie" miss-spezifiziert damit die reale Kompexität des "Alten" - und überschätzt infolgedessen notgedrungenerweise die Neuartigkeit des "Neuen". Denn : Vielleicht treffen sich im "Postmaterialismus" bloss "alte", bekannte Konfliktlinien im einem "neuen" Mischungsverhältnis - und die "Postmoderne" ist gar nicht so erregend "neu", sondern ganz einfach (weitergeführte) "Moderne".

4. Wertwandel jenseits der Angst vor dem Zerfall

Das "Materialismus-/Postmaterialismus-Modell" ist so für die problemadäquate Erfassung der Veränderungen, die seit etlicher Zeit unter der Etikette "Wertwandel" gehandelt werden, in verschiedener Hinsicht konzeptionell zu unpräzis und zudem für "voluntaristische" politische (Fehl)Deutungen in einer fast unverantwortlichen Art und Weise "interpretationsoffen". Wir präsentieren so im folgenden einen alternativen Bezugsrahmen und überprüfen dann dessen explikative Kapazität als erstes einmal an der Armeeabschaffungs-Initiative.

Empirisch basiert dieser Bezugsrahmen auf den Resultaten umfangreicher Zeitreihenanalysen von Abstimmungsverhaltensdaten auf Regions- und Gemeindeebene [11]. Auf dem Hintergrund dieser Analysen ist offensichtlich, dass in der Schweiz u.a. zwei übergreifende - also in sehr diversen konkreten Sachzusammenhängen evozierbare - Konfliktlinien mit unterschiedlichem konzeptionellen wie politischem Gehalt bestehen - zwei Konfliklinien, deren Relevanz sich übrigens unschwer auch in anderen hochentwickelten Ländern nachweisen lässt :

Basis der *ersten* Konfliktlinie sind die zwischen Modernisten und Traditionalisten, die - politisch gesprochen - zwischen "Liberalen" und "Konservativen" bestehenden unterschiedlichen Wertauffassungen und Überzeugungssysteme. Vereinfacht kann man sagen, dass die wert-progressive Auffassung (die Sicht vom "Pol des Neuen") die Realität offener, komplexer strukturiert als die wert-konservative (die Sicht vom "Pol des Alten"). Dies verweist - allgemeiner formuliert - auf die Existenz von Code-Differenzen ; auf die gesellschaftlich wie politisch bedeutsamen Differenzen zwischen jeweils "elaborierten" (wert-progressiven) und "restringierten" (wert-konservativen) Codes. Damit ist nicht implizit auch eine "moralische" Wertung verbunden - denn Realität kann und wird in Abhängigkeit von unterschiedlichen materiellen

---

[11] Bezirke : Alle eidg. Abstimmungen seit 1874. Gemeinden : Alle eidg. Abstimmungen seit 1967, Zeitraum 1874-1966 noch unvollständig.

wie ideologischen Umfeldern ungleich wahrgenommen und interpretiert ; Code-Differenzen fallen nicht vom Himmel, sie werden gesellschaftlich und politisch produziert. Drei Beispiele für derartige Codes-Differenzen aus jüngerer Zeit : Über die "Welt jenseits der Schweizer Grenzen" bestehen sehr unterschiedliche Vorstellungen - über einen wie starken Anhang in der Schweiz in Sachen Aussenpolitik isolationistische Vorstellungen noch zählen können, zeigte 1986 die Abstimmung über den UNO-Beitritt. Im weiteren ist Bildung, ist Qualifikation für ein ressourcenarmes Land wie die Schweiz anerkanntermassen zu einem der zentralsten Produktionsfaktoren geworden ; aber mehr Bildung, speziell mehr höhere Bildung impliziert auch ein grösseres Potential für die Infragestellung von traditionalen Zuständen - dass dies bei vielen nicht auf Begeisterung stösst, zeigte 1978 das erfolgreiche Referendum gegen das Hochschulförderungsgesetz. Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern schlussendlich ist heute zwar ein an der Oberfläche grossmehrheitlich akzeptiertes Postulat - dass damit aber Vorstellungen über die "natürliche Hierarchie der Geschlechter" noch lange nicht zur Bedeutungslosigkeit verkümmert sind, demonstrierte im Jahre 1985 die nicht gerade überwältigende Annahme des revidierten Ehe- und Erbrechts. Analysiert man die strukturellen, kulturellen und politisch-ideologischen Bestimmungsfaktoren der wert-progressiven resp. wert-konservativen Auffassungen im Gemeindevergleich , so sind folgende Regularitäten festzustellen : Je grösser in einer Gemeinde der Anteil der Angestellten (speziell der Angestellten in leitender Position), der Anteil der in einem Gross- oder Mittelzentrum Erwerbstätigen, der Anteil der Stimmberechtigten mit hoher Bildung, das pro-Kopf-Einkommen sowie der Links-Wähleranteil, desto ausgeprägter im Mittel die wert-progressive Orientierung der Bevölkerung. Umgekehrt : Je grösser in einer Gemeinde der Anteil der Selbständigen und mitarbeitenden Familienmitlieder, der Anteil der ausserhalb eines Gross- oder Mittelzentrums Erwerbstätigen, der Anteil der Stimmberechtigen mit tiefer Bildung und der Wähleranteil der bürgerlichen Parteien sowie je geringer das pro-Kopf-Einkommen, desto ausgeprägter im Durchschnitt die wert-konservative Orientierung der Bevölkerung. Im weiteren besteht ein nicht unwesentlicher Unterschied zwischen den sprachkulturellen Makroregionen : Die lateinische Schweiz artikuliert sich im Mittel überdurchschnittlich wert-progressiv, die deutsche Schweiz hingegen überdurchschnittlich wert-konservativ.

Basis der *zweiten* Konfliktlinie sind die zwischen Egalitaristen und Nichtegalitaristen, die - politisch gesprochen - zwischen "Linken" und "Bürgerli-

---

12 Zur Bestimmung des mittleren Gewichts der wert-progressiven resp. wert-konservativen Orientierung in den Gemeinden einige Erläuterungen : Je grösser im Gemeindevergleich die Übereinstimmung der relativen Zustimmungsdifferenzen bei zwei Vorlagen, desto ähnlicher die Interpretation dieser Vorlagen durch den Stimmbürger - unabhängig von der hier nicht im Zentrum des Interesse stehenden generellen Bereitschaft zur Zustimmung oder Ablehnung (heisst : dem gesamtschweizerischen Ja-Stimmenanteil). Eine - auch hier benutzte - Möglichkeit zur Bestimmung des durchschnittlichen Verhaltens einer Gemeinde bei mehreren im eben definierten Sinne ähnlichen Vorlagen ist die Faktorenanalyse, die für jede Gemeinde die im Mittel bei diesen Vorlagen zu erwartende relative Abweichung vom Durchschnitt (bei gewichteten Analysen : vom gesamtschweizerischen Ja-Stimmenanteil) bestimmt.

chen" bestehenden unterschiedlichen Gleichheits- und Gerechtigkeitsvorstellungen resp. Interessenlagen. Vereinfacht kann man sagen, dass die *verteilungs-progressive* Auffassung (die Sicht "von unten") nicht nur Verteilungsungleichheiten, die unter Verweis auf zurechenbare "Leistung" oder "Berechtigung" nicht zu legitimieren sind, diagnostiziert, sondern der Realisierung von Gerechtigkeit und Gleichheit in Gesellschaft und Politik auch eine viel höhere Zentralität zuordnet als die *verteilungs-konservative* (die Sicht "von oben"). Ziel des verteilungs-progressiven Interessenstandpunktes ist demzufolge Umverteilung und Egalisierung - also Verteilungs-Dynamik ; Ziel des verteilungs-konservativen Standpunktes hingegen Verteilungs-Stabilität - Stabilität nicht unbedingt im absoluten, wohl aber im relationalen Sinne. Auch hier drei Beispiele für typische derartige Interessen-Differenzen aus jüngerer Zeit : Der Arbeitgeber resp. Kapitaleigner ist zwar infolge des dichten Geflechts von Gesamtarbeitsverträgen und staatlicher Arbeitsschutzregelungen nicht mehr in gleichem Ausmass "König" wie noch im auslaufenden 19. Jh. ; trotzdem aber hat der Arbeitnehmer auch heute nur in den wenigsten Fällen das Recht und die Möglichkeit, institutionalisiert bei wichtigen Betriebs- und Unternehmensentscheiden mitzubestimmen - dass diese Situation nur einer Minderheit "unter die Haut" geht, zeigte 1976 die deutliche Ablehnung der *Mitbestimmungs-Initiative*. Im weiteren hat derjenige, der viel verdient, auf der Grundlage von progressiven Steuersätzen dem Fiskus in Kantonen und Gemeinden einen prozentual höheren Anteil seines Einkommens abzuliefern als der Kleinverdiener ; weil sich aber die Steuersätze für hohe Einkommen einer unerhörten Vielfalt erfreuen, wird das Gebot der "Steuergerechtigkeit" in der Praxis bekanntermassen häufig unterlaufen - ein Zustand, an dem sich viele immer wieder stören und der sicher wesentlich zum respektablen Ja-Stimmenanteil von fast 45 % bei der *Reichtumssteuer-Initiative* (1977) beigetragen hat. Der Konsument schlussendlich hat für die Güter, die er erwerben will, einsichtigerweise den geforderten Preis zu bezahlen ; aber ob es sich beim jeweils geforderten um einen "gerechten" Preis (also um einen, in dem keine übersetzten Gewinnerwartungen zur Realisierung drängen) handelt, ist von den meisten mangels Zugang zu den relevanten Berechnungsgrundlagen nie und nimmer in Erfahrung zu bringen - dass sich zumindest in dieser Hinsicht in den letzten Jahren ein "kritisches Konsumentenbewusstsein" entwickelt hat, zeigte 1982 die Annahme der (gar durch einen Gegenvorschlag konkurrenzierten) *Preisüberwachungs-Initiative*. Analysiert man die strukturellen, kulturellen und politisch-ideologischen Bestimmungsfaktoren für diese beiden Interessenstandpunkte im Gemeindevergleich, so ist folgendes festzustellen : Je grösser in einer Gemeinde der Linkswähler-Anteil und der Anteil der Arbeiter oder der unteren Angestellten sowie je kleiner der Anteil der Stimmberechtigtem mit hoher Bildung und je tiefer das pro-Kopf-Einkommen, desto ausgeprägter verteilungs-progressiv die Orientierung der Bevölkerung. Umgekehrt : Je grösser in einer Gemeinde der Wähleranteil der bürgerlichen Parteien und der Anteil der Selbständigen oder der leitenden Angestellten sowie je grösser der Anteil der Stimmberechtigten mit hoher Bildung und je grösser das pro-Kopf-Einkommen, desto ausgeprägter vertei-

lungs-konservativ die Orientierung der Bevölkerung. Auch hier besteht zumindest in gewissem Ausmass ein Unterschied zwischen den sprachkulturellen Makroregionen : Die lateinische Schweiz artikuliert sich im Mittel überdurchschnittlich verteilungs-progressiv, die deutsche Schweiz hingegen überdurchschnittlich verteilungs-konservativ.

Verknüpft man nun diese beiden Konfliktdimensionen mit dem Abstimmungsverhalten bei der Armeeabschaffungs-Initiative, so sind die folgenden Regularitäten festzustellen (Tabelle 3) :

Tabelle 3

% Ja Armeeabschaffungs-Initiative nach Wert- und Verteilungs-Progressismus - gewichtete einfache Varianzanalysen - 2920 Gemeinden

Wert-Progressismus	Verteilungs-Progressismus						
	sehr tief	tief	tief-mittel	mittel	mittel-hoch	hoch + sehr hoch	
Hoch + sehr hoch	34.8	39.9	39.7	40.0	43.6	48.3	42.7
Mittel-hoch	32.3	36.5	35.9	37.6	38.2	41.7	37.4
Mittel	30.4	33.1	34.4	36.7	37.7	40.7	36.4
Tief-mittel	28.5	31.1	32.0	33.0	32.2	37.0	32.7
Tief	26.7	29.3	30.2	30.9	28.8	36.3	30.3
Sehr tief	23.7	24.7	25.3	24.9	29.4	29.0	26.7
	30.5	32.3	33.5	34.2	37.3	40.9	
					Wert CH		35.6

	eta
Wert-Progressismus	.66
Verteilungs-Progressismus	.43
Kombination	.77

- Je ausgeprägter wert-progressiv die Orientierung der Bevölkerung in einer Gemeinde, desto grösser im Mittel der Ja-Stimmenanteil bei der Armeeabschaffungs-Initiative ; je ausgeprägter wert-konservativ hingegen die Orientierung, desto geringer im Durchschnitt die Zustimmungsquote. In den Gemeinden, die sich in den letzten Jahren stark überdurchschittlich wert-progressiv artikuliert haben, wird im Mittel ein Ja-Stimmenanteil von 42.7 % (+ 7.1 %), in den Gemeinden mit einer stark überdurchschnittlichen wert-konservativen Haltung hingegen im Durchschnitt nur ein Ja-Stimmenanteil von 26.7 % (- 8.9 %) realisiert. - In Anknüpfung an die eingangs diskutierten Problemebenen : Konzeptionell ist *Wert-Progressismus* mit der Dominanz von *relationistischen*, *Wert-Konservativismus* hingegen mit der Vorherrschaft von *substanzialistischen* Identitäten oder Identifikationen verknüpft. Die Zustimmung zur

Armeeabschaffungs-Initiative ist somit umso grösser, je grösser das Gewicht relationistischer Identitäten oder Identifikationen.

- Je ausgeprägter verteilungs-progressiv die Orientierung der Bevölkerung in einer Gemeinde, desto grösser im Mittel der Ja-Stimmenanteil bei der Armeeabschaffungs-Initiative ; je ausgeprägter verteilungs-konservativ hingegen die Orientierung, desto geringer im Durchschnitt die Zustimmungsquote. In den Gemeinden, die sich in letzter Zeit stark überdurchschnittlich verteilungs-progressiv artikuliert haben, wird im Mittel ein Ja-Stimmenanteil von 40.9 % (+ 5.3 %), in den Gemeinden mit einer stark überdurchschnittlichen verteilungs-konservativen Haltung hingegen im Mittel nur ein Ja-Stimmenanteil von 30.5 % (- 5.1 %) erreicht. - In Anknüpfung an die eingangs diskutierten Problemebenen : Konzeptionell ist *Verteilungs-Progressismus* mit der Dominanz von *umverteilungs-orientierten*, *Verteilungs-Konservativismus* hingegen mit der Vorherrschaft von *stabilitäts-orientierten* Sichtweisen verknüpft. Die Zustimmung zur Armeeabschaffungs-Initiative ist somit umso grösser, je grösser das Gewicht von umverteilungs-orientierten Sichtweisen.

Die mittlere Zustimmungsquote zur Armeeabschaffungs-Initiative steigt also sowohl mit zunehmendem Wert- als auch mit sich verstärkendem Verteilungs-Progressismus ; umgekehrt sinkt die mittlere Zustimmungsquote sowohl mit zunehmendem Wert- als auch mit sich verstärkendem Verteilungs-Konservativismus. Die empirische - bei der Kombination beider Dimensionen klar sichtbar werdende - Konsequenz : Den maximalsten Ja-Stimmenanteil realisiert die Armeeabschaffungs-Initiative im Mittel in den Gemeinden, die sowohl wert- als auch verteilungsbezogen stark überdurchschnittlich progressiv orientiert sind - 48.3 % (+ 12.7 %) ; den minimalsten im Durchschnitt hingegen in den sowohl wert- als auch verteilungsbezogen stark überdurchschnittlich konservativ orientierten Gemeinden - 23.7 % (- 11.9 %).

Die im Entscheidverhalten bei der Armeeabschaffungs-Initiative zum Ausdruck kommende Konfliktivität ist also "neu" insofern, als die maximalen Differenzen "quer" zu den entlang "klassischer" Konfliktdimensionen zu beobachtenden Polaritäten liegen, aber "alt" in dem Sinne, als sie eine nicht so abwegige Neukombination von Bekanntem darstellt - was eine etwas detaillierte Betrachtung der vier auf der Basis der beiden "klassischen" Konfliktdimensionen implizit schon längst definierten Orientierungs-Konfigurationen bald einmal durchsichtig macht :

- Die stadtfernen Gemeinden mit hohem Selbständigen-Anteil, hohem Anteil von Stimmberechtigten mit tiefer Bildung und hohem Gewicht der bürgerlichen Parteien sowie mit tiefem pro-Kopf-Einkommen bilden im Mittel den "Idealtyp" der (konsistenten) *wert- und verteilungs-konservativen* Konfiguration. Wert-Progressismus stösst hier auf Widerstand - die Forderung nach Gleichberechtigung der Geschlechter strandet an traditionalen Vorstellungen über die Rolle der Frau und an den "strukturellen Zwängen" des Familienbetriebs ; der "Wert" höherer Bil-

dung ist gering - nicht zuletzt darum, weil es für Absolventen höherer Schulen kaum Arbeitsplätze gibt ; und von einer aktiveren Aussenpolitik werden in erster Linie negative Rückwirkungen erwartet. Auch Verteilungs-Progressismus stösst auf Widerstand - von etlichen Verteilungsproblematiken der "modernen Gesellschaft" ist man nur vermittelt betroffen und zudem sind viele von der Weiterführung des staatlichen Engagements im Bereich der Landwirtschaftssubventionen existentiell abhängig. Die Armeeabschaffungs-Initiative stösst hier auf ein stabilitäts-orientiertes Feld, in dem substanzialistische Identitäten oder Identifikationen in überdurchschnittlichem Ausmass verankert sind - daraus resultiert im Mittel ein tiefer, deutlich unter dem schweizerischen Wert liegender Ja-Stimmenanteil.

- Die stadtfernen Gemeinden mit hohem Arbeiter-Anteil, hohem Anteil von Stimmberechtigten mit tiefer Bildung und hohem Linkswähler-Anteil sowie mit tiefem pro-Kopf-Einkommen bilden im Mittel den "Idealtyp" der (inkonsisten) *wert-konservativen/verteilungs-progressiven* Konfiguration. Wert-Progressismus stösst hier (zum Teil aus den gleichen Gründen wie im eben diskutierten Feld) auf etlichen Widerstand - auf den Widerstand dessen, was man als "konservative Arbeiterkultur" bezeichnen kann. Ganz im Gegenteil dazu findet Verteilungs-Progressismus eine starke Anhängerschaft - in der grossen Mehrheit ist man Lohnabhängiger (mehrheitlich im industriellen Sektor) und damit von ungenügenden Mitbestimmungsrechten in den Betrieben zum Teil (z.B. bei Betriebsschliessungen) sehr direkt betroffen ; als "Kleinverdiener" wünscht man sich eine Umverteilung der Steuerlast und mehr Steuergerechtigkeit ; als Konsument mit beschränkten Ressourcen schätzt man das wache Auge des Staates gegenüber dem Preisgebaren der Anbieter. Die Armeeabschaffungs-Initiative stösst hier auf ein Feld, in dem substanzialistische Identitäten oder Identifikationen zwar in überdurchschnittlichem Ausmass verankert sind, das aber stark umverteilungsorientiert ist - daraus resultiert im Mittel ein eher tiefer, unter dem gesamtschweizerischen Wert liegender Ja-Stimmenanteil. In diesem Feld - im Aktionsraum der "alten", der industrialistisch-gewerkschaftlichen Linken - "siegt" bei der Armeeabschaffungs-Initiative also zumindest teilweise der Wert-Konservativismus über den Verteilungs-Progressismus. Dass die Angst vor dem Abbau militärauftragsabhängiger Arbeitsplätze bei der Deutung dieses Sachverhaltes mitzurücksichtigen ist, liegt auf der Hand - unter Rekurs auf dieses Argument lässt er sich aber keineswegs abschliessend erklären, ist das gleiche Muster doch auch in anderen Zusammenhängen zu beobachten
- Die hochurbanen Gemeinden mit hohem Anteil von leitenden Angestellten, hohem Anteil von Stimmberechtigten mit hoher Bildung und mit sehr hohem pro-Kopf-Einkommen bilden im Mittel den "Idealtyp" der (inkonsistenten) *wert-progressiven/verteilungs-konservativen* Konfiguration. Wert-Progressismus findet hier eine überdurchschnittlich grosse

Anhängerschaft - die Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist zumindest solange, als damit nicht zu grosse Kosten verbunden sind, kein die Gemüter besonders bewegendes Thema ; höhere Bildung ist für Beruf und Karriere eine existentielle Voraussetzung ; und eine aktivere Aussenpolitik, speziell eine auf den Abbau von wirtschaftspolitischen "Grenzhindernissen" ausgerichtete Aussenwirtschaftspolitik, ist erwünscht. Kein Thema hingegen ist die Umverteilungsfrage, Verteilungs-Progressismus stösst auf starken Widerstand - der Ausbau der Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer "rüttelt" an den bisher gültigen Entscheidungshierarchien und -freiheiten ; eine Verlagerung der Steuerlast von unten nach oben wird als illegitim betrachtet ; und ein stärkeres Engagment des Staates im Binnenfeld zugunsten der "Kleinen" gilt noch bald einmal als "systemfremd". Die Armeeabschaffungs-Initiative stösst hier auf ein stabilitäts-orientiertes Feld, in dem aber relationistische Identitäten oder Identifikationen in überdurchschnittlichem Ausmass verankert sind - daraus resuliert im Mittel ein Ja-Stimmenanteil, der in etwa auf dem Niveau des gesamtschweizerischen Wertes liegt. In diesem Feld "siegt" bei der Armeeabschaffungs-Initiative zumindest teilweise der Wert-Progressismus über den Verteilungs-Konservativismus.

- Die hochurbanen Gemeinden mit hohem Anteil von Angestellten (ohne leitende Funktionen), mittlerem bis hohem Anteil von Stimmberechtigten mit hoher Bildung, mittlerem bis hohem pro-Kopf-Einkommen und mittlerem bis hohem Linkswähler-Anteil bilden im Mittel den "Idealtyp" der (konsistenten) *wert- und verteilungs-progressiven* Konfiguration. Hier können Wert- und Verteilungs-Progressismus gleichzeitig auf eine starke Anhängerschaft zählen Es vermischen sich (klassischer) Wert- und Verteilungs-Progressismus zu einem "neuen" Konglomerat, in dem einerseits sowohl die Umverteilungs-Option der "alten" Linken (enthoben ihrer "ökonomistischen" Beschränkung) und andererseits die Modernitäts-Option der "alten" Liberalen (enthoben ihrer Beschränkung die auf das "Ökonomische" nicht direkt tangierenden Bereiche) zu einem neuen Verhältnis finden. Die Armeeabschaffungs-Initiative stösst hier so auf ein Feld, in dem sowohl relationistische Identitäten oder Identifikationen als auch umverteilungs-orientierte Sichtweisen in überdurchschnittlichem Ausmass verankert sind - daraus resultiert im Mittel ein hoher, deutlich über dem gesamtschweizerischen Wert liegender Ja-Stimmenanteil. Dieses Feld ist der Aktionsraum der "neuen", der "wachstumskritischen" Linken sowie der "neuen Bewegungsparteien".

"Neu" im Zusammenhang mit der Armeeabschaffungs-Initiative ist also zumindest der Sachverhalt, dass sich "alte" Konflikte in einer "neuen" Mischung zu Wort melden. Diese "neue" Mischung ist - wie wir noch sehen werden - weder völlig singulär noch vollständig auf das Thema "Armee" beschränkt. "Neu" aber legitimerweise insofern, als dass sich hier etwas über partikuläre Problematiken hinaus zu kristallisieren beginnt, was zu zentralen

"klassischen" Konfliktachsen "quer" liegt. "Quer" aber nur im formalen Sinne, denn konzeptionell waren Wert- und Verteilungs-Progressismus im "Projekt der "Moderne" immer aufeinander bezogen - wenn ihrem wechselseitgen Bezug auch nur in den wenigsten Fällen zum Recht verholfen worden ist, vielleicht auch nicht verholfen werden konnte. Die Idee, dass dergleichen heute eine grössere Realisierungschance hat als auch schon - vielleicht *die* zentrale Botschaft der Armeeabschaffungs-Initiative - zumindest ist bedenkens- und überprüfungswert. *Soyons réalistes, demandons l'impossible* - für die einen realitätsferne Utopie, für die anderen utopienahe Realität.

5. Armeekritische Abstimmungsvorlagen im Vergleich

In welcher Beziehung steht nun die Armeeabschaffungs-Initiative zu den anderen armeepolitischen Vorlagen, über die in den 80er Jahren an der Urne zu entscheiden war - also zur Zivildienst- und zur Rüstungsreferendums-Inititiave ?

Die Volksinitiative "*für einen echten Zivildienst auf der Grundlage des Tatbeweises*" verlangte die Schaffung eines Zivildienstes für alle, die den Militärdienst verweigern. Auf eine Gewissensprüfung sollte - da immer problematisch wenn nicht undurchführbar - vollständig verzichtet werden. Einziges Zulassungskriterium sollte "*der Tatbeweis*", das heisst die Bereitschaft zur Leistung eines Zivildienstes, der anderthalbmal so lange dauert wie die Gesamtheit der verweigerten militärischen Dienste, sein. Und dieser Zivildienst sollte weiter als ein von der Armee (resp. von der Gesamtverteidigung) losgelöster Friedensdienst konzipiert werden - der "*Zivildienst bezweckt die Förderung des Friedens*" -. Damit war zum einen ein bekannter Missstand angesprochen : Die Schweiz ist eines der letzten westeuropäischen Länder, das Militärdienstverweigerer noch "kriminalisiert", das noch keinen den heutigen Normen entsprechenden Umgang mit der Dienstverweigererfrage gefunden hat. Zum anderen aber auch eine zentrale Kategorie schweizerischen Selbstverständnisses mit expliziter Verfassungsgrundlage : Die allgemeine Wehrpflicht, die mit der Annahme der Zivildienst-Initiative zwar nicht aufgehoben, aber über die stipulierte Wahlfreiheit doch ihre prinzipielle "Unantastbarkeit" verloren hätte. 36.2 % der Stimmenden unterstützten im Februar 1984 die Schaffung eines derartigen Zivildienstes ; und im Gemeindevergleich lässt sich folgendes Bestimmungsmuster feststellen (vgl dazu Anhang 1) : Je höher in einer Gemeinde der Anteil der Angestellten, der Anteil der in Gross- und Mittelzentren Erwerbstätigen, der Anteil der Stimmberechtigten mit hoher Bildung, das pro-Kopf-Einkommen sowie der Linkswähler-Anteil, desto grösser im Mittel der Ja-Stimmenanteil bei der Zivildienst-Initiative (und umgekehrt). Im weiteren wird die Zivildienst-Initiative in der lateinischen Schweiz deutlich stärker unterstützt als in der deutschen. In hochurbanen Angestellten-Gemeinden mit hohem Bildungsniveau, hohem pro-Kopf-Einkommen und hohem Linkswähler-Anteil optieren im Mittel so 47 %

(+ 10.8 %) der Stimmenden für die Einführung des Zivildienstes ; am entgegengesetzten Pol, in den stadtfernen Selbständigen-Gemeinden mit tiefem Bildungsniveau und tiefem pro-Kopf-Einkommen sowie mit einer starken Verankerung der bürgerlichen Parteien hingegen im Mittel nur 19.1 % (- 17.1 %) [13] (Tabelle 4).

Die Volksinitiative *"für die Mitsprache des Volkes bei Militärausgaben (Rüstungsreferendum)"* verlangte die Einführung des fakultativen Referendums für vom Parlament bewilligte Militärausgaben. Bekannterweise gibt es in der Schweiz auf Bundesebene kein Finanzreferendum. Das heisst, dass das Parlament über die Tätigung von Bundesausgaben endgültig entscheidet, dass gegen Ausgabenbeschlüsse des Parlamentes (im Gegensatz etwa zu den üblichen "referendumsfähigen" Gesetzen) vom Bürger - und sei er noch so unzufrieden - nichts mehr unternommen werden kann. Das sollte sich nach den Initianten der Rüstungsreferendums-Initiative zumindest für den Bereich der militärischen Ausgaben ändern. Damit war zum einen ein bekannter Missstand angesprochen : Die Ausgaben für die Landesverteidigung "binden" nicht nur einen imposanten Teil der Bundesausgaben, sie sind selbst bei angespannter Finanzlage - im Gegensatz zu anderen Ausgabenkategorien - politisch auch extrem "kürzungsresistent". Die Kosten für hochtechnologisches Kriegsgerät haben teilweise ein Niveau erreicht, das eine "Grossmachtsarmee im Taschenformat" langsam aber sicher aus dem Möglichkeitsbereich eines Kleinstaates rückt. Und die in den letzten Jahren bekannt gewordenen Fehlentscheide resp. Skandale im Beschaffungsbereich berappt schlussendlich der Steuerzahler. Angesprochen war zum anderen aber auch das Problem der "Regierbarkeit" resp. der Handlungs- und Entscheidungskapazität : Ein grösseres Mitbestimmungsrecht des Volkes verzögert unter Umständen die sich über Jahre erstreckenden Beschaffungen, vermindert die "Vetragswürdigkeit" mit Grosslieferanten im Ausland und führt zur ungebührlichen "Verpolitisierung" eines Bereichs, in dem ohne "Experten" selbst Parlamentarier mit ihrer Übersicht bald einmal am Ende sind. 40.6 % der Stimmenden unterstützten 1987 die Einführung des Rüstungsreferendums ; und im Gemeindevergleich zeigt sich folgendes Bestimmungsmuster (vgl. dazu Anhang 1) : Je höher in einer Gemeinde der Anteil der Arbeiter und unteren Angestellten, der Anteil der in Gross- und Mittelzentren Erwerbstätigen, der Anteil der Stimmberechtigten mit hoher Bildung sowie der Linkswähler-Anteil, desto grösser im Mittel der Ja-Stimmenanteil bei der Rüstungsreferendums-Initiative (und umgekehrt). Die Zustimmungsquote liegt im übrigen in der lateinischen Schweiz leicht über dem Niveau der deutschen. Die höchsten mittleren Zustimmungsquoten (47.8 %, + 7.2 %) realisiert das Rüstungsreferendum so in zwei Umfeldern (Tabelle 4) : Zum einen in den hochurbanen Angestellten-Gemeinden mit hoher Bildung, hohem pro-Kopf-Einkommen

---

[13] Auf eine Analyse der ersten - 1977 gesamtschweizerisch mit 37.6 % Ja-Stimmen abgelehnten - Zivildienst-Vorlage wird hier verzichtet, da im Gemeindevergleich zwischen dem Abstimmungsverhalten bei den beiden Zivildienst-Projekten sehr starke Verhaltensparallelitäten vorliegen.

und hohem Linkswähler-Anteil ; zum anderen in stadtfernen Arbeiter-Gemeinden mit tiefer Bildung, tiefem pro-Kopf-Einkommen und hohem Linkswähleranteil. Den im Mittel tiefsten Ja-Stimmenanteil (27.3 %, - 13.3 %) hingegen findet sich in den stadtfernen Selbständigen-Gemeinden mit tiefer Bildung, tiefem pro-Kopf-Einkommen und tiefem Linkswähler-Anteil.

Tabelle 4

% Ja Zivildienst-Initiative (ZIVI), % Ja Rüstungsreferendums-Initiative (RÜST) und % Ja-Differenz RÜST-ZIVI nach Gemeindemerkmalskombinationen - gewichtete einfache Varanzanalysen - 2920 Gemeinden

	Bildung tief/ Einkommen tief			Bildung mittel/ Eink.tief		Bildung mittel/ Eink.mit.		Bildung hoch/ Eink.mit.		Bildung Einkom. hoch
	Linke			Linke		Linke		Linke		Linke
	tief	mit.	hoch	mit.	hoch	mit.	hoch	mit.	hoch	mittel
STADTFERM										
Selbständige										
- ZIVI	19.1	24.2								
- RÜST	27.3	33.3								
- RÜST-ZIVI	8.2	9.1								
Arbeiter-Selbst.										
- ZIVI	22.2	27.0	32.1							
- RÜST	30.6	35.4	41.9							
- RÜST-ZIVI	8.4	8.4	9.8							
Arbeiter										
- ZIVI	24.5	29.5	39.8							
- RÜST	37.0	39.2	47.8							
- RÜST-ZIVI	12.5	9.7	8.0							
Arbeiter-Angest.										
- ZIVI	27.6	28.5	37.1	32.0	41.6					
- RÜST	35.8	37.2	43.8	36.5	46.1					
- RÜST-ZIVI	8.2	8.7	6.7	4.5	4.5					
Angestel.-Arbeiter										
- ZIVI				35.7	34.7	33.2	36.9			
- RÜST				39.5	40.6	37.1	42.2			
- RÜST-ZIVI				3.8	5.9	3.9	5.3			
STADTNAH										
Angestellte										
- ZIVI						37.7	45.0	40.9	47.0	
- RÜST						40.4	47.4	41.2	47.8	
- RÜST-ZIVI						2.7	2.4	0.3	0.8	
Angest. leitende										
- ZIVI								39.7		37.9
- RÜST								38.3		34.9
- RÜST-ZIVI								-1.4		- 3.0

Das Abstimmungsverhalten bei den beiden der Armeeabschaffungs-Initiative vorauslaufenden armeekritischen Vorlagen folgt also nicht ganz dem gleichen Muster. Beide Vorlagen thematisieren die Armee - aber einsichtigerweise aus einer jeweils leicht unterschiedlichen Perspektive, was sich denn auch in unterschiedlichen Beziehungen zu den oben eingeführten Konfliktdimensionen niederschlägt (Tabelle 5) :

Tabelle 5

% Ja Zivildients-Initiative (ZIVI), % Ja Rüstungsreferendums-Initiative (RÜEST) und % Ja-Differenz RÜST-ZIVI nach Wert- und Verteilungs-Progressismus - gewichtete einfache Varianzanalysen - 2920 Gemeinden

	Verteilungs-Progressismus						
Wert-Progressismus	sehr tief	tief	tief-mittel	mittel	mittel-hoch	hoch+ sehr hoch	
Hoch + sehr hoch							
- ZIVI	37.3	41.4	44.1	42.3	46.7	51.2	45.6
- RÜST	34.6	40.0	42.2	43.4	48.8	52.7	45.9
- ZIVI-RÜST	-2.7	-1.4	-1.9	1.1	2.1	1.5	-.03
Mittel-hoch							
- ZIVI	31.3	37.3	37.3	38.6	39.5	46.8	39.0
- RÜST	31.6	36.9	38.4	41.6	43.8	48.0	41.2
- ZIVI-RÜST	0.3	-0.4	1.1	3.0	4.3	1.2	2.2
Mittel							
- ZIVI	27.4	32.0	34.2	35.1	38.7	42.5	36.1
- RÜST	32.2	34.4	36.8	40.3	43.1	48.0	40.4
- ZIVI-RÜST	4.8	2.4	2.6	5.2	4.4	5.5	4.3
Tief-mittel							
- ZIVI	24.6	27.6	30.3	32.8	32.6	37.4	31.6
- RÜST	30.2	33.9	35.1	38.1	39.0	45.4	37.6
- ZIVI-RÜST	5.6	6.3	4.8	5.3	6.4	8.0	6.0
Tief							
- ZIVI	21.4	24.6	26.6	28.4	29.8	35.7	27.8
- RÜST	28.8	32.4	32.8	35.8	36.2	44.2	35.0
- ZIVI-RÜST	7.4	7.8	6.2	7.4	6.4	8.5	7.2
Sehr tief							
- ZIVI	17.2	22.5	23.2	25.5	26.2	30.6	25.2
- RÜST	26.9	30.0	31.1	32.4	36.4	39.4	33.8
- ZIVI-RÜST	9.7	7.5	7.9	6.9	10.2	8.8	8.6
	28.7	30.7	33.5	33.8	38.5	43.1	
	31.4	34.6	36.6	38.8	43.2	47.7	
	2.7	3.9	3.1	5.0	4.7	4.6	
					WERT CH		36.2
							40.4
							4.6

eta :	ZIVI	RÜST	RÜST-ZIVI
Wert-Progressismus	.74	.51	.51
Verteilungs-Progressismus	.50	.69	.15
Kombination	.86	.81	.56

- Je grösser in einer Gemeinde das Gewicht der wert-progressiven und je grösser das Gewicht der verteilungs-progressiven Haltung, desto grösser im Mittel der Ja-Stimmenanteil bei der Zivildienst-Initiative. Die Verknüpfung mit dem Wertkonflikt ist deutlich stärker als die Verknüpfung mit dem Verteilungskonflikt ; die *Zivildienst-Initiative* thematisiert die Armeefrage somit primär als *Wertproblem*.
- Je grösser in einer Gemeinde das Gewicht der wert-progressiven und je grösser das Gewicht der verteilungs-progressiven Haltung, desto grösser im Mittel der Ja-Stimmenanteil bei der Rüstungsreferendums-Initiative. Die Verknüpfung mit dem Verteilungskonflikt ist deutlich ausgeprägter als die Verknüpfung mit dem Wertkonflikt ; die *Rüstungsreferendums-Initiative* thematisiert die Armeefrage somit primär als *Verteilungsproblem*.

Zivildienst- und Rüstungsreferendums-Initiative strukturieren somit die Auseinandersetzungen um die Armee "im Kleinen" nach der gleichen Logik wie die beiden übergreifenden Konfliktdimensionen die Wert- und Interessendifferenzen "im Grossen". Daran anschliessend von Interesse ist nun natürlich die Frage, in welchen "Zonen" sich die beiden Thematisierungen der Armeefrage eher wechselseitig ein-, in welchen hingegen sich eher wechselseitig ausschliessen. Die Differenz zwischen den Ja-Stimmenanteilen bei den beiden Initiativen gibt darüber Aufschluss : Die Rüstungsreferendums- findet im Vergleich zur Zivildienst-Initiative im Mittel einen umso grössere Zustimmung, je grösser in einer Gemeinde der Anteil von Selbständigen oder Arbeitern sowie je tiefer in einer Gemeinde der Anteil der Stimmberechtigten mit hoher Bildung, das pro-Kopf-Einkommen sowie der Linkswähleranteil. Die Differenzen sind beträchtlich, übersteigen sie in vielen Kategorien doch den Wert von 10 % (zugunsten der Rüstungsreferendums-Initiative). In der wert-konservativen "Zone" werden Armee und Landesverteidigung so deutlich stärker verteilungs- als wertbezogen kritisiert - ein nicht unwesentlicher Teil derjenigen, die die Armee verteilungsbezogen kritisieren, halten ihr wertbezogen die Stange. In der wert-progressiven "Zone" hingegen klappen die beiden Aspekte in der Regel eher zusammen ; man ist armeekritisch oder man ist es nicht - wenn ja, dann mit grosser Wahrscheinlichkeit wert- *und* verteilungsbezogen.

Auf dem Hintergrund dieser Zusammehänge ist nun zu vermuten, dass der unerwartet hohe Ja-Stimmenanteil bei der Armeeabschaffungs-Initiative zumindest zum Teil darauf zurückzuführen ist, dass sich in dieser Vorlage beide Aspekte der Armeekritik zu einem bisher nicht zu beobachtenden Mischungsverhältnis zusammengefunden haben : Wer Armee und Landesverteidigung aus wert- *und* verteilungsbezogenen Gründen kritisieren wollte, der stimmte zu - so wie er es schon bei der Zivildienst- und der Rüstungsreferendums-Initiative getan hatte. Wer Armee und Landesverteidigung wertbezogen zwar im Prinzip eine hohe Bedeutung zuerkennt, das Verhältnis zwischen Aufwand und Ertrag aber eher kritisch beurteilt, auch dessen Zustimmungsneigung dürfte so gering nicht gewesen sein, stand doch kein "ge-

teiltes Recht" schaffender Zivildienst mit zur Debatte. Die festzustellenden Regularitäten unterstützen diese Vermutung (Tabelle 6).

Tabelle 6

% Ja Zivildienst-, Rüstungsreferendums- und Armeeabschaffungs-Initiative - Interkorrelation
- gewichtete einfache Varianzanalyse - 2920 Gemeinden

	ZIVI	RÜST	ARAB	ARAB - ZIVI	ARAB - RÜST
% Ja Zivildienst					
< 20 %		27.3	22.7	6.3	
20 % - 25 %		31.9	27.5	4.7	
25 % - 30 %		34.6	30.5	2.9	
30 % - 35 %		37.0	32.3	-0.2	
35 % - 40 %		40.9	36.2	-1.4	
40 % - 45 %		43.6	40.2	-2.2	
45 % - 50 %		47.9	43.0	-4.3	
> 50 %		53.4	49.5	-4.0	
eta		.79	.82	.56	
% Ja Rüstungsreferendum					
< 25 %	20.2		21.1		0.0
25 % - 30 %	25.4		26.8		-1.3
30 % - 35 %	28.5		29.6		-3.1
35 % - 40 %	33.1		33.2		-4.3
40 % - 45 %	38.0		37.6		-5.0
45 % - 50 %	43.6		41.5		-6.4
50 % - 55 %	50.1		46.8		5.7
> 55 %	50.2		51.5		-7.5
eta	.81		.81		.33
% Ja Armeeabschaffung					
< 20 %	19.9	26.3		-3.9	-10.3
20 % - 25 %	24.6	30.9		-1.5	-7.8
25 % - 30 %	27.6	32.9		0.0	-5.3
30 % - 35 %	31.7	36.2		0.8	-3.7
35 % - 40 %	37.2	41.4		0.4	-3.9
40 % - 45 %	44.2	47.1		-1.4	-4.3
45 % - 50 %	50.1	51.3		-3.6	-4.7
> 50 %	51.8	53.8		1.9	0.0
eta	.83	.81		.26	.35
Mittel % Ja Zivildienst + Rüstungsreferendum					
< 25 %			21.8		
25 % - 30 %			27.8		
30 % - 35 %			31.3		
35 % - 40 %			34.8		
40 % - 45 %			38.8		
45 % - 50 %			42.7		
> 50 %			49.4		
eta			.88		
WERT CH	36.2	40.4	35.6	-0.6	4.6

- Je geringer in einer Gemeinde die Zustimmung zur Zivildienst-Initiative, desto grösser im Mittel die Zunahme des Ja-Stimmenanteils im

Übergang von der Zivildienst- zur Armeeabschaffungs-Initiative. In den Gemeinden mit einem sehr tiefen Ja-Stimmenanteil bei der Zivildienst-Initiative (< 20 %) beträgt die Differenz im Mittel 6.3 % (zugungsten der Abschaffungs-Initiative), am entgegengesetzten Pol (Ja Zivildienst-Initiative > 50 %) hingegen im Durchschnitt - 4.0 %.

- Je grösser in einer Gemeinde die Zustimmung zur Armeeabschaffungs-Initiative, desto geringer im Mittel die Abnahme des Ja-Stimmenanteils im Übergang von der Rüstungsreferendums- zur Armeeabschaffungs-Initiative. In den Gemeinden mit einem sehr hohen Ja-Stimmenanteil bei der Armeeabschaffungs-Initiative (> 50 %) beträgt die Differenz im Mittel 0 %, am entgegengesetzten Pol (Ja Armeeabschaffungs-Initiative < 20 %) hingegen im Durchschnitt - 10.3 %.
- Je grösser in einer Gemeinde der mittlere Ja-Stimmenanteil bei der Zivildienst- und der Rüstungsreferendums-Initiative, desto grösser im Mittel die Zustimmungsquote bei der Armeeabschaffungs-Initiative (und umgekehrt). In den Gemeinden mit einem sehr hohen mittleren Ja-Stimmenanteil bei den beiden vorauslaufenden Initiativen (> 50 %) beträgt die Zustimmungsquote bei der Armeeabschaffungs-Initiative im Durchschnitt 49.4 % (+ 13.8), am entgegengesetzten Pol (mittlerer Ja-Stimmenanteil bei den beiden Initiativen < 25 %) hingegen im Durchschnitt 21.8 % (- 13.8 %) [14].

Dass bei der Armeeabschaffungs-Inititiative gleichzeitig wert- *und* verteilungsbezogenes Unbehagen am Militärischen artikuliert werden konnte, darf so als eine wesentliche Voraussetzung für den hohen Ja-Stimmenanteil gewertet werden. In Relation zu den bei den beiden vorauslaufenden armeekritischen Initiativen zu beobachtenden Regularitäten bringt die Armeeabschaffungs-Initiative aber nichts grundsätzlich Neues - die Positionen in Sachen Armee sind mehr oder weniger "kristallisiert", die Armeeabschaffungs-Initiative ist alles andere als ein "singulärer Irrläufer". Wer die 35.6 % Ja-Stimmen so nicht als klaren Indikator für die Tatsache hinzunehmen bereit ist, dass die Armee über Partialproblematiken hinaus wohl unwiderruflich grundsätzlich an "Tabugehalt" verloren hat, der kann dies aus welchen Gründen auch immer tun - valide empirische Evidenzen zur Legitimation einer derartigen Position dürften allerdings nicht leicht zu beschaffen sein. Auf der Basis dieser Ergebnisse sind zumindest gegenüber *einem* interpretativen Versuch, die 35.6 % Ja-Stimmen zur Armeeabschaffungs-Initiative von ihrer Relevanz zu entkleiden, einige Vorbehalte anzubringen :

Nicht alle, die zur Armeeabschaffungs-Initiative an der Urne ein Ja eingelegt haben, sind "radikale Armeegegner" ; viele wollten die Armee in Tat und Wahrheit gar nicht abschaffen, sondern den für die Armee und die Lan-

---

[14] Der mittlere Ja-Stimmenanteil bei den beiden vorauslaufenden armeekritischen Vorlagen "erklärt" im Gemeindevergleich fast 80 % der Variablität des Abstimmungsverhaltens bei der Armeeabschaffungs-Initiative und erweist sich somit als der "potenteste" Verhaltensprädiktor.

desverteidigung Verantwortlichen nur ihren Unmut kundtun, nur einen "Denkzettel" erteilen. Demtsprechend werde die Bedeutung des unerwartet hohen Ja-Stimmenanteils überschätzt - Dass in der Gruppe der Befürworter unterschiedliche Motivkonstellationen von Bedeutung sind, liegt auf der Hand. Und dass sich bei Befragungen die Befürworter zwar je nach Repräsentativität und Problemadäquatheit der gestellten Fragen in unterschiedlich grosse, im Mittel aber in etwa in zwei gleich grosse Gruppen von "harten" resp. "weichen" Armeekritiker aufspalten lassen, ist auch nicht sonderlich erstaunlich. Was aber bringen - prospektiv betrachtet - derartige empirisch mehr oder weniger plausibel zu belegende "Gewissheiten" ? Sehr wenig : Zum *einen* ist zu vermuten, dass im Zusammenhang mit der Armeeabschaffungs-Initiative das heute für radikale Änderungen in Sachen Armee und Landesverteidigung optierende Potential zwar mehr oder weniger vollständig mobilisiert worden ist und sich damit in nächster Zukunft eine weitere Armeeabschaffungs-Initiative grosso modo mit dem gleichen Ergebnis zufrieden zugeben hätte, aber eine "Rückbildung" dieses armeekritischen Potentials ist aus verschiedenen Gründen sehr unwahrscheinlich - im Gegenteil : es dürfte langsam wachsen, wenn auch die "Mehrheitsfähigkeit" so schnell nicht erreichen [15]. Zum *anderen* scheint sich in Sachen Armee und Landesverteidigung in letzter Zeit weit über die "notorischen Armeekritiker" hinaus die Frage breit gemacht zu haben : Bringt der hohe Aufwand auch das, was er verspricht ? Ist dieser gigantische Aufwand - bisher extrem "kürzungsresistent" - überhaupt noch gerechtfertigt ? Sollte es in nächster Zukunft zu plebiszitären Auseinandersetzungen um derartige - die Armee als ganzes nicht in Frage stellenden - Probleme kommen, so dürfte entscheidend sein, ein wie grosser Teil der Armeeabschaffungs-Gegner für ein Ja zu Aufwandreduktionen zu gewinnen sein wird. Damit rückt ein bisher völlig vernachlässigter - prospektiv aber zentraler - Aspekt ins Zentrum : Wie homogen sind die Gegner der Armeeabschaffungs-Initiative ? Sollten sich die Gegner im gleichen Sinne wie die Befürworter in eine "harte" und in eine "weiche" Gruppe aufspalten lassen (was eigentlich sehr naheliegend ist), so ist zu vermuten, dass in nächster Zukunft in Sachen Armee und Landesverteidigung jenseits ihrer Abschaffung noch etliches im Bereich des Möglichen liegt. Denn die Position der "harten" Armeeabschaffungs-Gegner, die Posi-

---

[15] Die Vermutung, dass die "Rückbildung" des Potentials eher unwahrscheinlich ist, aber die "Mehrheitsfähigkeit" des Potentials (trotz aufsteigender Konjunktur) wohl noch nicht so schnell erreicht werden wird, kann sich zumindest partiell auf empirische Evidenzen stützen : Zwischen dem Abstimmungsverhalten bei der Armeeabschaffungs-Initiative einerseits, dem Abstimmungsverhalten bei den Volksinitiativen zur Einführung der 40-Stunden-Woche andererseits bestehen im Gemeindevergleich sehr deutliche Verhaltensparallelitäten. In den Gemeinden mit einem sehr hohem Ja-Stimmenanteil bei der Armeeabschaffungs-Initiative realisierten somit auch die beiden Volksinitiativen zur generellen Verkürzung der Arbeitszeit im Durchschnitt eine sehr deutlich über dem jeweiligen gesamtschweizerischen Wert liegende Zustimmungsquote (und umgekehrt). Dass sich die "Zeitfrage" konzeptionell bestens mit der "neuen", durch die Armeeabschaffungs-Initiative zentral thematisierte Konfliktachse verknüpfen lässt, liegt auf der Hand. Die erste Arbeitszeit-Initiative realisierte im Jahre 1976 zwar nur 22 % Ja-Stimmen, die zweite im Jahre 1988 aber - unter fast perfekter "Reproduktion" des Musters im Gemeindevergleich - schon 34.2 %. Die Konjunktur ist aufsteigend, die "Mehrheitsfähigkeit" aber noch nicht erreicht.

tion der Unentwegten, die noch Wochen nach der Abstimmung z.B. in Inseraten der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS) "*alle vaterländisch gesinnten Kreise*" aufforderten, "*mit verstärktem Einsatz den antimilitaristischen (!) Tendenzen ... entgegenzutreten*", ist auf sich allein gestellt wohl kaum (mehr) "mehrheitsfähig".

ANHANG 1

% Ja Armeeabschaffungs-Initiative (ARAB), % Ja Zivildienst-Initiative (ZIVI), % Ja Rüstungsreferendums-Initiative (RÜST) und % Ja-Differenz RÜST-ZIVI nach ausgewählten Gemeindemerkmalen - gewichtete einfache Varianzanalysen - 2920 Gemeinden

	ARAB	ZIVI	RÜST	RÜST-ZIVI
Beschäftigungsstruktur				
- Selbständige	23.8	21.9	29.9	8.0
- Arbeiter-Selbständige	29.4	26.8	34.8	8.0
- Angestellte-Selbständige	33.0	32.4	35.8	3.4
- Arbeiter	35.9	33.0	42.2	9.2
- Arbeiter-Angestellte	34.2	32.9	39.7	6.8
- Angestellte-Arbeiter	34.4	34.3	39.4	5.1
- Angestellte	40.4	41.7	44.2	2.5
- Angestellte leitende	36.4	39.2	37.4	- 1.8
- eta	.54	.62	.49	.53
Urbanisierung				
< 15 %	31.9	30.4	36.7	6.3
15 % - 25 %	34.7	34.5	38.3	3.8
25 % - 35 %	37.3	38.7	40.7	2.0
35 % - 50 %	37.8	39.7	41.0	1.3
> 50 %	41.1	43.6	45.6	2.0
eta	.49	.60	.45	.37
Hohe Bildung				
< 10 %	28.9	25.5	35.5	10.0
10 % - 15 %	31.7	30.0	37.3	7.3
15 % - 20 %	35.0	34.8	39.7	4.9
20 % - 25 %	39.7	41.7	44.0	2.3
25 % - 30 %	37.6	40.1	39.4	- 0.7
> 30 %	39.6	41.8	40.1	- 1.7
eta	.45	.57	.33	.56
Pro-Kopf-Einkommen				
< 25 %	27.0	24.7	35.4	10.0
25 % - 50 %	30.6	28.2	36.6	8.4
50 % - 75 %	34.0	33.4	39.1	5.7
75 % - 100 %	35.9	36.5	39.9	3.4
100 % - 125 %	37.3	37.1	40.7	3.6
125 % - 175 %	42.1	45.3	46.0	0.7
> 175 %	35.5	38.5	36.1	- 2.4
eta	.45	.70	.40	.52
Sprachkultur				
- deutsch + romanisch	34.4	34.5	39.1	4.6
- französisch	39.7	40.2	42.6	2.4
- italienisch	39.1	40.4	45.3	4.9
- eta	.28	.26	.21	.16
Linkswähler				
< 10 %	27.4	23.7	30.9	7.2
10 % - 20 %	33.2	32.2	35.8	3.6
20 % - 30 %	35.4	35.9	40.3	4.4
30 % - 40 %	40.1	42.1	45.5	3.2
> 40 %	42.7	46.7	50.0	3.3
eta	.52	.64	.64	.20
WERT CH	35.6	36.2	40.6	4.4

Schweiz.Z.Soziol./Rev.suisse sociol., 3 (1989) 583-609

MACHTDELEGATION INNERHALB DES PATRONAT. ZUM STELLENWERT PATRONALER DISKURSPRODUKTION

Wolfgang Kowalsky
Freie Universität Berlin, Institut für Internationale Politik und Regionalstudien (WE 4), Fachbereich Politische Wissenschaft, Kiebitzweg 3, D - 1000 Berlin 33

1. Einleitung

Machtdelegation ist ein äusserst vielschichtiges Problem. Der Logik von Delegation im Allgemeinen nachzugehen hiesse ihre Stiftung und Einsetzung zu verfolgen : Wie erhalten Mandatsträger von einer Gruppe die Macht, sie als Gruppe darzustellen und darüberhinaus : sie zu verkörpern ? Wie konstituiert sich die Macht des autorisierten Sprechers und wie institutionalisiert sie sich ? Anders : Wie kommt es, dass der Wortführer für die Gruppe steht, ausgestattet mit der Vollmacht, in ihrem Namen zu sprechen und sogar zu handeln ? Wie kommt der plena potentia agendi zustande ? Eine Verbindung von diachroner Längsschnittanalyse der historischen Entstehung mit einer synchronen Analyse der Funktionsweise im gegebenen Augenblick erlaubt es, dem Geheimnis auf die Spur zu kommen. Im Rahmen einer kurzen Abhandlung ist dieses umfassende Programm natürlich nicht zu leisten. Weitgehend ausgeklammert werden muss auch, dass es bei Macht immer um Anerkennung geht. Selbst ein autorisierter Sprecher muss erst als solcher anerkannt werden.

Um sich der Problematik von Machtdelegation zu nähern, ist zunächst ein Bruch erforderlich mit dem substantialistischen Denken (wie es z.B. die "Eliten"-Forschung praktiziert), das eine Population bevorzugt und das als ein Substrat behandelt, was de facto ein gesellschaftliches Verhältnis ist. Denn das unsichtbare Netz von Beziehungen hat mehr Realität als Grupp(ierung)en und deren Eigenschaften. Akteure oder Gruppen von Akteuren sind durch ihre relative Stellung im sozialen Raum definiert. Ausgehend von dieser Stellung lassen sich Klassen "herauspräparieren" (P. Bourdieu), d.h. Ensembles von Akteuren mit ähnlichen Positionen (oder ähnlichen Bewegungsmustern) im Raum von Beziehungen.

Die Analyse von Machtdelegation privilegiert von ihrer Fragestellung her die Beobachtung der Kräfte, der Machtbeziehungen. Im folgenden geht es also nicht um - patronale - Macht im Allgemeinen, nicht um die Macht gros-

ser Unternehmen oder transnationaler Konzerne [1]. Nur vermittelt über deren Repräsentanten im Unternehmerzentralverband kommen diese ins Spiel. Das Verhältnis zur Regierungspolitik, zu Verbänden anderer Industrieländer, das Verhältnis zu den Gewerkschaften, die den modernen Mitteln der Information - und damit Diskursproduktion - abwartender und skeptischer gegenüberstanden als die Unternehmerseite, vielleicht weil sie deren Stellenwert im modernen Machtgeflecht verkannten, gerät nur sporadisch ins Blickfeld. Im Mittelpunkt steht die Frage nach der Delegation von Macht der "Unternehmerbasis" an die Unternehmerspitze, die verbandsmässig auftritt. Während das ökonomische Machtzentrum bei einigen transnationalen und nationalen Konzernen liegt, hat sich der Unternehmerverband, die Verbandsmacht als Zentrum patronaler Repräsentationsmacht herausdifferenziert. Als solches unterhält es Beziehungen zur Regierung, zum Staatspräsidenten, zu Gewerkschaften, zu den Medien. Ein Grossunternehmer kann nur in seiner Eigenschaft als Verbandsvertreter sich als Unternehmer schlechthin präsentieren ; nur auf diese Weise lässt sich abstrahieren von der Firma, für die er tätig ist, und dies bildet eine Voraussetzung für patronale "Machtergreifung".

2. Die patronale Delegation von Vertretungsmacht

Das Verhältnis des Patronats zu seiner Zentralorganisation ist bislang kaum erforscht. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, wurde der CNPF als eigenständiger Apparat, als bürokratischer Koloss untersucht [2], nicht jedoch das innerpatronale Beziehungsgeflecht, aus dessen Mitte er als Machtinstanz herausragt. Bewusst ausgeklammert wird hier das Zustandekommen dieser Vertretungsmacht aus den durchaus sich widersprechenden Interessenlagen verschiedenartiger Industriebranchen. Die Existenz gemeinsamer Interessen kann als etwas Gegebenes vorausgesetzt werden, sonst existierte der CNPF nicht in dieser Form, sondern höchstens als Dienstleistungsbüro. Ebenso werden im folgenden die verschiedenen patronalen Gruppierungen ausserhalb des CNPF weitgehend ausser acht gelassen [3].

---

[1] Patronat ist zunächst die traditionelle französische Bezeichnung für die Unternehmerschaft. Durch Übernahme des Begriffs soll auf die spezifisch französische Ausprägung und die paternalistische, machtbezogene Konnotation hingewiesen werden. Zum Begriff Patronat cf. meine Monographie, Kowalsky, 1989, chap. 6.2.

[2] So z.B. der ehemalige CNPF-Mitarbeiter J.M. Martin (1983), der sich fast ausschliesslich diesem Nebenschauplatz widmet ; zur ausführlicheren Auseinandersetzung mit der vorliegenden Literatur über das Patronat cf. meinen Überblick (Kowalsky, 1987a, 1988a). Ähnlich Philippe Messine : "L'intelligentsia a royalement ignoré, dans son immense majorité, le monde de l'entreprise" (1987, 186). CNPF = Conseil National du Patronat Français, französischer Unternehmer-Zentral verband.

[3] Z.B. das CJD = Centre des Jeunes Dirigeants, die Assoziationen "Entreprise et Progrès", ETHIC, ACADI, UNICER, das Patronat chrétien, etc. Die "avantgardistischen" Fraktionen

Seine Machtbefugnisse hat sich der Verband im Gefolge zweier gesellschaftlicher "Schocks" angeeignet, nach den Sozialbewegungen im Juni 1936 und im Mai-Juni 1968. Um es zuzuspitzen : Vor 1936 hatte die Organisation, die 1919 auf Anstoss des Industrieministeriums gegründet worden war, eher den Charakter einer "amicale" und eignete sich nach Unterzeichnung des Matignonabkommens auf Kosten der einzelnen Unternehmer Kompetenzen an, die sie als Kampforganisation und Machtzentrum konstituierten (Kolboom, 1986). Angeschlagen und diskreditiert durch ihr Verhalten in der Vichy-Periode ("zufälligerweise" steht dazu weiterhin eine Untersuchung aus) blieb sie in der Nachkriegszeit zurückhaltend. Erst im Gefolge des Mai 1968 wurde eine Patronatsorganisation "neuen Typs" geschmiedet [4], die sich vom unbeweglich reagierenden zum flexibel agierenden sozialen Akteur wandelte, vom "grossen Schweiger" - nach Vorbild der Armee - zum öffentlich intervenierenden Machtzentrum, zum hegemonialen "Meinungsführer" des Patronats. Gleichzeitig wurde die Delegation von Vertretungsmacht neu strukturiert. Zu diesem Zwecke wurde eine Informationsabteilung geschaffen, die innerhalb kürzester Zeit weitgehende Machtbefugnisse an sich zog und sich zur wohl effizientesten in ganz Frankreich entwickelte. Um kein trügerisches Bild zu zeichnen, ist der Hinweis angebracht, dass das Patronat trotz seiner spektakulären Wende zu Öffentlichkeitsarbeit und mehr Transparenz ein soziales Milieu geblieben ist, dessen Hauptentscheidungen nicht öffentlich, sondern wie ehedem hinter verschlossenen Türen fallen. Der einzelne Patron weiss darüber kaum mehr in Erfahrung zu bringen als ein Journalist : Zwar werden seit einiger Zeit nach den Sitzungen der entscheidenden CNPF-Gremien umgehend Videospots zur Mitgliederinformation gedreht und den Lokalverbänden zwecks Vorführung übermittelt, doch deren Informationswert entspricht dem einer Stellungnahme eines Sprechers des Aussenministeriums. Über den eigentlichen Entscheidungsprozess, das Für und Wider dringt im Normalfall nichts nach aussen. Es sei bereits hier angedeutet, dass die delegierte Vertretungsmacht, die sich als eigenständige Machtinstanz neukonstituiert, sodann verfestigt hat, bei ihrer "Basis" keine Genehmigung mehr einzuholen braucht, vielmehr verbindliche Entscheidungen treffen kann. Wichtige Entscheidungen erfährt die patronale "Basis" nur post festum aus Presse oder Medien.

können ebensowenig Berücksichtigung finden ; sie sind übrigens in ständigem Wandel begriffen : Zählte in den Maitagen 1968 das Elektrosyndikat, Entreprise et Progrès und das CJD dazu, so war in den 70er Jahren wenig von diesen zu vernehmen, während die Bewegungen für "Cercles de qualité" (AFCERQ), ACADI und Einzelkämpfer (wie das Pseudonym Philippe Messine) in den Vordergrund traten. Hinter diesem Wandel steht eine eigentümliche Dialektik : Eine innovatorische und teilweise unterdrückte Aussenseiterdoktrin wird als Teil der etablierten Lehre akzeptiert, sie verwandelt sich in eine traditionelle und orthodoxe Auffassung und kann als Waffe zur Unterdrückung neuer innovativer Aussenseiteransichten eingesetzt werden.

[4] Zum strategischen Aspekt, cf. meine Abhandlungen (Kowalsky, 1987b, 1988b).

Interne Differenzierungen des Patronats.

Um die Analyse zu präzisieren, ist es notwendig, Differenzierungen innerhalb des Patronats vorzunehmen. Mit Hilfe solcher Differenzierungen wird es erst möglich, die Initiatoren der patronalen Strategiewende einzugrenzen und ihren Gründen auf die Spur zu kommen. Es reicht nicht aus, von einem Patronat auszugehen, das wie ein monolithischer Block dasteht. Von daher ist es angebracht, die gängigen Einteilungen der Unternehmerschaft auf ihre Brauchbarkeit für eine Strategieanalyse zu überprüfen :

1. Zunächst die Unterscheidung nach der Grössenordnung, die nicht nur die CGPME, der SNPMI oder die FKP vornehmen, um das "grand patronat" von den "petites entreprises" zu trennen. Daran wird oft die Forderung angeknüpft, dass letztere durch staatliche Subventionen unterstützt werden. Diese Betrachtungsweise abstrahiert vollkommen vom : "Kleinpatron, der-sein-Geschäft-selbst-aufgezogen-hat, keine- Politik-macht, die-Gewerkschaften-nicht-mag, (...) diesem 'underground' eines sozialen Frankreichs, das den Laden 'mit 49 Mann führt', weil mit 50 - der für die Existenz eines Unternehmenskomitees (CE) erforderlichen Schwelle - der Feind durch die Vordertür reinkommt" (Le Monde, 10.3.1982). Der Schwelleneffekt ist unbestreitbar. Die Zahl der Betriebe mit 47, 48 oder 49 Beschäftigten liegt erheblich höher als die Zahl der mit 50 oder 51. Die Aufteilung entlang der Trennlinie gross / klein steht quer zu der Problematik der Sozialstrategien : In Gross- wie Kleinbetrieben können unter vergleichbaren Problemkonstellationen ähnlich liegende strategische Lösungen zum Tragen kommen.

2. Eine weitverbreitete Klassifikation ist die nach politischen Überlegungen oder Traditionseinflüssen, die Journalisten und Forscher anwenden, um die Patrons den expansionistischen oder malthusianistischen, den meritokratischen oder denen von Gottes Gnaden ("de droit divin"), den "liberalen" oder "autokratischen", "paternalistischen", den "modernistischen" oder "konservativen" (z. B. Weber, 1986), "linken" oder "rechten", "patrons ouverts" oder "patrons de choc" (dazu zählt gemeinhin die UIMM als Erbin des "Comité des forges") zuzuordnen. Die inhaltliche Füllung der Begriffe wird in der Regel nicht offengelegt, bleibt häufig vage und ist zudem von Autor zu Autor unterschiedlich. CJD-Präsident B. Boisson kritisierte das Aufstülpen politischer Kriterien mit dem Argument, politische und soziale Einstellungen seien nicht unbedingt deckungsgleich : "Ich kenne viele rechte Patrons, die eine eindeutig sozialere Haltung einnehmen als ihre Kollegen, die sich der gegenteiligen Überzeugung brüsten". Darüberhinaus haben diese Etikettierungen jeweils nur einzelne Aspekte dessen im Auge, was in der patronalen Wende eine Verbindung eingegangen ist. Begriffe wie z.B. "paternalistisch" oder "autokratisch" stehen zwar für eine bestimmte Konzeption von Sozialpolitik, nicht aber für eine bestimmte Informationsstrategie, die folglich getrennt aufgefasst wird von den Sozialstrategien, obwohl beide miteinander verknüpft sind. Die patronale Wende zeichnet sich gerade dadurch aus, dass parallele Paradigmenwechsel auf beiden Gebieten vollzogen wurden.

3. Aus den unbestreitbaren Schwierigkeiten, die solche, ihre Voraussetzungen meist nicht offenlegende Definitionen mit sich bringen, folgern Dritte die Unmöglichkeit von Klassifizierungen überhaupt ; sie leisten damit - gewollt oder ungewollt - dem Bild eines monolithischen Unternehmerblocks Vorschub. Stellvertretend für diese Position sei der Historiker G. Lefranc angeführt, der die Rede von "Tendenzen innerhalb des CNPF", speziell eines "modernistischen" und eines "konservativen Flügels", mit dem Argument zurückweist, es kämen "häufig Verschiebungen von einer Tendenz zur anderen" vor : "Der Irrtum läge darin, sich das interne Leben des CNPF und seiner Organisationen nach den Schemata vorzustellen, an die wir uns durch die internen Kontroversen der Arbeiterorganisationen gewöhnt haben" (Lefranc, 1976, 157). Dieses Argument, Klassifizierungen unterlägen Verschiebungen, trifft auf sozialwissenschaftliche Definitionen jeglicher Art zu und spricht doch nicht gegen Einteilungen, wenn diese begründet und dem Erkenntnisfortschritt dienlich sind.

Alle drei Positionen erweisen sich für die Strategieanalyse als unzureichend. Dafür wäre eine Bestimmung von Nutzen, die aus ideologietheoretischer Perspektive an Strategien herangeht, d.h. die sich um den "Stellenwert des Ideologischen" anordnet : Sie erlaubt eine Unterscheidung zwischen Betrieben/Patrons, die :

a) sich - wenn überhaupt - gezwungenermassen mit Sozialbeziehungen (und Informationsstrategien) beschäftigen, diese in Kostentermini ("faux frais") denken, auf der Passivseite verbuchen ; und solchen, die

b) eine ideologische Gesamtstrategie, eine Vergesellschaftungsstrategie erarbeiten, umsetzen, womöglich als Aktiv situieren und in ein Element des Gewinns verwandeln. In diesen Betrieben können ideologische Gesichtspunkte die rein ökonomischen Beweggründe überlagern.

Diese Einteilung erlaubt eine Differenzierung nach der Art des Umgangs mit Strategiefragen, d.h. entlang der Trennlinie, ob ein Unternehmen eine eher aktive oder eher reaktive Herangehensweise praktiziert. Damit ist eine Schwäche der Einteilung in Gross- und Kleinbetriebe überwunden, die nicht erfassen lässt, dass eine Reihe von Grosskonzernen ihre "Sozialkosten" wie eine Fatalität erträgt. Die Betriebsgrösse ist eine weniger wichtige Variable ; die dieser Abhandlung zugrunde liegende Einteilung deckt sich im allgemeinen mit der zwischen "harten" Methoden patronaler Herrschaftsausübung, die patriarchalisch - paternalistische Autoritätsstrukturen durchsetzen und deren verwirklichter Grenzfall die Militärhierarchie bildet, sowie "sanften", die auf ein Arsenal modernster Führungsmethoden zurückgreifen, u.a. die Entwicklung von Informations- und Kommunikationsstrukturen, Konzertation, Arbeitsbereicherung, Flexibilisierung der Arbeitszeit, moderne Managementtechniken. In paternalistisch geführten Betrieben war die Karriere jedes Mitarbeiters vom Wohlwollen des Patron abhängig. Nach "68" wurden diese paternalistischen Autoritätsstrukturen in Frage gestellt, und die patronale "Avantgarde" setzte meritokratisch begründete Aufstiegs- und Karriereformen durch. Sie bilden den zeitgemässeren Rahmen, innerhalb dessen individuelle Mobilität möglich ist, ohne die Hierarchie als Faktum zu gefährden. Sie funktionieren relativ rational innerhalb einer häufig irrationalen hierarchischen Einteilung. Willkür beim Aufrücken ist entgegen dem Anschein, den Meritokratie vermittelt, keineswegs ausgeschlossen.

Um das patronale Machtgeflecht zu erfassen, soll im folgenden - unter Punkt 2 - das patronale Beziehungskapital im weitesten Sinne durchleuchtet werden. Analysiert werden Ursachen und Auswirkungen der Herausbildung

einer Delegation patronaler Vertretungsmacht. Dazu werden zunächst die CNPF-Reform und ihre Folgen betrachtet (Punkt 2.1.). Sodann werden die Entstehung der Informationsabteilung, Charakteristika ihrer Arbeitsweise, ihres Interventionsstils, ihrer Beziehungen zu Presse, Medien, Öffentlichkeit herausgearbeitet und ihr "spiritus rector" ins Scheinwerferlicht der Analyse gerückt (Punkt 2.2.). Dabei wird ein - in der Literatur bislang unbekannter - Vorläufer der Informationsabteilung zum Vergleich herangezogen[5]. Ein Charakteristikum der "neuen" Informationsabteilung ist die vorangeschrittene Professionalisierung der patronalen Repräsentationsmacht und "Öffentlichkeitsarbeit" (die sich auf ein spezifisch berufliches Kapital stützen und die Laufbahn ihrer Protagonisten von den Entscheidungszentren der Betriebswelt entfernen). Als nächstes werden Elemente der patronalen "Modernisierung" beigebracht (Punkt 2.3.). Die spezifisch patronale Weise der Delegation von Repräsentationsmacht wird - unter Punkt 3 - ins Zentrum der Analyse gerückt : Anhand der ersten grösseren Fernsehdebatte (zwischen einem Repräsentanten des CNPF und einem der CGT) wird sie ansatzweise mit der gewerkschaftlichen Delegationsweise verglichen. Sodann wird eine Komponente dieser patronalen Repräsentationsmacht, die Diskursproduktion untersucht (Punkt 3.1.) und Implikationen einer speziellen Diskursformation, des "Sachzwangdiskurses", für die Machtdelegation (Punkt 3.2.). Abschliessend - unter Punkt 4 - wird ein Fazit der Umstrukturierung patronaler Vertretungsmacht gezogen und die gesellschaftlichen Auswirkungen, die durch diese Dynamisierung der patronalen Machtdelegationsmodi bewirkt werden konnten, angerissen.

Die patronale Nomenklatura (Personalia)

In der unmittelbaren Nachkriegszeit gehörte der zum Präsidenten des CNPF gekürte Georges Villiers (1946-66) zu den raren vorzeigbaren Patrons: Er war nach Dachau deportiert worden und folglich nicht durch Kollaboration diskreditiert (über seine graue Eminenz André Boutémy, cf. Pierre Assouline, 1988, 340-356). Sein Nachfolger Paul Huvelin (1966-72) war ebenso unscheinbar wie farblos. Komplementär zu dieser Führung arbeitete eine winzige Presseabteilung unter Bressy - von dem noch die Rede sein wird - unter dem Siegel der Verschwiegenheit. François Ceyrac war seit 1936 bei der Union des industries métallurgiques et minières (UIMM) beschäftigt, wechselte nach dem Krieg zum CNPF und musste erst durch die Leitung eines Unternehmens "geadelt" werden, bevor er Präsident des CNPF (1972-81) werden konnte. Er verkörperte ein Projekt, einen neuen Typus sozialer Beziehungen, der einen ständigen Dialog mit den Gewerkschaften einschloss. Komplementär dazu wirkte eine völlig neugestaltete Informationsabteilung unter Michel Frois (1970-87). Yvon Gattaz (1981-86) war als Gründungspräsident der ETHIC

[5] Der nach Kriegsende gegründet worden war und auch im neuesten Werk über das Patronat, der Geschichtsdarstellung von H. Weber (1986) nicht erwähnt wird ; ebensowenig bei H.W. Ehrmann (1957), bei B. Brizay (1975) oder G. Lefranc (1976). Im Jahre 1936 war ein Vorläufer der Informationsabteilung gegründet worden und zwar ebenfalls unter einem Oberst a.D., Paul Brenot. Allerdings wurde sie 1938 eingestellt - und erst noch später, nämlich 1939 schuf auch die Regierung ein Informationsministerium, das 1940 ein Patron, der Pressemagnat Jean Prouvost übernahm.

bekannt geworden und sein Nachfolger François Périgot (seit 1987) war zuvor Präsident von "Entreprise et Progrès" - beide vereinten von daher - zumindest theoretisch - "action" und "parole", doch faktisch war der Ideengehalt der CNPF - Strategien in den 80er Jahren eher mager (Über den CNPF in der Ära Gattaz, cf. Ph. Messine, op. cit., 158-165). Seit dem Abgang der "grauen Eminenz" Frois - und seiner zweiten Hand, Michel Calzaroni - machen sich inhaltliche Schwächen in der Arbeit der Informationsabteilung bemerkbar.

3. Die Herausbildung einer neuen Weise der Delegation patronaler Vertretungsmacht

Ausgangspunkt bildete die Aneignung zusätzlicher Machtbefugnisse im Gefolge der Sozialbewegung des Mai 68 [6] : Die CNPF-Reform von 1969 bewirkte einen "Machttransfer", eine Kompetenzübertragung von den Betrieben auf den CNPF, z.B. die Entscheidungsbefugnis über den Abschluss verbindlicher Manteltarifverträge. Der CNPF hat sich als übergeordnete Instanz konstituiert und etabliert : Die überwiegende Mehrzahl seiner Mitglieder ist dieser Macht unterworfen, rund ein bis zwei Dutzend Personen sind faktisch an den Entscheidungen beteiligt. Die Struktur hat sich nicht nur gegenüber der Unternehmerwelt verselbständigt, sondern eine vertikale Distanz angenommen, sie ist machtgenerierend, d.h. beschränkt sich nicht auf das Angebot von Dienstleistungen unter Gleichen. Zu der vorgeschriebenen kommt eine ungeschriebene Subordination. Der CNPF wurde vom Koordinations- und Vertretungsorgan gegenüber Abgeordneten und Ministerien zum Aktions- und Vertretungsorgan gegenüber der Öffentlichkeit. Die Reform schuf also die Grundlagen für eine neue Weise der Delegation von Vertretungsmacht.

3.1. Gründe und Auswirkungen der CNPF-Reform

Selbstverständlich wirkte die Streikbewegung des "Mai 68" nur indirekt : Patronale Reformkräfte bekamen Aufwind - unter anderem eine vom Grossunternehmer J. Bidegain, ehemaliger Chef der Jungunternehmer (CJD), initiierte Organisation. Bidegain sei als einer der klarsichtigeren Strategen im damaligen Patronatsmilieu zitiert :

---

[6] Die Existenz eines solchen Zusammenhangs zwischen "Mai 68" und der CNPF-Reform wird bestritten : Huvelin erklärte, die Reform habe nichts mit dem Mai 68 zu tun (nach Lefranc, op. cit. 164, der ebenso wie J. Bunel & J. Saglio, 1980, 492, 498, diese unhaltbare Behauptung ungeprüft für bare Münze nimmt). Dieser so konstruierte Nicht-Zusammenhang wurde vorgeschriebene Lesart, die der CNPF bislang nicht explizit widerrufen hat (cf. z.B. die offiziöse Darstellung des CNPF-Mitarbeiters Martin, op. cit., 29). Nur unter der Hand wird zugegeben : "mai 68 eut (a?) été capital" (Frois Interview). Auch Forscher wie Lefranc oder Weber glätten diesen Einschnitt ab (cf. die Kritik von H.W. Ehrmann an letzterem, 1987. Erhärtet in einem Interview mit Ehrmann, 1988).

> "La carence du patronat est surtout apparue en 68, où M. Huvelin était incapable de s'exprimer (...). Les syndicats s'exprimaient tous les jours. (...) 68 au départ ce n'était pas une grève contre l'entreprise, c'était une révolte étudiante et comme le patronat n'a pas pu s'exprimer, la révolte étudiante a réussi à entraîner la grève et la paralysie des entreprises. Mais on aurait pu parfaitement concevoir un scénario différent - c'est la carence totale de l'organisation collective des entreprises qui était la cause de cela" (Interview Bidegain a bzw. b).

Diese Ursachenanalyse ist sicherlich partiell, da die Annahme, einige eventuell gehaltene Reden hätten den Verlauf der Dinge ändern können, eine masslose Überschätzung der Macht des Wortes darstellt. Dazu waren die Unterlassungssünden der letzten Jahrzehnte (in puncto Sozialpolitik) zu gravierend.

Schon im Juli 1968 fasste eine CNPF-Vollversammlung den Beschluss, eine Reform des CNPF in die Wege zu leiten, und gleichzeitig wurde der CNPF-Vorstand durchgreifend erneuert : 13 neue Mitglieder hielten Einzug (auf 35), und die alte Garde musste abtreten - die Vorsitzenden der beiden Hauptkommissionen und Altpräsident Villiers (Ausscheiden aus dem Vorstand). Bei der Vollversammlung vom Februar 1970 kamen noch 10 neue Mitglieder hinzu, so dass zwei Drittel neu besetzt worden waren. Diese Neubesetzungen sind beachtlich, da die Zusammensetzung des Vorstand seit Kriegsende - "abgesehen von Todesfällen und neu hinzugefügten Sitzen" - praktisch identisch blieb (Ehrmann, 1957, 132). Die offizielle Patronatsvertretungsinstanz war personell und strukturell erneuert worden.

Eine Reorganisation der Information war, wie geheime Meinungsumfragen über das patronale Image in der Öffentlichkeit zeigten, unumgänglich : Die breite Öffentlichkeit betrachtete das Patronat als geschlossene Kaste, unfähig sein Metier anständig auszuüben, verantwortlich für die Rückstände der französischen Wirtschaft, rückschrittlich. Der Patron erschien als unnütz, sogar schädlich und im übrigen einem baldigen Untergang geweiht. Auch die Eigenwahrnehmung des Patronats förderte eine tiefe Malaise zutage. Verständlicherweise verschwanden die Umfrageergebnisse in untersten Schubladen. Nur im engsten Kreis der Patronatsleitung liess CNPF-Präsident Huvelin im Februar 1969 dieses düstere Bild vortragen [7], um durch einen Schock

---

[7] Auch heutzutage sind weder der damalige Berichterstatter Cl. Ventre noch Huvelin selbst bereit, diesbezügliche Fragen zu beantworten. Ventre gab nur die Existenz der Umfragen zu : "J'ai été chargé de résumer et commenter verbalement les 2 sondages commandés en fait par Mr. Glasser ou Mr. Frois. Je répète que les documents étaient jugés confidentiels, je n'ai donc conservé aucun document concernant la séance du 4 février 1969", Schreiben an den Autor vom 29. Januar 1987. Huvelin liess schriftliche Anfragen unbeantwortet und vermied bei einem Interview diesbezügliche Ausserungen. Glasser lehnte ein Interview ab : "J'ai quitté les fonctions de Président de la Commission d'Information il y a longtemps déjà et mon témoignage vous serait de faible valeur", Schreiben vom 11. Juli 1983. Auf erneutes Nachhaken und Hinweis auf die Wichtigkeit seiner Aussagen gab es eine endgültige Ablehnung. Der Grossunternehmer und langjährige Vorsitzende der CNPF- Ökonomiekommission A. Roux liess die

doch noch die Reform durchzusetzen, die bei der Vollversammlung vom Januar gescheitert war.

Schliesslich bewerkstelligte der CNPF Ende Oktober 1969 seine Reform, gab sich eine neue Satzung und erhielt ein Verhandlungsmandat. Die Repräsentationsbefugnisse des Präsidenten wurden verstärkt : Er wird direkt von der Vollversammlung gewählt und nicht länger von einem kleinen Ausschuss. Mit dieser präsidentialistischen Machterweiterung der Organisationsspitze war eine Begrenzung der Amtszeit verbunden, so dass eine 20jährige Präsidentschaft wie im Falle Villiers sich nicht wiederholen sollte. Sein Nachfolger Huvelin musste die Leitung seiner Firma niederlegen, um sich besser seinen Aufgaben als Patronatspräsident widmen zu können : zweifellos ein erster, zaghafter Schritt zu erhöhter Professionalität. Das gesellschaftliche Interventionspotential des CNPF wurde modernisiert und dynamisiert, vor allem durch die Gründung einer Informationsabteilung. Fortan können einige "vertrauenswürdige" Journalisten ("gens de confiance") an den Vollversammlungen teilnehmen, die bislang Presseleuten prinzipiell verschlossen blieben (Interview Baudet).

Die öffentlichen Reaktionen auf die Reform waren vorwiegend kritisch, was nicht weiter verwunderlich ist, da die Gegner wie die Befürworter unzufrieden waren. Der "Centre des jeunes patrons" (CJD) bemängelte die Zaghaftigkeit der Reform, und eines seiner Mitglieder, J. Ehrsam, PDG der Nähmaschinenfabrik Singer, griff Huvelin im Radio scharf an - "Un Président, qui parle beaucoup mais agit peu" - und legte ihm seinen Rücktritt nahe [8]. Es lag in der patronalen Logik der Dinge, dass eine solche In-Frage-Stellung der offiziellen Repräsentationsmacht unmittelbare Sanktionen auf den Plan rief und Ehrsams umgehenden Ausschluss aus dem CNPF zur Folge hatte. Als offiziöse Leitlinie gegenüber Reformern setzte die Patronatsleitung durch, diese entweder zu isolieren - so geschehen im Falle von J. Ehrsam - oder sie innerhalb der eigenen Reihen zu akzeptieren aus dem Kalkül heraus, der Reformeifer werde nachlassen, ehe die selbstgesteckten Ziele erreicht sind.

Bitte um ein Gespräch durch seine "assistante" abschlägig bescheiden : "il m'a chargée de vous confirmer, et définitivement, qu'il ne donne pas suite à votre demande", 31. Mai 1985. Frois selbst, der sonst so gut organisiert arbeitet, versprach zwar, das Sitzungsprotokoll zu besorgen, liess die Angelegenheit dann aber - trotz Nachhakens - im Sande verlaufen. Offenbar teilte er da mit anderen grauen Eminenzen "le goût du mystère et du secret" (Assouline) : Er wollte sich nicht zu tief in die Karten schauen lassen.

[8] Über "Europe No 1", das die Aufnahme leider vernichtet hat, so ein Schreiben des Senders vom 6. Juni 1984.

3.2. *Funktion und Funktionieren der patronalen "Informationskommission" und ihres "Informationsdienstes"*

Die zentrale Konsequenz der Reform bildete die Schaffung einer "Délégation à l'information du CNPF" (ab 1972 : "Direction générale de l'information"), deren Entstehung und Arbeitsweise im folgenden skizziert werden. Sie vereint eine Fraktion "organischer Intellektueller" des Patronats. G. Glasser, Präsident des "Syndicat de la construction électrique", das Vorreiter war auf dem Gebiet aktiver Informationspolitik, hatte sich 1968 gegen den "mutisme patronal" aufgelehnt. Ihm wurde 1969 der Vorsitz einer neugeschaffenen "commission d'information" angetragen, und er beauftragte Michel Frois mit dem Aufbau einer Informationsabteilung, den dieser "homme de l'ombre" (Interview Mital) bis Anfang 1987 leitete. Einige biographische Angaben sind in diesem Zusammenhang aufschlussreich [9] : Der 1914 geborene Michel Frois war von 1939 bis 1956 als Offizier tätig und baute das erste militärische Informationszentrum auf. 1950 war "le petit colonel" - so sein Spitzname im CNPF - "Chef du service des informations militaires au cabinet du maréchal De Lattre de Tassigny en Indochine". 1954 wurde er "Directeur de l'information à la résidence de France à Tunis, puis à Rabat", 1956 stieg er auf zum "Chef du service de l'information au ministère de la Défense nationale". Er verliess im folgenden Jahr das Militär und trat in den erwähnten "Syndicat général de la construction électrique" ein. Seine militärischen Erfahrungen können nicht hoch genug eingeschätzt werden. Jahrelang hatte Frois Gelegenheit, die Macht der Diskurse zu erproben und zu prüfen, wie schlechte Nachrichten "verkauft" werden und welche diskursive Artikulation welche Wirkung hervorruft. Folgerichtig zu seiner militärischen Ausbildung kennzeichnet Frois eine grundsätzliche "fidélité au chef quel qu'il soit" (Bidegain Interview a) und ein aussergewöhnliches Loyalitätsbewusstsein.

Frois bekam 1970 offiziell die *Informationsabteilung* unterstellt, die die bereits existierenden kleinen Dienste - Presse, Betriebsbesichtigung, Wirtschaftsfilm - unter sich vereinte. Sein Amtsantritt brachte eine völlige Neuorganisation der bereits bestehenden Mini-Abteilungen und v.a. eine Anhäufung weitreichender Machtbefugnisse und -kompetenzen für ihn selbst. Als Informationsprofi machte er die freie Verfügung über sein Budget und über "le recrutement de mes collaborateurs" zur Vorbedingung für seine Arbeitsaufnahme. Er erwirkte sich - und das war völlig neuartig - das Recht, an allen Sitzungen des CNPF-Sanktuariums teilzunehmen : "Il a directement accès au sommet" (Assouline). Frois oder einer seiner Vertreter war bei sämtlichen Interviews von CNPF-Repräsentanten anwesend. Seine Stellung zeichnet sich aus durch Autonomie und gleichzeitig absolute Ergebenheit. Das Ineinander- und Zusammenspiel dieser beiden Momente ist nur durch eine Homologie des Feldes erklärbar. Jegliche äussere Einmischung, jeder Eingriff von oben, von etwaigen Vorgesetzten war so von vornherein ausgeschaltet - und

---

[9] Vom ihm gilt analog : "il n'y a pratiquement rien concernant les activités de [M. Frois] dans les documentations des grands journaux français" : Cf. P. Assouline, 1988, 12.

zugleich überflüssig. Nur durch diese relative Autonomie konnte sich die Komplementarität zwischen Ceyrac und Frois herausbilden. Die Abteilung von Frois wurde ein wahrer "service de renseignement, qui consacre une partie de la journée à se renseigner et l'autre à renseigner" (Assouline). Diese professionnelle Kompetenz, die Zuverlässigkeit seiner Information und seiner informativen "réseaux de relations" wurden neben der absoluten Diskretion Hauptcharakteristika des Funktionierens des patronalen Informationsdienstes. Frois befand sich "dans l'ombre du pouvoir, représenté par Ceyrac", und zugleich verkörpert er "le pouvoir de l'ombre", weil nur von dort eine effektive Beeinflussung der Öffentlichkeit möglich ist. Die restlichen Mitarbeiter arbeiteten quasi im Schatten seines Schattens.

Mit der CNPF-Reform war besagte *Informationskommission* unter Vorsitz von Glasser eingerichtet worden, über deren Aktivitäten sich in der Literatur keinerlei Angaben finden liessen. 1970 begann sie zu tagen ; ihr gehörten etwa 30 Mitglieder an, deren Teilnahme an den monatlichen Sitzungen bald nachliess. Gedacht war sie, um die Informationsabteilung zu überwachen und Frois Direktiven zu erteilen. In Wirklichkeit legte Frois seine Vorhaben dar und die Kommission kommentierte und billigte oder missbilligte. Sie diente als "paravent pour protéger Frois" und um Bedenken gewisser patronaler Kreise zu entkräften, die Information als "ars magna sed periculosa" betrachteten. Der CNPF versicherte durch die Existenz der Kommission : Wir machen Information, aber behalten sie unter Kontrolle (Interview Ceyrac). Die Informationsabteilung konnte allmählich eine relative Autonomie erreichen bei Subordination unter die CNPF-*Generaldirektion*. Die Tätigkeit der Informationsabteilung war anfangs mit Misstrauen verfolgt worden ; sie hatte mit Verdächtigungen, Bedenken und allerlei Widerstand aus den eigenen Reihen fertigzuwerden : Grundsätzlich dagegen eingestellt oder sehr reserviert waren "la sidérurgie, le bâtiment, le textile". Die UIMM war weder dafür noch dagegen - Ceyrac war ihr Präsident. Um aufzupassen und zu kontrollieren schickten gerade die Gegner ihre Delegierten in die Kommission, denn Frois durfte - auf dem Papier - nur ausführen, was die Kommission zuvor beschloss. Doch : "Finalement la commission était surtout un organe destiné à apaiser les inquiétudes que le dynamisme de Frois provoquait dans certains milieux patronaux - c'était un parapluie (...) moyennant quoi Frois était couvert" (Ceyrac Interview). Die Kommission führte bald ein Schattendasein, wurde in ein engeres Komitee umgewandelt und schlief ein ("La commission était morte de sa belle mort", Interview Ceyrac), als die Arbeit der Informationsabteilung sich gefestigt hatte und widerspruchslos vonstatten ging. Glasser konnte gehen, ein Nachfolger erübrigte sich [10].

Frois hatte eine andere Auffassung von seiner Aufgabe als seine Vorgänger : In den *50er Jahren* verzichtete der CNPF auf öffentliche Kampagnen

---

[10] J. Bunet & J. Saglio (1976, 1), überschätzen aus Unkenntnis dieser Zusammenhänge die Bedeutung von Glasser : Unbestrittener "spiritus rector" war Frois, wenn auch Glasser formal als Chef verantwortlich zeichnete.

aus der Überzeugung heraus, die öffentliche Meinung stehe ihm feindselig gegenüber [11]. Jeweils nach der jährlichen Vollversammlung veröffentlichte er ein weitgehend nichtssagendes "communiqué". Fragen der Journalisten betrachtet er als "intrusion" (Interview Ceyrac). Der Pressedienst - der in der Literatur und den Quellen bislang keinerlei Erwähnung findet -, war Pierre Bressy, der als "directeur du cabinet du ministre des Affaires étrangères 1938/39" von G. Bonnet, Unterzeichner des Münchener Abkommens, nach der Befreiung als untragbar galt [12]. Zum CNPF-Pressedienst gehörte ausser Bressy als Direktor nur noch eine Sekretärin [13]. "Bressy - c'était un homme très distingué, cultivé, mondain - et qui recevait les journalistes comme on reçoit autour d'une tasse de thé les femmes des ambassadeurs, pas très à l'aise avec les journalistes" (Interview Ceyrac). Er war "partisan du silence, (...) il renseignait les journalistes très mal" (Interview Priouret), "un peu trop diplomate" (Interview Baudet). 1960 setzte er sich zur Ruhe, und der Jurist Baudet ersetzte ihn. Die Verhaltensmassregel hiess weiterhin : Zurückhaltung - "moins on s'occupe de nous, mieux ça vaut pour vivre heureux" (Interview Ferry). Und Baudet ? "Il avait peu de renseignements, il n'avait rien à dire, mais il était prêt à le dire" (Interview Priouret). Baudet erklärte über seinen obersten Chef, den damaligen Patronatspräsidenten : "Villiers ne voulait pas qu'on en parle beaucoup, il ne voulait pas faire beaucoup de bruit autour du CNPF", nach der Devise : "Moins on parle de nous, plus on est tranquille". Und über dessen Nachfolger : "Huvelin jusqu'en 1968 a eu pratiquement la même attitude, (...) le grand événement a été 68" (Interview Baudet). Dennoch blieben informelle Kontakte zu Journalisten weiterhin die Ausnahme. Erst während der Präsidentschaft von Ceyrac, also nach 1972, wurden sie institutionalisiert : Wöchentlich trafen sich 2-4 Patronatsvertreter mit 4-8 Journalisten (Interview Baudet, ebenso Priouret). Frois sorgte für einen ständigen, regelmässigen Kontakt seiner Mitarbeiter zu einem Kreis von etwa 150 Journalisten. Er schuf also ein "capital relationnel" (Bourdieu) : "Les journalistes qui s'occupent de la chose économique et sociale ne peuvent pas échapper à leur réseau" (Interview Favard). Im Anschluss an die Vollversammlungen finden nunmehr Pressekonferenzen statt, zu denen das gesamte (!) Pressespektrum eingeladen wird. Bei Interviews mit CNPF-Repräsentanten war Frois selbst oder einer seiner Mitarbeiter zugegen (Interview Neidinger, ebenso Frois). Der Bekanntheitsgrad des CNPF hat

---

11 Ehrmann, op. cit. Das Patronat verfügte im Unterschied zur Zwischenkriegszeit nicht mehr über Relais in der Zeitungslandschaft wie "Le Temps", "Le Bulletin quotidien" (vom "Comité des forges" kontrolliert), "Le Journal des Débats", "L'Information", "Le Capital" : In den 50er Jahren kann es nur auf "Le Figaro" und "L'Aurore" zählen. Der Versuch, "Le Temps de Paris" zu lancieren, endete mit einem Fiasko (Cf. Assouline, 1988, 398).

12 Dank F. Ceyrac konnte die Fährte aufgespürt werden. Bonnet bezeichnete Bressy als "mon ami" (1971, 16). Selbst in H. Lottman's Werk über die Säuberungen nach der "Libération" taucht Bressy nicht auf.

13 Laut Interview Baudet. Die diesbezüglichen Angaben bei Weber, der behauptet (op. cit., 188), Baudet sei seit 1947 "aux commandes", sind schlichtweg falsch.

sich seither merklich erhöht und sein Image sich verbessert. Bei der Wahl von Gattaz zum Patronatspräsidenten 1981 waren die Aufmacher der meisten Tageszeitungen dem Ereignis gewidmet ; noch ein Jahrzehnt zuvor war die Wahl des Patronatspräsidenten gerade eine Kurzmeldung auf der Wirtschaftsseite wert.

Zur Abrundung des Bildes sei die *Arbeitsweise* der Informationsabteilung kurz beschrieben [14] : Zu den ständigen Aufgaben der Abteilung gehört die regelmässige Auswertung der in- wie ausländischen Presse. Ein wesentlicher Teil der veröffentlichten Meinung wird von ihr nichtsektiererisch durchforstet. Die französischen Nachrichtensendungen - in Radio wie Fernsehen - werden systematisch aufgezeichnet, schriftlich in tabellarisch-stichwortartigen Übersichten resümiert und in der allmorgendlichen Arbeitsbesprechung ausgewertet. Die Meldungen, die das Patronat und speziell den CNPF angehen, werden im vollständigen Wortlaut abgetippt, abgezogen und verteilt. Neben den Übersichtsdarstellungen ist der CNPF somit im Besitz des vollständigen Wortlauts sämtlicher patronaler Erklärungen sowie deren Kontext (Diese Texte werden ungefähr ein Jahr lang aufbewahrt. Die Abteilung scheut keine Mittel, um sich ein aktuelles und umfassendes Bild über die meistgehörten bzw. meistgesehenen Informationssendungen zu verschaffen). Die wenigsten Zeitungsredaktionen oder Informationsabteilungen - sei es auf Parteien- oder Regierungsseite - dürften ähnlich grosszügig ausgestattet sein, ganz zu schweigen von der Gewerkschaftsseite.

(An den morgendlichen *Arbeitsbesprechungen* nimmt ein Dutzend Personen teil, u.a. die Verantwortlichen für die Provinzpresse und die für Sozialinformation. Zunächst trägt eine Sekretärin die Analyse der nationalen wie regionalen Tagespresse vor, die ergänzt und kommentiert wird. Festgehalten wird, wieviele Zeitungen über bestimmte Themen berichten, welche bislang nicht, welche Tendenz die Berichterstattung aufweist. Die Morgennachrichten der Radiosender werden überblicksartig präsentiert, die das Patronat betreffenden Meldungen werden herausgepickt und ausführlich wiedergegeben, z.B. Stellungnahmen von Gewerkschaften oder Ministern. Den dritten Punkt bilden die Fernsehnachrichten vom Vorabend. Bei Unzufriedenheit mit der Berichterstattung wird jemand beauftragt, nachzuhaken. Je nach Wochentag folgt eine Analyse und Einschätzung der herausgekommenen Zeitschriften. Die Aufgaben werden, soweit es sich nicht um Routinetätigkeiten handelt, verteilt, gegebenenfalls eigene "Communiqués" skizziert).

Der zurückgelegte Weg ist beachtlich : Lange Zeit hatten informationsfeindliche Strömungen im Patronat die Oberhand. Und für Journalisten hielt der CNPF nur die Standardantwort bereit : "Pas de commentaire". Die Politik der "chaises vides" gegenüber den stärksten Gewerkschaften basierte ebenfalls auf dieser überholten Logik. Durch die nach 68 vollzogene Reorganisation wurden die Informationsapparate "modernisiert".

---

[14] Basierend auf meiner Teilnahme an der Sitzung vom 23.10.1983.

3.3. *Patronale "Modernisierungsschritte"*

Weitere Etappen der "Modernisierung" des Patronats bildeten :

1. Die Wahl von Ceyrac zum Patronatspräsidenten im Jahre 1972 : Damit erreichte der Professionalisierungsprozess eine neue Stufe, denn erstmals wurde ein hauptamtlicher Funktionär mit der Leitung der Organisation betraut. (Ceyracs Karriere war innerhalb der Patronatsorganisationen verlaufen : Seit 1936 arbeitete er beim Metallverband UIMM und war insofern kein "richtiger Unternehmer". Ein Betrieb war ihm erst spät anvertraut worden und zwar aus dem Kalkül heraus, etwaigen diesbezüglichen Einwänden gegen seine Person zuvorzukommen). Bis in die 50er Jahre hinein war es üblich, dass im Verband tätige Patrons gerade einmal pro Woche vorbeischauten, viele machten ihre Arbeit ehrenamtlich oder standen bereits im Ruhestand. Die Professionalisierung ermöglichte - und erforderte - umfassendere Machtdelegation und bildete umgekehrt deren Voraussetzung. Der Professionalisierungsprozess verlief ungleichmässig und ungleichzeitig : Während der Vorsitzende der Ökonomiekommission, Ricard, Kommissionen und "sous-commissions" schuf, hielt sein Kollege von der Sozialkommission, Meunier, das schlichtweg für "des conneries" (Ceyrac Interview). Meunier war "président d'une commission qui n'existait pas" (Interview Ceyrac). Er war jahrelang Ceyracs unmittelbarer Vorgesetzter, bis dieser ihn nach 1968 ablöste und mit diesem unhaltbaren Zustand, der allerdings adäquat die französischen Sozialbeziehungen widerspiegelte, aufräumte und tatsächlich eine Sozialkommission ins Leben rief.

2. Die Einberufung einer ausserordentlichen Generalversammlung zur Verabschiedung eines *französischen Gesellschaftsmodells* im Juni 1973. Ceyrac als neuer Präsident sollte ein neues Programm, eine gesellschaftliche Vision erarbeiten und präsentieren - sicherlich auch eine Reaktion auf den starken Einfluss des *Gemeinsamen Regierungsprogramms*, das ein Mehr an Programmdiskussion herausforderte (In dieselbe Richtung einer programmatischen Aufwertung wirkten verschiedene Vorstösse von "Entreprise et Progrès").

3. Die "assises nationales des entreprises" genannten Sonderkongresse des Patronats, die als Elemente ideologischer Strategieerarbeitung und -durchsetzung dienten. Die ersten Unternehmertage 1970 in Lyon nahmen sich des Problems der Aus- und Weiterbildung an - erstmals war die Presse zugelassen : "On a réussi à déplacer à Lyon autant de journalistes que pour un déplacement du Général De Gaulle" (Interview Baudet). Bei den zweiten Unternehmertagen 1972 offenbarte sich bei der Behandlung des Themas *Lebensqualität* bereits eine Meisterschaft der

Regieführung [15]. Die dritten 1974 widmeten sich dem Export, die vierten 1977 wieder einem gesellschaftspolitischen Thema, dem Verhältnis Mensch-Betrieb-Wohnort. 1980 stand soziale Innovation als Krisenausweg im Mittelpunkt. Den vorläufigen Höhepunkt bildeten Ende 1982 die "Etats généraux des entreprises", die wohl grösste Mobilisierung des Patronats in neuerer Zeit. Das Patronat präsentierte sich als "parti de l'entreprise", kokettierte sogar mit Jaurès-Zitaten (Cf. Schaubild). Der damalige Wirtschaftsminister Delors reagierte euphorisch-unbekümmert : "Pourquoi pas un contrat entre la nation et les entreprises ?". Die damalige Nummer zwei der Gewerkschaft CFDT, J. Chérèque, musste anerkennen : "Le patronat est un des acteurs les plus mobiles de la société, le moins figé" (L'Expansion, 22.2.1980, 64, 67). Die gegenteilige Behauptung von Bunel & Saglio (1980, 498), die eine schwache patronale Mobilisierungskapazität und Rückkehr zu traditionellen Aktionsformen festzustellen meinten, lässt sich nur aus einem völligen Verkennen der patronalen Strategie erklären. Die seitherige Sendepause - statutengemäss hätten bereits 1985 weitere "Assises" stattfinden müssen (doch stattdessen feierte der CNPF seinen Geburtstag) - kann als Indiz für einen Aufschwung beschaulicher Selbstgenügsamkeit aufgefasst werden.

4. Patronale versus gewerkschaftliche Delegationsweisen von Vertretungsmacht

Nach dieser Analyse der professionalisierten Arbeitsweise des patronalen Informationsdienstes ist es angebracht, ein Resultat seiner Tätigkeit näher anzusehen : die erste Fernsehdiskussion mit einem hochrangigen CNPF-Repräsentanten (vom Oktober 1970), die mit 28 Millionen Fernsehzuschauern auf ein erhebliches Interesse stiess [16]. Dem dem Publikum wohlbekannten Gewerkschaftsvorsitzenden Georges Séguy sass ein neues Gesicht gegenüber : Ein Patron, der die öffentliche Konfrontation mit dem Chef der grössten französischen Gewerkschaft nicht scheute. Am Vortag dieser Fernsehpremiere stand im nicht gerade neuerungsfreundlichen "Figaro" zu lesen :

> "'Qui a ouvert les portes du CNPF ?' Aux journalistes de la presse économique et sociale qui lui posaient dernièrement cette ques-

---

15 Cf. die Analyse des Auftritts von Riboud und dessen Entschärfung durch Roux (Actes, 1974, 74).

16 Als erste grössere Aufgabe fiel Frois die organisatorische Vorbereitung dieser Fernsehdebatte zu. Bezeichnend für den damaligen "Zeitgeist" war, dass seine Suche nach einem Filmemacher erfolglos blieb. Die Begründung für die Ablehnung lautete : "Je ne veux pas faire de politique" ; es galt als kompromittierend, für den CNPF zu arbeiten. Schliesslich stellte ihm das Fernsehen einen "réalisateur d'office" so wie einen Pflichtverteidiger, und erst während der Sendung traf der Film fertig ein (Frois Interview ; ähnlich Ceyrac : "Pendant que je voyais le film de Séguy, on m'a averti que mon film était arrivé - c'était juste").

> tion, M. François Ceyrac répondait malicieusement qu'il n'en comprenait pas bien le sens. Le vice-président de l'organisation patronale est pourtant bien placé pour savoir que celle-ci n'a pas toujours été aussi accessible au dialogue qu'elle l'est aujourd'hui. Il n'a pas oublié qu'il n'y a guère plus de quatre ans, en mars 1966, la CGT et la CFDT manifestaient devant l'immeuble clos de l'avenue Pierre-1er-de-Serbie (Sitz des CNPF), réclamant une négociation qu'on persistait à leur refuser. Il sait également, pour en avoir été l'un des principaux artisans, quels changements spectaculaires sont intervenus depuis" (26 oct. 1970).

Das Überfällige war verdeutlicht. Der CNPF hatte zuvor einmal die Teilnahme an der Sendereihe, die einen grossen Publikumserfolg hatte, abgelehnt : "Le CNPF ne pouvait pas refuser éternellement, il l'avait déjà fait une fois" (Ceyrac Interview). Ceyrac wurde als Vertreter hingeschickt, da er sich mit dem anstehenden Thema ("Streik") besser auskannte und mehr Medienerfahrung hatte als der damalige Patronatsvorsteher Huvelin. Diese Wahl war umstritten : Einige Patrons wandten ein, derjenige, der rede, mache den Eindruck, Chef zu sein, verschiebe die Machtlinie zu seinen Gunsten und Ceyrac spreche mehr als Patronatspräsident Huvelin. Andere kritisierten, die Konfrontation mit Séguy sei ein "cadeau à la CGT", da es fünf nationale Gewerkschaften gebe und keine bevorzugt werden dürfe. Ceyrac musste sich mit dem Argument rechtfertigen, nicht er, sondern die Fernsehleute hätten Séguy ausgewählt.

Gerade diese Sendung hatte - im Unterschied zu den nachfolgenden Debatten gleichen Typs, die dann auf dieser neu errungenen Basis weiter arbeiten konnten - einen ganz *spezifischen* und besonders hohen Streitwert ("enjeu"). Auf patronaler Seite war es ein dreifacher :

1. Für Frois (weniger personalisiert : für die Informationsabteilung) ging es darum, sich als kompetent durchzusetzen und damit die eigene, relativ unabhängige Existenz zu legitimieren. Bei erfolgreichem Ausgang waren die innerpatronalen Widersacher geschlagen.

2. Für Ceyrac (d.h. den Präsidentschaftsanwärter) stand die eigene Karriere auf dem Spiel, er riskierte die Desavouierung durch seinen Chef Huvelin oder "verblümter" : durch die CNPF-Führungsgremien.

3. Für den CNPF insgesamt ging es um die öffentliche Etablierung und Legitimierung seiner Repräsentationsmacht im Fernsehen.

Auf gewerkschaftlicher Seite sah die Sache anders aus : Die CGT wünschte seit langem ihre Anerkennung als Gesprächspartner, und die Sendung besiegelt dies. Gleichzeitig - und an diesem Punkt wird die Angelegenheit zweischneidig - führt Séguy den bis dato unbekannten Ceyrac quasi ein, er verleiht ihm - in den Augen des Publikums - eine Bedeutung, die er vorher nicht besass. Der Ausgang der Sendung war also keineswegs a priori ent-

schieden und klar. Sie bildet sozusagen die letzte Etappe des Konstitutionsprozesses patronaler Repräsentationsmacht.

Ceyrac konnte die Konfrontation mit dem Vertreter der grössten und mächtigsten Gewerkschaft [17] nur recht sein, da sie den Einsatz auf den Punkt brachte: Andernfalls hätte er die Anerkennung sozusagen häppchenweise erreichen müssen, erst durch Diskussion mit der CFDT und in weiter Ferne mal mit der CGT. Der Akt wäre nur aufgeschoben gewesen, und es hätte die Möglichkeit einkalkuliert werden müssen, eine innerpatronale Fronde heraufzubeschwören, die eine solche Konfrontation verhindern wollte. Also wurden einfach Fakten geschaffen [18].

Patronale versus gewerkschaftliche Diskurse

Die Sendung "A armes égales", deren Titel bereits programmatisch die Symmetrie der Kontrahenten verkündet, hatte zum Thema den Streik. Die Protagonisten stehen sich 1:1 gegenüber und nicht wie im Mai 68, 10'000'000 Streikende contra einige Tausende Patrons. In den Gesten der Kontrahenten kommen exemplarisch zwei gegensätzliche soziale Habitus zum Ausdruck, die in analogen Konfrontationen ebenfalls in Erscheinung treten. Beim Vergleich von Mimik und Gestik fällt auf, dass die Gestik von Ceyrac vielfältiger, variations-, abwechslungsreicher, beweglicher, "feiner" wirkt, wodurch die von Séguy eher monoton, langweilig, eintönig und "grob" erscheinen mag. Ceyracs Rede ist "vornehmer", von Höflichkeitswendungen durchzogen. Dieses Ergebnis kann Sozialwissenschaftler kaum in Erstaunen versetzen: Ceyracs Habitus entspricht eher dem der herrschenden Klasse, Séguys eher dem der beherrschten. Die Anführungszeichen bei den Charakterisierungen sollen Distanz zu diesen kennzeichnen, denn ihre Verwendung ist nicht ganz harmlos, da die Adjektivpaare, die den Gegensatz - Begriffsapparat der Wertungen ausmachen (fein - grobschlächtig, raffiniert - einfach, exquisit - gewöhnlich usw.), keineswegs so neutral sind, wie es den Anschein hat, sich vielmehr der Beschreibung aufdrängen, da die soziale Ordnung dahintersteht. Diese Tatsache hat den Effekt, dass der Begriff, der die Eigenschaft bezeichnet, die den Herrschenden zugeschrieben wird, stets den positiven Wert verkörpert. Auf Sprachebene entspricht dem Gegensatz Séguy-Ceyrac der zwischen Drauflosreden und einer zensierten Ausdrucksweise ; auf der Ebene des Verhaltens dem zwischen Gestikulieren, expressivem Mienenspiel und (gemeinhin als "höflich" empfundener) Zurückhaltung, Bedachtsamkeit. Ein Grossteil der Pressekommentare wird nach der Sendung das Abschneiden Ceyracs als positiv, erfolgreich bewerten und zwar aufgrund einer Homologie der Wertmasstäbe, die dem Ur-

17 Nicht zufällig fiel die Wahl auf Séguy und nicht einen Vertreter der CFDT oder FO. Eine Homologie der Felder liess die Fernsehleute diese Option treffen, denn sie wünschten eine hohe Zuschauerzahl, die nur bei der Konfrontation mit der CGT gesichert war.

18 Nach dieser gelungenen Etablierung patronaler Vertretungsmacht im Fernsehen konnte Ceyrac selbst entscheiden über die Hineinnahme anderer: Im Winter 1979/80 akzeptierte er nach langer Weigerung eine öffentliche Diskussion mit dem Präsidenten des Verbandes der Jungunternehmer CJD, damals: Bernard Boisson. Die Debatte wurde in sechs grössere Städte über Videoleitung direkt übertragen (LM 27 février 1980). Die Weigerung, mit Andersdenkenden aus dem eigenen Lager zu diskutieren, war unhaltbar geworden und der Repräsentant der Jungunternehmer symbolisch vom "offiziellen" Patronat als legitime Vertretung anerkannt. Eine Diskussion im Fernsehen war in diesem Fall nicht unbedingt nötig, da es um eine Angelegenheit innerhalb des patronalen Machtgefüges ging, um eine innerpatronale Anerkennung. Eine Übertragung in andere Städte genügte.

teil zugrundeliegen : Das "feinere" Verhalten Ceyracs findet in homolog ausgerichteten sozialen Milieus naturgemäss grösseren Anklang als die eher rohen Gebärden Séguys, die diesem wiederum Zuspruch bei seiner Anhängerschaft sichern.

Aufschlussreicher als eine Inhaltsanalyse erweist sich eine Funktionsanalyse dieser und anderer Sendungen dieser Art : Durch die Beteiligung an diesen Fernsehdiskussionen, von der die Patronatsvertreter sich bislang freiwillig ferngehalten haben, und die gleichsam eine symbolische Akzeptanz der und Beteiligung an den "demokratischen Spielregeln" darstellt, präsentieren sie sich als gleichberechtigte (Sozial)Partner von (Regierungs- oder) Gewerkschaftsvertretern, die um das "gemeinsame Wohl", das "Gemeinwohl" streiten. Aus dieser Perspektive zeigen die Angriffe, denen die Patronatsvertreter ausgesetzt sind, dass sie angreifbar, kritisierbar sind : Die strukturelle Übermacht der Kapitalseite scheint somit ausgelöscht zugunsten einer horizontalen Beziehungsart ; augenscheinlich ist das Subordinationsverhältnis durch Symmetrie ersetzt. Bereits durch die Sitzanordnung mit dem Moderator als mittlerem Punkt werden Gewerkschaftler (als Vertreter der Arbeit) und Unternehmer (als solche des Kapitals) "verknüpft", so dass sie nunmehr als Gleichberechtigte wahrnehmbar sind. Der Moderator "verkettet" die beiden Seiten, er insistiert wiederholt auf der völligen Gleichbehandlung zweier gleichgestellter und gleichberechtigter Kontrahenten. Die Arbeitenden stehen da als Ebenbürtige und nicht als Untenstehende in einer sozialen Hierarchie, die Ränge sind ausser Kraft gesetzt, es zählt allein die Sachautorität der Argumente : Augenscheinlich ist ein asymmetrisches Verhältnis zugunsten von Parität ausgelöscht. Die Zuschauer können erleben, dass die Arbeitenden und ihre Probleme ernst genommen werden.Interessant ist die Artikulationsweise : Die Weigerung der Arbeitenden, an "cercles de qualité", "groupes d'expression" oder Überstunden, etc. teilzunehmen, wird nicht frontal angegriffen ; es wird nicht von Subordination (vertikaler Beziehungsmodus) sondern von der fehlenden Kameradschaft (horizontal) gesprochen.

4.1. Stellenwert der Diskursproduktion innerhalb von Machtdelegation

Die Diskursproduktion des CNPF ist eine zentrale Komponente patronaler Machtdelegation: Ihr geht es um den Aufbau von Hegemonie, der das Hauptziel gesellschaftspolitischer Praxis bildet. Wie funktioniert sie ? Sie äussert sich im Namen derjenigen, die ihre Macht (meist stumm) delegieren. Durch wachsende Professionalisierung dieser "Wortergreifung" legitimiert sich die Machtdelegation gegenüber ihrer "Basis" als unverzichtbar und meritokratisch, d.h. auf (Sach-)Kompetenz begründet ("Inkompetente" delegieren ihre Macht an "Kompetente" und "vertrauen" ihnen). Die Machtdelegation kann somit als "sachliche" Interessenvertretung erscheinen, doch sie greift realiter als übergeordnete Machtinstanz über die Köpfe hinweg in Auseinandersetzungen ein. Die Diskursproduktion ist zum integrierten Bestandteil von Machtdelegation geworden und damit hat sich die Funktion der Diskurse unter der Hand bereits gewandelt : Sie ist nicht Interessenvertretung i.S. des Sprachrohr-Theorems ("bringt die Interessen der Vertretenen zum Ausdruck", verhilft ihnen zur Meinungsäusserung), sondern zum diskursiven Kampf geworden. Sie baut das eigene Feld aus und versucht, das gegnerische zu besetzen. So greift der patronale Diskurs Schwachstellen des gegnerischen

Diskurses auf (so z.B. die Position von CFDT oder CGT zur Mitbestimmung, die beide im Grunde umstandslos als "Klassenkollaboration" ablehnen). Er greift darüberhinaus in gegnerische Diskurse ein, versucht gewisse Elemente zu desartikulieren und in den eigenen zu reartikulieren : So geschehen in der kurzen Selbstverwaltungs-Episode, als Ceyrac seine Unternehmerkollegen dazu aufforderte, das zu integrieren, was die Selbstverwaltungsutopie an "grundlegend Richtigem" enthalte ("l'entreprise libre est à même d'intégrer ce qu'il y a de fondamentalement juste dans l'utopie autogestionnaire"), bevor er das offenbar zu heisse Eisen fallen liess ("Selbstverwirklichung" der Arbeitenden wurde von den Patronatsstrategen in "soziale Innovation" eingegliedert, "Persönlichkeitsentfaltung" in ihre berufliche Tätigkeit).

Seit Anfang der 70er Jahre erarbeitet die CNPF-Informationsabteilung höchst professionell spezifisch patronale Diskurse. Dass diese Verknüpfungen Gegenstand von Kämpfen sind, braucht nicht eigens hervorgehoben zu werden. Eine Reihe wiederkehrender Argumentationsstränge/-schemata sind seit Anfang der 80er Jahre in der Öffentlichkeit, in öffentlichen Diskussionen verbreiteter denn je zuvor. Diese Artikulationsmodi von Diskurselementen sind Grundsteine für ihre Effizienz, sie bilden das Geheimnis der Wirksamkeit solcher Kampagnen wie derjenigen über "les charges", die auf die Regierung Mauroy geradezu menetekelartig gewirkt hat [19].

Quintessenz patronaler Diskurse (Schaubild, Beilage 2)

Die folgenden Ausführungen basieren auf einer langjährigen Durchsicht des offiziellen diskursiven Materials des CNPF (hauptsächlich seiner "Revue" sowie anderweitiger Veröffentlichungen ; auf Belegstellen musste aus Platzgründen generell verzichtet werden). Eine patronale Diskursmatrix besteht darin, Aspekte des sozialen Geschehens auf den Gegensatz zwischen Moderne/Zukunft und Tradition/Vergangenheit zurückzuführen. Die Struktur der Diskurselemente ist binär und antinomisch ; sie enthalten eine positive Bestimmung und eine Negation. Der Pol "Vergangenheit" wird niemals positiv erwähnt, erscheint als zu überwindender Bremsfaktor, als Rückschrittlichkeit, die es abzulegen gilt : z.B. bei der Gegenüberstellung moderne - alte Industrien, Dynamik/Mobilität - Bewahren von Errungenschaften/Privilegien, technologischer Fortschritt - ideologische Erstarrung, internationale Öffnung - nationale Begrenztheiten. Das Begriffspaar modern-veraltet spielt eine Schlüsselfunktion im Unternehmerdiskurs, die es mit sich bringt, dass die jeweils letzte Generation von Technologie unbesehen als Parameter der Modernität gelten kann. Im Unterschied zum optimistischen Fortschrittsglauben des 19. Jahrhunderts (cf. Elias, 1981, XXVIII) liegt diesen Oppositionen eine "kurzsichtige" Zukunftsgläubigkeit zugrunde, deren positives Ideal eine bereits existierende "Zukunft" ist, meist Verhältnisse in Japan oder den USA.

19 Diese ideologischen Momente sind von einer Bedeutung, die völlig verkannt wird von Untersuchungen wie der von Jack Dion & Pierre Ivorra (1987), die doch meinen, Machtreproduktion funktioniere über Absprachen und finanzielle Zuwendungen : Sie verkennen, dass die Bedeutung von finanziellen Zuwendungen (an Abgeordnete, etc.) rapide abgenommen hat. Hauptsächlich wird nicht Zwang ausgeübt, sondern ideologisch gelockt.

Erst durch ihre spezifische Anordnung sind die Zentralbegriffe des patronalen Diskurses auszumachen :

- Wie wird der Begriff "Unternehmen" artikuliert ? "Unternehmen" ist wohl der Zentralbegriff "per se" : Es wird artikuliert als Grundlage von Staat und Gesellschaft (d.h. als "staatstragend"), als Fels in der Brandung. Es wird artikuliert als "der" Ort der Produktion und der "Unternehmer" als ihr eigentlicher Initiator und Organisator. Mit Hilfe dieser Artikulationsmodi kann die Politik der Sozialisten, der FKP, der CFDT, der CGT und anderer als Verlassen eines Grundkon sens dargestellt werden, das den Staat seiner Grundlage beraubt, also staatszersetzend ist. Wenn die Rede auf den Betrieb kommt, verweist der gewerkschaftliche Diskurs auf den Gegensatz Kapital/Patrons kontra Arbeit/-er, während der patronale Diskurs den Betrieb als einheitliches Ganzes dem Markt und der Nachfrage gegenüberstellt, ihn als (Arbeits-) Gemeinschaft gegenüber äusseren Instanzen präsentiert, mit dem Patron als härtestem Arbeiter, als omnihistorischem Baumeister : "Nous sommes plus que des travailleurs, nous sommes des travailleurs acharnés", "Les bâtisseurs que nous sommes" (Gattaz, Villepinte,14 déc. 1982). Die "unternehmerische Tätigkeit" steht dem Müssiggang, dem Rentnerdasein bisheriger Oberschichten gegenüber. Der Begriff wirkt mehr durch das, was er verschweigt : Er soll einigen, Konsens stiften.

- Der Begriff Privatiniative steht gegen den "Staat", "staatliche Vormundschaft / Vorschriften", die "Bürokratie", dirigistische Wirtschaftspolitik wie z.B. "Planifikation", die den Unternehmen "keine Luft lassen" ("étouffent"), sie durch Vorschriften und Reglementierungen gängeln, durch überhöhte Abgaben "erdrücken" wollen. Die Klage über eine zu hohe Kostenbelastung ist seit je "Kernstück der Staatsabwehr der Unternehmer" (H. Abromeit, 1981, 68).

- Die Hochschätzung des "Profits" verweist auf das Kriterium der Rentabilität, auf internationale Konkurrenzfähigkeit, kurz auf Lebenskraft im Gegensatz zum Bankrott als Symbol für Tod und Untergang. Es dient der Abgrenzung von "subventionsabhängigen Staatsbetrieben", die in roten Zahlen stecken und "künstlich" am Leben erhalten werden müssen. "Profit" wird nicht länger als Ziel angestrebt. (Damit wird ein Kontrapunkt zu marxistischer Kritik eingehalten : "Profit ist kein Selbstzweck", verkündete Ceyrac, 1977, 132) ; sondern sozusagen per Sachzwang vom Markt erzwungen.

- Ein weiterer Zentralbegriff ist "Freiheit", der für patronale Selbst-/Alleinbestimmung steht und damit sowohl gegen Mitbestimmungsabsichten des Personals wie Staatseingriffe oder Gewerkschaftsforderungen. Der Unternehmer präsentiert sich als Garant der Freiheiten. Diese Diskursanordnung scheint unternehmerspezifisch, wenn sie auch in andere konservative Diskurse Eingang gefunden hat : "Ohne wirtschaftliche Freiheit drohen alle anderen Freiheitsformen zu verschwinden" (Ceyrac, op. cit., 58). Die differentia specifica der patronalen Artikulation gegenüber z.B. politischen Parteien oder Boulevardblättern besteht darin, dass die unternehmerische anstelle der politischen Freiheit zum zentralen Angelpunkt wird. Einer freien Wirtschaft entspräche eine freie Gesellschaft, das Ende unternehmerischer Freiheit bedeute das Ende jeglicher Freiheit. Durch diese Verknüpfungen soll die eigene Position unangreifbar gemacht werden. Das Unternehmen gilt als "frei" , wenn es ein privates ist. Und das Wort privat hat eine positive Aura, erinnert nicht zuletzt an Intimität.

4.2. *Implikation des "Sachzwangdiskurses" für die Machtdelegation*

Um den Betrieb als Ort unausweichlicher Entscheidungen, die der Diskussion enthoben wären, zu präsentieren und damit eine Form von Machtdelegation an die Unternehmerschaft zu legitimieren, hat der Diskurs der "Sachzwänge" ("contraintes") einen zentralen Stellenwert erhalten. Die eingeschlagenen Orientierungen sollen - sowohl gegenüber dem Personal wie gegenüber der Öffentlichkeit - als solche des "gesunden Menschenverstandes", als einzig mögliche präsentiert und vor allem akzeptiert werden, so als ob nur ein einziger Weg gangbar wäre und keine Alternativen existierten. Diskussion wird damit überflüssig, da es nur noch um die Vermittlung der entsprechenden Wirtschaftskenntnisse und Einsicht in diese Zusammenhänge geht. Der Wirtschaftsbereich wäre damit endlich einer kontroversen Diskussion entzogen : "Gegen Sachzwänge können sich schliesslich nur Unwissende oder Böswillige stellen". Doch so unscheinbar, wie diese scheinbar neutrale ökonomische "Sachzwanglogik" sich gerne gibt, ist sie keineswegs : Hinter der damit verbundenen Form von Machtdelegation steht das antidemokratische Wunschbild eines oligarchischen Systems, in dem Politiker "allenfalls als ausführende Organe der Experten ihren Platz haben" (Abromeit, 1981, 133, resp. 134), nicht zuletzt eben der selbsternannten (Wirtschafts-)"Sachverständigen" bzw. "Berater". In diese Konzeption gewisser Patronatskreise passt, dass sie Politikern verächtlich gegenüberstehen :

> "Il y a un état d'esprit qui règne encore chez beaucoup de gens notamment dans les milieux patronaux et qui tend à considérer l'homme politique comme quelqu'un qui n'est pas digne de la dignité patronale : (...) les politiciens, ce sont des ratés, ce sont des gens qui n'ont pas pu faire autre chose - je ne suis pas sûr que ce sentiment n'existe pas encore parmi beaucoup de mes collègues du monde patronal", so der ehemalige CNPF-Vizepräsident J. Ferry (in Jeanneney J.-N., Dialogues, France-Inter, 24 nov. 1981, 20 h.)

Die Vorstellung des Grafen *Saint-Simon* schimmert unverhohlen durch, derzufolge die Industriellen als wichtigste Klasse an der Spitze der Gesellschaft stehen sollten. Deren Kern scheint in der "selbstbewussten Überzeugung, eine Schlüsselposition in der Gesellschaft innezuhaben und die staatlichen Instanzen vom eigenen Handeln abhängig zu wissen", aufgegangen zu sein (Abromeit, op. cit., 178). Die Unternehmerschaft spielt in ihrem Selbstverständnis eine Schlüsselrolle in der Gesellschaft und ist insofern berechtigt, Bedingungen zu stellen : Bleiben diese unberücksichtigt, kommt es zur "Vertrauenskrise", d.h. das Damoklesschwert der Drohung, nichts Neues anzufangen, wird hervorgeholt, und die Bereitschaft zum "wirtschaftlichen Risiko", zu Investitionen (im Marxschen Sprachgebrauch : Akkumulation, d.h. Transformation von Mehrwert in Kapital), geht zurück. Mit der "Vertrauenskrise" tauchen die Schreckgespenste "Investitionsunlust" und "Kapitalflucht" auf. Die Unternehmerschaft figuriert in diesem Szenario wie selbstverständlich als Hüterin des "Gemeinwohls", als "Hort von Sachlichkeit und Expertenwis-

sen" ; es erscheint ihr wie selbstverständlich, dass sie ökonomische "Kompetenz" verkörpert (die sie bei Bedarf gegen die "Inkompetenz" der Administration, der Gewerkschaften, der Linken, etc. ausspielt). Unliebsame Vorstellungen können dann als utopische Schwärmerei, ideologische Voreingenommenheit, Spinnerei, etc. pp. der nüchternen Tatsachenanalyse und Objektivität, dem Sachverstand und Machbaren gegenübergestellt und damit abgewertet werden. Solange die (gewerkschaftlichen) "Gegenspieler" sich auf diese Scharmützel einlassen und ihre "eigenen" Experten gegen die des Patronats ins Feld schicken, akzeptieren sie die dahinterstehende Sachzwanglogik mitsamt der Machtdelegationsmodi, die sie - aus wohlverstandenem Eigeninteresse - genausowenig in Frage zu stellen gewillt sind wie die Patronatsvertreter. Schliesslich bildet die Machtdelegation ihrer beider Grundlage.

5. Conclusio

Die Restrukturierung der patronalen Machtdelegationsmodi hat sich für deren Urheber in vielfacher Hinsicht bezahlt gemacht. Sowohl der ausserbetriebliche Paradigmenwechsel, d.h. der Übergang zu einer aktiven Informationsstrategie (mit entsprechender Machtdelegation an den "Wortführer", den CNPF-Präsidenten), wie der innerbetrieblich vollführte Paradigmenwechsel, der das betriebliche Geflecht von Machtbeziehungen und -delegation ins Visier nahm (betriebliche Hierarchisierung, meritokratische Karriereformen, individualistische Sozialpolitik, von oben organisierter Dialog, geleitete Informationsprozesse, Qualitätszirkel, etc.), erlaubten seit Ende der 70er Jahre eine Ausweitung patronalen Einflusses in der französischen Gesellschaft. Der CNPF erkannte, dass nur eine Dynamisierung der Machtdelegationsmodi zureichende Gewähr bot für eine Effektivierung seines Arsenals zur gesellschaftlichen Intervention. Ein technokratischer Diskurs der "Sachzwänge" flankierte die ideologische Strategie, um die eingeschlagene Orientierung als einzig mögliche, alternativlose zu präsentieren. Das Patronat setzte sein ganzes Arsenal von gesellschaftlichen Interventionskapazitäten ein, um eine Aufwertung "unternehmerischer Werte" wie Privatinitiative, Risikobereitschaft, Wettbewerb, Betriebsgeist, Innovation, Erfolg zu erreichen. Eine Umbewertung des Unternehmens vollzog sich : Galt es lange eher als Stätte patronaler Willkürherrschaft, der Profitextraktion, Ausbeutung und war somit der Machtaspekt unübersehbar, so konnte dieses Bild zunehmend durch ein positives überlagert werden, durch die Vorstellung vom Betrieb als Arbeitsplatz, der nur über vermehrte Anstrengung aller und angesichts der weltweiten Konkurrenz unter Opfern zu verteidigen sei, folglich eine verteidigenswerte "Gemeinschaft", eine Art "Widerstandsnest" gegen

die Krise darstelle [20]. Die weitgehend verkrusteten Realitätsstrukturen der Betriebswelt trugen den gewandelten Werten (abnehmende Autoritätsgläubigkeit, zunehmende Sensibilität gegenüber Herrschaftsgefügen) sowie dem Wunsch, anders und weniger zu arbeiten, weniger Rechnung als dem Kalkül ausgeklügelter und mehr oder minder ausgeprägter Herrschaftstrukturen, wobei Machtdelegationsmodi einen zentralen Stellenwert einnehmen. Während das Dispositiv sozialdemokratischer Machtdelegation (Stellvertreterpolitik) auf seine Adressaten passivierend wirkt, hat das bürgerliche Dispositiv aktivierende Wirkung: Es entfesselt desolidarisierende Aktivitäten der Arbeitenden (z.B. Karriere). Beide Stränge von Machtdelegation wirken hin auf ein Nachlassen des "vie militante". Dessen Ursachen liegen damit anders als es Forscher über die "Krise der Gewerkschaften" in der Regel vermeinen. Sie sind nur zu erfassen bei Betrachtung des gesamten sozialen Feldes.

BIBLIOGRAPHIE

ABROMEIT Heidrun (1981), Staat und Wirtschaft, Campus Verlag, Frankfurt am Main.

Actes de la Recherche en Sciences Sociales (1974), No 20-21.

ASSOULINE Pierre (1988), Une éminence grise. Jean Jardin 1904-1976, Balland, Paris.

BONNET Georges (1971), Dans la Tourmente 1938-1948, Fayard, Paris.

BRIZAY Bernard (1975), Le Patronat, Seuil, Paris.

BUNEL Jean & SAGLIO Jean (1976), La société des patrons ; cordes.

BUNEL Jean & SAGLIO Jean (1980), "La redéfinition de la politique sociale du patronat français", Droit Social, No 12.

CEYRAC François (1977), Les dossiers de l'économie de liberté, France-Empire, Paris.

CROZIER Michel (1985), L'entreprise dans dix ans, IDEP, Paris.

DION Jack & IVORRA Pierre (1987), Sur la piste des patrons, Messidor, Paris.

EHRMANN Henry W. (1957), Organized business in France, Princeton University Press, Princeton.

EHRMANN Henry W. (1987), "Rezension von H. Weber", French Politics and Society, Vol. 5, No 3, June 1987, 45-48, spécialt. 46.

ELIAS Norbert (1981), Über den Prozess der Zivilisation, Band I, Suhrkamp, Frankfurt am Main.

Journal L'EXPANSION, numéro du 22 février 1980.

KOLBOOM Ingo (1986), La Revanche des patrons. Le patronat français face au front populaire, Flammarion, Paris.

KOWALSKY Wolfgang (1987a), "Zum Stand der 'Patronatsforschung'", Neue Politische Literatur, Heft 2/1987.

KOWALSKY Wolfgang (1987b), "Die 'patronale Revolution'", Politische Vierteljahresschrift, 4, 426-445.

KOWALSKY Wolfgang (1988a), "Das Patronat in der Forschung", Lendemains, Heft 50.

---

[20] M. Crozier frohlockte : "Le capitalisme retrouve son élan, l'entreprise refleurit", "Le retour actuel de l'entreprise comme cellule de base de la vie économique et finalement de la vie sociale est un réflexe de santé naturel de la société française" M. Crozier, 1985, 5, resp. 72.

KOWALSKY Wolfgang (1988b), "Der diskrete Charme des 'modernisierten Patronats'", Dokumente, 1, 21-27.

KOWALSKY Wolfgang (1989), Frankreichs Unternehmer in der Wende, Schäuble Verlag, Rheinfelden.

LEFRANC George (1976), Les organisations patronales en France, Payot, Paris.

MARTIN Jean-Maurice (1983), Le CNPF, PUF, Collection "Que Sais-je", Paris.

MESSINE Philippe (1987), Les Saturniens, La Découverte, Paris.

WEBER Henri (1986), Le parti des patrons. Le CNPF 1946-1986, Seuil, Paris.

BEILAGE 1

INTERVIEWS

BAUDET Jacques, Leiter des CNPF-Pressdienstes 1960-1970, am 13.6.1985.

BIDEGAIN José, ehemaliger Präsident des Jungunternehmerverbands CJD und stellvertretender Generaldirektor der Compagnie Saint-Gobain, am 20.5.1985 (a) sowie 5.6.1985 (b).

CEYRAC François, Präsident des CNPF 1972-1981, am 26.4.1985.

EHRMANN Henry W., Gastprofessor an der Freien Universität Berlin, am 21. Juni 1988.

FAVARD Emile, Journalist beim Wirtschaftsblatt "L'Expansion", am 30.5.1985.

FERRY Jacques, Vizepräsident des CNPF 1972-1978, am 13.6.1985.

FROIS Michel, Generaldirektor für Information beim CNPF (bis Anfang 1987), am 24.5.1983 (a), 23.10.1984 (b) sowie 23.4.1985.

HUVELIN Paul, Präsident des CNPF 1966-1972, am 7.5.1985.

JEANNENEY Jean-Noël, Generaldirektor von Radio France 1982-1986, am 11.5.1983.

MARTIN Roger, Generaldirektor der Firma Pont-à-Mousson, dann Saint-Gobain Pont-à-Mousson 1964-1981, am 26.4.1985.

MITAL Christine, Journalistin bei "L'Expansion", am 27.5.1983.

NEIDINGER Jean, Generalsekretär der Sozialabteilung des CNPF 1967 bis Ende 1983, am 23.5.1983.

PRIOURET Roger, Journalist, am 17.6.1985.

REYNAUD Jean-Daniel, Professor für Arbeitssoziologie am "Conservatoire national des Arts et Métiers", am 5.5.1983.

STOFFAES Christian, Leiter des Dienstes für Industriestudien bei der Generaldirektion für Industriestrategien beim Industrieministerium (seit 1982), am 1.3.1983.

VERDIER Eric, vom Allgemeinen Plankommissariat am 25.5.1983.

BEILAGE 2

DAS FELD PATRONALER ARTIKULATION VON DISKURSELEMENTEN

auch im Sinne von Machtdelegation z.B. im Jaurès-Zitat, das der CNPF gern anführt : "Dirige celui qui risque ce que les dirigés ne veulent pas risquer"

(privates)
Unternehmen artikuliert als Basiszelle von Gesellschaft und/oder Staat, zur Legitimierung z.B. gegen Streiks oder Betriebsbesetzungen,

präsentiert als dem "Gemeinwohl" dienend : "les entreprises, par leur réussite servent la Nation", "luttent pour l'indépendance nationale"

→ bringt den "esprit d'entreprise" hervor und damit

→ den "arbeitenden" Unternehmer ("travailleurs acharnés") <——> versus Müssiggang (bisheriger Oberschichten sowie anderer sozialer Kategorien, z.B. Beamte, "rentiers") : "c'est le refus des privilèges, des rentes et des avantages acquis"

mit Sachzwängen (contraintes paralysantes)

wie :
- Rentabilität (Gewinn, "marges") versus <——> Bankrott ("faillite"), allgemeiner Untergang Tod (Titel der CNPF-Revue No 441 : être ou ne pas être : voilà la question)
- (ökonomische) Markt(gesetze) versus <——> Planung
- internationale Konkurrenz (fähigkeit) versus <——> Solidarität

Schweiz.Z.Soziol./Rev.suisse sociol., 3 (1989) 611-639

BUCHBESPRECHUNGEN - BIBLIOGRAPHIE CRITIQUE

Computergestützte Arbeitstechniken für Geistes- und Sozialwissenschaftler

Helmut Mocker, Ute Mocker & Matthias Werner

Addison-Wesley, Bonn, 1990, DM : 78,-

Claus J. Tully, Deutsches Jugendinstitut e.V.,
Freibadstrasse 30, D - 8000 München 90

Der Computer als generelles Arbeitsmittel erfährt seine praktische Nützlichkeit stets im konkreten Arbeitsalltag, dies gilt für wissenschaftliches Arbeiten in gleichem Masse, wie dies für die computergestützte Konstruktion in den technischen Abteilungen von Betrieben seine Richtigkeit hat. Während früher Geistes- und Sozialwissenschaft in allgemeinen Ratgebern nach Lösungshilfen Ausschau halten mussten, gibt es nun bereits schon mehrere Werke, die speziell auf die Unterstützung der Arbeitstechniken von Geisteswissenschaftlern abstellen.

Die "Computerfibel für die Geisteswissenschaften" von Gregor und Krifka ist 1987 erschienen. Ein weiteres Werk für den gleichen Adressatenkreis wurde nun bei Addison Wesley verlegt. Während das erste Werk noch sehr viel stärker den Bedürfnissen von Linguisten Raum gegeben hat und der Textanalyse und der Darstellung besonderer Zeichensätze besondere Aufmerksamkeit schenkte, hat man bei dem Buch von Mocker, Mocker & Werner einen Ratgeber vor sich, der für den sozialwissenschaftlichen Arbeitsalltag ausreicht. Es werden die wichtigsten DOS-Befehle vorgestellt, ein bisschen über die Hardware berichtet und insgesamt also auf die Computerisierung des sozialwissenschaftlichen Arbeitsplatzes eingeführt. Vom Allgemeinen wird sich zu den speziellen Anwendungen vorgearbeitet, sprich : zur Textverarbeitung zur Benutzung von Datenbanken und, was für empirisch arbeitende Sozialwissenschaftler und -wissenschaftlerinnen wichtig ist, zur Datenanalyse. Und da das Publizieren im Zuge der Computerisierung allein qua Masse eine besondere Aufmerksamkeit verdient, endet das Buch auch mit Hinweisen, wie denn das, was so beforscht worden ist, auch optisch gelungen in Druck gehen kann. Der Abschnitt über die Textverarbeitung enthält alles, was man mit dem Programm "WORD" als Geisteswissenschaftler so tun kann. Dieser Abschnitt wäre verständlicher, wenn die Autoren sich nicht so sehr der Computersprache bedient hätten. Das Register, das Autorenverzeichnis - um ein Beispiel zu geben - bedarf keiner Umbenennung in Index, nur weil die zugehörige Funktion bei WORD so heisst.

Was an dem Buch gefällt, es fängt nicht bei Null an, sondern es verweist, zitiert und greift auf vorhandenes Wissen zurück. An einigen Stellen freilich

gibt es, was die Computerbücher als besonderen Typ von Druckerzeugnissen auszeichnet, den "Nachdruck" aus Handbüchern, aufbereitet für einen speziellen Adressatenkreis, wenn es um den Umgang mit dem Betriebssystem, Anwendersoftware geht.

Manchmal, vor allem bei der Einführung verspürt man den Vorteil, der dadurch entsteht, dass eine spezielle Aufbereitung aus dem Blickwinkel der eigenen Profession erfolgt ist. Insgesamt wird es möglich, auf Grundlage dieses Werkes in die computergestützte sozialwissenschaftliche Arbeit einzusteigen.

Was allerdings fehlt in dem Buch, ist eine Einführung in die Benutzung der Rechenblätter, hier hätte es genügt, einmal auf die Logik dieser Kalkulationsprogramme einzugehen und zumindest darauf zu verweisen, dass mit diesen Programmen ein gut Teil der täglichen Rechenarbeit abgewickelt werden kann, noch ehe auf aufwendige Programme wie SAS oder SPSS zurückgegriffen werden muss.

Sozialpaket Schweiz
Jakob Stöckli & Katrin Zehnder

Zweite, vollständig überarbeitete Auflage, Verlag Paul Haupt,
Bern und Stuttgart, 1990, 162 Seiten, Fr. : 32.-

Thomas Mächler, Haltingerstrasse 68, CH - 4057 Basel

Bereits die 1982 erschienene erste Auflage des "Sozialpaketes Schweiz" erwies sich als hilfreicher Wegweiser im Dschungel der Sozialen Sicherheit und der Sozialversicherung der Schweiz. Das Buch liegt nun in der zweiten, vollständig überarbeiteten und erweiterten Auflage vor. Während in der ersten Fassung noch ein Autor den Versuch gewagt hat, eine Übersicht über die Soziale Sicherung zu verschaffen, haben in der Neuauflage insgesamt zwölf Fachleute der verschiedensten Bereiche Kapitel überarbeitet oder neu geschrieben.

Die totalüberarbeitete Neuauflage gliedert sich in folgende vierzehn Kapitel : Bildung, Arbeit, Wohnen, Familienzulagen, Erwerbsersatzordnung für Dienstleistende in Armee und Zivilschutz, Arbeitslosenversicherung und Insolvenzentschädigung, Krankenversicherung, Unfallversicherung, Militärversicherung, Alters- und Hinterlassenenversicherung, Ergänzungsleistungen zur AHV und IV, Berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge sowie Internationales Sozialrecht. Der ausführliche Anhang enthält die jeweils massgebenden Zahlen (gültig für 1990) sowie Hinweise auf weitere Auskunftsstellen.

Die einzelnen Kapitel wiederum sind - obwohl von verschiedenen AutorInnen bearbeitet - nach einem einheitlichen Schema aufgebaut. Dieser Aufbau erleichtert es auch Nicht-JuristInnen, sich einen Einblick in das nicht einfache Gebiet der Sozialversicherung in der Schweiz zu verschaffen. Ausgehend von der Frage, wer in den einzelnen Zweigen überhaupt versichert oder anspruchsberechtigt ist, werden die Leistungen und die Auszahlungen, die Berechnungsregeln, Massnahmen, aber auch die Organisation, Rechtspflege und Finanzierung sowie allenfalls kantonalen Regelungen beschrieben. Spezifische Literaturhinweise helfen, den Zugang zu weiteren Quellen zu finden.

Auch wenn ein derartiger Ratgeber selvon von A - Z durchgelesen, sondern in der Regel als Nachschlagswerk für konkrete Fragen dient, so ist das ganze Buch in seiner Gesamtheit doch eine gut lesbare Einführung in die Soziale Sicherung und Sozialversicherung der Schweiz. Die beiden Verantwortlichen für die Herausgabe, Katrin Zehnder und Jakob Stöckli, haben es geschafft, auch Nicht-JuristInnen einen leicht verständlichen Überblick zu verschaffen. Das Buch eignet sich deshalb sehr für sozial Tätige (SozialarbeiterInnen, SozialberaterInnen, PsychologInnen, etc.), die in ihrer täglichen Praxis häufig Sozialversicherungsfragen gegenüberstehen sowie für in Ausbildung stehende soziale Praktiker, die manchmal im Sozialversicherungsbereich vor lauter Wald die einzelnen Bäume nicht mehr auseinanderhalten können. Aber auch JuristInnen (RechtsberaterInnen und AdvokatInnen) darf das Buch durchaus empfohlen werden, wird doch darin die Rechtspraxis in einem nicht leicht überschaubarem Gebiet dargestellt.

In seiner Praxisbezogenheit liegt denn auch die Stärke des Buches. Der Anhang mit den aktuellen Zahlen wird wohl bei vielen durch das häufige Nachschlagen rasch abgegriffen sein (was den Verlag möglicherweise bewegen könnte, hier regelmässige Aktualisierungen vorzunehmen). Sich rasch in einen Themenbereich einlesen zu können und darin Antworten auf Fragen und Probleme zu finden, werden Praktiker mit Sicherheit zu schätzen wissen. Durch die gedrängte und kurze Information ist allerdings der Ausblick häufig zu kurz geraten oder vergessen worden : Gerade weil ausgewiesene SpezialistInnen einfach verständliche Beiträge verfasst haben, wäre es direkt spannend gewesen, lesen zu können, wo diese heute im jeweiligen Gebiet die aktuellen Probleme und mögliche Lösungsvorschläge sehen. In einer Zeit, wo einzelne PolitikerInnen den Ausbau des Sozialstaates als abgeschlossen betrachten, hätten Hinweise gut getan, was künftig noch in das "Sozialpaket Schweiz" eingepackt werden müsste. Trotz dieses kleinen Mangels wird das Buch wohl häufig auf dem Pult anzutreffen sein, Im Bücherregal wird es mit Sicherheit neben dem Duden einen leicht greifbaren Spezialplatz einnehmen.

Cradle to Grave. Comparative Prospectives on the State of Welfare
Ralph Segalman & David Marsland

The Macmillan Press Ltd., London, 1989, pp. 147, Pounds : 9.95

Ellen B. Hill, Research Committee on Social Practice and Social Transformation (RC 09), CH - 6654 Cavigliano

Segalman and Marsland look at poverty their own way. They are convinced that the modern welfare state is no solution to the problem of economic deprivation, a view that prevails in Great Britain in all political parties, and a thesis that Segalman has been treating vigorously in his previous publications. His last book "Switzerland as Welfare State" has been reviewed in this journal in n. 1 of 1987. At that time Segalman was greatly impressed by the Swiss approach to poverty and is now returning to that opinion in Chapter II, where Switzerland figures as "unusual case" in the Western world. As far as the United States, Great Britain, and Scandinavia are concerned the authors affirm that welfare procedures in these countries do more damage than the problems they are attempting to solve. They create dependency and thus ultimately hurt the poor. Family life is destroyed because fathers become superfluous, and the welfare supported sections of the population increase creating cultural suicide in the end. Extensive state control damages per force a culture of freedom.

According to the authors the solution lies in local-level decisions and locally based action. They seem unaware of the small size of the Swiss population, 6 million as compared to 260 million in the USA, still living, although ever less, in relatively small agglomorations. They do not think of the general trend of migration in the post-industrial, not to mention the post-agricultural society, of the depersonalization of human encounters that follows geographic mobility or of ongoing urbanization. Surely, family ties can not be strengthened artificially, and the several-generation family living under one roof is long gone.

The authors' description of the welfare state's difficulties are perfectly observed, but what is lacking totally is a feasible alternative they might propose. Up to now, noone else has come up with one either, which is why changes in the welfare system remain minor in the advanced nations where new technologies have raised the overall economic standards quickly. On the other hand, those who can not adapt to rapid development or have outlived their usefulness at a certain age have no choice but to rely on the responsibility of the society, since Gemeinschaft has become Gesellschaft for more than a hundred years, a reality both authors evidently can not see. Our interest in the book is twofold : there can be no doubt that these views are shared by quite a number of neo- and not so neo-conservatives, and perhaps even more becau-

se serious comparative studies are rare. Two good reasons to read what the short volume contains.

Wealth, Poverty and Starvation
An International Perspective
Vic George

Whaetsheaf Books, England, St. Martin's Press, New York, 1988, 234 pp.

Ellen B. Hill, Research Committee on Social Practice and Social Transformation (RC 09), CH - 6654 Cavigliano

This publication should be considered as one of the very few dealing with deprivation in a systematic fashion. Generally authors on this subject are emotionally very much involved as otherwise they might not even work on it. They either report applied studies that were made in some limited area or present their personal encounter with poverty that has left them shaken. Vic George is surely involved in the current situation but he manages to deal with it in a rational way, a self-declared neo-Marxist, who does not betray his scientific stance without considering for that reason reality less important than faith.

As the title indicates the perspective is international. Wealth, poverty and starvation are exposed in quantative terms, are explained as to their origins and viewed on different levels. The author looks at the present theories in regard to poverty and wealth and is struck by the fact that changes in income distribution on the international level as well as within countries are exceedingly slow. What strikes the reader most is that he does not fear to make predictions when we all know how tentative economic forecasts tend to be and the margin of error, so far at least, in economics even more substantial than in the other sciences, including the soft ones.

George is Professor of Social Policy at Kent University (UK), which may explain his courage. Describing theories of development and underdevelopment in flux particularly since the sixties and the UN agencies' great disappointments, he also deals with the interrelationship of wealth and power, of birthrate and economic development and supplies comarative tables on income distribution in different developing countries. He then proceeds to show poverty in the advanced industrial nations, where until rather recently the groups "left out" were hardly indentified. This has now changed, in theory at least, although what to do aboutthe inequality of living standards is much more a subject of public discussion than of political action ; and this although in all advanced countries social security expenditures have substantially increased in relation to the GNP. There is, however, also no doubt that such

increases are limited by the structure of free-market societies, if these are to function efficiently, since by definition they rely on private profit.

Famine, starvation, and poverty in the Third World are mainly reported on the basis of studies undertaken by FAO, WHO, and other international agencies, and a further chapter is dedicated to their reasons, political, demographic, and economic, such as, for instance, the one crop-economies. The author is particularly interested in the fact that in spite of steady economic growth which has taken place since World War II, conditions overall have not improved, and he does not anticipate that they will in the near future.

George is not optimistic that attitudes either in the industrialized nations are assistance to the Third World or attitudes versus the power structure in the Third World as prevailing at present are likely to change for the better. Although he does not, or perhaps because he does not, end his book with personal recommandations in spite of his obviously deeply felt concern, the volume is most worthwhile. It brings together material that has been gathered over the last decades, but to our knowledge has never been logically interpreted. It would, therefore, be useful, if the book found many readers engaged in social policy at all levels. The scientific journals show worldwide that after some delays social policy is "in" again. So there may be hope.

The Capitalist Class. An International Study.
Tom Bottomore & Robert J. Brym

Harvester Wheatsheaf, New York, London, Toronto, Sidney, Tokyo, 1989

Ellen B. Hill, Research Committee on Social Practice and Social Transformation (RC 09), CH - 6654 Cavigliano

Just because this anthology was conceived as a class study by its editors, i.e. as a theoretical example of a particular sociological concept, and came out before the recent events in Eastern Europe it would seem of distinct pertinence at this moment. Capitalism is at present surely in the limelight, it is questioned, it is admired and critized, it is analyzed as probably never before. As to classes their existence has been denied, as for instance by the "liberals" during the New Deal in the United States. By now, the classes that obviously always did exist are undergoing rapid change in the advanced nations due to technological change, the relative decline of manufacturing, and pervasive development of the information society.

The volume contains chapters on the capitalist class in Britain, France, Western Germany, and Italy as far as Western Europe is concerned, but also on Japan, Canada and the United States. While they provide very rich material complete with statistics of an economical, educational and social nature

as well as extensive bibliographies for all the countries, the theoretically oriented Introduction by Bottomore is attempting to do something more and to analyze rather wider issues. He is asking specifically how the capitalist class ought to be defined and located in the class structure and further in what sense and to what degree the capitalist class can be shown to be a dominant or ruling class.

Bottomore does not deny the role of managers who do not own companies any longer, for him the managerial revolution nevertheless does not abolish the power of the capitalist class. In his view, although individuals are largely replaced by banks and insurance companies that do now exert control, managers have close connections with the wealthy class thus becoming part of the power structure and this in spite of growing state intervention in the post-war period. He also finds that with the seventies there has been steady reprivatization and return to lessening state intervention assisted by the diminishing influence of the labor unions and the ongoing replacement of manual workers by white collar employees who are more posively inclined versus capitalist values, to which ongoing economic advances added surely substance. Writing in early 1989 Bottomore felt that the future of the capitalist class could not be predicted because of the many unknowns on the international scene effecting not only corporations but also political relations.

Interesting comparisons can be drawn from the different societies and the respective findings in the individual chapters. David Coates starts with Britain where the rule class maintains itself through private ownership of big capital, reproduces itself through private education and the transmission of wealth between generations. It is exclusive, shows a low public profile and continues to protect itself politically. Britain does not just have a ruling class but one of political sophistication and power, and it is identical with the capitalist class.

In contrast, the capitalist class in France was shaken by a wave of nationalizations starting 1981 that have now ended, but an interpenetration of capitalist entrepreneurs and state administration allows for most of the directors to go on. There are narrow links between the capitalist and the ruling class that are personal, educational, financial, and political. Jeanne Marceau, the author of the French chapter opens it up by the statement that revolutionary France of 1789 hase become two centuries later unmistakably a bourgeois capitalist society, although it developed later than other Western European countries in that direction and is now changing from family to technocratic control.

As seen by Willfried Spohn and Y. Michal Bodemann the West German capitalist class changed decisively in the early postwar years and represented basically a compromise between agrarian and industrial capital. Case studies do not exist in regard to this development, but an internationally interwoven capitalist class was formed in the boom years. An opening to other class segments then took place with a functioning parliamentary system. If the effect

on the capitalist class will last or if a return to conservative roots will take place, remains to be seen according to the authors.

Italy is a latecomer in the process of capitalist development as Alberto Martinelli and Antonio M. Chiesi point out a the very beginning of their chapter, and the "Italian miracle" took place in a restricted area of the peninsula. With tho sub-cultures, one managerial, the other Christian-Socialist, the aim of the capitalist class is also twofold. Until very recently a state-controlled sector of the economy produced a third type of representative of capitalism. By now a fourth type of manager has emerged : a multinational technocrat confident in the modern techniques, mostly strategic finance and strategic marketing, guided mainly by the rules of the world market. As a result the Italian business class is increasingly integrated in the international community. In conclusion, the capitalist class in Italy provides an increasing political and also some cultural influence. As this in turn brings about a less specific type of capitalistclass, the elite finds it difficult to produce the cultural hegemony one finds in other Western countries.

Koji Morioka, the only economist among the authors, states that the capitalist class in his native Japan is composed of individual capitalists, directors and senior managers, and government officials. Together they do not represent more than 6 % of the population, while working class with 60 % and middle class with 34 % make up the rest. His contribution centers on capitalism rather than on individual members of the capitalist class. He notes the close connection between the educational system that is steadily growing and the capitalists, who, when prominent, are in general skilled executives and no longer owners of corporations. The associations formed by large corporations, concentrated in relatively few branches, do have political functions and are controlled by what remains of family ownership and the managers. Their influence outside of purely economic issues may well acount for the unlimited overtime still permitted by law which accounts in turn, in Morioka's view for much of the outstanding success of the Japanese industry.

The Canadian capitalist class appears rarely in international publications. Robert J. Brym comes to the following main conclusions concerning Canada : 1. the capitalist class in his country is relatively powerful and corporate interlockingamong top capitalists relatively dense. 2. the working class is relatively weak as is proven by the fact that no left party has ever been represented in a Canadian federal cabinet. He further states that societal level bargaining is minimal in Canada. Consequently the Canadian state is less autonomous of the Capitalist class, less interventionost and less redistributive than most Western industrialized countries. However, there has been over the years increased unionization which obvious troubles the capitalist class and free trade has been the main issue between the working class and the capitalist class. Up to now the capitalist class has been able to keep its decisive place in the power structure.

For the United States, Beth Mintz asks foremost if mechnisms of cohesion exist that would transform a series of actors into a unified capitalist class. In the United States also there is evidence of shared backgrounds and overlapping networks. More doubtful seems to her a coherent strategy of class action. In the American case a great number of studies are availableso that patterns of recruitment, i.e. the social composition of the capitalist class can be documented as well as cohesion and cleavage. Mintz cites the existing literature concerning the network of interlocking directories, on class vs. organizational variables, on political action committees and comes to the conclusion that the structure of a capitalist class has developed foremost in recent years and much of this development remains still to study. She also sees the importance of internationalization and at the same time of the need for a different national strategy, as the country loses its role as foremost industrial nation and with it its former world dominance.

The last chapter by Kees van der Pijl takes up specifically the question of the international aspects of the capitalist class, a subject that was discussed in all the preceding articles dealing with the different nations. Van der Pijl speaks about a new class of global executive. The bourgeoisie contained always some cosmopolitan elements but in the twentieth century even more through the internalization of actual production. Thus, there is definitly an international capitalist class, although class consciousness is not a fixed quantity but subject to continuous change and development. According to van der Pijl class consciousness takes the form of particular concepts of control. Nationally the capitalist ruling class is structured between the national economy and state power, but the internalization of production has led historically to an internationalization of a class struggle and socialization of labor in the inter-war years. After World War Two an Atlantic bourgeoisie was formed as the productive economy expanded on the international level. Since the chapter was conceived, atleast aspirations in regard to bourgeois values and market economies have grwon far beyond the Atlantic region, and it would be interesting to learn what the capitalist class will look like in the eyes of this author given the recent events.

The Political Rights of Migrant Workers in Western Europe

Zyg Layton-Henry (Ed.)

Sage Publishers, London, 1989, pp. 199,

Ellen B. Hill, Research Committee on Social Practice and Social Transformation (RC 09), CH - 6654 Cavigliano

The unsolved problem of migration from the less developed countries of the world to the industrial regions is particularly acute in Western Europe. By now Japan and Australia are becoming equally concerned, and North

America also does not really know how to cope with border crossers from the south. In Western Europe there was a lack of workers about 40 years ago, but with the current onslaught of migrants and the new technologies the situation has radically changed. It is, of course, no accident that xenophobia is spreading in great part because Western Europe nationals feel threatened and besides ethnic feelings have increased everywhere. Tribal fights in Africa, subgroups in Asian nations, wars among different nationalisties in the Southern USSR have all exploded relatively recently, or, should one say, have come to light after having been in preparation for a long time.

This anthology deals with the political rights in Sweden, Switzerland, Great Britain, France, Western Germany, Belgium and the Netherlands. The chapters on the position of illegal immigrants, civil and industrial rights, on immigrants associations and consultative institutions, on voting rights and naturalization examine systematically these questions in the countries named. About 15 million persons have migrated to these countries since the end of World War II, and a second and third generation is growing up. Switzerland has the highest percentage of foreign inhabitants not counting temporary workers and persons coming over the border for a day of work at a time. France has over a million of people from North Africa, exact numbers are unavailable, as many do not appear on the official statistics because of their status. The anthology does not include Italy which has supposedly 1 million illegal immigrants who normally workon the black market and live from hand to mouth by selling small items in the streets.

According to British Layton-Henry's Introduction political rights have become so important because the great number of foreigners who in the Western democracies are excluded from participation constitute a potential danger to society being and remaining disenfranchised, unassimilated minorities. Citizenship in advanced industrial countries gives access to security, employment, a good standard of living, and in case of need unemployment insurance payments. He maintains that gradually an extension of social, civil, and political rights have been extended to migrant workers except for illegal immigrants and undocumented workers.

The absence of rights of illegal immigrants is the theme of the first chapter written by C. Withol de Wenden, a researcher at the CNRS, the Paris national research center. The increasing number of such persons has resulted in ever stronger police surveillance and prosecution. There has been support for individuals threatened with deportation in a number of countries, out on the whole public opinion is hostile to illegal immigration. Campaigns have therefore become common particularly in favor of political refugees, but the principle of regularisation for illegal immigrants have so far not been accepted. Ocasional amnesties have taken place which in turn have encouraged more illegal immigration. In short, no real solution has been found.

Jan Franken, Belgium, and Thomas Hammar, Sweden, consider industrial and civil rights of aliens. The industrial rights depend evidently greatly

on the economic situation, i.e. on the condition of the labor markets, and the attitude of the labor unions are decisive in all the countries of Western Europe. An international model absorbs foreign workers in the ranks, a diversity model encourages them to have their own organizations within the trade unions. Union participation is important to the foreigner as one means of integration. Any alien act tries to regulate the flow of immigration and to establish the legal position of those who have been admitted. At this point the civil rights of foreigners can be compared to those of citizens who had not yet been granted sufferage in general elections in the 19th century but in most other respects possessed full legal rights. By the mid-seventies policy makkers in Western Europe had become aware of the necessity to integrate permanently settled minorities so that immigrants are by now on the way to political participation, although the level of such activity is still far below the average of the indiginous population.

In the two following chapters the Editor and Uwe Andersen, Western Germany, portray immigrant associations and consultative institutions for migrant workers respectively. The ability to organize autonomous associations to protect their interests and mobilize support is of great importance, they help with the first phase, namely temporary labor recruitment. A second important step then becomes the family settlement ; another one is assistance with learning the language of the receiving country, while the role of the state in relation to these institutions is very different depending on the laws of the host country. Ultimately the attitudes of governments and indigenous populations are decisive. A special problem is presented by the second generation which finds itself in the middle between retaining its traditional values and integration in the host country. Andersen describes the consultative institions for immigrant communities, which exist in the countries examined in the book. They are the means by which the decision-makers learn about the views of the excluded minorities and at the same time allow the decision-making process to take their special interests into account. They are in general located in the biggest communities and are, of course, not always accepted in part because of fear of too much foreigners' influence. The success of these institutions is difficult to evaluate, and the doubt about their effectiveness has led to more interest in political rights in the long run.

On the other hand, Jan Rath, The Netherlands, describes in his chapter on voting rights how these are handled differently in the seven countries considered. The Northern countries have a tendency to extend voting rights to foreigners, some countries consider the nationals of their former colonies favorably, while in Switzerland the issue is decided on a cantonal level. Rath accounts for everyone of the countries because of their diversion and ends his article by showing the issues of the moment. In general the voting turnout is relatively low, the future of the whole issue depends of course in great part on the development of the foreign community in the next years.

The same holds true for naturalization, which is discussed by Gerard de Rham, Switzerland, citizenship and equality are tied together in the modern

world and citizenship acquisition at this point varies from country to country. Types of acquisition by country and residence qualifications are presented on tables as well as the unequal fees for naturalization and conduct requirements. De Rham concludes that the countries of Western Europe can be devided by liberal and protectionist. It has become important to control the circulation of labor. There is no general trand concerning citizenship acquisition and the European Community has by now something like a collective citizenship as their nationals can move about and work in all member states. The reluctanceto change nationality remains anyway.

This leads us to the views of Layton-Henry in the last chapter regarding citizenship and denizenship for migrant workers. Denizenship is defined by him as the right to permanent residence and the right to work, i.e. a condition close to citizenship but generally without political rights. Immigrants by 1992 will have a common passport as long as they come from a member state of the European Community, as a result the decisive difference will be between those who belong to the EC and those who do not. Of course de jure equality does not necessarily provide de facto equality as the racial tensions have amply demonstrated. According to qualified observers xenophobia sets in when the presence of strangers amounts to 15 %, although figures vary in different cultures. Anti-immigrant parties have been formed and increased visibly in Western Europe. Layton-Henry fears the negative impact of the disenfranchised, alienated minorities leading ultimately to uprisings as inner-city riots in his native Britain have proven. He regards denizen status as possible means of prevention in this context.

The reader will be familiar with the general theme of the volume since the mass media continually demonstrate the day-to-day events. What makes the book worthwhile seems to us the careful systematic analysis of the factual, legal, human and social aspects of Western Europe's most visible unsolved problem.

Lettres et Correspondances. Oeuvres complètes de Vilfredo Pareto, Vol. XXX

Publiées sous la direction de Giovanni Busino

Droz, Genève, 1989,

Pierre Maurer, Avenue Vinet 20, CH - 1004 Lausanne

Avec la parution du trentième volume des Oeuvres Complètes de Vilfredo Pareto, le Professeur Giovanni Busino de l'Université de Lausanne - et remplaçant de Pareto à ce poste - met un terme à un travail entrepris en 1963 déjà. Grâce à cet effort de longue haleine, tous les écrits de Pareto, jus-

qu'à sa correspondance personnelle, sont ainsi aujourd'hui publiés, soixante-six ans après sa mort.

Longtemps la pensée de Pareto, injustement associée au nationalisme, à l'anti-sémitisme, qualifiée de réactionnaire et même de fasciste, a été négligée et même méprisée. Cette situation s'explique largement par la personnalité de Pareto, taciturne, sarcastique, arrogant, dénonçant la médiocrité de son temps, mais surtout par sa vision désabusée du monde et de l'histoire, par son rejet de l'idée de progrès et son refus d'exhalter tout pouvoir, par le désenchantement généralisé et la critique des idéologies qu'il professait. Par son athéisme profond aussi. Et comme la pensée marxiste ou socialiste a joué un rôle de premier plan - pour ne pas dire hégémoniste - de manière générale dans les cercles intellectuels d'Occident, Pareto a toujours été considéré comme un auteur qui allait à contre-courant, comme un marginal, comme un outsider peu intéressant, voire méprisable. Les efforts de Busino ont néanmoins permis sa "redécouverte" et "le solitaire de Céligny", mort en 1923, apparaît toujours plus comme un auteur d'une étonnante modernité et d'une grande pertinence dans les interrogations des théoriciens contemporains en sciences sociales.

Mais cette entreprise n'a pas été de tout repos. Busino s'est rapidement trouvé au centre de polémiques acharnées, accusé d'exploiter la renommée de Pareto par les uns, de trahir la pensée de ce grand classique de la sociologie par les autres. On lira en particulier sa préface au onzième volume paru en 1967 sous le titre de "Programme et sommaire du Cours de sociologie" pour se faire une idée de l'ampleur des passions suscitées.

Querelles mises à part, que restera-t-il de l'oeuvre riche et touffue du père de la "théorie des élites" ? Il est bien sûr délicat de répondre à une telle question. Mais il nous paraît qu'on peut d'ores et déjà dire qu'on en retirera encore longtemps des idées, des démarches, des approches et des manières d'aborder les problèmes. C'est d'ailleurs largement le cas aujourd'hui, surtout parmi les économistes, en particulier dans les pays anglo-saxons, même si on parle peu aujourd'hui de l'Ecole de Lausanne.

Busino, pour sa part, dresse un constat plutôt mitigé de ce long travail : "Dans le fond, le bilan de ce 'revival' paretien est négatif, il est vrai, mais certainement pas pessimiste. A bien y réfléchir, il ne sert à rien de succomber au désespoir. Les déceptions, disait Pareto, peuvent être objet d'étude et, par cette voie, nous permettre de mieux évaluer la signification de nos actions et de nous fortifier dans nos projets. Et à prouver que je ne suis ni pessimiste ni sensible aux marques de reconnaissance, il y a les trente volumes de ces Oeuvres complètes que je suis parvenu à imprimer avec l'appui d'Alain Dufour et de sa Librairie Droz, sans autre aide et sans autre moyens, tout seul, pendant un peu plus de vingt ans, à côté de mon métier d'enseignant, sans en attendre d'autres joies que celles qui dérivent du travail mené à terme".

Quoi qu'il en soit, il est certain que dans le climat de "crise" qui caractérise les sciences sociales contemporaines, l'oeuvre de Pareto nous interpelle et demeure stimulante, même si certains n'y voient qu'une curiosité historique.

Economie politique du système soviétique
Gérard Roland

L'Harmattan, Paris, 1989,

Pierre Maurer, Avenue Vinet 20, CH - 1004 Lausanne

Le but que s'est fixé Gérard Roland dans son dernier livre est ambitieux, puisqu'il s'agit, dans la plus pure tradition marxienne, de proposer une véritable "théorie générale" du système économique soviétique. Il postule, au départ, l'existence d'un "mode de production" soviétique spécifique, entièrement nouveau dans l'Histoire (une idée qu'avait déjà eu Henri Lefèvbre, sans toutefois l'approfondir), dont il tente de saisir les composantes et leurs interrelations en analysant successivement le rôle de tous les acteurs concernés (planificateurs, entreprises, travailleurs, consommateurs et ministères). Décrivant la rationalité - et l'irrationalité - à l'oeuvre dans les différents flux économiques qu'il observe, l'économiste belge, Professeur au Centre d'Etude des Pays de l'est de l'Université Libre de Bruxelles, montre en particulier les disfonctionnements inhérents à une gestion qui se fait par un centre unique et omnipotent.

Nul doute que le livre de Gérard Roland paraît à un moment critique de l'histoire économique et politique de l'URSS : les questions qu'il pose et les problèmes qu'il soulève sont ceux-là mêmes auxquels tentent de répondre les nouveaux dirigeants du Kremlin. Selon lui, seule une réforme radicale et globale du système permettra à l'Union soviétique de se départir du marasme économique profond dans lequel elle se trouve plongée actuellement, les réformes partielles - telles que celles que l'on a connu jusqu'ici avec la perestroïka et telles qu'on semble les envisager actuellement - étant vouées à un échec assuré. Mais lucide, l'auteur ne néglige pas toutes les forces - qui selon lui se retrouvent tout autant dans le camp de ceux qu'on considère généralement en Occident comme des "réformateurs" - qui font obstacle à ces changements nécessaires et qui se situent en particulier dans les modes de penser et dans le manque d'audace des intellectuels.

Il ne fait pas de doute que ce livre sera jugé comme *provoquant* - non seulement par l'ampleur du programme que s'est fixé l'auteur, mais surtout à cause de son approche qui se situe clairement dans la mouvance marxiste, même s'il s'agit d'un marxisme qui se veut non-dogmatique et "ouvert" -, et qu'il indisposera, de ce fait, bien des observateurs de la scène sociale sovié-

tique. Il n'en constitue néanmoins d'ores et déjà un livre de référence majeur sur la période Gorbatchev.

Du Printemps de Prague au Printemps de Moscou (janvier 1968-janvier 1990). Les formes de l'opposition en Union soviétique et en Tchécoslovaquie depuis 1968.
Miroslav Novak

Georg, Genève, 1990, 486 pages

Pierre Maurer, Avenue Vinet 20, CH - 1004 Lausanne

Pendant plus de quarante ans, les régimes communistes - que Novak qualifie à juste titre de "monocraties populaires" - ont muselé toutes les formes d'opposition. L'exil et le goulag furent le prix payé par plusieurs générations de dissidents à cette répression. Au point qu'en Occident, l'idée s'est répandue que seule une poignée d'intellectuels portaient, au risque de leur vie, l'étendard de la liberté et des droits de l'homme. Miroslav Novak, lui-même dissident tchèque établi en Suisse depuis 1977, montre à quel point cette idée d'une opposition minoritaire et socialement marginalisée était fausse et comment, en fait, dans tous ces pays, la résistance reposait sur un vaste appui populaire, même si les manifestations de ce soutien n'étaient pas toujours très discernables. L'effondrement des régimes communistes dans la plupart des pays d'Europe de l'Est et la montée spectaculaire des nationalismes en Union Soviétique en sont des témoignages massifs : comment tout cela aurait-il été possible si les opinions divergentes avaient été confinées à de petits groupes d'intellectuels plus ou moins marginaux et si, pour parler comme Miklos Molnar dans son dernier ouvrage [1], la "société civile" tout entière ne s'était pas mobilisée ?

Miroslav Novak répertorie toutes les formes de contestations apparues dans les deux pays qu'il étudie et les situe dans un cadre historique et comparatif plus large. En Tchécoslovaquie, c'est la Charte 77, mais aussi divers courants comme le socialisme non-marxiste, la démocratie-chrétienne, le trotskysme, etc. En URSS, ce sont les mouvements pour les droits de l'homme avec Sakharov comme pionnier, les groupes d'Helsinki (après 1975), les oppositions nationalistes, en particulier en Ukraine, dans le Caucase et dans les pays baltes. L'auteur montre la variété et les formes diverses qu'a pris l'opposition, des réunions clandestines d'intellectuels à la circulation des samizdats en passant par la résistance religieuse qu'il considère comme ayant été la plus importante.

---

[1] Miklos Molnar, La Démocratie se lève à l'Est, Presses Universitaires de France, Paris, 1990.

La partie la plus intéressante du livre est sans conteste la dernière où Novak propose une véritable "sociologie de la dissidence" sous la forme d'un vaste panorama solidement documenté de cette population finalement assez peu connue et sujette aux stéréotypes les plus simplistes. Après avoir présenté les origines historiques et les caractéristiques sociologiques des divers courants dissidents, l'auteur distingue deux grandes familles d'*attitudes*: les attitudes qu'il qualifie de "*libérales*", opposées aux attitudes conservatrices et néo-staliniennes, et les attitudes "*contestataires*", opposées aux attitudes orthodoxes ou officielles. Les attitudes "contestataires" expriment plus directement une hostilité à l'égard du statu quo politique que les attitudes dites "libérales" qui, elles, partent de valeurs plus abstraites mais également opposées au régime de type soviétique et deviennent logiquement plus "oppositionnelles", pour employer la terminologie de l'auteur. Les attitudes libérales sont plus répandues parmi les individus ayant une instruction élevée, alors que les attitudes contestataires, dirigées clairement contre un aspect de la vie politique officielle, se retrouvent dans toutes les couches sociales, même si elles sont plus fréquentes dans les classes plus modestes de la société. Pour Novak, les militants de la Charte 77 sont typiques de l'attitude "libérale", alors que l'antisoviétisme virulent doublé d'un proaméricanisme tout aussi extrême qu'on retrouve dans toutes les strates de la société tchèque incarnent l'attitude "contestataire".

Au moment où les nationalistes des différentes Républiques de l'URSS font toujours plus fortement entendre leurs voix et où Vaclav Havel est passé du stade de dissident à celui de Président de la République en Tchécoslovaquie, cet ouvrage - basé essentiellement sur des sources contestataires en tchèque, en slovaque et en russe, ainsi que sur des sondages d'opinion, souvent inconnus, effectués à l'Est comme à l'Ouest - apporte des éclairages précieux pour la compréhension des événements qui bouleversent actuellement le monde communiste.

Society, Culture and Urbanization
S.N. Eisenstadt & A. Shachar

Sage Publications, Newbury Park, CA, USA

Ellen B. Hill, Research Committee on Social Practice and Social Transformation (RC 09), CH - 6654 Cavigliano

With the cities complex problems at the end of the 20th Century under passionate discussion the world over, locally, nationally, and some also internationally, at the political level as well as in the mass media, a book that deals with the positive achievements of the cities becomes a real feat of consolation. We are well aware that the present metropolis owe their existence to good reasons such as industrialization and population explosion, but what

we owe them is much less known. "Society, Culture and Urbanization" reflect their authors who are socially aware, highly cultured and themselves urbanized.

Social scientists do know Eisenstadt's reputation, the quality and quantity of his output. Teaching at Jerusalem University, in the United States, and regularly holding seminars in Switzerland, a member of scientific academies in many countries, his latest publication with a geographer, urban planner and specialist in regional development, A. Shachar, who has also worked in different countries, has added a new dimension to his research.

Cities have, of course, been closely observed since their beginnings in all civilizations, and very soon the emphasis has been on trying to keep the cities' advantages while combining them with an easier life in the contryside. The difference in life style became ever greater and was also recognized as such. Theories in their regard developed in accordance with the development in the social sciences, and their multiplicity is described in the first chapter of the book. There are always new approaches to comparative analyses depending also on the stance of the different scientists, their personality, and their schools. By studying the city structures a historical view of cultures can be created. Eisenstadt and Shachar stop, however, before modern civilizations and urban hierarchies primarily based on technology and political modernizations came into existence. Accordingly the focus here is on the births of urban systems.

The presentation of the various analytical theories is followed by case studies undertaken in regard to South Eastern Asian cities, those of colonial Latin America, the Chinese Empire, the Russian Empire, the Bycantine Empire, Easrly Islam, India and Japan, up to Medieval Europe. Obviously a thorough search of the litterature was made, although it is striking and surely no accident that the references stem mainly from works in the English language, however a few Franch and German studies are also referred to.

Eisenstadt and Shachar's approach is a new one, and their particular way of analyzing urban civilizations is, as they say themselves, the main scope of the book. They did spell out their assumptions as follows : "Based on a critical examination of the major controversies in the social sciences the approach recognizes that the establishment of any institutional setting is affected by the combination of the following components : 1. the level and attribution of resources among the different groups in a society, that is the type of labor dominant in that society. 2. the institutional entrepreneurs or elites available or competing to mobilize and structure such resources and to organize and articulate the major groups formed by the social division of labor. And 3. the nature or conceptions of visions in forming the activities of the elites from which they combine the structuring of trust, provision of meaning, and regulations of power with the division of labor in society" (pp. 61-62).

They found looking at the existing writing, i.e. these case studies, that the possible combination of factors was very great in number and that the same

was true among institutional frameworks. As the primary urbanization had been analyzed repeatedly as had been the modern cities the authors limited themselves to the traditional historical civilizations where they found distinct ethnic and political entities and thus represented wider constitutional markets and their own religious and/or political elites. These features they had, in fact, all in common.

In their conclusions the authors maintain that their analysis proves that many approaches to the study of urban traits are unacceptable, while it is evident that the negation of comparability of the cities of different civilizations can not really be sustained. The question now arrives, if their approach would also be useful if applied to modern cities. Urban-rural relationships have significantly changed and are going on to do so at a rapid rate. This last question is left open and would demand further research.

This finally brings us to the moral evaluation of the cities which is to a great extent underlying our present-day heated discussion. Has the urban population become the victim of circumstances or has it been duped as in many instances in the Third World ? The book does not answer these questions nor does it intend to. The reader notices however that they came up in his mind because of the current problems and the otherwise enormous material assembled and the number of questions the authors do answer convincingly. Further urban research was probably never as urgently needed as just now.

Warten bis die Züge fahren - Ein Türkenghetto in Deutschland
Paul Geiersbach

Mink Verlag, Berlin, 1989, 416 Seiten, DM : 25.-

Katharina Ley, Institut für Soziologie, Universität Bern
Speichergasse, CH - 3011 Bern

"Agierende Teilnahme" - mit diesem Begriff charakterisiert Günter Wallraff das vorliegende dritte Werk des deutschen Soziologen Paul Geiersbach. Es geht einmal mehr darum, türkisches Leben in der Emigration darzustellen. "Bruder, muss zusammen Zwiebel und Wasser essen !" (Bonn, 1982) und "Wie Mutlu Oeztürk schwimmen lernen muss" (Bonn, 1983) waren Vorläufer dieses neuen Berichtes.

Er beginnt konkret mit dem ganz gewöhnlichen Wohnungseinzug von Paul Geiersbach in einer ungewöhnlichen Umgebung, einer ruhrländischen Türkensiedlung. Die agierende Teilnahme umfasst ein eineinhalbjähriges Wohnen und Leben des Autors inmitten dieses Ghettos. Die konkrete Teilung des Alltags bedeutet Anteilnahme, Betroffenheit und aktives Mitagieren. Was treibt einen deutschen Soziologen dazu, im Ramazan mitzufasten,

türkische Bräuche mitzuerleben, ehrgeizige Vermittlungspläne zu entwickeln und alles das als Soziologe einer weiteren Öffentlichkeit mitzuteilen ?

Neugier dürfte immer schon einen relevanten Motor von Forschung ausgemacht haben. Nur ist es eher selten, dass die Neugier so unverhohlen dargestellt wird, und der Forscher sich selber so nachvollziehbar in die Forschungsarbeit einbezieht. Paul Geiersbach schreibt auch über Paul Geiersbach, wie es ihm in Duisburg als Nachbar und Mitbürger unter den Türken une Muslimen gegangen ist. Ein Glück für die Leserin, denn der vorliegende aktionsforschungsmässige Versuch lässt uns alltägliches Türkenleben und gelebten Islam lebendig nacherleben.

Ich zähle mich zu jenen ForscherInnen, die häufig kritisieren, dass noch und noch Forschungen zu Themen und Problemen lanciert werden, bei denen es nicht an der Analyse, wohl aber am konkretem Handeln und Eingreifen, mangelt. Deutsche Türkenghettos, die wie alle Ghettos ein hohes Mass an Abgeschlossenheit gegen aussen vorweisen, können nur von innen her analysiert werden. Und die Analyse von innen her erfordert eine agierende Teilnahme, die der permanenten inneren Distanznahme und äusseren Umsetzung davon sicher ist. Diese Sicherheit ist ein täglicher Prozess der Gewinnung von Vertrauen den anderen und sich selber und seinen soziologischen und menschlichen Fähigkeiten gegenüber. Neben Misserfolgen, die die Türken und der Autor erleben, ereignen sich auch erstaunliche Dinge - wenn beispielsweise eine türkische Frau bei der abendlichen Einladung mit am Tisch sitzt mit den Männern, bedeutet das eine kulturelle Innovation, die im Heimatskontext undenkbar wäre.

Es ist Paul Geiersbach zu danken, dass er nicht einfach unter die Journalisten gegangen ist, sondern darauf besteht, diese Ghetto-Reportage als Soziologe verfasst zu haben. In der Dichte und analytischen Tiefe des Informationsgehaltes weist das Werk in Richtung wissenschaftlicher Fallstudie. In der Abwicklung des Handlungsfadens und der Explizierung der Charaktere der handelnden Personen weist sie in Richtung Erzählung oder Roman - erläutert der Autor. Die Analyse wird oft von den handelnden Personen selber überraschend und zutreffend geleistet, und analytische Schlussfolgerungen können leicht auch von den LeserInnen gezogen werden, da die entsprechenden Daten und Hintergründe geliefert werden.

Bei den Ghetto-Bewohnern handelt es sich zum überwiegenden Teil um gläubige bis streng gläubige Türken. Der Autor unternimmt den Versuch, hinter den starr und pedantisch Wirkenden Regeln und Bräuchen durch teilnehmendes Miterleben den gläubigen Menschen zu erkennen und den Hintergründen ritualistischer Glaubensformen in der Emigration auf die Spur zu kommen. Diese Studie über "Reservate verachteter Ausgegliederter" legt denn auch den Schwerpunkt auf die Darstellung gelebten Islams ; ebenso der demnächst erscheinende weitere, ergänzende Band dieser Ghetto-Studie ("Gott und die anderen - auch in Deutschland dienen", Mink Verlag, Berlin, 1990).

Maladie mentale et sens commun
Marie-Noëlle Schurmans

Delachaux et Niestlé, Actualités pédagogiques et psychologiques, Paris-Neuchâtel, 1990, 317 pages.

Daniel Glauser, Unité d'investigation sociologique, Institutions Universitaires de Psychiatrie de Genève, rue du 31 décembre 6, CH - 1207 Genève.

Se donner pour objet la représentation sociale d'un objet, tel est le propos de l'étude publiée par Marie-Noëlle Schurmans et intitulée "Maladie mentale et sens commun". Unifier les mille et une facettes de la problématique des mille et une manières dont le commun des mortels se représente la folie, tel est aussi le pari de l'auteur. Dans ce but, celle-ci s'est donné l'ambitieux projet de combiner trois approches distinctes de son cadre de réflexion, à savoir celles sous-tendues par les points de vue respectifs de l'anthropologie, de la sociologie et de la psychologie sociale. Et ce qu'il faut immédiatement souligner comme digne d'éloge dans cette entreprise, c'est d'avoir assorti chacun des trois points de vue adoptés séparément et successivement, d'investigations empiriques idoines, fondées sur des tenants méthodologiques rigoureux et s'inscrivant avec précision dans le prolongement de travaux importants spécifiques à chacune des trois disciplines de référence.

Ainsi, la représentation sociale de la maladie mentale est d'abord conçue comme une notion corrélative de catégories d'action symbolique, ou - pour l'exprimer de manière cavalière - rituelle. Dans cette optique, la folie est indissociable d'une sphère représentationnelle manifeste d'un ordre du sens dont l'universalité constitue une première raison de qualifier celui-ci de commun. Médiation entre cette sphère et cet ordre, une catégorie particulière de schèmes invariants s'actualisent en dispositifs pratiques de repérage, réparation et correction des comportements-désordre. Concernant ces derniers, il faudrait mentionner les analyses perspicaces que propose l'auteur, du complexe tissu d'interactions dont la prédictibilité inhérente est au coeur des mécanismes générateurs de cohésion sociale. Or ce sont ces mécanismes précisément que met en danger l'insensé : il déclenche en retour, pour cette raison, des réactions de sauvegarde symbolique visant à le neutraliser par le truchement d'un modèle de réponse adéquat. Et c'est ce modèle à son tour qui est conçu comme système opératoire organisé autour de la notion de schème invariant de coupure, ou séparation. En ce sens les manières communes dont sont prévenues les atteintes à l'ordre - qui est beaucoup plus que public, puisque celles-ci affectent la stabilité de ce dépôt archaïque où sommeillent tant les terreurs ancestrales que les significations originelles -, vont surdéterminer jusqu'aux formes les plus institutionnelles, donc professionnelles, de mise à distance des déviances, celles notamment dotées de toute la légitimité requise par leur désignation officielle de trouble mental. Les formalités d'entrée en clinique psychiatrique ont été de ce fait instituées en paradigme de cette

coupure préventive (du grec *diairesis*) grâce à laquelle est repoussée la menace de brisure soudainement perceptible, qui plane sur la surface lisse de ce que Goffmann appelle "idiomes rituels". Par ce terme il désigne en effet "ce réseau de règles tissé par les communautés humaines pour se préserver de l'inattendu, au niveau des comportements les plus banalisés et des accords implicites les plus infra-conscients, comme à celui des codifications les plus explicites" (p. 38). Par là, Marie-Noëlle Schurmans est amenée à exposer les résultats d'une série d'observations qu'elle a pu faire au service des entrées de la Clinique psychiatrique de Bel-Air à Genève. Elle en dégage une série d'analyses pertinentes des fonctions patentes et latentes de cette série d'actes administratifs et médicaux au terme desquels tout un chacun peut un beau jour se retrouver de l'autre côté de la barrière.

Cette approche anthropologique des rites institutionnels comme "rites d'institution" - selon la dénomination de Bourdieu - par lesquels, magiquement, le partage du sacré et du profane accède à l'être dès lors qu'il est opéré sur l'espace scénique d'un rituel concret, est complétée par une analyse de contenu des annonces publicitaires publiées dans une revue médicale pour vanter les mérites de divers psychotropes. Sont décelées dans ces encarts - particulièrement dans leurs signaux graphiques - des surdéterminations mythiques qui font pendant aux surdéterminations rituelles des examens d'entrée à Bel-Air.

L'approche sociologique n'envisage pas la représentation sociale de la maladie mentale comme complexe mythico-rituel répliquant la victoire indécise de la Lumière sur les Ténèbres, mais comme résultat d'un processus historique de constitution d'un sens commun. L'objet, dans ce cas, de la problématisation, c'est non plus la dualité dramatique d'une fonction séparée utilitaire patente et d'un sens commun imaginaire latent, mais la structuration progressive d'un rapport au savoir de la déraison. Et là, le bond empirique n'est pas des moindres puisque l'on passe, au niveau du matériel produit dans une démarche d'administration des preuves, à l'analyse greimasienne d'une obscure histoire de la psychiatrie, écrite par un aliéniste injustement méconnu. Louis-Florentin Calmeil, c'est son nom, raconte dans un ouvrage intitulé - comme il se doit - "De la Folie" et publié pour la première fois en 1845, la saga des pionniers de sa discipline. Il mit dix ans de compilation à dresser un vaste panorama érudit couvrant sept contextes nationaux et cinq siècles d'histoire. Il faut dire que l'abord, d'un point de vue de la sociologie de la connaissance, d'une telle somme, a nécessité un complet changement de décor qui ne manque de donner un léger tournis au lecteur de bonne volonté soudainement affronté "aux positions actancielles de l'anti-sujet" et à "l'homologie de la véridiction discursive et de la glorification narrative". Mais sa persévérance sera finalement récompensée à mesure que ses efforts d'acclimatation à un univers terminologique peu familier, lui permettront de reconnaître renouvelées, complétées, enrichies, recontextualisées, un certain nombre d'idées sur la structuration du champ psychiatrique en culture sa-

vante corrélative d'une culture populaire soit en retard de quelques modes scientifiques, soit entachée de particularismes folkloriques.

L'approche sociologique de la représentation sociale pose ici que l'organisation de ses objets dans les termes d'une logique du sens commun, est indissociable de la constitution en système de savoirs-experts, dès lors que ceux-ci sont organisés en un corps de disciplines scientifiques dotées des attributs officiels de leur légitimité, à savoir un domaine de compétence reconnue (*i.e.* la déraison), un champ de pouvoirs délégués associés (*i.e.* la direction des maisons de fous), le contrôle de la transmission des connaissances dévolues, la maîtrise des codes habilités de représentation, au sens de procédures de présentation de soi cristallisées en "idiome rituel".

L'idée d'analyser un texte comme celui de Calmeil est excellente dans la mesure où elle suggère notamment que les représentations de la maladie mentale dérivent d'un double mouvement : celui d'obsolescence des doctrines officielles sous-jacentes aux définitions savantes de la folie, et celui d'acculturation aux catégories cognitives d'une idéologie dominante pour qui les rituels de représentation sont constitutifs des stratégies reproductives de son arbitraire. Et c'est au nombre de ces dernières qu'il faut compter tant les entreprises moralisatrices de vulgarisation scientifique dont l'hygiénisme du XIXème siècle fut un fleuron, que la diffusion livresque de ces mythes disciplinaires fondateurs dont l'oeuvre analysée de Calmeil est un spécimen de choix.

Le traitement psycho-social, enfin, du sens commun de la folie nous replonge dans un environnement lexical qui, s'il n'est pas aussi imposant par la parade idiomatique dont il procède, ne l'est pas moins par l'équipement méthodologique et instrumental dont ce traitement fournit le prétexte. En effet, traitant des représentations d'un groupe social concret - les enseignants genevois du degré primaire -, l'auteur a mis au point un questionnaire détaillé qui lui a permis de rassembler des informations quantitatives élaborées ensuite au moyen d'outils statistiques à la page. A elle seule, cette partie aurait mérité une publication séparée tant est diverse et riche la matière investiguée. Cependant les analyses subtiles et fouillées auxquelles sont soumis dans leur ensemble les jugements et opinions que mobilise généralement la "question psychiatrique" (parfois dramatisée en "polémique anti-psychiatrique"), s'articule très pertinemment avec les deux parties précédentes : c'est dans la mesure où la connaissance de l'Autre s'objective en compétence-apanage d'experts patentés (les préposés à cette "Pratique de l'esprit humain" des grands absents Swain *and* Gauchet), que s'objective corrélativement la fonction anthropologique de coupure sacrale en motif de représentation (au deux sens du terme de théorie-pratique spontanée *et* mise en scène-spectacle). Par conséquent, l'approche sociologique des conditions historiques du phénomène, en fonde l'approche psycho-sociale à titre de déterminant représentationnel sociétal et intergroupal des relations interpersonnelles. Car la représentation sociale peut dans cette perspective être analysée comme produit d'une "double opération - la sélection et la décontextualisation d'élé-

ments théoriques - (...) [permettant] à un noyau figuratif de doubler d'une image mentale structurée, une structure conceptuelle" (p.220). Conçu de la sorte, le processus d'objectivation du concept médical de maladie mentale, étaye son extension consensuelle laïque, en donnant forme précisément aux figures du sens commun opérationalisables en ces entités *middle range* qu'affectionne la psychologie sociale des jugements sur soi et autrui, des préjugés et autres stéréotypes débusqués par d'ingénieuses questions à choix multiple.

Dans un dernier chapitre, l'ouvrage met en lumière que la sécularisation des concepts théoriques en figures mentales, après avoir produit son effet sociétal, renverse son mouvement d'essor pour se métamorphoser en effet de repli groupal dissensuel : à l'objectivation du construct savant de maladie mentale succède son ancrage qui résulte lui-même de sa recontextualisation par rapport aux stratégies de différenciation/identification des groupes sociaux en relation de compétition/coopération. C'est ainsi que sont décelables dans les représentations du groupe concret étudié des éléments de dissonance, attestant le degré auquel il se met en compétition avec le groupe professionnel ayant pour mandat de monopoliser la source des avis autorisés relatifs à la thématique abordée.

Le compte-rendu tenté ici ne saurait être évidemment que réducteur. L'ouvrage contient en effet nombre d'autres éléments importants mais hélas passés sous silence, tels tous ces recours dans un esprit oecuménique à un large éventail de conceptualisations dont les initiateurs ne se retrouvent habituellement jamais sous les harnais référentiels d'un même attelage véridictoire. Leur inventaire permettrait de mieux préciser la mesure dans laquelle le pari engagé a été encore mieux tenu qu'un premier parcours ne l'établit. Il est néanmoins d'ores et déjà possible de confirmer certains des mérites subsidiaires d'une étude de ce genre, notamment le fait qu'elle soit sans concession, donc austère, mais aussi le fait qu'elle soit exposée de manière clairement structurée et que les articulations en soient explicitées avec une humble constance. Y abondent aussi des analyses, des formulations, des reprises conceptuelles qui ne manqueront pas de stimuler ceux qui s'y référeront pour leurs propres travaux.

A titre d'exemple, j'imagine aisément que l'approche anthropologique des rituels d'entrée en psychiatrie, puisse féconder des recherches sur les phénomènes de participation sociale et par conséquent sur les formes de passage des régimes de participation multiple aux régimes de participation unilatérale caractéristique de ces aires de confinement que balisent et clôturent les institutions totales. Nous mentionnerons encore une autre problématique par rapport à laquelle le livre de Marie-Noëlle Schurmans pourrait être source d'inspiration. Il s'agit de celle concernée par la question des rapports entre catégories cognitives et catégories perceptives. En effet on peut se demander si la genèse d'un concept pensée en termes de construction d'objet (p. 229), ne doit pas l'être aussi en termes de définition de la réalité, en ce sens que la logique transformationnelle du connaître serait indissociable de celle du percevoir. Dans cette optique, les phénomènes d'assignation à une catégorie de

déviance aurait bien une composante cognitive, en ce qu'ils impliquent des opérations logiques d'attribution prédicative, mais celles-ci seraient associées à une composante répressive en ce que les phénomènes en question impliquent des opérations prélogiques mutilantes d'assomption d'un espace (le "frame" des cogniticiens) de réalité.

Je crois en conclusion qu'il faut saluer dans le livre "Maladie mentale et sens commun" une contribution significative à la constitution de l'objet des Sciences de l'Homme, et je lui souhaite une audience - sinon une autorité - digne de ses mérites, c'est-à-dire qui déborde le cercle des lecteurs acquis d'avance à la Cause qui s'y trouve avec un charme discret défendue.

Le dissident et l'institution ou Alice au pays des normes

Maryvonne David-Jugneau

Editions l'Harmattan, Paris, Logiques sociales, 1989, 255 pages.

Daniel Glauser, Unité d'investigation sociologique, Institutions Universitaires de Psychiatrie de Genève, 6, rue du 31 décembre, CH - 1207 Genève.

A l'heureuse époque où les professeurs de sociologie délivraient encore à leurs étudiants des certitudes, le bréviaire du débutant s'ouvrait sur l'exposé des dix faux problèmes sociologiques. Au nombre de ceux-ci figurait l'antinomie Individu-Société. Le thème de l'ouvrage de Maryvonne David-Jougneau intitulé "Le dissident et l'institution, ou Alice au pays des normes" laisserait au contraire à penser que cette fameuse antinomie est toujours d'actualité. La dissidence dessine en effet une figure de l'Homme seul en bute à l'hostilité et l'incompréhension de tous, c'est-à-dire une figure du héros romantique des temps modernes qu'un engrenage implacable conduit à transformer peu à peu l'impossible redressement d'un tort subi en lutte à mort dont l'enjeu serait le salut de l'Humanité entière.

Mais il faut dire d'emblée que pour traiter ce vaste sujet, l'auteur procède par cadrages et découpages successifs d'une matière complexe, en sorte qu'alternent études monographiques de cas concrets et analyses théoriques des mécanismes d'action collective qui broient finalement l'individualité du réfractaire insoumis et révolté que les choses soient ce qu'elles sont. Ainsi la démarche adoptée part d'un résumé de trois cas de dissidence. Ce sont en fait des "affaires" ayant en leur temps défrayé la chronique en France et dont l'une avait déjà même fait l'objet de commentaires savants de la part de Luc Boltanski. Il s'agit des tribulations d'un enseignant dénommé Papinski qui avait osé contester le rapport de son inspecteur et qui se retrouve un beau jour tel David affrontant un Goliath incarné par l'Administration dont, à titre de fonctionnaire titularisé, il relève, j'ai nommé le très puissant Ministère de

l'Education nationale. La seconde affaire évoquée est celle du juge Bidalou qui s'attaque dès 1978 à l'hydre de la Justice de Giscard pour se voir en 1982, tel un cadeau empoisonné de la Droite à la Gauche, mis à la retraite anticipée par la Justice de Miterrand. La troisième affaire est constituée par l'histoire tragique d'un père initialement trompé par sa femme, dont le divorce se passe si mal qu'il finit - après moult péripéties comportant entre autre passages à la clandestinité, expertises psychiatriques, séjours en prison -, par être dépossédé quasiment de tout droit à l'égard de son enfant.

Suite à ce chapitre d'exposition, la première partie de l'étude proprement dite de la dissidence consiste à en cerner la face objective, ou phénoménale. Celle-ci s'y trouve, par spécification, qualifiée d'institutionnelle et non pas de religieuse ou philosophique - telle que l'incarnent les figures antiques d'Antigone ou de Socrate -, ni même de politique, ce à quoi renvoie le terme lui-même réservé initialement à l'action longtemps impossible des contestataires de l'Est. Ainsi cadrée, la dissidence est ensuite appréhendée comme un processus de dédoublement, de dissociation parallèle des termes du rapport Individu-Société dont elle illustre une des formes les plus conflictuelles. En effet, parti de la défense particulière d'un droit particulier bafoué, le dissident découvre peu à peu en lui un autre personnage dont le motif d'agir dépasse le cadre individuel d'un préjudice singulier, pour s'étendre, on l'a vu, à l'horizon sans limite de la Cause de l'Humanité. Par quel processus ce premier dédoublement s'opère-t-il ? Sur ce point l'auteur postule une béance inhérente à tout fonctionnement social qui implique une dualité installée au coeur de chaque institution. Cette dualité résulte du fait que pour transcender les volontés individuelles dont elle fait sa substance, toute entité institutionnelle suppose un système contradictoire de règles d'actions qui ne valent que parce qu'elles sont acceptées par tous, sans pouvoir être changée par aucun pris un à un. Et ce système est contradictoire en ce qu'il résulte d'une formation de compromis entre la poursuite de fins idéales - les principes - et l'acceptation des contraintes - les normes - liées à la nature contingente des moyens concrets que mobilise l'action collective faisant ainsi Chair le Verbe institutionnel. Or le dissident intervient comme "analyseur", au sens de René Lourau, de cette formation de compromis, en cristallisant par son jusqu'au-boutisme la bipolarisation d'une attaque personnelle idéaliste qui se réclame du sacré de principes généraux, voire universels, et d'une défense impersonnelle réaliste fondée sur des mobiles immédiats de fonctionnement particulier. En fait, l'agression dissidente est une riposte déplacée sur le terrain des idéaux, qui fait suite à une offense ressentie comme une profonde atteinte à la sphère privée. Sur ce point crucial l'auteur consacre tout un chapitre pour expliquer en quoi Papinski, Bidalou et le père clandestin étaient en quelque sorte prédestinés par leur histoire personnelle à opérer ce déplacement. Ils étaient les moins familiers du jeu avec les normes, parce que leur cursus était le moins modal, comme l'est celui du bachelier des cours du soir. Poussés de ce fait à gérer l'imprévu en se référant à une connaissance théorique et non pas au savoir pratique des "routinisés", ils se trouvaient fatalement aspirés vers ces spirales infernales que sont les "affaires" où le motif initial d'agir du lésé

devient le symbole, le simple exemple illustrant et cautionnant le motif final du redresseur de torts, du justicier en lequel se dédouble celui qui au départ a des ennemis et qui se refuse à passer par où bien d'autres ont passé avant lui, sans faire tant d'histoires.

Toutefois le monde hostile affronté par le dissident subit une métamorphose, analogue et symétrique à la sienne. Ce second dédoublement complémentaire du premier, résulte du fait que l'institution particulière où s'infecte le litige dissident, faisait d'abord bloc avec la société entière dont elle était le mandataire. Mais elle se voit peu à peu lâchée par son mandant en raison des "appels au peuple" de la victime isolée clamant à tue-tête : "ce qui m'arrive aujourd'hui pourrait être demain le lot de quiconque d'entre vous". Il s'ensuit une mobilisation en forme de "Comités de Soutien", de "médiatisation" et de courant d'opinion. Dès lors est problématisé le contrat de délégation fondant en droit - en principe - la légitimité du pouvoir partiel dont se targue l'institution pour contrer la vindicte dissidente. Dès lors est consommée la schize transversale du rapport Individu-Société postulée au départ à titre de modèle descriptif phénoménal du procès de dissidence, appelé à schématiser l'inscription temporelle de celle-ci en un scénario-type. Il s'agit à proprement parler d'une structure narrative - ou schème de récit - fort bien analysée par l'auteur qui montre que la phase finale de la réhabilitation précédée par celles de l'affrontement et de l'"appel au peuple", se résout en une ouverture, en une évolution de la situation initiale attestant de la "dimension sociale" du phénomène étudié. En effet, au cours de la partie qui s'est jouée, les protagonistes ont été fortuitement contraints de reconduire l'énonciation cérémoniale de ce pacte social dont Gofmann montre bien que la non-divulgation de ses clauses secrètes bénéficie de la complaisance coupable de tous : le maintien de l'ordre, le respect de la hiérarchie serait le fait d'une pratique sociale efficiente tant qu'aucun discours ne la redouble, tant qu'elle reste accord tacite, convention inconsciente. Ainsi du moins en conclut Maryvonne David-Jougneau : "C'est la tension entre cette capacité créatrice de l'individu, qui le met en porte-à-faux avec l'institution dans la reproduction de ses normes, et ce besoin de reconnaissance sociale qu'il partage avec tout être, qui constitue la dynamique de la démarche du dissident. Par rapport à l'être intégré dans les normes, le dissident semble évoluer dans un espace social déployé où l'individu émerge comme acteur social, tout en plongeant jusqu'aux racines du social que sont les principes ou les valeurs dont les systèmes symboliques sont au coeur de nos pratiques. Il sert ainsi de révélateur de cette double dimension la plupart du temps ignorée" (pp 121-122).

Une seconde partie de l'ouvrage est consacrée à une dimension plus subjective du phénomène, où il apparaît que l'ouverture créatrice pratiquée dans la façade des lois normatives, n'est jamais que provisoire. Si le dissident "interpelle" en effet, il trouble, il dérange aussi et court donc au devant de son rejet par la société qui par conséquent projettera sur lui de manière identificatoire le non-sens de sa propre réaction négative à elle. Appelant à son secours les antiques figures démoniaques de l'exclusion, elle les affublera des

oripeaux de la modernité en idéologisant l'action dissidente sous les espèces de la conduite paranoïaque. A ce stade de son exposé, l'auteur se situe dans une perspective où la régulation des interactions sociales se confond avec celle des représentations de soi et du réel social. De ce fait la bipolarisation des règles institutionnelles en normes et en principes disjoints, se trouve répercutée par la bipolarisation de deux principes organisateurs des représentations de l'action, ou deux *Weltanschauung* antinomiques : celle de l'agent normalisé qui privilégie les critères du fonctionnement social harmonisé, et celle du dissident qui privilégie les formulations en termes de rapports de force. Or si le rejet social peut être considéré comme le prix à payer par le dissident, que celui-ci ne saurait éluder - est en jeu l'estime qu'il se porte à lui-même -, il est aussi un prix de la normalité à payer pour ses interacteurs fonctionnarisés dont l'identification à l'institution les acule finalement à cette double pensée familière des intellectuels de l'Est. Et c'est par référence à cette problématique de la socialisation paradoxale de l'agent-fonctionnaire pratiquant la stratégie de l'évitement passif et se retrouvant de ce fait excentré par rapport à lui-même - "*être dissocié* (souligné par l'auteur), au travers de sa pratique institutionnelle" (p. 173), que l'auteur en vient à relativiser le stigmate de la paranoïa dissidente, pour finalement souligner très pertinemment, en se réclamant de Laing et Watzlawick, que le rejet, dès lors qu'il prend la forme d'assignation à un trouble mental, se transmue en déni, déni d'abord de sens puis d'existence. Désormais il ne reste plus au dissident qu'à se réapproprier l'image néantisée de lui-même, que lui renvoie autrui, en devenant "imperméable". Par cette défense il tente ainsi désespérément de préserver l'essentiel, ce minimum vital accordé à qui se trouve confirmé dans sa dimension sociale, même si celle-ci est réduite à l'état de contenant dépouillé de toute spécification singulière.

La mise en évidence de ce statut subjectif extrême qu'assume le dissident, conduit alors l'auteur à en induire un certain nombre de concepts dont les articulations sont esquissées dans une troisième partie plus théorique empruntant au texte de Lewis Carroll (d'où le sous-titre du livre) la stimulation heuristique d'une recentration du phénomène dans une vue d'ensemble.

Ainsi la théorie implicite de l'extrémisme dissident sous-jacente à toute l'étude peut-elle être énoncée sous la forme des cinq axiomes suivants :

1. Toute action sociale est soumise à un système de contraintes contradictoires (*el doble vinculo* de Carlos Sluzki) qui commande au sujet de celle-ci d'atteindre la pleine dimension de lui-même (thème carrollien par excellence de la *full size*). La double règle fondamentale prescrit de ne pas devenir trop grand pour, comme Alice, pouvoir "sortir du tunnel", communiquer, être "perméable", et de ne pas rester trop petit afin de se voir confirmé dans ce qu'on choisit d'être, afin de pouvoir entrer en relation sans risquer de se "dissoudre".

2. Tout fonctionnement institutionnel implique un espace de dimensions corrélatives, analogue à celui mis au fondement du principe d'action sociale.

3. La dimension institutionnelle s'objective paradoxalement en un système de principes et de normes intériorisées, manifeste dans un jeu des principes et des normes, c'est-à-dire dans un jeu entre définitions théorique et normalisée des règles de l'action sociale. "Cette dimension institutionnelle est comme la *projection* (souligné par l'auteur) au sein de l'expérience sociale, et d'une manière quasi sensible, des droits des uns et des autres définis par leurs statuts. De sorte que peu de gens "savent" quels sont leurs droits et devoirs définis par les textes, et seraient en mesure de les formuler de manière abstraite, mais face à leurs supérieurs hiérarchiques ou à leurs inférieurs, tous ou quasiment tous adoptent la "bonne" dimension institutionnelle qui leur permet de jouer leurs rôles selon la norme" (p. 205).

4. Le phénomène de la dissidence s'inscrit dans ce jeu entre dimension institutionnelle réelle et fantasmée, lorsqu'entre en ligne de compte la question des limites. Cette question se pose principalement si, dans un contexte social déterminé, les variations extraordinaires que subit la dimension institutionnelle du dissident au cours de ses transformations, entraînent pour ce dernier des atteintes aux frontières de sa "sphère idéale", aux délimitations circonscrivant ce que Gofmann appelle l'"honneur" de la personne.

5. Parce qu'il intervient en "analyseur" de ce jeu de dimensions projetées qui règle en permanence nos rapports sociaux sans que nous en ayons conscience, le dissident rentre avec l'institution dans un rapport d'interaction spécifique définie comme rapport de méconnaissance se résolvant en "construction (...) d'une image objective et collective qui dévalue le dissident. (...) Elle est surtout affirmée au sein d'un *rapport de pouvoir* (souligné par l'auteur) qui l'impose avec tous ses effets. (...) L'institution a pouvoir de structurer les rapports sociaux et d'assigner des positions et des rôles de manière inéluctable : le dissident le découvre à ses dépens" (pp 236-237). En ce sens, la confrontation au sein du couple dissident-institution prend l'allure d'un jeu à somme non-nulle où le second gagne même à perdre, et le premier perd même à gagner.

Dans sa conclusion, l'auteur laisse juste pointer l'oreille de l'élément décisif, du facteur qui explique le caractère foncièrement asymétrique de cette relation figurée en rapport de couple. A la lire entre les lignes, elle semble bien attribuer la dominance ultime de l'institution au fait que celle-ci possède au bout du compte une arme absolue : celle qui est impliquée par la légitimité d'un pouvoir qui lui est reconnu, à savoir celui de tracer la ligne du partage des eaux claires de la réalité et troubles du délire. Et l'on peut même soutenir que cette arme est absolue à double égard. Dans la mesure où la compétence déléguée d'assigner à la paranoïa le sens des conduites du dissident,

est fondée sur un mandat si peu explicite qu'il a pris avec le temps la forme d'un blanc-seing, la défense des normes institutionnelles par assignation de toute intention de les contrevenir à une catégorie diagnostique, suppose à ce titre déjà l'usage d'une arme absolue au sens d'arme incontrôlable, aveugle. D'autre part ce type de défense, parce qu'il enfreint impunément les frontières de cette "sphère idéale" de la personne dont parle Simmel, qu'il attente donc à l'honneur, porte au dissident des coups imparables qui atteignent les fondements de son identité personnelle, de sa "personnalité sociale" comme le formule quelque part Drieu la Rochelle. A ce titre l'institution recourt à l'emploi d'une arme absolue au sens de fatale dès lors, comme on l'a vu plus haut, qu'elle opère non par objection de principe ou renvoi à la norme explicite, mais par déni de sens et donc d'existence, c'est-à-dire par des attaques entraînant, pour l'image de soi, des lésions irréversibles en sorte que celle-ci ne soit plus qu'incertitude de soi.

En dernier ressort, face à ce constat somme tout pessimiste, l'auteur en appelle à l'arme philosophique du doute et critique du soupçon pour : "qu'on gagne en rigueur dans l'appréciation de ce problème en rompant avec l'équation a priori entre le comportement "dissident" tel que nous l'avons décrit et la paranoïa" (p 244).

Les très succinctes indications d'analyses et de conceptualisations proposées ici, ne sauraient rendre toutes les nuances et finesses d'une étude témoignant d'une pensée alerte et rigoureuse. Elles auront atteint leur but si elles contribuent à signaler la sortie d'un livre fort, oui, d'un de ces rares livres qui soulève des questions fondamentales par rapport à l'avenir et qui, sous des apparences modestes et mine de rien, vous assène quelques-unes de ces vérités fondées et argumentées dont on ne fausse plus la compagnie. Et pour peu qu'on dispose encore d'un rien d'imagination sociologique, de celle des lendemains censés chanter notamment, on ressort d'une telle lecture assez secoué, secoué un peu comme on l'était au sortir du film de Volker Schlöndorff, *L'honneur perdu de Katharina Blum*.

Schweiz.Z.Soziol./Rev.suisse sociol., 3 (1989) 641-651

ZUSAMMENFASSUNGEN

Weshalb gibt es (k)eine schweizerische Soziologie ?

René Levy

Die innere Dynamik der schweizerischen Soziologie ist stark beeinflusst durch die strukturelle Differenzierung des politischen Föderalismus, durch kulturelle Sprachgrenzen, die interregionalen Ungleichheiten und Abhängigkeiten. Die erklärt zum guten Teil die Zentrifugalität der Soziologie in der Schweiz ; die beiden wichtigen Sprachgruppen innerhalb der Disziplin orientieren sich in erster Linie auf ihre jeweiligen sprachkulturellen Zentren (BRD, Frankreich) und in zweiter Linie auf die angelsächsische Soziologie.

Ein weiteres gewichtiges Charakteristikum des schweizerischen Kontexts besteht in der recht beschränkten Nachfrage soziologischem Wissen. Sie hat ein bescheidenes Maximum in der Zeit 1965-1975 gekannt, ist seither gesunken, scheint aber in jüngster Zeit wieder leicht anzusteigen. Dass allgemein geringe Nachfrageniveau kann auf die Existenz eines besonders selbstbewussten Bürgertums zurückgeführt werden, welches die Nation im 19.Jahrhundert aus einer lose organisierten Gruppe ungleich selbständiger Regionalstaaten (Kantone) aufgebaut hat. Erst in der zweiten Hälfte des 20.Jahrhunderts sach sich die politische Elite vor gesellschaftliche Probleme gestellt, welche sich der Lösung durch herkömmliche Entscheidungsverfahren entzogen.

Die aktuelle Soziologie der Berufe : Rückkehr zu Durkheim ?

Olgierd Kuty

Dieser Aufsatz erörtert die aktuelle Auseinandersetzung mit einigen Themenkreisen von Durkheim in der Berufssoziologie und stellt diese in Zusammenhang mit den neueren Tendenzen der Soziologie der Organisationen. Aufgrund der neueren Erkenntnisse der Analyse von Strategien wird zuerst die Problematik der Werte neu definiert. Die Forschungsrichtung über kollektive Identitäten legt einen neuen Ansatz zur Verknüpfung der aus der früheren Sozialisation stammenden Werte mit den aus Machtbeziehungen hervorgegangenen neuen Werten. Eine zweite Richtung des durkheimischen Gedankengutes taucht in den Überlegungenen zur "substanziellen" Rationalität auf : d.h. jener Rationalität die in Anschluss an philosophische Speku-

lationen zum Postmodernismus auf die Fortentwicklung der menschlichen Freiheit verankert wird.

Die künstlichen Fortplanzungstechniken : Fortplanzungsfreiheit oder Einflussnahme auf den Ursprung des Lebens ?

Claudine Jeangros

Die Studie handelt von den Konsequenzen der künstlichen Fortpflanzungstechniken auf die Familie und auf die Elternschaft. Die künstliche Befruchtung stellt möglicherweise eine Infragestellung des westlichen Familienmodelles dar und deren Regelung ist deshalb für die auf die Familie ausgeübten sozialen Kontrolle aufschlussreich. Die Medizin spielt in diesem Prozess eine wichtige Rolle.

Aufgrund einer Textanalyse der die künstliche Befruchtung betreffenden Direktiven und Empfehlungen, können drei Arten von Eltern-Kind Beziehungen eruiert werden. Die Aerzte wollen auf keinen Fall die traditionnelle Familiennorm in Frage stellen: sie stellen die Wichtigkeit der sozialen Bindung zwischen den für die Erziehung des aufwachsenden Kindes verantwortlichen Eltern und dem Kind in den Vordergrund. Die Juristen haben eher eine "biologisierende" Sicht der Elternschaft und weisen somit auf die Bedeutung der genetischen Bindung zwischen dem Kind und dem für die Zeugung verantwortlichen "Dritten" hin. In der Sicht der katholischen Kirche muss es unbedingt eine Kontinuität zwischen der biologischen und sozialen Dimension der Elternschaft geben.

Operationalisierung von sozialer Schicht : Individualeinkommen, absolutes oder relatives Haushaltseinkommen ?

Christian Suter & Peter Meyer-Fehr

Soziale Schicht wird in der empirischen Sozialforschung gewöhnlich mit dem Individualeinkommen operationalisiert. Dieser Schicht- und Wohlstandsindikator hat den Nachteil, dass er den sozialen Kontext der Einkommensverwendung, d.h. die jeweilige Haushaltsstruktur, ausblendet. Unterschiede in der Familien- und Haushaltsstruktur haben zur Folge, dass trotz identischem Individualeinkommen sehr unterschiedliche Lebensstandards resultieren. Diesselben Probleme ergeben sich, wenn anstelle des Individualeinkommens mit dem absoluten Haushaltseinkommen gearbeitet wird. Als relatives Einkommensmass, das die demographischen Haushaltsmerkmale berücksichtigt, schlägt der Beitrag zwei mit Hilfe von Äquivalenzskalen ermittelte Indikatoren für das relative Haushaltseinkommen vor. Anhand des

Datenmaterials aus einer Befragung zum Thema soziale Unterstützung, Nachbarschaftshilfe und Gesundheit der Stadt Zürich werden empirisch Unterschiede zwischen dem absoluten Haushaltseinkommen und den zwei Indikatoren für das relative Haushaltseinkommen bezüglich ihrer Korrelationsbeziehungen zu verschiedenen Drittvariablen geprüft. Die empirischen Befunde deuten darauf hin, dass die beiden konstruierten Indikatoren für das relative Haushaltseinkommen vergleichsweise robust sind. Die Analyse ergibt ausserdem z.T. beträchtliche Unterschiede in den Korrelationszusammenhängen zwischen absolutem und relativem Haushaltseinkommen und zeigt, dass die relativen Einkommensmasse dem absoluten Haushaltseinkommen in der Regel vorzuziehen sind

Armeeabschaffungs-Initiative : Soyons réalistes, demandons l'impossible ?

Rolf Nef

Der hohe Ja-Stimmenanteil bei der Armeeabschaffungs-Initiative markiert unzweifelhaft eine "*Wegmarke in der politischen Entwicklung*". Welchen politischen Gehalt aber diese "*Wegmarke*" legitimerweise für sich beanspruchen kann, ist eine offene Frage - eine Frage, zu deren Klärung diese Studie einige Elemente beiträgt :

Im *ersten* Teil wird nach einführenden Überlegungen über die Beziehungen zwischen Armee und Nation sowie zwischen Armee und Gesellschaft das *Bestimmungsmuster* des Abstimmungsverhaltens bei der Armeeabschaffungs-Inititiative untersucht. Den höchsten Ja-Stimmenanteil realisiert die Initiative im Mittel in den hochurbanen Angestellten-Gemeinden mit hohem Bildungsniveau, hohem Linkswähleranteil und mittlerem pro-Kopf-Einkommen ; den tiefsten Ja-Stimmenanteil im Durchschnitt hingegen in den stadtfernen Selbständigen-Gemeinden mit tiefem Bildungsnivau, tiefem pro-Kopf-Einkommen und tiefem Linkswähleranteil.

Anschliessend wird im *zweiten* Teil der Effekt der *Altersachse* auf das Abstimmungsverhalten untersucht. Im Gegensatz sowohl zu vertrauten Mutmassungen wie zu Umfrageergebnissen lässt sich weder eine massiv überdurchschnittliche Zustimmung der "Jungen" noch eine massiv überdurchschnittliche Ablehnung der "Alten" nachweisen - ein bei näherer Betrachtung plausibel erklärbarer Sachverhalt.

Da die Enttabuisierung der Armee zu Recht mit "Wertwandel" verknüpft wird, wird im *dritten* Teil das die Interpretation dieses Wandels dominierende Inglehartsche *Materialismus-/Postmaterialismus-Modell* diskutiert und als in vieler Hinsicht als zu diffus und zu unpräzis kritisiert.

Anschliessend wird im *vierten* Teil konzeptionell wie empirisch ein die "Untiefen" des Inglehartschen Modells überwindender Bezugsrahmen ent-

wickelt. Konstituierende Elemente dieses Bezugsrahmens sind die Achsen *Wert- und Verteilungs-Progressismus/Konservativismus*. Das auch bei der Armeeabschaffungs-Initiative zum Ausdruck kommende "Neue", dem üblicherweise das politische Fehldeutungungen und voluntaristische Instrumentalisierungen geradezu provozierende Etikett "Postmaterialismus" aufgeklebt wird, lässt sich so als zukunftweisendes Ineinandergreifen von Wert- *und* Verteilungs-Progressismus entschlüsseln.

Im *fünften* Teil wird die Analyse auf *weitere armeekritische Vorlagen* ausgedehnt. Die Positionen in Sachen Armee erweisen sich als mehr oder weniger "kristallisiert" - was für die Zukunft in Sachen Armee den Rückzug auf eine unproblematische Tagesordnung so oder so verunmöglicht.

Machtdelegation innerhalb des Patronat. Zum Stellenwert patronaler Diskursproduktion

Wolfgang Kowalsky

Der Autor untersucht das Problem gesellschaftlicher Machtdelegation am Beispiel des französischen Unternehmerverbands (Patronat), genauer : des Verhältnisses der Unternehmerschaft zu seiner Zentralorganisation. Ein zentrales Datum der Neustrukturierung ist die Verbandsreform nach dem Mai 1968, die eine Straffung brachte sowie die Einrichtung eines patronalen Informationsdienstes, der für die Diskursproduktion zuständig ist. Zugleich fand eine Professionalisierung des Verbands statt, die Diskursproduktion auf neue Grundlagen zu stellen. Genauer betrachtet wird der funktionale Stellenwert von Diskursproduktion innerhalb von Machtdelegation ; und einige Zentralelemente patronaler Diskurse werden heraus destilliert. Schliesslich wird die Restrukturierung der patronaler Machtdelegationsmodi im gesellschaftlichen Kontext des zeitgenössischen Frankreichs erörtert.

RESUMES

Pourquoi n'y-a-t-il pas de sociologie suisse ?

René Levy

La dynamique interne de la sociologie suisse est fortement conditionnée par la différenciation (structurelle) du fédéralisme politique et parles barrières (culturelles) linguistiques ainsi que l'inégalité et les liens de dépendance

inter-régionaux. C'est cela qui explique une bonne part de la centrifugalité de la sociologie suisse, les deux groupes linguistiques principaux de la discipline s'orientant premièrement, vers leurs centres linguistiques respectifs (France, Allemagne), et secondement, vers la sociologie anglo-saxonne.

Une autre caractéristique décisive du contexte suisse est la faible demande socio-politique de connaissances sociologiques. Elle a connu un relatif maximum durant les années 1965-75, période qui fut aussi celle d'un certain développement institutionnel de la sociologie. Depuis, la demande semble avoir baissé pour amorcer, tout récemment, une nouvelle augmentation. La raison en est probablement la permanence, jusqu'il y a peu de temps, d'une bourgeoisie particulièrement consciente d'elle-même qui construisit la nation dès le 19e siècle, à partir d'un assemblage peu intégré d'états régionaux (cantons) de souveraineté fort inégale. Ce n'est que dans la deuxième moitié du 20e siècle que l'élite politique se vit confrontée à des problèmes s'avérant réfractaires au traitement par les processus décisionnels routiniers.

La sociologie contemporaine des professions : un retour de Durkheim ?

Olgierd Kuty

Cet article montre l'approfondissement actuel de certains thèmes durkheimiens dans la sociologie des professions, compte-tenu du développement de la sociologie des organisations. Il y a tout d'abord la problématique des valeurs qui est redéfinie en fonction des acquis de l'analyse stratégique. C'est toute l'école des identités collectives qui propose une nouvelle approche de l'articulation des valeurs passées issues des socialisations antérieures avec les valeurs présentes issues des relations de pouvoir. Une seconde direction des enseignements durkheimiens apparaît dans le courant qui s'interroge sur la rationalité "substantielle", c'est-à-dire sur la rationalité liée à la progression de la liberté humaine, à la suite des réflexions philosophiques sur le postmodernisme.

La procréation artificielle : liberté d'engendrer ou main-mise sur l'origine de la vie ?

Claudine Jeangros

Les conséquences des techniques de procréation artificielle sur la famille et notamment sur les liens de parenté sont étudiées. Les réponses apportées à cette mise en cause potentielle du schéma familial occidental peuvent être considérées comme révélatrices d'une certaine forme de contrôle social exer-

cé à l'égard de la famille. La médecine joue un rôle important dans ce processus.

Par une analyse des textes de directives et recommandations émises face à la procréation artificielle, trois manières de concevoir la parenté sont dégagées. Les médecins ne veulent en aucun cas mettre en cause la norme familiale traditionnelle et ils insistent sur l'importance de la relation sociale entre les parents qui élèvent l'enfant et ce dernier. Les juristes ont une vision plus "biologisante" de la parenté et mettent en évidence le lien génétique existant entre un enfant et le tiers qui a fourni des gamètes nécessaires à la conception. Alors que selon l'Eglise catholique, il doit nécessairement y avoir une continuité entre les dimensions biologique et sociale des liens parentaux.

Opérationnalisation de la couche sociale : revenu individuel, revenu absolu ou relatif du ménage ?

Christian Suter & Peter Meyer-Fehr

La couche sociale est dans la recherche empirique en sciences sociales habituellement opérationnalisée par le revenu des individus. Cet indicateur de la couche sociale et du bien-être présente l'inconvénient suivant : il ne tient pas compte du contexte social dans lequel ce revenu est utilisé, c'est-à-dire de la structure du ménage. Les différences de la structure familiale et de la composition du ménage occasionnent, malgré un revenu individuel identique, des niveaux de vie très dissemblables. On rencontre les mêmes problèmes si, à la place du revenu individuel, on recourt au revenu total (en termes absolus) du ménage. Comme mesure relative du revenu qui prend en considération les caractéristiques démographiques du ménage, cet article propose deux indicateurs, élaborés à partir d'échelles d'équivalence. Les données recueillies lors d'une enquête en ville de Zürich sur le soutien social, l'aide du voisinage ainsi que la santé, permettent d'examiner, sur une base empirique, des différences entre le revenu absolu du ménage et les deux indicateurs du revenu relatif quant à leurs corrélations avec différentes variables-tierces. Les résultats mettent en évidence que les deux indicateurs construits du revenu relatif sont adéquats et pertinents. L'analyse révèle en outre des différences, en partie considérables, en ce qui concerne les rapports de corrélation entre le revenu absolu et relatif du ménage. Elle montre également que les mesures relatives du revenu s'avèrent en règle générale plus pertinentes que le revenu absolu.

Initiative pour la suppression de l'armée : Soyons réalistes, demandons l'impossible ?

Réflexions conceptuelles et analyses empiriques d'un *jalon dans la vie politique*

Rolf Nef

La part élevée de voix acceptantes en faveur de l'initiative pour la suppression de l'armée constitue sans aucun doute un *jalon dans le développement politique*. La question reste cependant ouverte quel contenu politique ce jalon peut revendiquer, une question à laquelle cette étude fournit quelques éléments de réponse. Après des réflexions introductives sur les relations entre l'armée et la nation ainsi qu'entre l'armée et la société, la *première* partie examine la *configuration des déterminants* du comportement de vote lors de l'initiative pour la suppression de l'armée. Cette dernière obtient, en moyenne, la part la plus élevée de voix acceptantes dans les communes très urbanisées comprenant principalement des employés ayant un niveau élevé de formation, une proportion élevée d'électeurs de gauche et un revenu moyen par tête d'habitant. En revanche, elle réalise, en moyenne, la part la plus faible de voix acceptantes dans les communes éloignées de centres urbains comportant surtout des indépendants ayant un bas niveau de formation, un bas revenu par tête d'habitant et une faible part d'électeurs de gauche. La *deuxième* partie étudie l'effet de *l'axe de l'âge* sur le comportement de vote. Contrairement à des suppositions familières ainsi qu'à des résultats de sondage, on ne peut démontrer ni une acceptation massive et largement supérieure à la moyenne par les jeunes, ni un refus massif et largement supérieur à la moyenne des "vieux". C'est un état de fait que l'on peut expliquer de façon plausible après une analyse un peu plus approfondie. Puisque la levée du tabou de l'armée est, à juste titre, reliée au changement de valeurs, la *troisième* partie discute et critique le *modèle matérialisme/postmatérialisme* de Inglehart qui domine actuellement l'interprétation de ce changement, mais qui s'avère à beaucoup d'égards comme étant trop diffus et trop imprécis. La *quatrième* partie développe, sur le plan conceptuel et empirique, un cadre de référence qui permet de dépasser les zones d'ombre du modèle d'Inglehart. Les éléments constitutifs de ce modèle de référence sont les axes *progressisme/conservatisme de valeur et de répartition*. Le "nouveau" qui s'est également manifesté lors de l'initiative pour la suppression de l'armée - et auquel on colle habituellement l'étiquette "postmatérialisme", ce qui ne manque jamais de provoquer des interprétations politiques fausses ainsi que des instrumentalisations volontaristes - peut être déchiffré comme enchevêtrement de progressisme de valeur et de répartition dont l'effet va se prolonger à l'avenir. Cette analyse est étendue dans la *cinquième* partie à *d'autres propositions critiques quant à l'armée*. Les prises de position en matière de l'armée s'avèrent comme plus ou moins cristallisées ce qui, sur ce plan, va d'une façon ou

d'une autre rendre impossible, à l'avenir, le repli pur et simple à un ordre jour non-problématique.

Délégation de pouvoir au sein du patronat. Pertinence de la production de discours patronal

Wolfgang Kowalsky

L'auteur étudie le problème de la délégation sociétale de pouvoir en se basant sur l'exemple de l'organsation patronale française. Plus précisément il s'agit du rapport entre les patrons entrepreneurs et leur organisation centrale. Le moment crucial de la restructuration est constitué par la réforme organisationnelle après mai 1968, qui a conduit à une forte rationalisation et à l'instauration d'un service d'informations patronales qui est compétent pour la production de discours. En même temps l'organisation a fait l'objet d'une professionnalisation afin d'asseoir cette production de discours sur des fondements nouveaux. Est analysée de façon plus précise la pertinence fonctionnelle de la production de discours dans le cadre de la délégation de pouvoir et des éléments centraux de discours patronaux sont dégagés. Enfin, la restructuration des modes de délégation de pouvoir patronal est discutée dans le contexte sociétal plus large de la France contemporaine.

SUMMARIES

Why is there no Swiss sociology ?

René Levy

The inner dynamic of Swiss sociology is strongly conditioned by the structural differentiation of political federalism, the cultural barriers of linguistic cleavages, inter-regional inequality and dependance. This explains part of the centrifugality of sociology in Switzerland ; the two major language groups in the discipline being oriented primarily to their linguistic centers (Germany, France) and secondly to Anglo-saxon sociology.

Another relevant feature of the Swiss context is to produce a rather limited demand for sociological knowledge, with a moderate and temporary high between 1965 and 1975, which has also been the period of some institutional development of sociology. After a subsequent decline of the demand, it seems presently to increase again. Its generally low level is attributed to the

persistence of a peculiarly self-conscious bourgeoisie that constructed the nation in the 19th century out of a grouping of loosely associated and unequally sovereign regional states (cantons). Not until the second half of the 20th century did the political elite have to confront societal problems that could not bee efficiently handled by conyentional decision making routines.

The contemporary sociology of occupations : the return of Durkheim ?

Olgierd Kuty

This article demonstrates the current profound thought on certain Durkheimian subjects in occupational sociology, taking account of the development of the sociology of organisations. Firstly, there is the question of values which is re-defined in terms of experience in strategic analysis. The entire school of collective identities proposes a new approach to the articulation of former values arising from prior socialisation on the current values arising from power relationships. A second direction in Durkheimian teachings appears in the movement which questions "substantial" rationality, meaning rationality linked to the progress in human freedom following philosophical throughts on post-modernism.

Artificial insemination : freedom to have children or interference with the origin of life ?

Claudine Jeangros

The consequences of artificial insemination for the family and especially on the parental bonds are examined. The answers given to this potential casting of the western family system into the melting pot may be regarded as revealing a form of social monitoring of the family. Medical science takes an important part in this process.

An analysis of the directives and recommendations concerning artificial fertilisation shows up three concepts of parenthood. Doctors do not in any circumstances wish to call into question the traditional family standard and stress the importance of it and the social relationship between the parents who bring the child up. Lawyers have a more "biological" view of parenthood and point to the genetic link between a child and the third party who has provided the gametes needed for conception, while the Roman Catholic church considers that there must be continuity between the biological and social aspects of the parental bonds.

Rendering the social stratum operational : Individual income, absolute or relative domestic income ?

Christian Suter & Peter Meyer-Fehr

In empirical social research, the social stratum is usually operationalised with the individual income. This stratum and prosperity indicator has the drawback that it masks the social context of the use of the income, i.e. the actual domestic structure. The result of differences in the family and domestic structure is widely differing standards of living, despite identical individual incomes. The same problems arise if the absolute domestic income is used instead of the individual income. The contribution proposes two indicators obtained using equivalence scales for the relative domestic income as a measure of the total relative income which takes account of the demographic domestic characteristics. Using data from a survey on the subject of social support, neighbourhood aid and health in the city of Zurich, differences between the absolute domestic income and the two indicators for the relative domestic income are empirically examined in their correlations with the different third variables. The empirical findings show that both constructed indicators for the relative domestic income are comparatively sound. The analysis also points to fairly considerable differences in the relationship between absolute and relative domestic income and shows that the total relative income is generally preferable to the absolute domestic income.

The proposal to disband the army : Let's be realistic, ask for the impossible ?

Rolf Nef

The large number of votes in favour of disbanding the army is undoubtedly a "milestone on the road of political development". The political content which this "milestone" can legitimately claim is an open question and one to the answering of which this study makes some contribution :

Firstly the *determination model* of the voting pattern in the proposal to disband the army is investigated after detailed considerations of the relationships between army and people and between army and society. On average, the largest number of votes in favour was cast in the highly urbanised middle-class communities with a high level of education, large proportion of left-wing voters and medium per capita income ; the smallest was found on average in independent country communities with a low level of education, low per capita income and small proportion of left-wing voters.

In the *second* part, the effect of the *age group* on the voting pattern is examined. Contrary to both informed assumptions and the results of surveys, there appears to be neither a massive above-average vote for among the "young" nor one against among the "old", which, on closer examination, can be plausibly explained.

As the removal of the army from its position as a "holy cow" is rightly linked with "changing values", in the *third* part the Inglehartian *materialism/post-materialism model* dominating the interpretation of this change is discussed and criticised in many respects as too diffuse and imprecise.

Then, in the *fourth* part, a frame of reference overcoming the "shallowness" of the Inglehartian model is both conceptually and empirically developed. The constituent components of this frame of reference are the *value and distribution progressiveness/conservatism* axes. The "novelty" also being expressed in the proposal to disband the army, to which the label "post-materialism" which provokes political misnaming and voluntary instrumentalisation is commonly attached, can be construed as an interplay of value *and* distribution progressism pointing to the future.

In the *fifth* part, the analysis is extended to *further texts criticising the army*. The attitudes to the army appear more or less "crystallised" - which makes a return to an easy agenda on the subject of the army in the future rather unlikely.

The delegation of authority by the bosses. On the individual worth of papers produced by management

Wolfgang Kowalsky

The author investigates the problem of the corporative delegation of authority using as an example the Confederation of French Industry ("Patronat") or, more accurately, the relationship between management and its central organisation. The salient feature of the new structure is the Confederation's reform after May, 1968, which resulted in a tightening-up and the establishment of a management information service responsible for the production of papers. At the same time the Confederation became more professional in producing papers on new bases. A closer look is taken at the functional individual worth of paper production within the delegation of authority and a few central features of management documents distilled therefrom. Finally, the re-structuring of modes of the delegation of authority by the management is discussed in the social context of contemporary France.

Schweiz.Z.Soziol./Rev.suisse sociol., 3 (1989) 653-657

INDEX Volume 15 (1989)

Artikel *Articles*	*Heft Nr.* *Numéro*	*Seiten* *Pages*
W. Bergmann : Zeitgrenzen. Die zeitliche Dimension der Grenzerhaltung sozialer Systeme	2	243
M. Buchmann : Soziale Verwaltung von Zeit : Zeitordnung und Zeitbewusstsein	2	289
C. Calame : Pratiques discursives de l'asile en Suisse : Assimiler pour refouler	1	75
P. Cingolani : La république opportune ; Comte et Littré devant la déchirure sociale	2	267
J. Coenen-Huther : Sociologie et interdisciplinarité : modalités, problèmes, perspectives	1	1
A. Ducret : Introduction	1	141
A. Ducret : Editorial	2	223
A. Ferrand : Connaissances passagères et vieux amis. Les durées de vie des relations interpersonnelles	2	431
W. Gaiser & H.-U. Müller : Erosion der "Normalbiographie" und Muster der Lebensbewältigung von Jungen Erwachsenen in der Grossstadt	1	15
G. Gasparini : Le changement des modèles culturels du temps et le problème de la flexibilité dans la société contemporaine	2	363
H. Haicault : Famille, école et temps. Du réveil à la cloche : des modes familiaux de socialisation	2	383
F. Häuptli : Beitrag zu einer Sozialwissenschaftlichen Beischreibung von Asylbewerbern in der Schweiz : Zwei Fallstudien aus dem Kanton Zürich	1	95
W. Heinich : Académisme et Professionnalisme	1	143
F. Höpflinger : Nichteheliche Lebensgemeinschaften in der Agglomeration Zürich : Einige explorative Daten	1	39
L. Jaques : Le temps sociologique, une notion capricieuse	2	227
C. Jeangros : La procréation artificielle : Liberté d'engendrer ou main-mise sur l'origine de la vie ?	3	503
H. Knoblauch : Bezaubernde Zeiten. Die Zeit der neuen Magie, dargestellt am Beispiel der "radiästhetischen Geomantie"	2	301

W. Kowalsky : Machtdelegation innerhalb des Patronat. Zum Stellenwert patronaler Diskursproduktion 3 583
O. Kuty : La sociologie contemporaine des professions : un retour de Durkheim ? 3 489
D. Lamoureux : Entre le travail et la vie 2 423
C. Le Bourdais : L'impact des transformations familiales sur l'activité professionnelle des femmes au Canada 1 57
R. Levy : Weshalb gibt es (k)eine schweizer Soziologie ? 3 453
D. Mercure : Temps et organisation 2 373
M. Michailow : Umbrüche und Neuarrangements sozialer Zeitverhältnisse : die neue Zeitsemantik im Lebensstil der Zeitpioniere 2 393
G. Namer : Rythme créateur et temps social 2 257
R. Nef : Armeeabschaffungs-Initiative : soyons réalistes, demandons l'impossible 3 545
D. Poulot : Sur l'espace public de la peinture en France au XVIIIe siècle 1 165
G. Pronovost : Typologie des temps sociaux 2 441
O. Rammstedt : Aspekte zum Problem des Zeitbewusstseins 2 345
G. Schmied : Reinkarnation und Zeiterfahrung 2 321
C. Suter & P. Meyer-Fehr : Operationalisierung von sozialer Schicht : Individualeinkommen absolutes oder relatives Haushaltseinkommen ? 3 525
C. Tavier : Le temps fragmenté : diversité des vécus temporels 2 413
D. Torche : Les liens entre l'identité nationale et le fait migratoire : Le cas des Albanais de Yougoslavie 1 115
A. Viala : Un inventeur d'académie : Paul Pellisson 1 157
A. Wallemacq : Temps et perception, la problématique durkheimienne 2 275
R. Zoll : Quelques remarques sur des structures temporelles coercitives dans le quotidien, dans la névrose obsessionnelle et dans le fascisme 2 329

Buchbesprechungen
Bibliographie critique

T.-H. Ballmer-Cao & R. Wenger : L'élite politique féminine Suisse. Enquête auprès du personnel politique féminin suisse. Seismo-Verlag, Zürich. 1989. (François Höpflinger) 1 207

T. Bottomore & R.-J. Brym : The capitalist Class. An international Study. Harvester Wheatsheaf, New York, London, Toronto, Sidney, Tokyo. 1989. (Ellen B. Hill) 3 616
G. Busino : Lettres et Correspondance. Oeuvres complètes de Vilfredo Pareto, Vol. XXX. Droz, Genève. 1989. (Pierre Maurer) 3 622
M. David-Jugneau : Le dissident et l'institution ou Alice au pay des normes. l'Harmattan, Paris. 1989. (Daniel Glauser) 3 634
S.-N. Eisenstadt & A. Shachar : Society, Culture and Urbanization. Sage Publications, Newbury Park. (Ellen B. Hill) 3 626
R. Epple-Gass : Friedensbewegung und direkte Demokratie in der Schweiz. Haag & Herchen, Frankfurt. 1988. (Hanspeter Kriesi) 1 192
P. Geiersbach : Warten bis die Züge fahren. Ein Türkenghetto in Deutschland. Mink Verlag, Berlin. 1989. (Katharina Ley) 3 628
V. George : Wealth, Poverty and Starvation. An international Perspective. Whaetsheaf Book, England, St Martin's Press, New York. 1988. (Ellen B. Hill) 3 615
M. Hirschhorn : Max Weber et la sociologie française. L'Harmattan, Paris. 1988. (Jacques Coenen-Huther) 1 189
H.-H. Krüger : Handbuch der Jugendforschung. Leske & Budrich, Opladen. 1988. (Karl Lenz) 1 199
Z. Layton-Henry : The Political Rights of Migrant Workers in Western Europe. Sage Publishers, London. 1989. (Ellen B. Hill) 3 619
W. Lipp : Kulturtypen, Kulturcharaktere. Träger, Mittler und Stifter von Kultur. Dietrich Reimer Verlag, Berlin. 1987. (Karl Lenz) 1 195
H. Mocker, U. Mocker & M. Werner : Computergestütze Arbeitstechniken für Geistes- und Sozialwissenschaftler. Addison-Wesley, Bonn. 1990. (Claus J. Tully) 3 611
M. Novak : Du Printemps de Prague au Printemps de Moscou (janvier 1968-janvier 1990). Les formes de l'opposition en Union Soviétique et en Tchécoslovaquie depuis 1968. Georg, Genève. 1990. (Pierre Maurer) 3 625

Y. Pesenti : Beruf : Arbeiterin - Soziale Lage und gewerkschaftliche Organisation der erwebstätigen Frauen aus der Unterschicht in der Schweiz, 1890-1914. Chronos-Verlag, Zürich. 1988. (Anne-Marie Käppeli) 1 205
G. Roland : Economie politique du système soviétique. L'Harmattan, Paris. 1989. (Pierre Maurer) 3 624
M.-N. Schurmans : Maladie mentale et sens commun. Delachaux et Niestlé, Paris, Neuchâtel. 1990. (Daniel Glauser) 3 630
R. Segalman & D. Marsland : Cradle to Grave. Comparative Prospectives on the State of Welfare. The Macmillan Press Ltd, London. 1989. (Ellen B. Hill) 3 614
J. Stöckli & K. Zehnder : Sozialpaket Schweiz. Verlag Paul Haupt, Bern und Stuttgart. 1990. (Thomas Mächler) 3 612
Unesco : UNESCO-Krise der westlichen Hegemonie. Staatliche Kulturkonzeptionen und die politische Rolle der Schweiz. Campus Verlag, Frankfurtk, New York. 1988. (Walter Schöni) 1 187

Sonderheft
Numéro spécial

LES TEMPS SOCIAUX
W. Bergmann
M. Buchmann
P. Cingolani
A. Ducret
A. Ferrand
G. Gasparini
M. Haicault
L. Jaques
H. Knoblauch
D. Lamoureux
D. Mercure
M. Michailow
G. Namer
G. Pronovost
O. Rammstedt
G. Schmied
C. Tavier
A. Wallemacq
R. Zoll 2 223-451

Atelier

DE L'ACADEMIE A L'ACADEMISME
A. Ducret
W. Heinich
D. Poulot
A. Viala 1 141-186

Schweizerische Zeitschrift für Soziologie
Revue suisse de sociologie

Redaktionskomitee / Comité de rédaction

WERNER FISCHER: Unité de recherche sociologique, IUP, Genève.
MARLIS BUCHMANN: Soziologisches Institut der Universität Zürich.
ROBERT HETTLAGE: Soziologisches Institut, Regensburg/Basel.
MICHEL VUILLE: Service de la recherche sociologique, D.I.P., Genève.

Die Zeitschrift erscheint dreimal jährlich / La Revue paraît trois fois par an

Veröffentlicht mit Unterstützung der Schweizerischen Geisteswissenschaftlichen Gesellschaft (Schweizerische Akademie der Geisteswissenschaften)
Publiée avec l'aide de la Société suisse des sciences humaines
(Académie suisse des sciences humaines)

Redaktion / Rédaction

Werner Fischer, "Revue suisse de sociologie", Postfach/Case postale 865, CH-1212 Grand-Lancy 1

Verwaltung, Abonnemente, Werbung / Administration, abonnements, publicité

Imprimerie Corbaz S.A., av. des Planches 22, CH-1820 Montreux, tél. (021) 963 61 31

Abonnementspreise (pro Jahr) / Tarif des abonnements (par an)

Mitglieder der SGS: im Mitgliedsbeitrag inbegriffen
Membres de la SSS: compris dans la cotisation

Einzelpersonen / Personnes physiques / Individuals	FS 105.—
Juristische Personen / Personnes morales / Institutions	FS 125.—
Überseezuschlag / Supplément pour pays hors Europe / Overseas	FS 10.—

© 1989 Schweizerische Gesellschaft für Soziologie
Société suisse de sociologie

Preis des vorliegenden Heftes:
Prix du présent numéro:
Fr. 38.—